

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/202508]

23. APRIL 2018 — Gemeindedekret

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

TITEL 1 - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret regelt die Organisation der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Kodex: der Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in seiner im deutschen Sprachgebiet anwendbaren Fassung;
2. Rat: der Gemeinde- oder Stadtrat;
3. Kollegium: das Gemeinde- oder Stadtkollegium;
4. Direktoren: der Generaldirektor und der Finanzdirektor;
5. Fraktion: die in Artikel 40 erwähnten auf einer gleichen Liste bei den Wahlen gewählten Ratsmitglieder, die eine politische Fraktion bilden, deren Bezeichnung die der besagten Liste ist;
6. Fraktion, die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würde: die Fraktion, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in den in Belgien rechtsgültigen zusätzlichen Protokollen zu dieser Konvention, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegt und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes erwähnt wird, oder die Fraktion, von der ein Mitglied die vorerwähnten Grundsätze und Gesetzgebungen nicht einhalten würde, und die Fraktion, von der ein Mitglied Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren sie wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde;
7. Personal des Unterrichtswesens: das in Artikel 24 der Verfassung erwähnte Personal;
8. ÖSHZ: Öffentliches Sozialhilfezentrum.

Art. 3 - Fristen

Alle in diesem Dekret erwähnten Fristen sind, wenn nicht anders bestimmt, in Kalendertagen ausgedrückt.

Der Tag, an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag jedoch auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertage im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten: der Neujahrstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der 1., 2., 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie die per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegten Tage.

Art. 4 - Gleichheit der Geschlechter

In diesem Dekret verwendete Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

Art. 5 - Gemeindenamen

Die Regierung bestimmt die Schreibweise der Namen der Gemeinden und Weiler.

Art. 6 - Befugnisse

Unbeschadet der Aufgaben, die ihnen durch Gesetz oder Dekret anvertraut werden, gehören zu den Befugnissen der Gemeinden insbesondere:

1. die Verwaltung der Güter und Einkünfte der Gemeinde;
2. die Feststellung und Begleichung der lokalen Ausgaben, die mit Geldern der Gemeinde bestritten werden müssen;
3. die Leitung und Ausführung von öffentlichen Arbeiten, die zulasten der Gemeinde gehen;
4. die Verwaltung der Einrichtungen, die der Gemeinde gehören, auf ihre Kosten unterhalten werden oder besonders für die Nutzung durch ihre Einwohner bestimmt sind.

Art. 7 - Einstufung

Die Regierung bringt die in den Artikeln 10, 43, 52 und 91 vorgesehene Einstufung der Gemeinden bei jeder vollständigen Erneuerung der Räte mit der Bevölkerungszahl in Einklang. Die zu berücksichtigende Einwohnerzahl ist die Zahl der im Nationalregister der natürlichen Personen eingetragenen Personen, die am 1. Januar des Jahres der vollständigen Erneuerung der Räte ihren Hauptwohnsitz in der betreffenden Gemeinde hatten.

Die Regierung veröffentlicht die Bevölkerungszahlen der Gemeinden spätestens zum 1. Mai des Jahres, in dem die vollständige Erneuerung der Räte stattfindet, im Belgischen Staatsblatt.

Art. 8 - Gemeindebehörde

In jeder Gemeinde gibt es eine aus den Ratsmitgliedern, dem Bürgermeister und den Schöffen zusammengesetzte Gemeindebehörde.

Die bei einer vollständigen Erneuerung ausscheidenden Rats- und Kollegiumsmitglieder und die ihr Amt niederlegenden Mitglieder bleiben im Amt, bis deren Nachfolger eingesetzt sind.

Unbeschadet des Artikels 41 § 4 regeln der ausscheidende Rat und das ausscheidende Kollegium die laufenden Angelegenheiten bis zur Einsetzung ihrer Nachfolger.

TITEL 2 - Organisation der Gemeinde

KAPITEL 1 - Der gemeinde- oder stadtrat

Abschnitt 1 - Bestimmungsverfahren und Statut der Ratsmitglieder

Art. 9 - Wahl

Die Räte werden alle sechs Jahre vollständig erneuert.

Die Ratsmitglieder werden unmittelbar von der Versammlung der Wähler der Gemeinde gewählt.

Der Rat wird am ersten Montag des Monats Dezember eingesetzt, der auf die Wahlen folgt. Wenn dies ein Feiertag ist, wird der Rat am ersten darauffolgenden Werktag eingesetzt.

Art. 10 - Anzahl Mitglieder

Der Rat, einschließlich Bürgermeister und Schöffen, besteht aus:

- 11 Mitgliedern in Gemeinden von 0 bis 2.999 Einwohnern;
- 13 Mitgliedern in Gemeinden von 3.000 bis 3.999 Einwohnern;
- 15 Mitgliedern in Gemeinden von 4.000 bis 4.999 Einwohnern;
- 17 Mitgliedern in Gemeinden von 5.000 bis 6.999 Einwohnern;
- 19 Mitgliedern in Gemeinden von 7.000 bis 8.999 Einwohnern;
- 21 Mitgliedern in Gemeinden von 9.000 bis 11.999 Einwohnern;
- 23 Mitgliedern in Gemeinden von 12.000 bis 14.999 Einwohnern;
- 25 Mitgliedern in Gemeinden von 15.000 bis 19.999 Einwohnern;
- 27 Mitgliedern in Gemeinden von 20.000 bis 24.999 Einwohnern;
- 29 Mitgliedern in Gemeinden von 25.000 bis 29.999 Einwohnern;
- 31 Mitgliedern in Gemeinden von 30.000 bis 34.999 Einwohnern;
- 33 Mitgliedern in Gemeinden von 35.000 bis 39.999 Einwohnern;
- 35 Mitgliedern in Gemeinden mit mehr als 40.000 Einwohnern.

Der Rat umfasst die in Absatz 1 bestimmte Anzahl Mitglieder auch, wenn ein Mitglied des Kollegiums nicht aus seiner Mitte gewählt wird.

Art. 11 - Verzicht

Jeder gewählte Kandidat kann nach der Gültigkeitserklärung seiner Wahl und vor seinem Amtsantritt auf das ihm erteilte Mandat schriftlich verzichten. Dieser Verzicht wird rechtskräftig, wenn der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat.

Art. 12 - Unvereinbarkeiten

Ein zum Ratsmitglied gewählter Kandidat, der Personalmitglied der Gemeinde ist, der ein mit diesem Mandat unvereinbares Amt ausübt, an einem Unternehmen beteiligt ist oder einen Beruf oder ein Handwerk ausübt, wofür er seitens der Gemeinde ein Gehalt oder regelmäßige finanzielle Zuwendungen bezieht, darf so lange nicht zur Eidesleistung zugelassen werden, wie der Grund für die Unvereinbarkeit besteht.

Wenn ein gewählter Kandidat innerhalb eines Monats, nachdem ihn das Kollegium dazu aufgefordert hat, das mit dem Mandat unvereinbare Amt nicht aufzugeben oder nicht auf das von der Gemeinde gezahlte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zuwendung verzichtet hat, wird davon ausgegangen, dass er das Mandat nicht annimmt.

Art. 13 - Mandatsverlust

Ein Ratsmitglied darf sein Amt nicht weiter ausüben, wenn es eine der Wählbarkeitsbedingungen nicht mehr erfüllt.

Das Kollegium informiert den Rat und den Betroffenen darüber. Letzterer kann dem Kollegium innerhalb einer Frist von 14 Tagen seine Verteidigungsmittel schriftlich übermitteln. Bleibt das Kollegium bei seiner Auffassung, nimmt der Rat den Verlust der Wählbarkeitsbedingung(en) zur Kenntnis und stellt die Amtsaberkennung von Amts wegen fest. Er leitet das Verfahren zum Ersatz des betreffenden Mitglieds ein.

Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden diesen Beschluss zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein auf Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat beruhender Einspruch erhoben werden.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus.

Art. 14 - Rücktritt

Das Ratsmitglied stellt dem Rat seinen Rücktritt aus dem Amt schriftlich zu. Dieser nimmt ihn auf der erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis.

Der Rücktritt wird an dem Datum wirksam, an dem der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat. Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden den entsprechenden Beschluss des Rates zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein Einspruch aufgrund von Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingelegt werden.

Art. 15 - Urlaube

§ 1 - Anlässlich der Geburt oder Adoption eines Kindes kann das Ratsmitglied einen Urlaub nehmen. Dieser dauert höchstens 20 Wochen und endet spätestens 20 Wochen nach der Geburt oder der Adoption des Kindes.

Bei einer krankheitsbedingten Abwesenheit von mindestens sechs Monaten, kann das Ratsmitglied während der ganzen durch ärztliches Attest gedeckten Dauer Urlaub nehmen.

Diese Urlaube sind dem Kollegium mit Angabe des Anfangs- und Enddatums und gegebenenfalls mit dem ärztlichen Attest schriftlich mitzuteilen.

§ 2 - Bei Inanspruchnahme der in § 1 erwähnten Urlaube leitet der Rat ein Verfahren zum Ersatz des Ratsmitglieds für die Dauer des Urlaubs ein, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Fraktion, der es angehört, dies beantragt.

Es wird durch ein Ersatzmitglied ersetzt, das seiner Liste angehört und das entsprechend Artikel L4145-14 des Kodex als erstes auf seiner Liste steht, nachdem dessen Mandat durch den Rat geprüft worden ist.

Art. 16 - Entschädigungen

§ 1 - Die Ratsmitglieder beziehen kein Gehalt.

Gemäß den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Modalitäten erhalten sie Anwesenheitsgelder, wenn sie an den Versammlungen des Rates und der Ausschüsse teilnehmen.

Wenn der Vorsitzende der Versammlung kein Kollegiumsmitglied ist, bezieht er doppeltes Anwesenheitsgeld pro Ratssitzung, deren Vorsitz er führt. Er erhält keine anderen Vorteile oder Vergütungen.

Der Rat legt die Höhe der Anwesenheitsgelder fest.

Die Anwesenheitsgelder betragen zwischen 37,18 und 125 Euro. Diese Grenzbeträge sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

§ 2 - Die Summe des Anwesenheitsgeldes des Ratsmitglieds und der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die es aufgrund seines ursprünglichen Mandats, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex bezieht, ist auf höchstens 150 % der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments begrenzt.

Bei Überschreitung dieses Höchstbetrags wird der Betrag des Anwesenheitsgeldes und/oder der vom Ratsmitglied aufgrund seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

§ 3 - Der Rat kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten die Anwesenheitsgelder eines Ratsmitglieds, das andere gesetzliche oder verordnungsgemäße Gehälter, Pensionen, Entschädigungen oder Zuwendungen bezieht, um einen Betrag erhöhen, der den vom Betroffenen erlittenen Einkommensausfall ausgleicht, insofern der Mandatsträger es selber beantragt.

Der Betrag der Anwesenheitsgelder, erhöht um den Betrag zum Ausgleich des Einkommensausfalls, darf nie höher sein als das Gehalt eines Schöffen einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern.

Art. 17 - Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung

Ein Ratsmitglied, das wegen einer Beeinträchtigung sein Mandat nicht alleine ausüben kann, kann sich von einer Vertrauensperson beistehen lassen. Diese ist Wähler in der betreffenden Gemeinde, erfüllt die Wählbarkeitsbedingungen für das Mandat als Ratsmitglied und ist weder Mitglied des Gemeindepersonals noch Mitglied des Personals des öffentlichen Sozialhilfeszentrums der betreffenden Gemeinde.

Für die Anwendung von Absatz 1 legt die Regierung die Kriterien zur Bestimmung der Eigenschaft als Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung fest.

Die Vertrauensperson verfügt, wenn sie diesen Beistand leistet, über dieselben Mittel und ist denselben Verpflichtungen unterworfen, wie das Ratsmitglied. Der Rat kann in seiner Geschäftsordnung Anwesenheitsgelder gemäß Artikel 16 für diese Vertrauensperson vorsehen.

Abschnitt 2 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse der Gemeinde- oder Stadträte

Art. 18 - Geschäftsordnung

§ 1 - Der Rat verabschiedet eine Geschäftsordnung.

Diese regelt mindestens:

- die Erstellung einer Rangordnungstabelle der Ratsmitglieder;
- die Organisation der gemeinsamen Sitzungen mit dem Sozialhilferat;
- die in Artikel 16 vorgesehenen Entschädigungen der Ratsmitglieder;
- die Anwendung der in Artikel 19 vorgesehenen Rechte der Ratsmitglieder;
- die in Artikel 21 vorgesehene Einberufung des Rates sowie die Modalitäten der Einsicht in die Dokumente der Ratssitzung;
- die in Artikel 33 vorgesehenen Interpellationen;
- die Zusammensetzung und Arbeitsweise der in Artikel 37 vorgesehenen Ausschüsse;
- die Zusammensetzung und Aufgaben der in Artikel 38 erwähnten Beiräte;
- die Bedingungen für einen Antrag auf Abweichung von der in Artikel 38 § 2 Absatz 1 erwähnten Vorschrift;
- den Tag bzw. die Daten der Kollegiumssitzungen gemäß Artikel 57.

Die Geschäftsordnung kann ergänzende Maßnahmen enthalten, insbesondere:

- die in Artikel 17 Absatz 3 vorgesehene Entschädigung der Vertrauensperson für das Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung;
- zusätzliche Möglichkeiten der Bekanntmachung der Ratssitzungen gemäß Artikel 22;
- zusätzliche Abstimmungsverfahren im Rat gemäß Artikel 31;
- den in Artikel 77 vorgesehenen Zugang zum Informationsblatt der Gemeinde.

§ 2 - Die Geschäftsordnung enthält berufsethische und ethische Regeln. Diese gewährleisten insbesondere:

- die Ablehnung eines Mandats, das nicht völlig ausgeübt werden kann;
- die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Rates, des Kollegiums und der Ausschüsse;
- die Beziehungen zwischen den Gewählten und der Verwaltung;

- die Hörbereitschaft gegenüber dem Bürger;
- die Information des Bürgers.

Art. 19 - Rechte der Ratsmitglieder

Keine Urkunde und kein Schriftstück bezüglich der Verwaltung der Gemeinde darf den Ratsmitgliedern zwecks Prüfung vorenthalten werden.

Die Ratsmitglieder können eine Kopie dieser Urkunden und Schriftstücke erhalten. Sie haben Zugang zu den Gemeindeeinrichtungen und -diensten.

Die gegebenenfalls verlangte Gebühr für die Kopie darf den Selbstkostenpreis nicht überschreiten.

Die Protokolle der Kollegiumssitzungen werden den Ratsmitgliedern über eine geschützte Internet-Plattform zur Verfügung gestellt.

Die Ratsmitglieder können das Kollegium mündlich über aktuelle Angelegenheiten befragen und ihm schriftliche Fragen stellen über Beschlüsse des Kollegiums oder des Rates bzw. über Gutachten dieser Gremien, wenn diese sich auf eine Angelegenheit beziehen, die das Gemeindegebiet betrifft.

Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Artikels.

Art. 20 - Häufigkeit der Versammlungen

Der Rat tritt so oft zusammen, wie es die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten erfordern, mindestens aber zehn Mal im Jahr.

Der Rat kann gemeinsame Sitzungen mit dem Sozialhilferat abhalten.

Art. 21 - Einberufung

§ 1 - Das Kollegium beruft den Rat auf eigene Initiative oder auf Antrag eines Drittels der amtierenden Ratsmitglieder ein.

Wenn der Rat im Laufe eines Kalenderjahres weniger als zehn Mal zusammengetreten ist, muss das Kollegium den Rat im darauffolgenden Jahr in Abweichung von Absatz 1 auf Antrag eines Viertels der amtierenden Ratsmitglieder einberufen.

§ 2 - Außer in dringenden Fällen ergeht die Einladung mit der Tagesordnung an die Mitglieder wenigstens sieben Tage vor dem Versammlungsdatum schriftlich an ihren Wohnsitz. Diese Frist wird für die Anwendung von Artikel 25 Absatz 3 jedoch auf zwei Tage herabgesetzt.

Die Punkte der Tagesordnung werden deutlich angegeben. Ihnen sind ein zusammenfassendes Erläuterungsschreiben und ein Beschlussentwurf beigelegt.

Auf schriftlichen Antrag des Ratsmitglieds kann die Einberufung mit den entsprechenden Unterlagen auf elektronischem Weg übermittelt werden.

Das Kollegium stellt jedem Ratsmitglied auf dessen Antrag hin eine persönliche E-Mail-Adresse zur Verfügung.

§ 3 - Für jeden Punkt der Tagesordnung werden für die Ratsmitglieder alle sich darauf beziehenden Schriftstücke vor Ort zur Einsicht bereitgehalten.

Die Direktoren oder die von ihnen bezeichneten Personalmitglieder stehen den Ratsmitgliedern an mindestens zwei Terminen vor der Sitzung für technische Erklärungen zur Verfügung. Einer dieser Termine liegt innerhalb der gewöhnlichen Bürozeiten und einer außerhalb.

§ 4 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung der §§ 2 und 3.

Art. 22 - Bekanntmachung der Sitzung

Ort und Zeitpunkt der Ratssitzungen sowie die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung werden der Öffentlichkeit innerhalb der für die Einberufung des Rates vorgesehenen Fristen durch Bekanntmachung am Rathaus und auf der Webseite der Gemeinde zur Kenntnis gebracht.

Die Geschäftsordnung kann andere Formen der Bekanntmachung vorsehen.

Die Presse wird unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen.

Art. 23 - Vorsitz

Der Bürgermeister oder sein Vertreter führen den Vorsitz des Rates.

Vor der Verabschiedung des in Artikel 41 erwähnten Mehrheitsabkommens wird der Vorsitz des Rates von dem Ratsmitglied übernommen, das am Ende der vorhergehenden Legislaturperiode das Amt des Bürgermeisters oder mangels dessen das Amt eines Schöffen mit dem höchsten Rang oder mangels dessen das Amt eines Ratsmitglieds nach der Reihenfolge des Amtsalters im Gemeinde- oder Stadtrat ausgeübt hat.

In Ermangelung dessen übernimmt der Kandidat, der bei den letzten Wahlen die meisten Vorzugsstimmen in der Liste mit der höchsten Wahlziffer erhalten hat, den Vorsitz.

Art. 24 - Sitzungsverlauf

§ 1 - Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung. Er ist mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Versammlung betraut. Er darf, nach vorheriger Verwarnung, jede Person, die ihre Meinung öffentlich äußert oder auf irgendeine Weise Unruhe stiftet, sofort des Saales verweisen.

Außerdem kann er zulasten des Zuwiderhandelnden ein Protokoll aufnehmen und ihn an das Polizeigericht verweisen, das ihn unbeschadet anderer Verfolgungen zu einer Geldstrafe von 1 bis 25 Euro oder zu einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Tagen verurteilen kann.

§ 2 - Das Protokoll der letzten Ratssitzung wird den Ratsmitgliedern mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag und in den in Artikel 21 § 2 erwähnten dringenden Fällen zusammen mit der Tagesordnung zur Verfügung gestellt.

Jedes Ratsmitglied hat das Recht, im Laufe der Sitzung Bemerkungen über die Abfassung des Protokolls zu machen. Werden diese Bemerkungen angenommen, legt der Generaldirektor noch während der Sitzung oder spätestens bei der nachfolgenden Sitzung einen neuen, dem Beschluss des Rates entsprechenden Text vor.

Verläuft die Sitzung ohne Bemerkungen, wird das Protokoll als genehmigt betrachtet und vom Bürgermeister und vom Generaldirektor unterschrieben.

Der Rat kann beschließen, dass das Protokoll ganz oder teilweise während der Sitzung abgefasst und von den anwesenden Mitgliedern unterzeichnet wird.

Art. 25 - Anwesenheitsquorum

Der Rat ist nur bei Anwesenheit der Mehrzahl seiner amtierenden Mitglieder beschlussfähig.

Ist die Versammlung jedoch zweimal einberufen worden, ohne die beschlussfähige Mitgliederzahl erreicht zu haben, darf sie nach einer erneuten und letzten Einberufung ungeachtet der anwesenden Ratsmitglieder über alle Punkte beraten und beschließen, die zum dritten Mal auf der Tagesordnung stehen.

Die zweite und die dritte Einberufung erfolgen gemäß Artikel 21 und vermerken, ob es sich um die zweite oder dritte Einberufung handelt. Die dritte Einberufung gibt außerdem die Absätze 1 und 2 des vorliegenden Artikels wörtlich wieder.

Art. 26 - Interessenkonflikte

§ 1 - Es ist den Mitgliedern des Rates und des Kollegiums untersagt:

1. bei der Beratung über Angelegenheiten anwesend zu sein, an denen sie persönlich oder als Beauftragte ein direktes Interesse haben oder an denen ihre Verwandten oder Verschwägerten bis zum vierten Grad einschließlich ein persönliches oder direktes Interesse haben;

2. der Prüfung der Rechnungslegungen öffentlicher der Gemeinde untergeordneter Verwaltungen, deren Mitglieder sie sind, beizuwohnen.

In Bezug auf Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter und disziplinarrechtliche Verfolgungen erstreckt sich das in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Verbot nur auf Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad einschließlich.

Jedes Rats- und Kollegiumsmitglied, das von einem dieser Verbote betroffen ist, zieht sich spontan von der Beratung zurück.

§ 2 - Es ist jedem Rats- und Kollegiumsmitglied sowie den Direktoren untersagt:

1. sich direkt oder indirekt an irgendeiner Dienstleistung, Lieferung oder Ausschreibung für die Gemeinde zu beteiligen;

2. als Anwalt, Notar oder Sachwalter in Prozessen gegen die Gemeinde aufzutreten;

3. in Disziplinarsachen als Beistand eines Personalmitglieds aufzutreten;

4. als Beauftragter einer Gewerkschaftsorganisation in einem Verhandlungs- oder Konzertierungsausschuss der Gemeinde aufzutreten.

Rats- und Kollegiumsmitglieder dürfen nur unentgeltlich Streitsachen zugunsten der Gemeinde vor Gericht vertreten, sie darin beraten oder zu ihren Gunsten darin eingreifen.

Art. 27 - Öffentlichkeit der Sitzungen

Die Sitzungen des Rates sind öffentlich, außer wenn Personenfragen behandelt werden. Sobald eine solche Frage angeschnitten wird, ordnet der Vorsitzende an, dass diese Sache in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt wird.

Sind für die Anwendung dieses Artikels jedenfalls keine Personenfragen:

1. die Bezeichnung der Gemeindevertreter in öffentliche Ämter oder Mandate;

2. Immobiliengeschäfte;

3. Anträge mit Bezug auf Raumordnung und Städtebau und Umwelt.

Unter Vorbehalt von Artikel 28 kann der Rat im Interesse der öffentlichen Ordnung und aufgrund schwerwiegender Bedenken mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen, dass die Sitzung nicht öffentlich ist.

Außer in Disziplinarsachen findet die nicht-öffentliche Sitzung nach der öffentlichen Sitzung statt.

Wenn es sich während der öffentlichen Sitzung als notwendig erweist, die Untersuchung eines Punktes in nicht-öffentlicher Sitzung fortzuführen, kann erstere zu diesem alleinigen Zweck unterbrochen werden.

Art. 28 - Beratung über den Haushalt und die Rechnungslegung

§ 1 - Spätestens sieben Tage vor der Sitzung, in der der Rat über den Haushaltsplan, eine Abänderung des Haushaltsplans oder die Rechnungslegung zu beraten hat, übermittelt das Kollegium jedem Ratsmitglied ein Exemplar des entsprechenden Entwurfs.

Der Entwurf wird so mitgeteilt, wie er dem Rat vorgelegt werden wird, mit den zu seiner endgültigen Festlegung erforderlichen Anlagen, mit Ausnahme der Belege, was die Rechnungslegung betrifft.

Dem jeweiligen Entwurf ist ein Bericht mit einer allgemeinen Übersicht beigelegt.

Der Bericht zum Haushaltsplan beinhaltet insbesondere eine Übersicht über die allgemeine- und die Finanzpolitik sowie die Verwaltungs- und Geschäftslage der Gemeinde.

Der Bericht zur Rechnungslegung beinhaltet eine Übersicht über die Verwaltung der Gemeindefinanzen während des Rechnungsjahrs, auf das sich diese Rechnungslegung bezieht.

Die Ratssitzung ist öffentlich.

Bevor der Rat berät, kommentiert das Kollegium den Inhalt des Berichts.

§ 2 - Das Kollegium übermittelt den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen folgende Dokumente binnen fünf Tagen nach ihrer Verabschiedung:

1. der Haushaltsplan und Haushaltsplanabänderungen;

2. die Rechnungslegung.

Dem Haushaltsplan und der Rechnungslegung werden Informationen über die Struktur der Beschäftigung, ihre Entwicklung und die Beschäftigungsprognosen und das während eines Teils und der Gesamtheit des Bezugsjahrs beschäftigte Personal beigelegt. Diese Informationen können auf elektronischem Weg mitgeteilt werden.

Auf einen binnen fünf Tagen nach der Übermittlung der in Absatz 1 genannten Dokumente eingereichten Antrag der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen werden diese unverzüglich vom Kollegium zu einer spezifischen Informationsversammlung eingeladen, während der diese Dokumente vorgestellt und erläutert werden.

Art. 29 - Zusätzliche Tagesordnung

Der Rat kann nur über nicht auf der Tagesordnung stehende Angelegenheiten beraten, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder diese als dringlich anerkannt haben.

Nicht auf der Tagesordnung stehende Vorschläge werden wenigstens fünf Tage vor der Versammlung an das Kollegium gerichtet. Ihnen sind ein zusammenfassendes Erläuterungsschreiben und ein Beschlussentwurf beizufügen. Mitglieder des Kollegiums können nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Das Kollegium teilt den Ratsmitgliedern die zusätzlichen Punkte der Tagesordnung unverzüglich mit.

Art. 30 - Beschlussquorum

§ 1 - Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Vorschlag als abgewiesen.

§ 2 - Der Rat stimmt über die Gesamtheit des Haushaltsplans und der Rechnungslegung ab.

Jedes Ratsmitglied kann jedoch verlangen, dass über einen oder mehrere Artikel bzw. Posten oder eine oder mehrere Gruppen von Artikeln, die von ihm bestimmt werden, getrennt abgestimmt wird.

In diesem Fall kann die Gesamtabstimmung erst erfolgen, nachdem über den bzw. die einzelnen Artikel, Gruppen von Artikeln oder Posten abgestimmt worden ist, wobei die Gesamtabstimmung sowohl für die Artikel oder Posten gilt, für die kein Mitglied eine getrennte Abstimmung beantragt hat, als auch für die durch getrennte Abstimmung bereits angenommenen Artikel.

Art. 31 - Abstimmungsmodalitäten

Die Ratsmitglieder stimmen mündlich ab.

Die Geschäftsordnung kann ein Abstimmungsverfahren vorsehen, das einer mündlichen Stimmabgabe gleichkommt, wie die mechanisch ausgelöste namentliche Abstimmung oder die Abstimmung durch Handzeichen. Es wird jedoch immer mündlich abgestimmt, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies beantragt.

In Abweichung von Absatz 1 wird über Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter, Zurdispositionstellungen, vorbeugende einstweilige Amentshebungen im Interesse des Dienstes und Disziplinarstrafen in geheimer Abstimmung abgestimmt.

Art. 32 - Abstimmung über Personen

Wird bei Ernennungen oder Vorschlägen von Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erreicht, erfolgt eine Stichwahl zwischen den Kandidaten, die die höchste Stimmenanzahl erhalten haben.

Zu diesem Zweck stellt der Vorsitzende eine Liste mit doppelt so vielen Namen auf, wie Kandidaten zu ernennen oder vorzuschlagen sind.

Die Stimmen dürfen nur für die auf dieser Liste eingetragenen Kandidaten abgegeben werden.

Die Ernennung oder der Vorschlag erfolgen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit hat der ältere Kandidat den Vorzug.

Art. 33 - Interpellationen

§ 1 - Die Einwohner der Gemeinde können das Kollegium während der öffentlichen Sitzung des Rates direkt interpellieren.

Jede natürliche Person, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit sechs Monaten im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen ist, sowie jede juristische Person, deren Gesellschafts- oder Betriebssitz sich auf dem Gebiet der Gemeinde befindet und die durch eine natürliche Person vertreten ist, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, gilt als Einwohner im Sinne des vorliegenden Artikels.

§ 2 - Der vollständige Text der vorgeschlagenen Interpellation wird dem Kollegium schriftlich übermittelt.

Um zulässig zu sein, muss eine Interpellation:

1. von einer einzigen Person eingereicht werden;
2. als Frage formuliert sein, deren Vorstellung nicht mehr als zehn Minuten Redezeit erfordert;
3. sich auf einen Sachverhalt beziehen, der unter die Zuständigkeit der Gemeindebehörden fällt oder zu dem diese ein Gutachten abgeben, insofern das Gemeindegebiet betroffen ist;
4. von allgemeinem Interesse sein.

Eine Interpellation darf nicht:

1. gegen die Grundfreiheiten und -rechte verstoßen;
2. eine Personenangelegenheit betreffen;
3. eine Bitte um Auskünfte statistischer Art oder Informationsmaterial darstellen;
4. die Erlangung von Ratsschlägen juristischer Art zum alleinigen Zweck haben.

Das Kollegium entscheidet über die Zulässigkeit der Interpellation. Der Beschluss in Bezug auf die Unzulässigkeit wird im Rahmen der ersfolgenden Ratssitzung begründet.

§ 3 - Nach Aufforderung des Vorsitzenden stellt der Interpellierende seine Frage in öffentlicher Sitzung gemäß den Regeln zur Organisation der Wortmeldung innerhalb der Versammlung und unter Einhaltung einer Redezeit von höchstens zehn Minuten.

Das Kollegium antwortet auf die Interpellationen.

Der Interpellierende verfügt über zwei Minuten, um auf die Antwort zu erwidern, bevor dieser Punkt der Tagesordnung vollständig abgeschlossen wird.

Die Interpellationen werden in das Protokoll der Ratssitzung übertragen und auf der Webseite der Gemeinde veröffentlicht.

§ 4 - Der Rat kann einen Ausschuss für Interpellationen gemäß Artikel 37 einrichten.

§ 5 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Artikels.

Art. 34 - Einsichtsrecht

Weder den Gemeindegewohnern noch den zu diesem Zweck von der Regierung beauftragten Personen darf verweigert werden, vor Ort Einsicht in die Ratsbeschlüsse zu nehmen.

Der Rat kann jedoch bestimmen, dass die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse eine bestimmte Zeit geheim gehalten werden.

Abschnitt 3 - Befugnisse des Gemeinde- oder Stadtrats

Art. 35 - Allgemeine Zuständigkeit

Der Rat regelt alles, was die Gemeindeinteressen betrifft. Er berät über jede andere Angelegenheit, die die übergeordneten Behörden ihm vorlegen.

Der Rat bezeichnet die Mitglieder aller Ausschüsse sowie die Vertreter des Rates in den juristischen Personen, in denen die Gemeinde vertreten ist. Er kann diese Mandate jederzeit entziehen.

Art. 36 - Interne Verwaltung

Der Rat erlässt die Gemeindeverordnungen in Bezug auf die interne Verwaltung.

Ausfertigungen dieser Verordnungen werden der Kanzlei des Gerichts erster Instanz und des Polizeigerichts umgehend übermittelt, wo sie in ein dafür vorgesehenes Register eingetragen werden.

Art. 37 - Ausschüsse

Der Rat kann in seiner Mitte Ausschüsse gründen, die mit der Vorbereitung seiner Sitzungen beauftragt sind.

Die Mitgliedsmandate für jeden Ausschuss werden proportional unter die Fraktionen verteilt, aus denen sich der Rat zusammensetzt. Die Geschäftsordnung bestimmt die Modalitäten für die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse.

Die Ausschüsse können jederzeit Sachverständige und Interessehabende anhören.

Art. 38 - Beiräte

§ 1 - Der Rat kann Beiräte einsetzen, die damit beauftragt sind, eine Stellungnahme zu Angelegenheiten gemeindlichen Interesses abzugeben.

Er regelt deren Zusammensetzung und bestimmt die Fälle, in denen die Konsultierung dieser Beiräte Pflicht ist.

§ 2 - Höchstens zwei Drittel der Mitglieder eines Beirats dürfen demselben Geschlecht angehören. Anderenfalls kann der betreffende Beirat keine gültige Stellungnahme abgeben.

Der Rat kann auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Beirats Abweichungen von der in Absatz 1 vorgesehenen Vorschrift gewähren.

Bei Ablehnung verfügt der Beirat ab dem entsprechenden Beschluss über eine Frist von drei Monaten, um die in Absatz 1 gestellte Bedingung zu erfüllen. Anderenfalls kann er ab diesem Datum keine rechtsgültige Stellungnahme mehr abgeben.

§ 3 - Der Rat stellt den Beiräten die zur Ausführung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung.

Das Kollegium legt dem Rat im letzten Jahr seiner Amtsperiode einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Artikels vor.

Art. 39 - Delegation für Zuschüsse

§ 1 - Der Rat kann dem Kollegium die Zuständigkeit für die Gewährung folgender Zuschüsse übertragen:

1. namentlich im Haushaltsplan eingetragene Zuschüsse;
2. Sachleistungen;
3. Zuschüsse, die durch die Dringlichkeit oder durch zwingende und unvorhergesehene Umstände gerechtfertigt sind.

Der aufgrund von Absatz 1 Nummer 3 verabschiedete Beschluss des Kollegiums ist dem Rat anlässlich seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

§ 2 - Das Kollegium erstattet dem Rat jährlich Bericht über:

1. die Zuschüsse, die während des Geschäftsjahres aufgrund des vorliegenden Artikels gewährt wurden;
2. die Zuschüsse, deren Verwendung während des Geschäftsjahres aufgrund von Artikel 182 kontrolliert wurde.

§ 3 - Der Rat kann die in diesem Artikel vorgesehene Delegation höchstens für die Dauer seiner Amtsperiode erteilen.

KAPITEL 2 - Der Bürgermeister und das Kollegium

Abschnitt 1 - Fraktionen und Mehrheitsabkommen

Art. 40 - Fraktionen

Das bzw. die auf einer gleichen Liste bei den Wahlen gewählte(n) Ratsmitglied(er) bildet bzw. bilden eine Fraktion, deren Bezeichnung die der besagten Liste ist.

Das Ratsmitglied, das im Laufe der Legislaturperiode aus seiner Fraktion austritt oder aus dieser ausgeschlossen wird, verliert von Rechts wegen seine gesamten gemäß Artikel L5111-1 des Kodex abgeleiteten Mandate.

Die vom betroffenen Ratsmitglied unterzeichnete Austrittserklärung bzw. die von der Mehrheit der Fraktionsmitglieder unterzeichnete Ausschlusserklärung wird dem Kollegium übermittelt und dem Rat auf seiner erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht. Der Rücktritt bzw. der Ausschluss werden an diesem Datum wirksam. Ein Auszug des Protokolls wird den Einrichtungen übermittelt, in denen das Mitglied bis dahin aufgrund seiner Eigenschaft als Ratsmitglied tagte.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels und von Artikel 51 wird das Ratsmitglied weiterhin als der verlassenen Fraktion angehörend betrachtet.

Art. 41 - Mehrheitsabkommen

§ 1 - Jeder Entwurf eines Mehrheitsabkommens wird dem Generaldirektor spätestens am zweiten Montag des Monats nach den Wahlen zugestellt.

Die Öffentlichkeit wird von diesen Entwürfen unverzüglich mindestens durch Aushang am Rathaus informiert.

Der Entwurf des Abkommens enthält:

1. die Angabe der beteiligten Fraktionen;
2. die Identität des vorgeschlagenen Bürgermeisters;
3. die Identität der vorgeschlagenen Schöffen.

Er weist Personen beider Geschlechter auf.

Der Abkommensentwurf wird von allen darin bezeichneten Personen und von der Mehrheit der Mitglieder jeder Fraktion unterzeichnet, von der mindestens ein Kollegiumsmitglied vorgeschlagen wird.

Wenn sich eine Fraktion nur aus zwei Mitgliedern zusammensetzt, wird der Abkommensentwurf von mindestens einem der beiden unterzeichnet.

Die Unterschrift eines Ratsmitglieds unter einem nicht von der Mehrheit seiner Fraktion unterzeichneten Abkommensentwurf ist ungültig.

§ 2 - Der Rat verabschiedet das Mehrheitsabkommen binnen drei Monaten ab dem Datum der Gültigkeitserklärung der Wahlen.

Die Abstimmung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

§ 3 - Der Bürgermeister ist das Ratsmitglied belgischer Staatsangehörigkeit, das aus einer der am Mehrheitsabkommen beteiligten Fraktionen stammt und dessen Identität im Mehrheitsabkommen angegeben ist.

§ 4 - Wenn kein Mehrheitsabkommen innerhalb der in § 2 vorgesehenen Frist verabschiedet wurde, kann die Regierung einen Kommissar bezeichnen, der die laufenden Angelegenheiten anstelle des Kollegiums, das diese Aufgabe aufgrund von Artikel 8 übernahm, regelt.

Die Annahme des Mehrheitsabkommens wird bis zu seiner Verabschiedung auf die Tagesordnung einer jeden Ratssitzung gesetzt.

§ 5 - Wenn im Laufe der Legislaturperiode alle Mitglieder des Kollegiums ihr Mandat niederlegen, gilt das Mehrheitsabkommen als gebrochen.

Dem Generaldirektor ist binnen 30 Tagen nach der Annahme des Rücktritts des letzten Kollegiumsmitglieds ein neues Mehrheitsabkommen zuzustellen.

Liegt nach Ablauf von 30 Tagen kein neues Mehrheitsabkommen vor, bestimmt die Regierung einen Schlichter, dessen Aufgabe sie festlegt. Sollte auch dessen Mission nicht zur Verabschiedung eines Mehrheitsabkommens führen, ordnet die Regierung neue Wahlen an. In diesem Fall beauftragt sie den Generaldirektor, die Liste der Wähler der Gemeinde am Tag der Notifizierung des Beschlusses der Regierung an den Rat aufzustellen und die Wähler einzuberufen, um binnen 50 Tagen nach dieser Notifizierung neue Wahlen vorzunehmen. Der genaue Zeitplan der Wahlverrichtungen wird von der Regierung festgelegt. Die neuen Ratsmitglieder beenden das Mandat der Ratsmitglieder, die sie ersetzen.

Art. 42 - Nachtrag zum Mehrheitsabkommen

Im Laufe der Legislaturperiode kann ein Nachtrag zum Mehrheitsabkommen verabschiedet werden, um für den endgültigen Ersatz eines Kollegiumsmitglieds zu sorgen.

Der Nachtrag wird mit Stimmenmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder angenommen.

Das neue Mitglied des Kollegiums beendet das Mandat des Mitglieds, das es ersetzt.

Abschnitt 2 - Das Kollegium**Art. 43 - Anzahl der Schöffen**

Es gibt:

- zwei Schöffen in den Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern;
- drei Schöffen in den Gemeinden mit 1.000 bis 4.999 Einwohnern;
- vier Schöffen in den Gemeinden mit 5.000 bis 9.999 Einwohnern;
- fünf Schöffen in den Gemeinden mit 10.000 bis 19.999 Einwohnern;
- sechs Schöffen in den Gemeinden mit 20.000 bis 29.999 Einwohnern;
- sieben Schöffen in den Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern.

Der Rat kann beschließen, die Anzahl der Schöffen um eine Einheit herabzusetzen.

Art. 44 - Zusammensetzung

Das Kollegium setzt sich aus dem Bürgermeister und den Schöffen zusammen.

Es setzt sich aus Personen beider Geschlechter zusammen.

Art. 45 - Wahl der Schöffen

§ 1 - Die Schöffen werden unter den Ratsmitgliedern ausgewählt.

Wenn alle Mitglieder der an das Mehrheitsabkommen gebundenen Fraktionen gleichen Geschlechts sind, wird ein Schöffe außerhalb des Rates bezeichnet. Der derart bezeichnete Schöffe ist in jedem Fall im Kollegium stimmberechtigt. Er nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teil.

Wenn ein Schöffe nicht Mitglied des Rates ist, muss er die in Artikel L4125-1 des Kodex festgelegten Wählbarkeitsbedingungen erfüllen und beibehalten.

Im Mehrheitsabkommen wird die Fraktion angegeben, der der Schöffe, der nicht Mitglied des Rates ist, zugeordnet ist.

§ 2 - Die Ratsmitglieder, deren Identität im angenommenen Mehrheitsabkommen vermerkt ist, werden von Rechts wegen zu Schöffen gewählt.

Die Rangordnung der Schöffen wird nach deren Platz auf der Liste, die im Mehrheitsabkommen aufgenommen wird, festgelegt.

Art. 46 - Verhinderung

§ 1 - Der Bürgermeister sowie der Schöffe, der das Amt eines Ministers, eines Staatssekretärs oder eines Mitglieds einer Regierung ausübt, oder der in Anwendung von Artikel 47 einen Urlaub nimmt, wird für den Zeitraum der Ausübung dieses Amtes als verhindert betrachtet.

Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Bürgermeisters werden dessen Ämter von dem Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit erfüllt, den er beauftragt hat. Mangels dessen wird er durch den Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit ersetzt, der den ersten Rang einnimmt.

§ 2 - Ein Schöffe, der einen als verhindert betrachteten Bürgermeister ersetzt, wird gemäß § 3 auf Antrag des Kollegiums für den Zeitraum ersetzt, während dem er den Bürgermeister ersetzt.

§ 3 - Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann für den Zeitraum seiner Abwesenheit oder Verhinderung auf Vorschlag des Kollegiums durch ein Ratsmitglied ersetzt werden, das der Rat unter den Ratsmitgliedern der Fraktion bezeichet, der er angehört. Mangels dessen kann er durch ein Ratsmitglied aus einer anderen, an das Mehrheitsabkommen gebundenen Fraktion ersetzt werden.

Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann unter den in Artikel 45 § 1 Absatz 2 festgelegten Bedingungen durch einen außerhalb des Rates gewählten Schöffen aus der gleichen Fraktion ersetzt werden, wenn alle Mitglieder des Kollegiums und alle Ratsmitglieder, die den an das Mehrheitsabkommen gebundenen Fraktionen angehören, gleichen Geschlechts sind.

Art. 47 - Urlaube

Anlässlich der Geburt oder der Adoption eines Kindes kann der Bürgermeister oder der Schöffe Urlaub nehmen. Er notifiziert dem Kollegium seinen Urlaub schriftlich unter Angabe des Anfangs- und Enddatums. Die Dauer des Urlaubs beträgt höchstens 20 Wochen. Er endet spätestens 20 Wochen nach der Geburt oder der Adoption des Kindes.

Der Antrag auf einen Urlaub in der Eigenschaft als Schöffe oder Bürgermeister wird schriftlich und mit Angabe des Anfangs- und Enddatums eingereicht, wenn der Betroffene während dieses Zeitraums Ratsmitglied bleiben will.

Art. 48 - Rücktritt

Der Rücktritt aus dem Amt des Bürgermeisters oder des Schöffen wird dem Rat schriftlich zugestellt. Dieser nimmt ihn während der ersten Sitzung, die auf diese Notifizierung folgt, zur Kenntnis.

Der Rücktritt wird an dem Datum wirksam, an dem der Rat ihn zur Kenntnis nimmt.

Der Bürgermeister sowie der Schöffe, der zum Zeitpunkt seiner Wahl Mitglied des Rates ist, verliert diese Eigenschaft, wenn er dem Rat nicht mehr angehört.

Art. 49 - Disziplinarmaßnahmen

Die Regierung kann den Bürgermeister sowie einen Schöffen wegen notorischen Fehlverhaltens oder schwerer Nachlässigkeit zeitweilig oder definitiv seines Amtes entheben, nachdem dieser zuvor angehört wurde.

Die zeitweilige Amtsenthebung darf drei Monate nicht überschreiten.

Der definitiv seines Amtes enthobene Bürgermeister oder Schöffe kann während derselben Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden.

Art. 50 - ÖSHZ-Präsident

Der Präsident des Sozialhilferats nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Kollegiums teil, wenn es sich um die Ausübung der Aufsicht über die Beschlüsse des Sozialhilferats handelt.

Wenn er nicht Mitglied des Rates ist, nimmt er mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teil.

Abschnitt 3 - Verantwortung des Kollegiums

Art. 51 - Misstrauensantrag

§ 1 - Das Kollegium sowie jedes seiner Mitglieder ist vor dem Rat verantwortlich.

Der Rat kann einen kollektiven Misstrauensantrag gegen das ganze Kollegium oder einen individuellen Misstrauensantrag gegen eines oder mehrere der Kollegiumsmitglieder verabschieden.

Dieser Misstrauensantrag ist nur zulässig:

1. wenn er einen Nachfolger für das Kollegium oder für eines bzw. mehrere seiner Mitglieder vorschlägt;
2. bei einem kollektiven Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden Fraktion, die eine alternative Mehrheit bildet, eingereicht wird;
3. bei einem individuellen Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden an Mehrheitsabkommen beteiligten Fraktion eingereicht wird.

Die Debatte und die Abstimmung über den Misstrauensantrag werden nach dessen Aushändigung an den Generaldirektor auf die Tagesordnung der erstfolgenden Ratssitzung aufgenommen, unter der Bedingung, dass eine Frist von wenigstens sieben Tagen nach dieser Aushändigung verstrichen ist. Der Generaldirektor übermittelt unverzüglich allen Rats- und Kollegiumsmitgliedern eine Abschrift des Misstrauensantrags und bringt der Öffentlichkeit das Einreichen des Antrags durch Bekanntmachung am Rathaus zur Kenntnis.

Bei einem individuellen Misstrauensantrag können die betroffenen Kollegiumsmitglieder ihre Anmerkungen persönlich vor dem Rat geltend machen und in jedem Fall unmittelbar vor der Abstimmung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags bewirkt den Rücktritt des Kollegiums oder des/der umstrittenen Mitglieds/Mitglieder sowie die Wahl des neuen Kollegiums oder des/der neuen Mitglieds/Mitglieder.

§ 2 - Ein kollektiver Misstrauensantrag darf nicht vor Ablauf einer Frist von ein und einem halben Jahr nach der Einsetzung des Kollegiums sowie nach dem 30. Juni des Jahres vor den Wahlen eingebracht werden.

Wenn der Rat einen kollektiven Misstrauensantrag verabschiedet hat, darf kein neuer kollektiver Misstrauensantrag vor Ablauf einer Frist von einem Jahr eingebracht werden.

Im Laufe derselben Legislaturperiode dürfen nicht mehr als zwei kollektive Misstrauensanträge verabschiedet werden.

Abschnitt 4 - Gehalt und Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen

Art. 52 - Gehälter

§ 1 - Der Bürgermeister erhält folgendes Gehalt:

1. Gemeinden von 300 Einwohnern und weniger: 13.785,16 Euro;
2. Gemeinden von 301 bis 500 Einwohnern: 15.242,03 Euro;
3. Gemeinden von 501 bis 750 Einwohnern: 16.697,77 Euro;
4. Gemeinden von 751 bis 1.000 Einwohnern: 18.639,00 Euro;
5. Gemeinden von 1.001 bis 1.250 Einwohnern: 20.580,68 Euro;
6. Gemeinden von 1.251 bis 1.500 Einwohnern: 21.186,92 Euro;
7. Gemeinden von 1.501 bis 2.000 Einwohnern: 21.793,61 Euro;
8. Gemeinden von 2.001 bis 2.500 Einwohnern: 22.582,33 Euro;
9. Gemeinden von 2.501 bis 3.000 Einwohnern: 23.492,59 Euro;
10. Gemeinden von 3.001 bis 4.000 Einwohnern: 24.523,74 Euro;
11. Gemeinden von 4.001 bis 5.000 Einwohnern: 25.433,75 Euro;
12. Gemeinden von 5.001 bis 6.000 Einwohnern: 28.100,01 Euro;
13. Gemeinden von 6.001 bis 8.000 Einwohnern: 29.912,10 Euro;
14. Gemeinden von 8.001 bis 10.000 Einwohnern: 31.983,61 Euro;
15. Gemeinden von 10.001 bis 15.000 Einwohnern: 36.663,56 Euro;
16. Gemeinden von 15.001 bis 20.000 Einwohnern: 39.276,32 Euro;
17. Gemeinden von 20.001 bis 25.000 Einwohnern: 46.817,39 Euro;
18. Gemeinden von 25.001 bis 35.000 Einwohnern: 49.891,02 Euro;
19. Gemeinden von 35.001 bis 50.000 Einwohnern: 52.810,93 Euro;
20. Gemeinden von 50.001 bis 80.000 Einwohnern: 61.937,53 Euro;
21. Gemeinden von 80.001 bis 150.000 Einwohnern: 74.668,50 Euro;
22. Gemeinden von mehr als 150.000 Einwohnern: 80.492,09 Euro.

Diese Gehälter sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

Die Gehälter der Schöffen betragen 60 % des Gehalts des Bürgermeisters derselben Gemeinde.

Die Regierung legt die Modalitäten für die Zahlung dieser Gehälter fest.

Wenn die Festlegung der Gehälter eine Verminderung oder Streichung anderer gesetzlicher oder verordnungsgemäßer Gehälter, Entschädigungen oder Zuwendungen zur Folge hat, kann die Regierung gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen vermindern, insofern dieser es beantragt.

Der Rat kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen, der gesetzliche oder ordnungsgemäße Gehälter, Pensionen, Entschädigungen oder Zuwendungen bezieht, um einen Betrag erhöhen, der den vom Betroffenen erlittenen Einkommensausfall ausgleicht, insofern der Mandatsträger es selber beantragt.

Das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen, erhöht um den Betrag zum Ausgleich des Einkommensausfalls, darf nie höher sein als das Gehalt eines Bürgermeisters bzw. eines Schöffen einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern.

§ 2 - Die Regierung bestimmt das Urlaubsgeld und die Jahresendprämie der Bürgermeister und Schöffen.

§ 3 - Außer diesen Gehältern dürfen die Bürgermeister und Schöffen nicht in den Genuss von Bezügen zulasten der Gemeinde kommen.

Art. 53 - Ersatz

Ersetzt ein Schöffe den Bürgermeister während mindestens einem Monat, so wird ihm das mit diesem Amt verbundene Gehalt gewährt. Der den Bürgermeister ersetzende Schöffe darf nicht gleichzeitig das Bürgermeister- und das Schöffengehalt beziehen.

Dasselbe gilt, wenn ein Mitglied des Rates das Amt eines Schöffen während mindestens einem Monat wahrnimmt. In diesem Fall wird ihm das mit dem betreffenden Amt verbundene Gehalt für die Dauer der Ausübung dieses Amtes gezahlt.

Der ersetzte Bürgermeister oder Schöffe bezieht für den Zeitraum seiner Verhinderung kein Gehalt, es sei denn, er wird wegen Krankheit ersetzt.

Art. 54 - Maximalgehalt

Die Summe des Gehalts des Bürgermeisters oder des Schöffen und der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die er aufgrund seiner ursprünglichen Mandate, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex bezieht, ist auf höchstens 150 % der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments begrenzt.

Bei Überschreitung des in Absatz 1 festgelegten Höchstbetrags wird der Betrag des Gehalts des Bürgermeisters oder des Schöffen und/oder der von dem Bürgermeister oder dem Schöffen aufgrund seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

Art. 55 - Erkennungszeichen der Bürgermeister und der Schöffen

Die Regierung bestimmt das Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen.

Abschnitt 5 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse des Kollegiums

Art. 56 - Vorsitz

Der Bürgermeister ist von Rechts wegen Vorsitzender des Kollegiums.

Art. 57 - Sitzungen und Anwesenheitsquorum

Das Kollegium versammelt sich an bzw. zu den gemäß Geschäftsordnung festgesetzten Tagen und Uhrzeiten und sooft die Angelegenheiten es erfordern.

Es ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Die Versammlungen des Kollegiums sind nicht öffentlich. Nur die Beschlüsse werden protokolliert und in das Beschlussregister aufgenommen.

Art. 58 - Außerordentliche Sitzung

Die Einberufung zu außerordentlichen Versammlungen erfolgt mindestens zwei Tage im Voraus schriftlich an den Wohnsitz oder per E-Mail.

In dringenden Fällen entscheidet der Bürgermeister über Tag und Uhrzeit der Versammlung.

Art. 59 - Abstimmungsquorum

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit vertagt das Kollegium die Angelegenheit auf eine spätere Sitzung, es sei denn, es zieht ein Ratsmitglied entsprechend der Reihenfolge der Eintragung auf der Rangliste hinzu.

Wenn die Mehrheit des Kollegiums vor der Diskussion die Dringlichkeit der Angelegenheit anerkannt hat, ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Dasselbe gilt, wenn in drei Sitzungen in der gleichen Angelegenheit Stimmengleichheit vorliegt, ohne dass sich das Kollegium mit Stimmenmehrheit entschließt, ein Ratsmitglied hinzuzuziehen.

Die Artikel 26, 31 und 32 finden Anwendung auf die Sitzungen des Kollegiums.

Abschnitt 6 - Befugnisse des Kollegiums

Art. 60 - Befugnisse

Dem Kollegium obliegen:

1. die Ausführung der Vorschriften der übergeordneten Behörden, insoweit ihm diese Aufgabe besonders anvertraut wird;
2. die Veröffentlichung und Ausführung der Ratsbeschlüsse;
3. die Verwaltung der Gemeindeeinrichtungen;
4. die Verwaltung der Einkünfte, die Anweisung der Gemeindeausgaben und die Aufsicht über die Buchführung;
5. die Leitung der Gemeindegemeinschaften;
6. die Vertretung der Gemeinde vor Gericht;
7. die Verwaltung des Eigentums der Gemeinde sowie die Wahrung ihrer Rechte;
8. die Aufsicht über die von der Gemeinde besoldeten Personalmitglieder;
9. der Unterhalt der Wege und Wasserläufe;
10. die Aufbewahrung der Archive und der Urkunden.

Das Kollegium stellt von den in Absatz 1 Nummer 10 erwähnten Dokumenten sowie von den Charten und sonstigen alten Dokumenten der Gemeinde Inventare in doppelter Ausfertigung auf und verhindert den Verkauf oder die Entwendung der hinterlegten Unterlagen.

Art. 61 - Delegationen

Der Bürgermeister und der Standesbeamte können, jeder für seinen Bereich, Personalmitgliedern folgende Befugnisse übertragen:

1. das Ausstellen von Auszügen oder Kopien von anderen Urkunden als Personenstandsunterlagen;
2. die Legalisation von Unterschriften;
3. das Beglaubigen der Kopien von Dokumenten.

Diese Befugnis gilt für Dokumente, die zur Verwendung in Belgien oder im Ausland bestimmt sind, mit Ausnahme derjenigen, die vom föderalen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten oder von dem dazu beauftragten Beamten legalisiert werden müssen.

Vor der Unterschrift, dem Namen und der Funktion des Personalmitglieds, dem die Befugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Befugnis.

Art. 62 - Richtlinienprogramm

Binnen drei Monaten nach Verabschiedung des Mehrheitsabkommens legt das Kollegium dem Rat ein allgemeines Richtlinienprogramm für die Dauer seines Mandats vor, das mindestens die wichtigsten politischen Projekte enthält.

Dieses allgemeine Richtlinienprogramm wird nach Billigung durch den Rat gemäß den Bestimmungen von Artikel 74 und auf die vom Rat vorgeschriebene Weise veröffentlicht.

Abschnitt 7 - Befugnisse des Bürgermeisters

Art. 63 - Allgemeine Befugnis

Dem Bürgermeister obliegt die Ausführung der Vorschriften der übergeordneten Behörden, die nicht ausdrücklich dem Kollegium oder dem Rat anvertraut sind.

Art. 64 - Requirierungsrecht

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Vorsitzenden des Sozialhilferats hin verfügt der Bürgermeister ab Inverzugsetzung des Eigentümers über das Recht, jedes seit mehr als sechs Monaten verlassene Gebäude zu requirieren, um es Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Das Requirierungsrecht kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab der Benachrichtigung des Eigentümers durch den Bürgermeister und gegen eine angemessene Entschädigung ausgeübt werden.

Die Regierung bestimmt die Grenzen, Bedingungen und Modalitäten, in deren Rahmen das Requirierungsrecht ausgeübt werden kann, sowie das Verfahren, die Benutzungsdauer, die Modalitäten in Zusammenhang mit der Benachrichtigung des Eigentümers, seine Einspruchsmöglichkeiten und den Berechnungsmodus für die Entschädigung.

KAPITEL 3 - Unvereinbarkeiten**Art. 65 - Unvereinbarkeiten Rat und Kollegium**

Dürfen weder Mitglieder des Rates noch des Kollegiums sein:

1. Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Provinzgouverneure;
3. Mitglieder des Provinzkollegiums;
4. Generaldirektoren der Provinz;
5. Bezirkskommissare;
6. Personalmitglieder der Gemeinde und Personen, die von der Gemeinde ein Gehalt oder eine regelmäßige finanzielle Zuwendung erhalten;
7. Mitglieder der Forstverwaltung, wenn ihre Zuständigkeit sich auf unter Forstrecht stehenden Waldbesitz erstreckt, der Eigentum der Gemeinde ist, in der sie ihr Amt ausüben;
8. Mitglieder der Gerichtshöfe, Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Greffiers der Gerichtsbehörden;
9. Staatsräte;
10. Sekretäre und Einnehmer des öffentlichen Sozialhilfezentrums des Zuständigkeitsgebiets der Gemeinde;
11. Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad einschließlich der Direktoren und des Regionaleinnehmers der Gemeinde oder die mit ihnen verheirateten oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner.

Die Bestimmungen von Absatz 1 sind ebenfalls anwendbar auf nichtbelgische Staatsangehörige der Europäischen Union, die in Belgien wohnen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Ämter ausüben, die den in diesen Bestimmungen erwähnten Ämtern entsprechen.

Art. 66 - Unvereinbarkeiten Kollegium

Unbeschadet der in Artikel 65 erwähnten Unvereinbarkeiten können folgende Personen nicht Mitglieder des Kollegiums sein:

1. Diener der Kulte und Vertreter der bekenntnisneutralen Organisationen;
2. Personalmitglieder der Steuerverwaltungen in den Gemeinden, die zu ihrem Bezirk gehören oder in ihr Zuständigkeitsgebiet fallen, außer wenn die Regierung Abweichungen gewährt;
3. Generalbeamte, die der Mandatsregelung innerhalb der Dienststellen der föderalen Regierung, der Regierung einer Region oder einer Gemeinschaft und der von ihnen abhängenden Einrichtungen öffentlichen Interesses unterliegen;
4. Inhaber eines Amtes innerhalb einer Einrichtung öffentlichen Interesses, das darin besteht, die Generaldirektion dieser Einrichtung zu gewährleisten.

Die Bestimmungen von Absatz 1 sind ebenfalls anwendbar auf nichtbelgische Staatsangehörige der Europäischen Union, die in Belgien wohnen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Ämter ausüben, die den in diesen Bestimmungen erwähnten Ämtern entsprechen.

Art. 67 - Verwandte im Rat

§ 1 - Die Mitglieder des Rates dürfen weder bis zum zweiten Grad einschließlich miteinander verwandt oder verschwägert noch miteinander verheiratet sein oder gesetzlich zusammenwohnen.

Personen, deren Ehepartner oder gesetzlich Zusammenwohnende untereinander bis zum zweiten Grad einschließlich verwandt sind, dürfen nicht zur gleichen Zeit dem Rat angehören.

§ 2 - Wenn bis zu diesem Grad Verwandte oder Verschwägte, Ehepartner oder gesetzlich Zusammenwohnende bei der gleichen Wahl gewählt wurden, richtet die Vorzugsreihenfolge sich nach der Größe der Quotienten, aufgrund deren die von diesen Kandidaten erhaltenen Sitze der betreffenden Liste zuerkannt wurden.

Wurden zwei bis zum vorerwähnten Grad Verwandte oder Verschwägte oder zwei Ehepartner bzw. gesetzlich Zusammenwohnende gewählt, der eine als ordentliches Ratsmitglied und der andere als Ersatzmitglied, so gilt das Verbot, den Sitz einzunehmen, lediglich für Letzteren, es sei denn, der von ihm einzunehmende Sitz ist vor der Wahl seines Verwandten, Verschwägerten oder Ehepartners frei geworden.

Der Vorrang zwischen Ersatzmitgliedern, die frei gewordene Mandate übernehmen sollen, wird durch die zeitliche Reihenfolge des Freiwerdens der Mandate bestimmt.

Der Gewählte, der unter den in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Umständen nicht in sein Amt eingesetzt worden ist, behält das Recht, zu einem späteren Zeitpunkt zur Eidesleistung zugelassen zu werden. Er wird durch das erste günstig eingestufte Ersatzmitglied der Liste ersetzt, auf der er gewählt worden ist.

Ist diese Unvereinbarkeit nicht mehr gegeben, wird dieser als erstes Ersatzmitglied eingestuft.

§ 3 - Eine zwischen Ratsmitgliedern später eingetretene Verschwägerung führt nicht zu einem Entzug der betreffenden Mandate.

Die Verschwägerung ist mit dem Ableben oder der Ehescheidung der Person, durch die sie entstanden ist, als aufgelöst zu betrachten.

Art. 68 - Unvereinbare Mandate

§ 1 - Ratsmitglieder, die ein mit ihrem Mandat unvereinbares Amt übernehmen oder von der Gemeinde ein Gehalt oder eine regelmäßige finanzielle Zuwendung annehmen, scheiden aus dem Rat aus, wenn sie binnen 15 Tagen ab der ihnen vom Kollegium zugestellten Aufforderung von dem mit ihrem Mandat unvereinbaren Amt nicht absehen oder auf das von der Gemeinde gewährte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zuwendung nicht verzichten.

§ 2 - Das Ratsmitglied, das sich in einer der in den Artikeln 65 und 67 erwähnten Unvereinbarkeiten befindet, darf sein Amt nicht weiter ausüben.

Das Kollegium informiert den Rat und den Betroffenen. Dieser kann dem Kollegium innerhalb einer Frist von 15 Tagen seine Verteidigungsgründe mitteilen. Der Rat nimmt die Sachverhalte, die aufgrund ihrer Art zu einer Unvereinbarkeit führen können, zur Kenntnis und stellt die Amtsaberkennung von Amts wegen fest. Er leitet das Verfahren zum Ersatz des betreffenden Mitglieds ein.

Gegen diesen Beschluss kann ein auf Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat beruhender Einspruch erhoben werden. Er muss innerhalb von acht Tagen ab der Notifizierung des Beschlusses eingereicht werden.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus.

§ 3 - Unbeschadet von Artikel L1531-2 § 6 des Kodex darf ein Mitglied des Kollegiums einer angeschlossenen Gemeinde nicht in der Eigenschaft eines ständigen Mitglieds innerhalb eines Direktionsorgans einer Interkommunale tagen.

§ 4 - Der Generaldirektor führt gemäß den Vorgaben der Regierung ein Register über die in Artikel 16 § 2 angeführten Ämter und Mandate, die die Ratsmitglieder wahrnehmen.

Dieses Register umfasst mindestens:

1. den Namen der Einrichtung, in der das Ratsmitglied ein Mandat bekleidet;
2. die Funktion des Ratsmitglieds in der jeweiligen Einrichtung;
3. den Beginn der Bezeichnung;
4. die Art und/oder Höhe der gewährten Entschädigungen und Vergütungen.

Die Ratsmitglieder teilen dem Generaldirektor die für die Erstellung des Registers erforderlichen Angaben sowie alle diesbezüglichen Änderungen mit.

Dieses ständig aktualisierte Register wird mindestens auf der Webseite der Gemeinde veröffentlicht.

Das Ratsmitglied, das es auch nach Aufforderung seitens des Generaldirektors unterlässt, die geforderten Angaben mitzuteilen oder das falsche Angaben macht, wird gemäß der Gesetzgebung über die kommunalen Verwaltungsanktionen mit einer administrativen Geldstrafe von 250 Euro belegt. Im Wiederholungsfall während derselben Legislaturperiode wird diese Strafe verdoppelt.

Art. 69 - Anzahl erlaubter Mandate

Ein Ratsmitglied oder ein Mitglied des Kollegiums darf nicht mehr als drei effektiv entlohnte Mandate in Interkommunalen wahrnehmen.

Die Anzahl der Mandate wird berechnet, indem die entlohten Mandate, die der Mandatsträger innerhalb der Interkommunalen innehat, zusammengezählt werden, gegebenenfalls erhöht um die entlohten Mandate, die der gewählte Vertreter in seiner Eigenschaft als Sozialhilferatsmitglied oder als Provinzialratsmitglied innehaben würde.

KAPITEL 4 - Eidesleistung

Art. 70 - Eidesleistung

Die Ratsmitglieder, die in Artikel 17 erwähnten Vertrauenspersonen, die Mitglieder des Kollegiums und die Bürgermeister leisten vor ihrem Amtsantritt folgenden Eid: "Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes."

Die Bürgermeister leisten diesen Eid vor der Regierung.

Die Rats- und Kollegiumsmitglieder leisten diesen Eid in öffentlicher Sitzung vor dem Bürgermeister.

Die in Absatz 1 genannten Personen, die nach zweimaliger Aufforderung zur Eidesleistung diese Formalität ohne rechtmäßigen Grund nicht erfüllen, gelten als ausgeschieden.

KAPITEL 5 - Akte der Gemeindebehörden

Abschnitt 1 - Abfassung der Akte

Art. 71 - Protokolle

Der Generaldirektor fasst die Protokolle der Sitzungen des Rates und des Kollegiums ab und sorgt für deren Übertragung.

Das Protokoll gibt in chronologischer Reihenfolge alle Beschlüsse wieder. Des Weiteren werden die Punkte aufgeführt, für die der Rat keinen Beschluss gefasst hat.

Art. 72 - Unterzeichnungsbefugnis

Die Verordnungen des Rates und des Kollegiums, die Veröffentlichungen, die Akte und die Korrespondenz der Gemeinde werden vom Bürgermeister unterzeichnet und vom Generaldirektor gegengezeichnet.

Art. 73 - Unterschriftendelegation

§ 1 - Der Bürgermeister kann einem oder mehreren Mitgliedern des Kollegiums schriftlich die Befugnis übertragen, gewisse Dokumente zu unterschreiben. Er kann diese Übertragung der Zeichnungsbefugnis jederzeit widerrufen.

Vor der Unterschrift, dem Namen und dem Rang des Schöffen, dem die Zeichnungsbefugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Zeichnungsbefugnis.

§ 2 - Das Kollegium kann den Generaldirektor ermächtigen, einem oder mehreren Personalmitgliedern die Befugnis zu übertragen, Dokumente gegenzuzeichnen.

Diese Übertragung erfolgt schriftlich mit Angabe der Dokumente, für die sie gilt.

Vor der Unterschrift, dem Namen und der Funktion des Personalmitglieds, dem die Zeichnungsbefugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Zeichnungsbefugnis.

Abschnitt 2 - Veröffentlichung der Akte

Art. 74 - Veröffentlichung

Die Veröffentlichung der Verordnungen des Rates, des Kollegiums und des Bürgermeisters erfolgt durch den Bürgermeister durch Aushang am Rathaus und auf der Webseite der Gemeinde. Die Veröffentlichung enthält den Gegenstand der Verordnung, das Datum ihrer Verabschiedung und gegebenenfalls den Beschluss der Aufsichtsbehörde.

Die Veröffentlichung gibt ebenfalls an, wo der Text der Verordnung eingesehen werden kann.

Art. 75 - Inkrafttreten

Verordnungen werden am fünften Tag nach ihrer Veröffentlichung rechtskräftig, es sei denn, sie sehen eine andere Frist vor.

Die Veröffentlichung als solche sowie das Datum ihrer Veröffentlichung werden in der durch die Regierung festgelegten Art und Weise durch eine Anmerkung in einem besonderen Register festgehalten.

Abschnitt 3 - Information der Bevölkerung

Art. 76 - Allgemeines

Zur Information der Bevölkerung über die Tätigkeiten der Verwaltung der Gemeinden:

1. bezeichnet der Rat ein Personalmitglied, das mit der Konzipierung und Verwirklichung der Informationspolitik für alle von der Gemeinde abhängenden Verwaltungsbehörden sowie mit der Koordinierung der unter Nummer 2 erwähnten Veröffentlichung beauftragt ist;

2. veröffentlicht das Kollegium eine Unterlage mit der Beschreibung der Befugnisse und der internen Organisation aller von ihr abhängenden Verwaltungsbehörden und stellt sie jedem zur Verfügung, der darum bittet.

Für die Zurverfügungstellung der in Nummer 2 erwähnten Unterlage kann eine Vergütung gefordert werden, deren Betrag vom Rat festgelegt wird, die den Selbstkostenpreis aber nicht übersteigen darf.

Art. 77 - Informationsblatt

Der Rat kann ein Informationsblatt herausgeben, das dazu dient, Informationen von lokalem Interesse zu verbreiten. Er kann mit der Zustimmung des Sozialhilferats beschließen, ein einziges Informationsblatt der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfezentrums herauszugeben.

Wenn eine Fraktion über die Mitteilungen hinaus, die die Mitglieder des Rates in der Ausübung ihres Amtes machen, Zugang zu den Spalten des Informationsblatts der Gemeinde hat, erhält jede demokratische Fraktion unter Ausschluss der Fraktionen, die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würden, in gleichem Maße Zugang zu diesen Spalten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Modalitäten für die Anwendung von Absatz 2.

TITEL 3 - Volksbefragung

Art. 78 - Themen

Der Rat kann entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Einwohner der Gemeinde beschließen, die Einwohner über die unter die Zuständigkeiten des Kollegiums oder des Rates oder unter deren Begutachtungszuständigkeit, soweit diese Zuständigkeit einen Zweck gemeindlichen Interesses hat, fallenden Angelegenheiten zu befragen.

Die von den Einwohnern der Gemeinde ausgehende Initiative muss unterstützt werden von mindestens:

- 20 % der Einwohner in Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnern;
- 3.000 Einwohnern in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern.

Art. 79 - Antrag

Anträge auf Durchführung einer Volksbefragung auf Initiative der Einwohner sind per Einschreiben an das Kollegium zu richten.

Jedem Antrag ist ein mit Gründen versehener Schriftsatz zur Unterrichtung des Rates beigelegt.

Der Antrag ist nur zulässig, wenn er anhand eines von der Gemeinde ausgehändigten Formulars eingereicht wird und neben dem Namen der Gemeinde und dem Text von Artikel 196 des Strafgesetzbuches folgende Angaben enthält:

1. die Frage bzw. die Fragen, auf die sich die vorgeschlagene Befragung beziehen soll;
2. Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz aller Unterzeichner des Antrags;
3. Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz der Personen, die die Initiative zur Volksbefragung ergreifen.

Das in Absatz 3 erwähnte Formular wird dem Generaldirektor binnen 15 Tagen nach Einreichung der Beantragung der Volksbefragung ausgehändigt.

Art. 80 - Prüfung des Antrags

Nach Eingang des Antrags überprüft das Kollegium, ob er von einer ausreichenden Anzahl gültiger Unterschriften unterstützt wird.

Bei dieser Überprüfung streicht das Kollegium:

1. doppelte Unterschriften;
2. Unterschriften von Personen, die die in Artikel 81 festgelegten Bedingungen nicht erfüllen;
3. Unterschriften von Personen, deren Angaben nicht zur Überprüfung ihrer Identität ausreichen.

Die Überprüfung wird abgeschlossen, sobald die erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften erreicht ist. Spätestens 30 Tage nach Eingang des Antrags schließt das Kollegium die Überprüfung ab. Es stellt den Personen, die die Initiative zur Volksbefragung ergriffen haben, die Annahme oder Nicht-Annahme der Volksbefragung per Einschreiben zu. Im Fall einer Annahme organisiert der Rat die Volksbefragung.

Art. 81 - Bedingungen

§ 1 - Um eine Volksbefragung beantragen oder daran teilnehmen zu können, muss der Betreffende folgende Bedingungen erfüllen:

1. im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen oder erwähnt sein;
2. das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben;
3. es darf kein Urteil oder Entscheid gegen ihn ausgesprochen worden sein, das/der für einen Wähler des Gemeinde- oder Stadtrats den Ausschluss vom Wahlrecht oder die Aussetzung dieses Rechts bedeutet.

§ 2 - Die Antragsteller einer Volksbefragung müssen die in § 1 vorgesehenen Bedingungen am Datum, an dem der Antrag eingereicht wurde, erfüllen.

Die Teilnehmer an einer Volksbefragung müssen die in § 1 Nummern 2 und 3 vorgesehenen Bedingungen am Tag der Befragung und die in § 1 Nummer 1 erwähnte Bedingung am Datum, an dem die Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung abgeschlossen wird, erfüllen.

Teilnehmer, gegen die nach dem Datum des Abschlusses der vorerwähnten Liste ein Urteil oder ein Entscheid ausgesprochen wird, das/der für einen Wähler des Gemeinde- oder Stadtrats entweder den Ausschluss vom Wahlrecht oder eine Aussetzung dieses Rechts am Datum der Befragung bedeutet, werden aus der Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung gestrichen.

§ 3 - Artikel 13 des Wahlgesetzbuches ist anwendbar auf alle Kategorien von Personen, die die in § 1 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

Für nichtbelgische Staatsangehörige und für belgische Staatsangehörige unter 18 Jahren erfolgen die Notifizierungen durch die Staatsanwaltschaften der Gerichtshöfe und Gerichte, wenn die Verurteilung oder die Internierung, gegen die kein gewöhnliches Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann, wäre sie zulasten eines Wählers des Gemeinde- oder Stadtrats ausgesprochen worden, den Ausschluss vom Wahlrecht oder die Aussetzung dieses Rechts zur Folge gehabt hätte.

Erfolgt die Notifizierung, nachdem die Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung abgeschlossen wurde, wird der Betreffende aus der Liste gestrichen.

§ 4 - Am dreißigsten Tag vor der Befragung erstellt das Kollegium eine Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung.

Es werden in diese Liste aufgenommen:

1. Personen, die zum angegebenen Zeitpunkt die in § 1 vorgesehenen Bedingungen für die Teilnahme erfüllen;
2. Teilnehmer, die zwischen diesem Datum und dem Datum der Befragung das Alter von 16 Jahren erreichen;
3. Personen, deren Aussetzung des Wahlrechts spätestens am für die Befragung festgelegten Tag endet bzw. enden würde.

Für jede Person, die die Bedingungen für die Teilnahme erfüllt, sind auf der Liste der Teilnehmer Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz angegeben. Die Liste wird gemäß einer durchlaufenden Nummerierung entweder in alphabetischer Reihenfolge der Teilnehmer oder in geografischer Reihenfolge den Straßen nach erstellt.

§ 5 - Die Beteiligung an der Volksbefragung ist nicht Pflicht.

Jeder Teilnehmer hat ein Recht auf eine Stimme.

Die Stimmabgabe ist geheim.

Die Volksbefragung darf nur an einem Sonntag stattfinden. Die Teilnehmer werden von 8 bis 13 Uhr zur Stimmabgabe zugelassen. Wer sich vor 13 Uhr im Wahllokal befindet, wird noch zur Stimmabgabe zugelassen.

§ 6 - Die Auszählung der Stimmen wird vorgenommen, wenn mindestens 10 % der Einwohner an der Volksbefragung teilgenommen haben.

§ 7 - Die Bestimmungen von Artikel L4132-1 und Artikel L4143-20 § 6 des Kodex sind auf die Volksbefragung anwendbar, wobei das Wort "Wähler" durch das Wort "Teilnehmer", die Wortfolgen "der Wähler" bzw. "die Wähler" jeweils durch die Wortfolgen "der Teilnehmer" bzw. "die Teilnehmer", die Wortfolge "die Wahl" durch die Wortfolge "die Volksbefragung" und die Wortfolge "die Wahlen, für welche" durch die Wortfolge "die Volksbefragung, für welche" ersetzt werden.

Art. 82 - Einschränkungen

Personengebundene Fragen und Fragen in Bezug auf die Rechnungen, die Haushaltspläne und die Gemeindesteuern und -besoldungen dürfen nicht Gegenstand einer Befragung sein.

Es darf keine Volksbefragung organisiert werden während eines Zeitraums von:

- 16 Monaten vor der ordentlichen Versammlung der Wähler im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinde- oder Stadträte;
- 40 Tagen vor der Direktwahl der Mitglieder des föderalen Parlaments, der Regional- und Gemeinschaftsparlamente und des Europäischen Parlaments.

Die Einwohner der Gemeinde dürfen nur einmal pro Halbjahr und höchstens sechsmal pro Legislaturperiode befragt werden. Während des Zeitraums zwischen einer Erneuerung der Gemeinde- oder Stadträte bis zur nächsten Erneuerung dieser Räte darf nur eine Befragung über dasselbe Thema stattfinden.

Art. 83 - Tagesordnung

Ein zulässiger Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung wird auf die Tagesordnung der erstfolgenden Sitzung des Kollegiums gesetzt.

Das Kollegium setzt einen Antrag auf die Tagesordnung des Rates, außer wenn es deutlich ist, dass der Rat in keinerlei Hinsicht befugt ist, über den Antrag zu entscheiden. Im Zweifelsfall entscheidet der Rat.

Art. 84 - Zurkenntnisnahme der Ergebnisse

Das Kollegium nimmt die Ergebnisse der Volksbefragung und die Folgen bezüglich der Akte, die Gegenstand dieser Volksbefragung war, in die Tagesordnung der erstfolgenden Ratssitzung auf.

Art. 85 - Information der Bevölkerung

Mindestens einen Monat vor dem Tag der Befragung stellt die Gemeindeverwaltung den Einwohnern eine Broschüre zur Verfügung, in der das Thema der Volksbefragung auf objektive Art und Weise dargestellt wird. Des Weiteren enthält diese Broschüre den in Artikel 79 Absatz 2 erwähnten mit Gründen versehenen Schriftsatz und die Fragen, über die die Einwohner befragt werden.

Die Fragen sind so formuliert, dass mit "ja" oder "nein" geantwortet werden kann.

Art. 86 - Weitere Verfahrensbestimmungen

Die Regierung legt in Anlehnung an das Verfahren für die Wahl der Gemeinde- oder Stadtratsmitglieder die näheren Verfahrensregeln für die Durchführung einer Volksbefragung fest.

Die Regierung legt die Modalitäten für die öffentliche Bekanntmachung der Ergebnisse der Volksbefragung fest.

TITEL 4 - Ressourcen der Gemeinde**KAPITEL 1 - Die Personen****Abschnitt 1 - Die Direktoren****Unterabschnitt 1 - Gemeinsame Bestimmungen****Art. 87 - Unvereinbarkeiten**

In jeder Gemeinde gibt es einen Generaldirektor und einen Finanzdirektor.

Das Amt des Generaldirektors ist in derselben Gemeinde mit dem Amt des Finanzdirektors unvereinbar.

Die Personalmitglieder der Provinzialregierung und des Bezirkskommissariats dürfen kein Direktorenamt ausüben.

Art. 88 - Allgemeines

§ 1 - Das Amt eines Direktors kann durch Anwerbung, Beförderung und Mobilität vergeben werden. Es muss in jedem Fall eine Anwerbung erfolgen.

Das Amt ist Personen zugänglich, die Bürger eines Staates sind, der zum Europäischen Wirtschaftsraum oder zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehört.

Der Rat ernennt die Direktoren unter Beachtung der von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen. Diese Ernennung findet innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Stelle für offen erklärt wurde, statt.

Die endgültige Ernennung erfolgt nach Ablauf der Probezeit.

§ 2 - Der Rat legt das Verwaltungsstatut der Direktoren unter Beachtung der von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen fest.

Art. 89 - Eidesleistung

Bevor ein Direktor sein Amt antritt, leistet er anlässlich einer öffentlichen Ratssitzung vor dem Vorsitzenden den in Artikel 70 Absatz 1 erwähnten Eid.

Darüber wird ein Protokoll erstellt.

Wenn der Direktor ohne rechtmäßigen Grund den Eid nicht leistet, nachdem er per Einschreiben aufgefordert worden ist, dies bei der erstfolgenden Ratssitzung zu tun, wird davon ausgegangen, dass er auf seine Ernennung verzichtet.

Art. 90 - Nebentätigkeiten

§ 1 - Die Direktoren sind nicht befugt, mehrere berufliche Tätigkeiten auszuüben. Als berufliche Tätigkeit gilt jede Aktivität, die Anrecht auf ein Berufseinkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 gibt mit Ausnahme der Anwesenheitsgelder, die im Rahmen der Ausübung eines Mandats bezogen werden und der Einkommen aus den Mandaten im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex.

Der Rat kann die gleichzeitige Ausübung mehrerer Tätigkeiten auf vorherige und schriftliche Anfrage des Direktors für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren genehmigen.

Eine zusätzliche berufliche Tätigkeit ist insbesondere unzulässig:

1. wenn sie die Erfüllung der normalen dienstlichen Tätigkeit beeinträchtigen kann;
2. wenn sie die Würde des Amtes verletzen kann;
3. wenn sie die Unabhängigkeit des Direktors beeinträchtigen oder eine Verwechslung mit seiner Eigenschaft als Direktor verursachen kann.

Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn eine der Bedingungen, die ihrer Gewährung zugrunde lag, nicht mehr erfüllt ist.

§ 2 - In Abweichung von § 1 werden gleichzeitige berufliche Tätigkeiten, die mit der Ausübung der Funktion verbunden sind oder diese betreffen, von Rechts wegen ausgeübt. Als mit der Funktion verbunden gilt jeder Auftrag:

1. kraft einer gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmung;
2. der mit einer Funktion verbunden ist, für die der Direktor vom Rat bezeichnet wird.

Art. 91 - Gehalt

§ 1 - Der Rat legt die Gehaltstabelle des Generaldirektors innerhalb folgender Mindest- und Höchstgrenzen fest:

1. in den Gemeinden von 10.000 Einwohnern und weniger: 34.000-48.000 Euro;
2. in den Gemeinden von 10.001 bis 20.000 Einwohnern: 38.000-54.000 Euro;
3. in den Gemeinden von 20.001 bis 35.000 Einwohnern: 40.600-58.600 Euro.

Die Mindest- und Höchstbeträge der Gehaltstabellen sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

Die Regierung kann diese Gehaltstabellen anpassen.

§ 2 - Der Rat legt die Gehaltstabelle des Finanzdirektors fest. Diese entspricht 97,5 % der für den Generaldirektor derselben Gemeinde geltenden Tabelle.

Art. 92 - Gehaltserhöhungen

Die Direktoren haben Anrecht auf zweijährliche Gehaltserhöhungen von mindestens 3 % des Minimums.

Diese Gehaltserhöhungen treten am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Jahrestag des Amtsantritts folgt.

Das Mindestgehalt der Direktoren wird gemäß den von der Regierung festgelegten Regeln um einen Gehaltszusatz erhöht, der dem in Ämtern des Staates, der Regionen, der Gemeinschaften, der Gemeinden, der Provinzen und in anderen von der Regierung festgelegten öffentlichen Diensten oder im Privatsektor erworbenen Dienstalter entspricht.

Art. 93 - Jahresurlaub

Die Gemeinden wenden die für das Personal der föderalen öffentlichen Dienste geltenden Bestimmungen bezüglich des Jahresurlaubs auf ihre Direktoren an.

Art. 94 - Zahlung des Gehalts

Das Gehalt der definitiv ernannten Direktoren wird monatlich und im Voraus gezahlt. Es gilt ab dem Tag des Dienstantritts. Erfolgt dieser im Laufe eines Monats, so erhält der Direktor für diesen Monat so viel Dreißigstel des Gehalts, wie Tage ab dem Tag des Dienstantritts einschließlich übrig bleiben.

Art. 95 - Ersatz bei Abwesenheit

§ 1 - Bei Abwesenheit eines Direktors oder wenn die Stelle frei ist, bestimmt das Kollegium für eine erneuerbare Höchstdauer von drei Monaten einen diensttuenden Direktor.

Das Kollegium kann den Direktoren die Vollmacht erteilen, für einen ununterbrochenen Zeitraum von höchstens dreißig Tagen selbst einen Ersatz zu bezeichnen.

Dem diensttuenden Direktor wird die Gehaltstabelle des Amtsinhabers gewährt.

§ 2 - Der diensttuende Finanzdirektor übt alle Befugnisse aus, die dem Finanzdirektor zufallen. Die Bestimmungen der Artikel 89, 102 und 103 sind auf ihn anwendbar.

Zu Beginn und am Ende seiner Amtstätigkeit wird unter Aufsicht des Kollegiums eine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt und die Kasse sowie die Buchungsbelege übergeben.

Unterabschnitt 2 - Der Generaldirektor**Art. 96 - Zielsetzungsvertrag**

§ 1 - Der Zielsetzungsvertrag beinhaltet die Beschreibung der Aufgaben des Generaldirektors, die aus dem allgemeinen Richtlinienprogramm hervorgehen, sowie jegliche weitere messbare und durchführbare Zielsetzung, die in seinen Aufgabenbereich fällt.

Er beschreibt die Strategie der Organisation der Verwaltung im Laufe der Legislaturperiode, um die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben zu erfüllen und Zielsetzungen zu erreichen, und setzt diese in konkrete Initiativen und Projekte um. Er umfasst eine Synthese der menschlichen und finanziellen Mittel, die für seine Verwirklichung verfügbar und/oder notwendig sind.

§ 2 - Der Generaldirektor verfasst den Zielsetzungsvertrag binnen drei Monaten nach der gemäß Artikel 62 erteilten Billigung des allgemeinen Richtlinienprogramms.

Die in § 1 Absatz 1 erwähnte Beschreibung der Aufgaben enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Funktionsbeschreibung und das Kompetenzprofil für das Amt des Generaldirektors;
2. die für die verschiedenen Aufgaben zu erreichenden Zielsetzungen, insbesondere auf der Grundlage des allgemeinen Richtlinienprogramms;
3. die zugewiesenen Haushaltsmittel und zur Verfügung gestellten menschlichen Ressourcen;
4. alle Aufgaben, die ihm durch vorliegendes Dekret anvertraut werden, und insbesondere seine Beratungs- und Dienstbereitschaftsaufgabe gegenüber allen Ratsmitgliedern.

§ 3 - Zwischen dem Generaldirektor und dem Kollegium findet eine Konzertierung statt über die Mittel, die zur Durchführung des Zielsetzungsvertrags erforderlich sind. Für die Bereiche, für die er zuständig ist, nimmt der Finanzdirektor daran teil. In Ermangelung der Zustimmung des Generaldirektors über die Mittel wird dessen Gutachten dem Zielsetzungsvertrag in seiner durch das Kollegium genehmigten Fassung beigelegt.

Der Zielsetzungsvertrag kann jährlich aktualisiert werden. Auf Antrag des Generaldirektors kann der Zielsetzungsvertrag im Laufe des Jahres angepasst werden. Der Zielsetzungsvertrag wird dem Rat gemeinsam mit den Aktualisierungen und gegebenenfalls erfolgten Anpassungen übermittelt.

Die Aufgabenbeschreibung wird dem Zielsetzungsvertrag beigelegt.

Art. 97 - Hierarchie

Der Generaldirektor ist verpflichtet, sich an die Anweisungen zu halten, die er vom Rat, vom Kollegium und vom Bürgermeister, je nach deren jeweiligen Befugnissen, erhält.

Art. 98 - Aufgaben

§ 1 - Der Generaldirektor ist mit der Vorbereitung der Akten beauftragt, die dem Rat oder dem Kollegium vorgelegt werden. Er wohnt den Versammlungen des Rates und des Kollegiums ohne beschließende Stimme bei.

Der Generaldirektor ist ebenfalls mit der Umsetzung der grundlegenden politischen Zielrichtungen des allgemeinen Richtlinienprogramms, die sich in dem in Artikel 96 erwähnten Zielsetzungsvertrag äußern, beauftragt.

In diesem Rahmen zeichnet er für die Umsetzung und Bewertung der Politik der Verwaltung der menschlichen Ressourcen verantwortlich.

§ 2 - Unter der Amtsgewalt des Kollegiums leitet und koordiniert er die Gemeindedienste und ist er, außer bei gesetzlich oder dekreteral vorgesehenen Ausnahmen, der Personalchef. In diesem Rahmen verfasst er das Bewertungsprojekt eines jeden Personalmitglieds und übermittelt es dem Betreffenden und dem Kollegium.

Der Generaldirektor oder sein Stellvertreter, der einen höheren Dienstrang aufweist als das angeworbene oder angestellte Personalmitglied, nimmt mit beschließender Stimme an den Beratungen des anlässlich der Anwerbung oder Anstellung von Personalmitgliedern gebildeten Prüfungsausschusses teil.

§ 3 - Der Generaldirektor führt den Vorsitz des in Artikel 110 vorgesehenen Direktionsrats.

§ 4 - Der Generaldirektor ist beauftragt mit der Errichtung und der Überwachung eines internen Controlling-Systems.

Dabei handelt es sich um eine Reihe von Maßnahmen und Verfahren, die eine angemessene Sicherheit in folgenden Bereichen gewährleisten:

1. die Durchführung der Zielsetzungen;
2. die Beachtung der geltenden Gesetzgebung und der Verfahren;
3. die Verfügbarkeit von zuverlässigen Informationen über die Finanzen und die Verwaltung.

Der allgemeine Rahmen des internen Controllings unterliegt der Genehmigung des Kollegiums.

§ 5 - Der Generaldirektor fasst die Protokolle der Sitzungen des Rates ab und sorgt für ihre Übertragung. Der Bürgermeister und der Generaldirektor unterzeichnen die übertragenen Protokolle innerhalb eines Monats nach ihrer Verabschiedung.

Der Generaldirektor berät den Rat bei Bedarf zu rechtlichen und administrativen Aspekten. Er erinnert gegebenenfalls an das anwendbare geltende Recht, erwähnt die tatsächlichen Gründe, die ihm bekannt sind, und wacht darüber, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke in den Beschlüssen angeführt werden.

Seine Gutachten werden den Rats- und Kollegiumsbeschlüssen beigelegt und dem Finanzdirektor übermittelt.

§ 6 - Der Generaldirektor arbeitet nach Konzertierung mit dem Direktionsrat folgende Entwürfe aus:

1. das Organigramm;
2. der Stellenplan;
3. die Personalstatute.

Unterabschnitt 3 - Der Finanzdirektor

Art. 99 - Allgemeines

§ 1 - Das Amt eines Finanzdirektors wird gemäß den folgenden Bestimmungen vergeben und ausgeübt:

1. in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern, von einem Finanzdirektor;
2. in Gemeinden, die 10.000 Einwohner oder weniger zählen, von einem Regionaleinnehmer, es sei denn, der Rat schafft die Stelle eines Finanzdirektors.

§ 2 - Der Finanzdirektor einer Gemeinde mit weniger als 20.000 Einwohnern kann zum Finanzdirektor des lokalen öffentlichen Sozialhilfeszentrums ernannt werden. Er kann jedoch weder zum Finanzdirektor einer anderen Gemeinde noch zum Finanzdirektor des öffentlichen Sozialhilfeszentrums einer anderen Gemeinde ernannt werden.

Das Erbringen der gesamten Leistungen darf nicht dazu führen, dass das Gesamtvolumen aller ausgeübten beruflichen Tätigkeiten mehr als 125 % der Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung ausmacht.

Der Gemeinde- oder Stadtrat und der Sozialhilferat bestimmen im Einvernehmen die Verteilung der Arbeitszeit des Finanzdirektors zugunsten der beiden Einrichtungen. Die Lohnkosten, die jeweils zulasten der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfeszentrums entstehen, stehen im Verhältnis zu der zugunsten der jeweiligen Einrichtung geleisteten Arbeitszeit.

Art. 100 - Hierarchie

Der Finanzdirektor untersteht der Amtsgewalt des Kollegiums.

Art. 101 - Schaffung der Stelle eines Finanzdirektors

Der in Anwendung von Artikel 99 § 1 Nummer 2 gefasste Beschluss zur Schaffung einer Stelle eines Finanzdirektors wird dem Provinzgouverneur zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

Dieser Beschluss tritt in Kraft, nachdem der Provinzgouverneur seinen Beschluss, den Auftrag jeglichen Regionaleinnehmers in der Gemeinde zu beenden, notifiziert hat.

Die Gemeinde, die die Stelle eines Finanzdirektors schafft, darf jedoch sofort einen Regionaleinnehmer für diese Stelle ernennen. Dieser Beschluss wird unbeschadet der Befugnisse der Aufsichtsbehörde sofort wirksam.

Art. 102 - Aufgaben

§ 1 - Der Finanzdirektor ist der Finanz- und Haushaltsberater der Gemeinde.

Im Rahmen des internen Controllings ist er beauftragt mit:

1. der effizienten und wirtschaftlichen Nutzung der Ressourcen;
2. dem Schutz der Aktiva;
3. der Übermittlung von zuverlässigen finanziellen Informationen an den Generaldirektor.

§ 2 - Der Finanzdirektor ist damit beauftragt:

1. die Gemeindeeinnahmen vorzunehmen;
2. auf Zahlungsanweisungen hin die angeordneten Ausgaben zu verrichten, und zwar in Höhe:
 - a) des besonderen Betrags eines jeden Artikels im Haushaltsplan oder
 - b) des besonderen Haushaltsmittelbetrags oder des provisorischen Haushaltsmittelbetrags oder
 - c) des Betrags der in Anwendung von Artikel 166 übertragenen Zuweisungen;

3. binnen zehn Tagen nach Erhalt eines jeden Beschlussesentwurfs des Rates oder des Kollegiums mit einer finanziellen oder haushaltsmäßigen Auswirkung von mehr als 30.000 Euro ein mit Gründen versehenes schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit dieses Entwurfs abzugeben.

Die in Nummer 3 erwähnte Frist von zehn Tagen kann auf begründeten Antrag des Finanzdirektors durch einen Beschluss des Urhebers der betreffenden Amtshandlung um dieselbe Dauer verlängert werden. Bei gebührend begründeter Dringlichkeit kann diese Frist auf fünf Tage herabgesetzt werden.

In Ermangelung eines fristgerechten Gutachtens braucht diesem in der Beschlussfassung keine Rechnung getragen zu werden. Dieses Gutachten ist gegebenenfalls Bestandteil der Akte, die der Aufsicht unterliegt.

§ 3 - Zur Eintreibung von erwiesenen und fälligen nichtsteuerlichen Schulforderungen kann der Finanzdirektor einen durch das Kollegium mit einem Sichtvermerk versehenen und für vollstreckbar erklärten Zahlungsbefehl zustellen. Ein derartiger Zahlungsbefehl wird durch einen Gerichtsvollzieher urkundlich zugestellt. Diese Urkunde unterbricht die Verjährungsfrist.

Das Kollegium darf einen Zahlungsbefehl nur dann mit einem Sichtvermerk versehen und für vollstreckbar erklären, wenn die Schuld feststeht, fällig und erwiesen ist. Der Schuldner muss zudem vorab per Einschreiben zur Zahlung aufgefordert worden sein. Die Gemeinde kann für dieses Einschreiben Verwaltungskosten berechnen. Diese Kosten gehen zulasten des Schuldners und können durch einen Zahlungsbefehl eingetrieben werden. Die Schulden der juristischen Personen öffentlichen Rechts können nicht per Zahlungsbefehl eingetrieben werden. Eine Beschwerde gegen diesen Zahlungsbefehl kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung bei der Regierung eingereicht werden.

Falls der Finanzdirektor die Auszahlung der in § 2 Nummer 2 erwähnten Ausgaben verweigert oder hinausschiebt, wird die Auszahlung von dem von der Regierung bezeichneten Kommissar durchgesetzt, und zwar auf Vollstreckungsbefehl der Regierung, die den Finanzdirektor vorlädt und ihn, falls er erscheint, zuvor anhört.

§ 4 - Der Finanzdirektor erteilt auf Antrag des Kollegiums oder des Generaldirektors oder auf eigene Initiative ein schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit jeglicher Fragen mit einer finanziellen Auswirkung auf Ebene der Gemeinde.

§ 5 - Der Finanzdirektor erstattet dem vom Rat bestimmten Ausschuss wenigstens einmal jährlich Bericht über die Ausführung seiner begutachtenden Tätigkeit. Der Bericht umfasst auch und insbesondere:

- eine rück- und ausblickende Bilanz der Finanzlage;
- eine Beurteilung der vergangenen und zukünftigen Entwicklung der Haushalte;
- eine Synthese seiner Gutachten.

In diesem Bericht kann er alle Empfehlungen äußern, die er für zweckdienlich erachtet. Er übermittelt dem Kollegium und dem Generaldirektor gleichzeitig seinen Bericht.

§ 6 - Der Finanzdirektor verfasst die in diesem Artikel vorgesehenen Gutachten und Berichte in völliger Unabhängigkeit.

Das Kollegium kann den Finanzdirektor zu seinen Gutachten oder Empfehlungen anhören.

Art. 103 - Kassenprüfung

§ 1 - Das Kollegium oder eines seiner dazu von ihm bestimmten Mitglieder überprüft mindestens einmal im Laufe eines jeden Quartals die Kasse des Finanzdirektors und stellt ein Protokoll der Kassenprüfung auf, in dem seine Bemerkungen und die des Finanzdirektors vermerkt werden. Das Protokoll wird vom Finanzdirektor und von den Mitgliedern des Kollegiums, die die Überprüfung vorgenommen haben, unterzeichnet.

Das Kollegium übermittelt dem Rat dieses Protokoll zur Kenntnisnahme in öffentlicher Sitzung.

Wenn der Finanzdirektor für mehrere öffentliche Kassen verantwortlich ist, werden diese gleichzeitig am Tag und zur Stunde, die von den betreffenden Behörden festgelegt werden, geprüft.

§ 2 - Der Finanzdirektor setzt das Kollegium sofort von jeglichem Defizit, das auf einen Diebstahl oder Verlust zurückzuführen ist, in Kenntnis.

Es wird unverzüglich eine Kassenprüfung gemäß § 1 vorgenommen, um den Betrag des Defizits festzustellen.

Dem Protokoll über die Kassenprüfung wird eine Darlegung der Umstände und der vom Finanzdirektor getroffenen Aufbewahrungsmaßnahmen beigefügt.

Das Kollegium übermittelt dem Rat diese Unterlagen.

§ 3 - Der Rat beschließt, ob und in welchem Maße der Finanzdirektor für den Diebstahl oder Verlust verantwortlich gemacht werden muss und legt den vom Finanzdirektor auszugleichenden Betrag fest.

Das Kollegium fordert den Finanzdirektor gegebenenfalls per Einschreiben auf, der Gemeindegasse die entsprechende Summe zuzuführen. Es fügt dieser Zahlungsaufforderung eine Ausfertigung des Ratsbeschlusses bei.

§ 4 - Der Finanzdirektor kann binnen 60 Tagen nach dieser Notifizierung einen Einspruch beim Staatsrat gemäß Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat einlegen.

Nach Ablauf dieser Frist oder, wenn kein Einspruch eingelegt wurde, nach Ablauf der in der Zahlungsaufforderung vermerkten Frist, wird der Beschluss des Rates zulasten des persönlichen Vermögens des Finanzdirektors ausgeführt, wenn er der Zahlungsaufforderung zu diesem Zeitpunkt nicht freiwillig nachgekommen ist.

Art. 104 - Eintreibung von Steuern in einer anderen Gemeinde

Auf Antrag des Finanzdirektors oder des Regionaleinnehmers wird die Eintreibung der dieser Gemeinde geschuldeten Steuern gegen die in einer anderen Gemeinde ansässigen Steuerpflichtigen vom Finanzdirektor dieser anderen Gemeinde durchgesetzt.

Die für die Gemeinde, die die Eintreibung der Steuern durchsetzt, entstandenen und nicht zulasten des Steuerpflichtigen eingetriebenen Kosten werden von der klagenden Gemeinde getragen.

Art. 105 - Sonderbedienstete

§ 1 - Die Verantwortung des Finanzdirektors erstreckt sich nicht auf Einnahmen, für deren Eintreibung der Rat Sonderbedienstete bezeichnet hat. Diese sind verantwortlich für die Einnahmen, deren Eintreibung ihnen anvertraut ist und haben diesbezüglich dieselben Verpflichtungen wie der Finanzdirektor.

Für die Sonderbediensteten gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was den Eid, die Ersetzung, die Aufstellung der Endabrechnung der Geschäftsführung und die Möglichkeit einer Beschwerde bei der Regierung betrifft. Die Artikel 89, 95 § 2 und 107 sind auf sie entsprechend anwendbar.

Sie dürfen auf den von ihnen verwalteten Konten keine Ausgabe verrichten.

Die getätigten Einnahmen werden dem Finanzdirektor mindestens alle 15 Tage ausgezahlt, wobei die letzte Auszahlung eines Rechnungsjahres am letzten Werktag des Monats Dezember zu erfolgen hat.

Bei jeder Auszahlung übermittelt der Sonderbedienstete dem Finanzdirektor eine ausführliche Liste der Anrechnungen auf den Haushaltsplan, der überwiesenen Beträge und der entsprechenden Steuerpflichtigen.

§ 2 - Die Rechnungen des Sonderbediensteten werden dem Kollegium zusammen mit den entsprechenden Belegen unterbreitet. Das Kollegium überprüft die Rechnungen und versieht sie mit einem Sichtvermerk.

Danach werden sie mit allen Belegen dem Finanzdirektor übermittelt, um der Rechnungslegung als Anlage beifügt zu werden.

Artikel 103 ist entsprechend anwendbar auf die Sonderbediensteten, wenn ein Defizit festgestellt wird, das auf einen Diebstahl oder einen Verlust zurückzuführen ist.

Art. 106 - Zahlstellen

Das Kollegium kann Personalmitglieder der Gemeinde mit der Zahlung und der Verpflichtung kleinerer Ausgaben und der Einziehung von Bareinnahmen beauftragen.

Diese Personalmitglieder unterliegen nicht den in Artikel 105 angeführten Verpflichtungen. Sie zahlen dem Finanzdirektor gemäß dessen Anweisungen mindestens quartalsmäßig den Gesamtbetrag ihrer Einnahmen aus.

Art. 107 - Endabrechnung

§ 1 - Wenn der Finanzdirektor oder der in Artikel 105 erwähnte Sonderbedienstete aus seinem Amt endgültig ausscheidet und in dem in Artikel 95 erwähnten Fall wird eine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt.

§ 2 - Das Kollegium unterbreitet dem Rat die Endabrechnung der Geschäftsführung des Finanzdirektors oder des Sonderbediensteten gegebenenfalls zusammen mit seinen Anmerkungen oder im Todesfall mit denen seiner Rechtsnachfolger. Der Rat schließt die Endabrechnung ab und entlastet den Rechenschaftspflichtigen oder legt den Fehlbetrag fest.

Das Kollegium notifiziert dem Rechenschaftspflichtigen oder seinen Rechtsnachfolgern per Einschreiben den Beschluss, der die Endabrechnung der Geschäftsführung definitiv abschließt, gegebenenfalls mit der Aufforderung, den Fehlbetrag zu begleichen.

§ 3 - Artikel 103 § 4 ist entsprechend anwendbar, wenn der Rechenschaftspflichtige dazu aufgefordert wird, einen Fehlbetrag zu begleichen.

Art. 108 - Direkte Zahlungen

In Abweichung von Artikel 102 § 2 Nummer 2 können folgende Beträge unmittelbar auf die Konten überwiesen werden, die zugunsten der anspruchsberechtigten Gemeinden bei Finanzinstituten eröffnet worden sind, die, je nach Fall, den Vorschriften der Artikel 7, 65 und 66 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute genügen:

1. der Betrag ihrer Anteile an den durch Gesetz oder Dekret zugunsten der Gemeinden eingerichteten Fonds sowie ihrer Anteile am Ertrag der Staatssteuern;
2. der Ertrag der durch staatliche Dienststellen eingezogenen Gemeindesteuern;
3. Zuschüsse, Beiträge zur Bestreitung von Gemeindeausgaben und im Allgemeinen alle Summen, die den Gemeinden vom Staat, von den Gemeinschaften, den Regionen und den Provinzen unentgeltlich zugeteilt werden.

Die in Absatz 1 erwähnten Finanzinstitute sind ermächtigt, den Betrag der fälligen Schulden, die eine Gemeinde ihnen gegenüber eingegangen ist, von Amts wegen vom Guthaben des Kontos bzw. der Konten abzuziehen, das bzw. die sie zugunsten dieser Gemeinde eröffnet haben.

Abschnitt 2 - Das Gemeindepersonal

Art. 109 - Organigramm

Das Kollegium legt das Organigramm aller Dienste der Gemeinde fest.

Art. 110 - Direktionsrat

§ 1 - Innerhalb jeder Gemeinde wird ein Direktionsrat gebildet. Dieser setzt sich zusammen aus den Direktoren und den Personalmitgliedern, die der Generaldirektor bestimmt.

§ 2 - Neben den Zuständigkeiten, die ihm durch einen Beschluss des Kollegiums zuerkannt werden, prüft der Direktionsrat alle Fragen allgemeinen Interesses bezüglich der Organisation und der Arbeitsweise aller Dienste.

Die Haushaltsvorentwürfe, die Abänderungen der Haushaltspläne und die diesbezüglichen Erklärungsschreiben kommen im Rahmen einer Konzertierung des Direktionsrats zur Sprache.

§ 3 - Mit Ausnahme der in § 2 Absatz 2 vorgesehenen Konzertierungsversammlung ist die Einrichtung eines Direktionsrats für die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10.000 Einwohnern oder weniger fakultativ.

Art. 111 - Verwaltungs- und Besoldungsstatut

Unbeschadet der Gesetzgebung über das Unterrichtswesen sowie der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets bestimmt der Rat für das Gemeindepersonal:

1. den Stellenplan, die Anwerbs- und Beförderungsbedingungen sowie die Bedingungen und das Verfahren für die Bewertung;
2. das Besoldungsstatut und die Gehaltstabellen.

Das Gemeindepersonal hat unter den gleichen Bedingungen wie das Personal der föderalen öffentlichen Dienststellen Anspruch auf folgende Zulagen: Haushalts- und Wohnsitzzulage, Familienbeihilfen, Urlaubsgeld, Familienurlaubsgeld und Jahresendprämien.

Art. 112 - Zuständige Behörde

Der Rat ist zuständig für alle Ernennungen von Personalmitgliedern.

Der Rat ist zuständig für die Bezeichnung der Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer. Er kann dem Kollegium diese Befugnis für alle oder bestimmte Personalkategorien übertragen.

Das Kollegium ist zuständig für zeitweilige Bezeichnungen.

Das Kollegium legt dem Rat die in Anwendung des vorliegenden Artikels getroffenen Beschlüsse innerhalb einer Frist von drei Monaten zur Kenntnisnahme vor.

Art. 113 - Verbote

§ 1 - Der Rat kann generelle Verbote festlegen, wonach es Personalmitgliedern untersagt ist, selbst oder durch eine Zwischenperson Handel zu treiben oder irgendeine Tätigkeit zu verrichten, deren Ausübung als unvereinbar mit ihrem Amt betrachtet würde.

Der Antrag auf Ausübung einer Nebentätigkeit ist schriftlich an das Kollegium zu richten, das nach Gutachten des Generaldirektors entscheidet.

Eine Erlaubnis kann zurückgezogen werden.

§ 2 - Gegen ein unter Arbeitsvertrag angestelltes Personalmitglied, das gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstößt, kann eine der in Artikel 115 Absatz 2 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe a) vorgesehenen Strafen verhängt werden.

Abschnitt 3 - Disziplinarordnung

Art. 114 - Anwendungsbereich

Unbeschadet des Artikels 113 § 2 sind die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts auf alle Mitglieder des Gemeindepersonals anwendbar, mit Ausnahme des Personals, das durch einen Arbeitsvertrag angestellt wurde, und des Personals des Unterrichtswesens.

Art. 115 - Disziplinarstrafen

Eine Disziplinarstrafe kann aus folgenden Gründen auferlegt werden:

1. Verstoß gegen die Berufspflichten;
2. Handlungen, die der Würde des Amtes schaden;
3. Verstoß gegen die in den Artikeln 90 und 113 erwähnten Verbote.

Folgende Disziplinarstrafen können verhängt werden:

1. leichte Strafen:

a) die Verwarnung;

b) der Tadel;

2. schwere Strafen:

a) die Gehaltskürzung;

b) die disziplinarische Amtsenthebung;

c) die Zurückstufung im Dienstgrad;

3. Höchststrafen:

a) die Entlassung von Amtes wegen;

b) die Entfernung aus dem Dienst.

Art. 116 - Gehaltskürzung

Die Gehaltskürzung kann für höchstens drei Monate verhängt werden und beträgt höchstens 20 % des Bruttogehalts.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Im Fall einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Art. 117 - Disziplinarische Amtsenthebung

Die disziplinarische Amtsenthebung kann für höchstens drei Monate verhängt werden.

Die disziplinarische Amtsenthebung führt für ihre Dauer zum Gehaltsentzug.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Im Fall einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Art. 118 - Zurückstufung im Dienstgrad

Die Zurückstufung im Dienstgrad besteht in der Vergabe eines Dienstgrades mit niedrigerem Rang oder mit niedrigerer Gehaltstabelle.

Auf jeden Fall muss der Dienstgrad, in den der Betreffende zurückgestuft wird, in der hierarchischen Rangordnung der Dienstgrade des Stellenplans, zu dem er gehört, vorhanden sein.

Die Zurückstufung im Dienstgrad ist nicht anwendbar auf die Direktoren.

Art. 119 - Befugnisse des Gemeinde- oder Stadtrats

Der Rat kann auf Bericht des Generaldirektors die in Artikel 115 erwähnten Disziplinarstrafen verhängen.

Es bedarf keines Berichts des Generaldirektors für Strafen, die den Direktoren und den besonderen Rechenschaftspflichtigen aufzuerlegen sind.

Art. 120 - Befugnisse des Kollegiums

Außer für den Finanzdirektor kann das Kollegium auf Bericht des Generaldirektors eine Verwarnung, einen Tadel, eine Gehaltskürzung und eine disziplinarische Amtsenthebung für eine Dauer von höchstens einem Monat verhängen.

Der Generaldirektor kann auf Bericht des Vorgesetzten oder aus Eigeninitiative eine Verwarnung und einen Tadel verhängen.

Der Generaldirektor stellt dem Kollegium seinen Beschluss zu.

Das Kollegium notifiziert dem betroffenen Personalmitglied den Beschluss unverzüglich per Einschreiben.

Art. 121 - Verfahren

Eine Disziplinarstrafe darf erst auferlegt werden, nachdem das Personalmitglied über alle ihm zur Last gelegten Fakten von der Behörde, die die Strafe aussprechen soll, angehört worden ist.

Während des Verfahrens darf der Betreffende sich von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen lassen.

Vor der Anhörung legt die Disziplinarbehörde eine Disziplinarakte, die alle Aktenstücke über die zur Last gelegten Fakten enthält, an.

Art. 122 - Aufforderung zur Anhörung

Der Betreffende wird mindestens 15 Tage vor seiner Anhörung zum Erscheinen aufgefordert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung eines Aufforderungsschreibens gegen Empfangsbestätigung.

In der Aufforderung sind zu vermerken:

1. alle dem Personalmitglied zur Last gelegten Fakten;
2. die Tatsache, dass eine Disziplinarstrafe in Erwägung gezogen wird und eine Disziplinarakte angelegt wurde;
3. Ort, Tag und Uhrzeit der Anhörung;
4. das Recht des Betreffenden, sich von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen zu lassen;
5. der Ort, wo die Disziplinarakte eingesehen werden kann, und die Frist dafür;
6. das Recht des Betreffenden, zu verlangen, dass die Anhörung öffentlich ist, wenn er vor dem Rat erscheinen muss;
7. das Recht des Betreffenden, zu verlangen, dass Zeugen angehört werden und dass diese Anhörung öffentlich ist.

Ab der Aufforderung, vor der Disziplinarbehörde zu erscheinen, bis zum Vortag des Erscheinens können der Betreffende und sein Verteidiger die Disziplinarakte einsehen und der Disziplinarbehörde die Verteidigungsmittel schriftlich mitteilen.

Art. 123 - Anhörung

Von der Anhörung wird ein Protokoll erstellt, das die Aussagen der angehörten Person getreu wiedergibt.

Wird das Protokoll gleich am Ende der Anhörung erstellt, wird es sofort vorgelesen und der Betreffende wird ersucht, es zu unterzeichnen.

Wird das Protokoll erst nach der Anhörung erstellt, wird es dem Betreffenden binnen acht Tagen nach der Anhörung notifiziert mit der Aufforderung, es zu unterzeichnen.

Auf jeden Fall kann der Betreffende bei der Unterzeichnung Vorbehalte formulieren. Wenn er die Unterschrift verweigert, muss dies vermerkt werden.

Wenn der Betreffende eine Anhörung schriftlich abgelehnt hat oder wenn er zur Anhörung nicht erschienen ist, erstellt die Disziplinarbehörde ein Protokoll über die Ablehnung oder das Nichterscheinen.

Das Protokoll über die Anhörung, die Ablehnung oder das Nichterscheinen enthält die Aufzählung aller Verfahrenshandlungen, die aufgrund des vorliegenden Dekrets erforderlich sind, und erwähnt, ob jede dieser Handlungen verrichtet worden ist.

Art. 124 - Zeugenbefragung

Die Disziplinarbehörde kann von Amts wegen oder auf Antrag des Betreffenden oder seines Verteidigers beschließen, Zeugen anzuhören.

In diesem Fall findet die Anhörung der Zeugen in Anwesenheit des Betreffenden und, wenn Letzterer es beantragt hat und die Disziplinarbehörde zustimmt, öffentlich statt.

Der vorgeladene Zeuge kann Einspruch dagegen erheben, öffentlich angehört zu werden.

Art. 125 - Entscheidung

§ 1 - Binnen 60 Tagen nach Abschluss des Protokolls über die letzte Anhörung, die Ablehnung oder das Nichterscheinen entscheidet die Disziplinarbehörde über die aufzuerlegende Disziplinarstrafe.

Wenn innerhalb dieser Frist keine Entscheidung fällt, ist davon auszugehen, dass die Disziplinarbehörde darauf verzichtet, den Betreffenden wegen der ihm zur Last gelegten Fakten weiter zu verfolgen.

§ 2 - Die Rats- oder Kollegiumsmitglieder, die während der Anhörungen nicht ständig anwesend waren, dürfen weder an den Beratungen noch an der Abstimmung über die zu verhängende Disziplinarmaßnahme teilnehmen.

Wenn der Rat eine Disziplinarstrafe verhängt, findet die Anhörung auf Antrag des Betreffenden öffentlich statt.

Art. 126 - Beschluss

Der mit Gründen versehene Beschluss wird dem Betreffenden unverzüglich notifiziert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung.

In Ermangelung einer Notifizierung des Beschlusses innerhalb einer Frist von zwölf Tagen gilt dieser Beschluss als widerrufen. Es können keine disziplinarrechtlichen Verfolgungen für dieselben Fakten eingeleitet werden.

In der Notifizierung des Beschlusses sind die gesetzlich vorgesehenen Widerspruchsmöglichkeiten sowie die Fristen, innerhalb derer sie anzuwenden sind, angegeben.

Art. 127 - Tilgung

Unbeschadet ihrer Ausführung werden die nachfolgenden Disziplinarstrafen in der persönlichen Akte der Personalmitglieder nach Ablauf folgender Fristen von Amts wegen getilgt:

1. ein Jahr für die Verwarnung;
2. 18 Monate für den Tadel;
3. drei Jahre für die Gehaltskürzung.

Unbeschadet ihrer Ausführung können die nachfolgenden Disziplinarstrafen auf Antrag des Betreffenden nach Ablauf folgender Fristen, von der Behörde, die sie ausgesprochen hat, getilgt werden:

1. vier Jahre für die disziplinarische Amtsenthebung;
2. fünf Jahre für die Zurückstufung im Dienstgrad.

Die Disziplinarbehörde kann die in Absatz 2 erwähnte Tilgung nur verweigern, wenn neue Elemente dies rechtfertigen könnten.

Die in den Absätzen 1 und 2 festgelegte Frist läuft ab dem Datum, an dem die Disziplinarstrafe ausgesprochen wurde.

Abschnitt 4 - Die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung

Art. 128 - Vorbeugende einstweilige Amtsenthebung

Wenn ein Personalmitglied strafrechtlich oder disziplinarrechtlich verfolgt wird und seine Anwesenheit mit den Belangen des Dienstes unvereinbar ist, kann gegen den Betreffenden eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausgesprochen werden.

Art. 129 - Zuständige Behörde

Die Behörde, die für die Auferlegung einer Disziplinarstrafe zuständig ist, ist auch für die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung zuständig.

In Abweichung von Absatz 1 sind sowohl das Kollegium als auch der Rat dazu befugt, gegen die Direktoren und den Sonderbediensteten eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung auszusprechen.

Jede vom Kollegium ausgesprochene vorbeugende einstweilige Amtsenthebung wird sofort wirkungslos, wenn der Rat sie in seiner nächstfolgenden Versammlung nicht bestätigt.

Art. 130 - Dauer

§ 1 - Die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung wird für eine Dauer von höchstens vier Monaten ausgesprochen.

Im Fall einer Strafverfolgung kann die Behörde diese Frist um Zeiträume von höchstens vier Monaten verlängern, solange das Strafverfahren andauert, unter Berücksichtigung des in Artikel 132 erwähnten Verfahrens.

§ 2 - Wenn innerhalb der in § 1 erwähnten Frist keine Disziplinarstrafe auferlegt wird, verfallen alle Wirkungen der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung.

Art. 131 - Folgen

Wenn ein Personalmitglied strafrechtlich oder disziplinarrechtlich verfolgt wird, kann die Behörde, die die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausspricht, beschließen, dass diese einstweilige Amtsenthebung eine Gehaltskürzung und eine Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung beinhaltet.

Die Gehaltskürzung darf nicht mehr als die Hälfte des Gehalts betragen.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Bei einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Art. 132 - Verfahren

Bevor die Behörde eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung aussprechen kann, muss sie den Betreffenden gemäß dem in den Artikeln 121 bis 126 erwähnten Verfahren anhören, wobei die in Artikel 122 festgelegte Frist von 15 Tagen auf sieben Tage reduziert wird.

In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Behörde die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung sofort aussprechen, allerdings mit der Verpflichtung, den Betreffenden gemäß dem in Absatz 1 erwähnten Verfahren sofort nach dem Beschluss anzuhören.

Art. 133 - Beschluss

Der Beschluss, durch den die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausgesprochen wird, wird dem Betreffenden unverzüglich notifiziert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung.

In Ermangelung einer Notifizierung des Beschlusses innerhalb einer Frist von zwölf Tagen gilt dieser Beschluss als widerrufen. Es kann keine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung für dieselben Fakten von der Behörde eingeleitet werden.

Art. 134 - Inkrafttreten der Disziplinarstrafe

Wenn der Disziplinarstrafe eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung unter Fortzahlung des gesamten Gehalts vorangeht, tritt die Disziplinarstrafe am Tag selbst, an dem sie ausgesprochen wird, in Kraft.

Wenn im Anschluss an eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung mit Gehaltskürzung und Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung die Disziplinarstrafe der Verwarnung oder des Tadels auferlegt wird, tritt die Disziplinarstrafe am Tag selbst, an dem sie ausgesprochen wird, in Kraft. Die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung gilt als widerrufen und das einbehaltenen Gehalt wird dem Betreffenden von der Behörde zurückgezahlt.

Wenn im Anschluss an eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung mit Gehaltskürzung und Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung die Disziplinarstrafe der Gehaltskürzung, der disziplinarischen Amtsenthebung, der Zurückstufung im Dienstgrad, der Entlassung von Amts wegen oder der Entfernung aus dem Dienst auferlegt wird, wird die Disziplinarstrafe frühestens am Tag des Inkrafttretens der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung wirksam. Der Betrag des während der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung einbehaltenen Gehalts wird vom Betrag des Gehaltsverlustes infolge der Disziplinarstrafe abgezogen. Wenn der Betrag des einbehaltenen Gehalts größer ist als der Betrag des Gehaltsverlustes infolge der Disziplinarstrafe, zahlt die Behörde die Differenz an den Betreffenden zurück.

Art. 135 - Frist

Die Disziplinarbehörde kann nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach Feststellung oder Kenntnisnahme der strafbaren Handlungen keine disziplinarrechtlichen Verfolgungen mehr einleiten.

Im Fall einer Strafverfolgung wegen derselben Handlungen läuft diese Frist ab dem Tag, an dem die Disziplinarbehörde von der Gerichtsbehörde davon in Kenntnis gesetzt wird, dass ein unwiderruflicher Beschluss erfolgt ist oder das Strafverfahren nicht fortgesetzt wird.

Wird der Beschluss der Disziplinarbehörde vom Staatsrat für nichtig erklärt oder von der Aufsichtsbehörde für nichtig erklärt, kann die Disziplinarbehörde die disziplinarrechtliche Verfolgung ab der Notifizierung des Entscheids des Staatsrats oder des Beschlusses der Aufsichtsbehörde während des bei Einleitung der Verfolgung noch verbleibenden Teils der in Absatz 1 erwähnten Frist wieder aufnehmen.

Abschnitt 5 - Berufsuntauglichkeit

Art. 136 - Direktoren

Im Fall einer Entlassung wegen Berufsuntauglichkeit der Direktoren mit Ausnahme der beförderten Personalmitglieder gewährt ihnen die Gemeinde eine Vergütung, die wenigstens drei Monatsgehältern pro begonnene Tranche von fünf Arbeitsjahren entspricht.

Art. 137 - Verfahren

§ 1 - Der Beschluss, ein Personalmitglied aufgrund von Berufsuntauglichkeit von Amts wegen zu entlassen, wird durch den Rat auf der Grundlage eines Gutachtens des Kollegiums und nach Anhörung der Betroffenen verkündet.

Er wird dem Betreffenden unverzüglich mitgeteilt, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung. In Ermangelung einer Notifizierung innerhalb von zwölf Tagen gilt der Beschluss als widerrufen.

Die Mitteilung des Beschlusses erwähnt die vorgesehenen Widersprüche und die Frist, in der sie eingelegt werden können.

§ 2 - Das Personalmitglied verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab dem ersten Arbeitstag nach der Notifizierung des Beschlusses, es aufgrund von Berufsuntauglichkeit von Amts wegen zu entlassen, um die in Artikel 138 erwähnte Widerspruchskammer anzurufen.

Die Widerspruchskammer übermittelt der Regierung ein Gutachten zu dem Beschluss des Rates über die Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit. Dieses Gutachten fällt entweder "günstig" oder "ungünstig" aus. Es wird innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab dem Eingang des Beschlusses gemeinsam mit der vollständigen Akte abgegeben und mitgeteilt.

Die Befassung der Widerspruchskammer setzt den Beschluss des Rates so lange aus, bis die Regierung ihren Beschluss gefasst hat oder bis die Frist, über die die Regierung zur Beschlussfassung verfügt, abgelaufen ist.

§ 3 - Wird die Widerspruchskammer nicht innerhalb der vorgesehenen Frist befasst, übermittelt der Rat seinen Beschluss der Regierung.

Der Beschluss einer Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit wird ausgesetzt, bis die in § 2 Absatz 1 angeführte Frist abgelaufen ist.

Abschnitt 6 - Widerspruchskammer

Art. 138 - Aufgaben

Es wird eine Widerspruchskammer eingerichtet. Diese befindet über Beschwerden gegen Beschlüsse:

1. zur Entlassung wegen Berufsuntauglichkeit;
2. im Rahmen der Probezeit der Direktoren.

Art. 139 - Zusammensetzung

Der Widerspruchskammer gehören an:

1. ein Vorsitzender und ein stellvertretender Vorsitzender, die die Regierung unter den effektiven Magistraten oder den Ehrenmagistraten bestellt;
2. je ein Vertreter und ein Stellvertreter der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen, die die Regierung auf Vorschlag dieser Organisationen bestellt;
3. je ein amtierender oder pensionierter General- und Finanzdirektor und je ein Stellvertreter, die die Regierung auf Vorschlag der Direktoren der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bestellt.

Die Regierung bestimmt einen Schriftführer und einen stellvertretenden Schriftführer unter den Personalmitgliedern des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 140 - Geschäftsordnung

Die Widerspruchskammer legt ihre Geschäftsordnung fest, die von der Regierung zu billigen ist.

Art. 141 - Beisitzer

Der Beschwerdeführer hat das Recht, die Ablehnung eines Beisitzers zu beantragen. Der Vorsitzende lehnt den Beisitzer, dessen Unparteilichkeit infrage gestellt werden könnte, ab.

Art. 142 - Anwesenheitsquorum

Die Widerspruchskammer ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

Art. 143 - Aktenverlauf

Der Schriftführer fordert unmittelbar die vollständige Akte bei dem Urheber des Beschlusses an, der sie der Kammer unverzüglich übermittelt. Die zusätzlichen beantragten Schriftstücke und Informationen werden ebenfalls unverzüglich übermittelt.

Art. 144 - Vorladung

§ 1 - Der Beschwerdeführer wird mindestens 15 Tage vor seinem Erscheinen vor der Widerspruchskammer per Einschreiben vorgeladen.

Diese Vorladung umfasst folgende Angaben:

1. den Ort, den Tag sowie die Uhrzeit der Anhörung;
2. das Recht des Betroffenen, sich von einer Person seiner Wahl beistehen zu lassen, die jedoch der Widerspruchskammer nicht angehören darf;

3. den Ort, an dem die Akte eingesehen werden kann und die Tage und Uhrzeiten, an denen diese Einsichtnahme erfolgen kann;

4. das Recht, die Anhörung von Zeugen zu beantragen.

§ 2 - Ab dem Eingang der Vorladung vor der Widerspruchskammer bis zu dem Tag vor dem Erscheinen kann der Beschwerdeführer die Verwaltungsakte einsehen und der Widerspruchskammer seine Verteidigungsmittel schriftlich übermitteln.

Art. 145 - Erscheinen

Außer in Fällen höherer Gewalt oder mit der Zustimmung der Widerspruchskammer erscheint der Beschwerdeführer persönlich.

Der Beschwerdeführer, der nicht in der Lage war, persönlich zu erscheinen, wird unmittelbar erneut vorgeladen.

Art. 146 - Anhörung von Zeugen

Die Widerspruchskammer kann von Amts wegen oder auf Antrag des Beschwerdeführers beschließen, Zeugen anzuhören.

Die Vernehmung der Zeugen erfolgt in Anwesenheit des Beschwerdeführers.

Art. 147 - Anhörung

Es wird ein Protokoll der Anhörung erstellt, das die Stellungnahmen der angehörten Person wiedergibt.

Das Protokoll der Anhörung wird dem Beschwerdeführer innerhalb von acht Tagen nach seinem Erscheinen zugestellt, zusammen mit der Aufforderung, es zu unterzeichnen und seine etwaigen Bemerkungen mitzuteilen.

Der Beschwerdeführer sendet das Protokoll mit seinen etwaigen Bemerkungen binnen acht Tagen nach der Zustellung zurück. Anderenfalls gilt das Protokoll als endgültig.

Wenn der Beschwerdeführer nicht zur Anhörung erschienen ist, erstellt die Widerspruchskammer ein Protokoll über das Nichterscheinen.

Das Protokoll über das Erscheinen oder das Nichterscheinen zählt alle auf der Grundlage des vorliegenden Dekrets erforderlichen Verfahrenshandlungen auf und gibt an, ob jede von ihnen ausgeführt worden ist.

Art. 148 - Aufsicht

§ 1 - Auf Grundlage des in Artikel 137 § 2 Absatz 2 erwähnten Gutachtens oder falls die Widerspruchskammer kein fristgerechtes Gutachten notifiziert hat, kann die Regierung den Beschluss des Rates zur Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit aufheben, falls dieser Beschluss gegen das Gesetz verstößt oder das allgemeine Interesse verletzt.

§ 2 - Die Regierung fasst einen Beschluss und übermittelt ihn dem Rat, dem Beschwerdeführer oder der Widerspruchskammer innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Gutachtens und der Akte oder in Ermangelung dessen der Beratung des Rates, der die vollständige Akte beiliegt. Sie kann diese Frist einmal für eine Höchstdauer von 15 Tagen verlängern.

Nach Ablauf dieser Frist ist die Regierung nicht mehr berechtigt, den Beschluss der Entlassung von Amts wegen aufzuheben. In Ermangelung einer Aufhebung durch die Regierung innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist, wird der Beschluss der Entlassung von Amts wegen völlig und uneingeschränkt wirksam.

KAPITEL 2 - Die Güter

Art. 149 - Schenkungen und Legate

Die beurkundeten unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden werden immer vorläufig angenommen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Juli 1931 zur Ausdehnung der vorläufigen Annahme von beurkundeten unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden auf alle juristischen Personen.

Der Preis für die Überlassung einer Grabstätte ist nicht als unentgeltliche Zuwendung zu betrachten.

Beschlüsse der in der Gemeinde bestehenden öffentlichen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit über Schenkungen und Legate zugunsten dieser Einrichtungen bedürfen der Genehmigung des Rates.

Art. 150 - Miet- und Pachtverträge

Der Rat legt die Miet- oder Pachtbedingungen sowie die Bedingungen für jegliche weitere Verwendung der Erträge und Einkünfte aus dem Eigentum und aus den Rechten der Gemeinde fest.

Gegebenenfalls gewährt der Rat den Mietern oder Pächtern der Gemeinde die von ihnen beantragten Ermäßigungen, auf die sie kraft des Gesetzes oder ihres Vertrags Anspruch erheben können oder um die sie aus Billigkeitsgründen bitten.

Art. 151 - Öffentliche Aufträge

§ 1 - Der Rat wählt das Verfahren für die Vergabe der öffentlichen Aufträge und Konzessionen für Arbeiten oder Dienstleistungen und legt deren Bedingungen fest.

In zwingenden Dringlichkeitsfällen infolge unvorhersehbarer Ereignisse kann das Kollegium aus eigener Initiative die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse ausüben. Sein Beschluss wird dem Rat auf dessen nächstfolgender Sitzung zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

§ 2 - Der Rat kann dem Kollegium die in § 1 erwähnten Befugnisse übertragen.

Der Rat kann dem Generaldirektor die in § 1 erwähnten Befugnisse für Ausgaben im Rahmen des ordentlichen Haushalts bis zu 2.000 Euro übertragen.

Der Rat kann diese Befugnisse höchstens für die Dauer seiner Amtszeit übertragen.

§ 3 - Das Kollegium leitet das Verfahren ein, vergibt den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen und gewährleistet dessen Ausführung.

In den Fällen, in denen eine Verhandlung mit dem Submittenten erlaubt ist, kann das Kollegium die Bedingungen des Auftrags oder der Konzession vor der Vergabe abändern. Außer bei Anwendung von § 2 Absatz 1 informiert es den Rat auf dessen nächstfolgender Sitzung darüber.

Unbeschadet einer weitergehenden Delegation kann das Kollegium den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen während der Ausführung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung innerhalb eines Kostenrahmens von 10 % des ursprünglichen Auftragswerts bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bzw. 15 % des ursprünglichen Auftragswerts bei Bauaufträgen abändern.

KAPITEL 3 - Gemeinderegien

Abschnitt 1 - Gewöhnliche Gemeinderegien

Art. 152 - Allgemeines

Gemeindeeinrichtungen und -dienste können als Regien eingerichtet und unabhängig von den allgemeinen Diensten der Gemeinde verwaltet werden.

Die Verwaltung der Regien erfolgt nach industriellen und kommerziellen Methoden.

Das Rechnungsjahr der Regien entspricht dem Kalenderjahr.

Die Rechnung der Regien umfasst die Bilanz, die Betriebsrechnung und die Gewinn- und Verlustrechnung, die am 31. Dezember eines jeden Jahres abgeschlossen werden.

Der Reingewinn der Regien wird alljährlich auf die Gemeindegasse überwiesen.

Die Regierung bestimmt die übrigen besonderen Vorschriften für die finanzielle Verwaltung der Regien.

Art. 153 - Rechenschaftspflichtiger

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinderegien dürfen von einem besonderen Rechenschaftspflichtigen getätigt werden. Für diesen Rechenschaftspflichtigen gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was Ernennung, Disziplinarstrafen und Verantwortung angeht.

Art. 154 - Große Regien

Die gewöhnlichen Gemeinderegien, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und die eine Bereitstellung öffentlicher Mittel in Anspruch nehmen, verfügen neben der Buchhaltung, die aufgrund der einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen auferlegt wird, über eine Buchhaltung, die Folgendes angibt:

1. die unmittelbare Bereitstellung öffentlicher Mittel, die zu ihren Gunsten durch die öffentliche Hand getätigt wird;
2. die Bereitstellung öffentlicher Mittel durch die öffentliche Hand über öffentliche Unternehmen oder Finanzinstitute;
3. die tatsächliche Verwendung dieser öffentlichen Mittel.

Diese Angaben sind ein fester Bestandteil der Bücher für das betreffende Rechnungsjahr.

Abschnitt 2 - Autonome Gemeinderegien

Art. 155 - Gesellschaftszweck

Die Regierung bestimmt die Tätigkeiten industrieller oder kommerzieller Art, für die der Rat eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete autonome Gemeinderegie gründen kann.

Art. 156 - Geschäftsführung

§ 1 - Die autonomen Gemeinderegien werden von einem Verwaltungsrat und einem Direktionsausschuss verwaltet.

Der Gemeinde- oder Stadtrat bestimmt die Mitglieder des Verwaltungsrats der autonomen Gemeinderegie. Der Verwaltungsrat setzt sich aus höchstens der Hälfte der Anzahl Ratsmitglieder zusammen, ohne dass die Anzahl achtzehn überschreiten darf. Die Mehrheit des Verwaltungsrats besteht aus Ratsmitgliedern.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden gemäß den Artikeln 167 und 168 des Wahlgesetzbuches verhältnismäßig zum Rat bezeichnet.

Jede demokratische Fraktion, die nicht gemäß dem im vorigen Absatz erwähnten System der verhältnismäßigen Vertretung vertreten ist, hat Anrecht auf einen Sitz. In diesem Fall erhält die Mehrheit insgesamt eine Anzahl Sitze, die der den nicht am Mehrheitsabkommen beteiligten Fraktionen zugeteilten Anzahl Überhangsitze entspricht. In diesem Fall ist die Grenze einer Höchstanzahl der Verwaltungsratsmitglieder, so wie sie im vorigen Absatz festgelegt ist, nicht anwendbar.

Für die Festsetzung dieses Verhältnisses wird/werden die Fraktion(en), die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würde(n), nicht berücksichtigt.

Die die Gemeinde vertretenden Verwaltungsratsmitglieder sind beider Geschlechter.

Der Verwaltungsrat wählt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

§ 2 - Der Verwaltungsrat kann alle Handlungen vornehmen, die für die Verwirklichung des Zwecks der autonomen Gemeinderegie nützlich oder notwendig sind.

Der Verwaltungsrat kontrolliert die vom Direktionsausschuss wahrgenommene Geschäftsführung. Der Direktionsausschuss erstattet dem Verwaltungsrat regelmäßigen Bericht.

Bei Stimmgleichheit im Verwaltungsrat ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

§ 3 - Der Direktionsausschuss ist mit der täglichen Geschäftsführung, mit der Vertretung bezüglich dieser Geschäftsführung sowie mit der Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats beauftragt. Er setzt sich aus einem geschäftsführenden Verwalter und aus vier Verwalter-Direktoren zusammen, die der Verwaltungsrat bestimmt.

Der geschäftsführende Verwalter führt den Vorsitz des Direktionsausschusses. Bei Stimmgleichheit ist seine Stimme ausschlaggebend.

Art. 157 - Kommissare

Die Überprüfung der finanziellen Lage und der Jahresrechnungen der autonomen Gemeinderegien wird einem Kollegium von drei Kommissaren anvertraut, die vom Rat außerhalb des Verwaltungsrats der Regie bestimmt werden und von denen mindestens einer Mitglied des Instituts der Betriebsrevisoren ist.

Mit Ausnahme des Letzteren sind die Mitglieder des Kollegiums der Kommissare Ratsmitglieder.

Art. 158 - Mandate

Ratsmitglieder, deren Mandat beendet ist, scheiden von Rechts wegen aus der autonomen Gemeinderegion aus.

Alle Mandate in den verschiedenen Organen der autonomen Gemeinderegionen gehen zu Ende bei der ersten Versammlung des Verwaltungsrats nach Einsetzung des Rates.

Art. 159 - Befugnisse

§ 1 - Die autonomen Gemeinderegionen entscheiden im Rahmen ihres Zweckes frei über den Erwerb, die Verwendung und die Veräußerung ihrer körperlichen und unkörperlichen Güter, über die Begründung oder die Abschaffung von dinglichen Rechten an diesen Gütern sowie über die Ausführung derartiger Entscheidungen und über die Art ihrer Finanzierung.

§ 2 - Sie können sich direkt oder indirekt an öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Gesellschaften, Vereinigungen und Einrichtungen, deren Gesellschaftszweck mit ihrem Zweck vereinbar ist und die im Folgenden Filialen genannt werden, beteiligen.

Unabhängig vom Umfang der Einbringungen der verschiedenen Parteien ins Gesellschaftskapital verfügt die autonome Gemeinderegion über die Mehrheit der Stimmen und führt den Vorsitz in den Organen der Filialen.

Die Ratsmitglieder, die als Verwalter oder Kommissar in den Organen einer autonomen Gemeinderegion sitzen, dürfen in einer Filiale dieser Region weder ein besoldetes Mandat als Verwalter oder Kommissar wahrnehmen noch irgendeine entlohnte Tätigkeit ausüben.

Art. 160 - Geschäftsführungsvertrag

§ 1 - Die Gemeinde schließt einen Geschäftsführungsvertrag mit der autonomen Gemeinderegion ab. In diesem Vertrag werden zumindest die Art und der Umfang der Aufgaben angegeben, die die autonome Gemeinderegion aufnehmen muss, sowie die Indikatoren, die eine Bewertung der Durchführung ihrer Aufgaben ermöglichen. Der Geschäftsführungsvertrag wird für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen.

Der Verwaltungsrat erstellt jedes Jahr einen Unternehmensplan, in dem die Ziele und die mittelfristige Strategie der autonomen Gemeinderegion festgelegt werden, sowie einen Tätigkeitsbericht. Der Unternehmensplan und der Tätigkeitsbericht werden dem Rat mitgeteilt.

§ 2 - Der Gemeinde- oder Stadtrat kann den Verwaltungsrat der autonomen Gemeinderegion jederzeit um einen Bericht über die Tätigkeiten der autonomen Gemeinderegion oder über verschiedene ihrer Tätigkeiten bitten.

Art. 161 - Anwendbare Gesetzgebung

Die Artikel 63, 130 bis 144, 165 bis 167, 517 bis 530, 538, 540 und 561 bis 567 des Gesellschaftsgesetzbuches sind auf die autonomen Gemeinderegionen anwendbar, es sei denn, dieses Dekret weicht ausdrücklich davon ab.

Die autonomen Gemeinderegionen wenden die Buchhaltung der Unternehmen gemäß Buch III des Wirtschaftsgesetzbuchs an.

Art. 162 - Große Regionen

Die autonomen Gemeinderegionen, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und die eine Bereitstellung öffentlicher Mittel in Anspruch nehmen, verfügen neben der Buchhaltung, die aufgrund der einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen auferlegt wird, über eine Buchhaltung, die Folgendes angibt:

1. die Bereitstellung öffentlicher Mittel, die zu ihren Gunsten direkt durch die öffentliche Hand getätigt wird;
2. die Bereitstellung öffentlicher Mittel durch die öffentliche Hand über öffentliche Unternehmen oder Finanzinstitute;
3. die tatsächliche Verwendung dieser öffentlichen Mittel.

Die autonomen Gemeinderegionen, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und denen eine öffentliche Behörde besondere oder ausschließliche Rechte gewährt hat, oder die mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Sinne von Artikel 106 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union betraut sind, und die einen Ausgleich in unterschiedlicher Form in Bezug auf diese Dienstleistung erhalten und die zu gleicher Zeit andere Tätigkeiten ausüben, müssen zudem getrennte Bücher führen.

Die getrennten Bücher müssen die verschiedenen Aktivitäten, die von demselben Unternehmen ausgeübt werden, sowie seine Finanz- und Organisationsstruktur widerspiegeln, sodass Folgendes klar wird:

1. eine nach den verschiedenen Geschäftsbereichen getrennte Aufstellung der Kosten und Erlöse;
2. eine genaue Angabe der Methode, gemäß der die Kosten und Erlöse den verschiedenen Geschäftsbereichen zugeordnet und zugewiesen werden.

Diese oben genannten Bücher sind der Regierung binnen drei Monaten nach deren Genehmigung durch die betreffenden Organe der Vereinigung zu übermitteln.

KAPITEL 4 - Die Finanzen**Abschnitt 1 - Haushaltsplan und Rechnungen****Art. 163 - Allgemeine Bestimmungen**

Das Rechnungsjahr der Gemeinden entspricht dem Kalenderjahr.

Als einem Rechnungsjahr zugehörige Anrechte und Verpflichtungen gelten nur Anrechte, die die Gemeinde in diesem Rechnungsjahr erworben hat, oder Verpflichtungen, die sie ihren Gläubigern gegenüber in diesem Rechnungsjahr eingegangen ist, unabhängig vom Rechnungsjahr, in dem sie ausgeglichen werden.

Art. 164 - Fakultative Ausgaben

Jede Zuweisung für fakultative Ausgaben, die von der Aufsichtsbehörde gekürzt worden ist, darf nur dann vom Kollegium ausgegeben werden, wenn der Rat das Kollegium durch einen erneuten Beschluss hierzu ermächtigt hat.

Art. 165 - Zahlungen

Eine Zahlung aus der Gemeindekasse darf nur aufgrund einer im Haushaltsplan eingetragenen Zuweisung, aufgrund eines besonderen Haushaltsmittelbetrags oder aufgrund eines im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Grenzen bewilligten provisorischen Haushaltsmittelbetrags erfolgen.

Die Mitglieder des Kollegiums sind persönlich verantwortlich für die von ihnen unter Verstoß gegen Absatz 1 eingegangenen Ausgabenverpflichtungen oder erteilten Zahlungsanweisungen.

Art. 166 - Überziehen von Ausgabenartikeln und Übertragung von Mitteln

§ 1 - Es darf kein Ausgabenartikel des Haushaltsplanes überzogen werden und es darf keine Übertragung erfolgen.

§ 2 - Wenn jedoch bei Abschluss eines Rechnungsjahres einige Zuweisungen mit ordnungsgemäß und wirklich zugunsten der Gemeindegläubiger eingegangenen Verpflichtungen belastet sind, wird der zur Begleichung der Ausgabe notwendige Teil der Zuweisung durch einen Beschluss des Kollegiums, der der Rechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres beigefügt wird, auf das folgende Rechnungsjahr übertragen.

Über die derart übertragenen Zuweisungen darf ohne einen erneuten Beschluss des Rates verfügt werden.

Art. 167 - Dringende Ausgaben

Der Rat kann Ausgaben bestreiten, die durch zwingende und unvorhergesehene Umstände erforderlich werden.

Sollte die geringste Verzögerung einen offensichtlichen Schaden verursachen, kann das Kollegium die Ausgabe auf seine Verantwortung bestreiten unter der Bedingung, den Rat, der über Annahme oder Ablehnung der Ausgabe beschließt, unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.

Die Mitglieder des Kollegiums, die Zahlungsanweisungen erteilt haben für Ausgaben, die in Ausführung der Absätze 1 und 2 bestritten worden sind, bei der definitiv abgeschlossenen Rechnung jedoch abgelehnt wurden, sind persönlich verpflichtet, den entsprechenden Betrag in die Gemeindekasse einzuzahlen.

Art. 168 - Zahlungsanweisungen

Die vom Kollegium erteilten und auf die Gemeindekasse lautenden Zahlungsanweisungen werden vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter und von einem Schöffen unterschrieben sowie vom Generaldirektor gegengezeichnet.

Art. 169 - Verabschiedung des Haushaltsplans und Rechnungsabschluss

Der Rat schließt die Jahresrechnungen des vorigen Rechnungsjahres jährlich zu dem von der Regierung festgelegten Datum ab.

Diese Jahresrechnungen umfassen die Haushaltsrechnung, die Ergebnisrechnung und die Bilanz.

Der in Artikel 28 § 1 Absatz 3 erwähnte Bericht sowie die Liste der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen, für die der Rat das Vergabeverfahren und die Bedingungen festgelegt hat, werden den Rechnungen beigefügt.

Der Rat verabschiedet den Haushaltsplan für das kommende Jahr spätestens zu dem von der Regierung festgelegten Datum.

Art. 170 - Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen

Haushaltspläne und Rechnungslegungen werden im Gemeindehaus bereitgelegt, wo jeder sie an Ort und Stelle einsehen kann.

Auf diese Offenlegung wird mindestens mittels Aushang am Rathaus hingewiesen, der auf Betreiben des Kollegiums innerhalb eines Monats nach der Verabschiedung der Haushaltspläne und Rechnungslegungen angebracht wird. Die Bekanntmachung bleibt mindestens während zehn Tagen angeschlagen.

Art. 171 - Haushaltsausgleich

Der Haushaltsplan der Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden weist auf keinen Fall einen Debetsaldo im ordentlichen oder außerordentlichen Dienst und einen fiktiven Ausgleich oder Überschuss auf.

Art. 172 - Allgemeine Gemeindebuchführungsordnung

Die Regierung bestimmt die Regeln in Bezug auf den Haushaltsplan, die Finanzen und die Buchführung der Gemeinden sowie die Regeln in Bezug auf die Modalitäten zur Ausübung der Funktion der Buchhalter.

Art. 173 - Lasten und Ausgaben

§ 1 - Der Rat trägt jährlich alle gesetzlich und dekretal vorgeschriebenen Ausgaben der Gemeinde in die Ausgabenseite des Haushaltsplans ein. Dazu gehören insbesondere:

1. die Unterstützungsgelder, die den Kirchenfabriken und den mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen gemäß den diesbezüglich geltenden Bestimmungen gewährt werden, wenn diese Einrichtungen nicht über ausreichende Mittel verfügen;

2. das den Dienern der Kulte bewilligte Wohnungsgeld, wenn ihnen die Wohnung nicht zur Verfügung gestellt wird;

3. die Dotationen und sonstigen Ausgaben für die ÖSHZ, die Polizeizonen und die Hilfeleistungszonen, die in den diesbezüglich geltenden Bestimmungen vorgesehen sind.

§ 2 - Betrifft eine der obligatorischen Ausgaben mehrere Gemeinden, beteiligen sich alle im Verhältnis zum Interesse, das sie daran haben. Bei Weigerung oder Uneinigkeit entscheidet die Regierung.

Abschnitt 2 - Einnahmen

Art. 174 - Allgemeine Bestimmungen

§ 1 - Reichen die im Haushaltsplan vorgesehenen Einnahmen zur Deckung einer anerkannten oder fälligen Gemeindegeld oder einer Schuld, die aus einem gerichtlichen Beschluss in letzter Instanz hervorgeht, nicht aus, sieht der Rat die nötigen Mittel zu deren Deckung vor.

Der Rat führt jährlich sämtliche Einnahmen der Gemeinde und die Überschüsse aus den vorhergehenden Rechnungsjahren einzeln im Haushaltsplan an.

§ 2 - Die Festsetzung und die Erhebung der Gemeindesteuern erfolgt gemäß Titel 5 dieses Dekrets.

Die kommunalen Zuschlagshundertstel auf die Staats- und Regionalsteuern werden gemäß den für die Erhebung der Steuern, denen sie hinzugefügt werden, festgelegten Regeln eingetrieben.

Abschnitt 3 - Verjährung

Art. 175 - Allgemeine Bestimmungen

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 176 sind die Verjährungsregeln des allgemeinen Rechts auf die Gemeinden, die autonomen Gemeinderegien und die Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammengesetzt sind, anwendbar.

Art. 176 - Rückzahlungen

§ 1 - In Bezug auf Gehälter, Vorschüsse auf Gehälter und Entschädigungen, Zulagen oder Leistungen, die zu den Gehältern gehören oder gleicher Art sind, stehen Beträge, die von den Gemeinden, autonomen Gemeinderegien und Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammengesetzt sind, unrechtmäßig gezahlt werden, denjenigen, die sie erhalten haben, endgültig zu, wenn ihre Rückzahlung nicht innerhalb einer Frist von höchstens fünf Jahren ab dem 1. Januar des Jahres der Zahlung gefordert wird.

§ 2 - Um gültig zu sein, muss dem Schuldner die Aufforderung zur Rückzahlung per Einschreiben notifiziert werden und folgende Angaben enthalten:

1. Gesamtbetrag der zurückgeforderten Summen mit einer pro Jahr erstellten Übersicht der unrechtmäßigen Zahlungen;
2. Bestimmungen, gegen die bei der Zahlung verstoßen worden ist.

Ab Aufgabe des Einschreibens kann die Rückforderung des unrechtmäßig gezahlten Betrags in der durch das allgemeine Recht für die Verjährung persönlicher Klagen vorgesehenen Frist erfolgen.

§ 3 - Die in § 1 festgelegte Frist wird auf zehn Jahre angehoben, wenn die unrechtmäßig gezahlten Beträge infolge betrügerischer Machenschaften oder falscher oder wissentlich unvollständiger Erklärungen bezogen wurden.

Abschnitt 4 - Gewährung und Kontrolle der von den Gemeinden gewährten Zuschüsse

Art. 177 - Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist auf Zuschüsse anwendbar, die gewährt werden von:

1. den Gemeinden;
2. den autonomen Gemeinderegien;
3. den mit der Verwaltung der weltlichen Angelegenheiten der Kulte beauftragten lokalen Einrichtungen;
4. den kommunalen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht;
5. jeglicher sonstigen, durch ein Dekret oder aufgrund eines Dekrets geschaffenen Einrichtung kommunalen Interesses mit Rechtspersönlichkeit;
6. den Gemeindevereinigungen.

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 183 und eventueller Auflagen durch den Zuschussgeber ist dieser Abschnitt nicht anwendbar auf Zuschüsse unter 2.500 Euro.

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 183 kann der Zuschussgeber den Empfänger für Zuschüsse zwischen 2.500 und 25.000 Euro von den im vorliegenden Abschnitt vorgesehenen Verpflichtungen ganz oder teilweise befreien.

Art. 178 - Definition

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts ist unter Zuschuss jeglicher Vorteil unter gleich welcher Form oder Bezeichnung zu verstehen, der zu Zwecken öffentlichen Interesses gewährt wird, mit Ausnahme:

1. der Zuschüsse, die den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Mai 2003 zur Organisation des Haushaltsplans und der Buchführung des Föderalstaats oder den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen anwendbar sind, unterliegen;
2. der Beihilfen, die sich aus einer Verpflichtung ergeben, die durch oder aufgrund ein(es) Gesetz(es) oder Dekret(s) auferlegt wird;
3. der Beiträge, die zugunsten von Einrichtungen ausbezahlt werden, von denen die Beitraggeber Mitglieder sind, als Gegenleistung dafür, dass diese Einrichtungen zugunsten der Beitraggeber bestimmte Leistungen erbracht haben;
4. der als Anerkennung der Verdienste des Empfängers oder als Belohnung hierfür gewährten Preise;
5. der Zuschüsse, die eine Gemeinde dem ÖSHZ, in dessen Zuständigkeit sie fällt, gewährt.

Art. 179 - Einzureichende Unterlagen

Der Zuschussgeber kann von jedem Antragsteller die Vorlage folgender Dokumente verlangen:

1. der Haushalt des Geschäftsjahres, auf das sich der Zuschuss bezieht;
2. der Haushalt der Veranstaltung oder der spezifischen Investition, zu deren Finanzierung der Zuschuss bestimmt ist;
3. die aktuellsten Jahresabschlüsse.

Der Antragsteller, der einen Zuschuss für bereits getätigte Ausgaben beantragt, fügt seinem Antrag die Ausgabenbelege bei.

Art. 180 - Beschlussfassung

Außer wenn sie in einer Regelung des Zuschussgebers oder einer Vereinbarung festgeschrieben sind, enthält der Beschluss zur Gewährung des Zuschusses mindestens folgende Angaben:

1. Art und Umfang des Zuschusses;
2. die Identität des Zuschussempfängers;
3. die Zwecke, zu denen der Zuschuss gewährt wird;
4. gegebenenfalls die besonderen Verwendungsbedingungen;

5. die Belegstücke, die vom Zuschussempfänger verlangt werden, sowie gegebenenfalls die Fristen, innerhalb derer diese Belegstücke vorgelegt werden müssen;
6. die Modalitäten für die Auszahlung des Zuschusses.

Solange der Zuschussempfänger einen bereits erhaltenen Zuschuss zurückzuerstatten hat, wird die Beschlussfassung ausgesetzt.

Art. 181 - Auflagen

Der Zuschussempfänger muss:

1. den Zuschuss zu den Zwecken verwenden, für die er gewährt wurde;
2. diese Verwendung anhand der geforderten Belege rechtfertigen;
3. gegebenenfalls die besonderen Verwendungsbedingungen einhalten.

Art. 182 - Kontrolle

Der Zuschussgeber kontrolliert die Verwendung des Zuschusses anhand der eingereichten Belege.

Er hat das Recht, vor Ort die Verwendung des gewährten Zuschusses zu kontrollieren.

Der Zuschussgeber erstellt einen Bericht über die Ergebnisse der Kontrolle.

Art. 183 - Rückerstattung

§ 1 - Unbeschadet der auflösenden Bestimmungen, denen der Zuschuss unterliegt, ist der Zuschuss zurückzuerstatten:

1. wenn er nicht zu den Zwecken verwendet wurde, für die er gewährt wurde;
2. wenn die seiner Gewährung zugrundeliegenden besonderen Bedingungen nicht eingehalten wurden;
3. wenn die geforderten Belege nicht fristgerecht eingereicht wurden;
4. wenn der Zuschussempfänger sich der Kontrolle vor Ort widersetzt oder diese behindert.

In den in Absatz 1 Nummern 1 und 3 vorgesehenen Fällen muss der Zuschussempfänger jedoch nur den Teil des Zuschusses zurückerstatten, der nicht zu den Zwecken verwendet worden ist, für die er gewährt wurde, oder der nicht gerechtfertigt ist.

Für Zuschüsse in Form von Sachleistungen erfolgt die Rückerstattung durch einen entsprechenden Ausgleich.

§ 2 - Die Zuschussgeber, die über die Befugnis verfügen, direkte Steuern zu erheben, sind berechtigt, die zurückzuerstattenden Zuschüsse durch Zahlungsbefehle einzutreiben. Der Zahlungsbefehl wird von dem mit der Eintreibung beauftragten Rechnungsführer erlassen. Der Zahlungsbefehl wird durch die Verwaltungsbehörde für vollstreckbar erklärt, die dazu befugt ist, die Heberolle der betreffenden direkten Steuern besagter Zuschussgeber für vollstreckbar zu erklären.

TITEL 5 - Festsetzung und Eintreibung der Gemeindesteuern

Art. 184 - Anwendungsbereich

Dieser Titel ist anwendbar auf die von den Gemeinden festgelegten Steuern.

Er ist nicht anwendbar auf die Zuschlagsteuern auf Steuern der Föderal- oder Regionalbehörde.

Art. 185 - Eintreibung

Die Steuern werden entweder mittels Heberollen eingetrieben oder in bar gegen Aushändigung eines Zahlungsnachweises eingenommen.

Die mittels Heberolle eingetriebene Steuer muss binnen zwei Monaten nach Versendung des Steuerbescheids bezahlt werden.

Kann die Einnahme in bar nicht durchgeführt werden, wird die Steuer in die Heberolle eingetragen und ist sofort einforderbar.

Art. 186 - Heberollen

§ 1 - Die Heberollen werden spätestens am 30. Juni des Jahres, das dem Rechnungsjahr folgt, durch das Kollegium festgestellt und für vollstreckbar erklärt.

Die Heberolle wird dem Finanzdirektor, der mit der Eintreibung beauftragt ist und für den Versand der Steuerbescheide sorgt, gegen Empfangsbestätigung übermittelt. Dieser Versand erfolgt für den Steuerpflichtigen kostenlos.

§ 2 - Die in den Heberollen festgestellten Anrechte werden zu den Einnahmen des Rechnungsjahres gebucht, in dem die Heberollen für vollstreckbar erklärt werden.

§ 3 - In den Heberollen wird Folgendes angegeben:

1. der Name der Gemeinde, die die Steuer festgelegt hat;
2. der Name, die Vornamen oder die Firma und die Adresse des Steuerpflichtigen;
3. das Datum der Verordnung, aufgrund derer die Steuer zu entrichten ist;
4. die Bezeichnung, die Besteuerungsgrundlage, der Satz, die Berechnung und der Betrag der Steuer sowie das Rechnungsjahr, auf das sie sich bezieht;
5. die Nummer des Artikels;
6. das Datum der Vollstreckbarkeitserklärung;
7. das Datum des Versands;
8. der äußerste Zahlungstermin;
9. die Frist, innerhalb derer der Steuerpflichtige eine Beschwerde einreichen kann, sowie die Bezeichnung und die Adresse der Instanz, die befugt ist, diese entgegenzunehmen.

Art. 187 - Steuerbescheid

Auf dem Steuerbescheid werden das Datum des Versands und die in Artikel 186 § 3 erwähnten Angaben vermerkt.

Dem Steuerbescheid wird eine Zusammenfassung der Verordnung, aufgrund derer die Steuer zu entrichten ist, beigelegt.

Art. 188 - Erklärungspflicht

Sieht die Steuerverordnung eine Erklärungspflicht vor, hat die Nichtabgabe dieser Erklärung innerhalb der in vorerwähnter Verordnung festgelegten Frist oder die Abgabe einer falschen, unvollständigen oder ungenauen Erklärung seitens des Steuerpflichtigen die Eintragung der Steuer von Amts wegen in die Heberolle zur Folge.

Bevor die Steuer von Amts wegen veranlagt wird, notifiziert das Kollegium dem Steuerpflichtigen per Einschreiben die Gründe für die Anwendung dieses Verfahrens, die Elemente, auf denen die Veranlagung basiert, sowie das Verfahren zur Bestimmung dieser Elemente und den Betrag der Steuer.

Der Steuerpflichtige verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab dem Datum der Notifizierung, um seine Bemerkungen schriftlich vorzubringen.

Die Veranlagung der Steuer von Amts wegen kann nur während einer Zeitspanne von drei Jahren ab dem 1. Januar des Steuerjahres rechtsgültig in die Heberolle eingetragen werden. Diese Frist wird um zwei Jahre verlängert, wenn in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht zu schaden gegen die Steuerverordnung verstoßen wird.

Die Steuerverordnung kann vorsehen, dass die von Amts wegen in die Heberolle eingetragenen Steuern um einen in der Verordnung festgelegten Betrag, der das Doppelte der geschuldeten Steuer nicht überschreiten darf, erhöht werden. Der Betrag dieser Erhöhung wird ebenfalls in die Heberolle eingetragen.

Art. 189 - Protokolle

Die in Artikel 188 Absatz 1 erwähnten Verstöße werden durch vereidigte Beamte festgestellt, die vom Kollegium dazu bestimmt worden sind.

Die von ihnen aufgestellten Protokolle haben Beweiskraft bis zum Beweis des Gegenteils.

Art. 190 - Kontrolle

Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, auf Ersuchen der Verwaltung und vor Ort alle für die Festlegung der Steuer notwendigen Bücher und Dokumente vorzulegen.

Steuerpflichtige sind ebenfalls verpflichtet, den gemäß Artikel 189 bestimmten Beamten, die im Besitz ihres Benennungsschreibens sind, freien Zugang zu den bebauten oder unbebauten Immobilien zu gewähren, die ein steuerbares Element bilden oder beinhalten können oder in denen eine steuerbare Tätigkeit ausgeübt wird.

Zu bewohnten Gebäuden oder Räumlichkeiten haben diese Beamten jedoch nur Zugang zwischen 5 Uhr morgens und 9 Uhr abends, und nur mit der Ermächtigung des Richters des Polizeigerichts.

Art. 191 - Beschwerden

Der Steuerpflichtige kann gegen eine Gemeindesteuer beim Kollegium Beschwerde einreichen. Dieses handelt als Verwaltungsbehörde.

Die Regierung bestimmt das für diese Beschwerde anwendbare Verfahren.

Art. 192 - Einspruch

Gegen den Beschluss des Kollegiums kann Einspruch eingelegt werden beim Gericht erster Instanz, in dessen Zuständigkeitsbereich die Steuer festgesetzt wurde.

Mangels eines Beschlusses gilt die Beschwerde als gerechtfertigt.

Gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz kann Einspruch oder Berufung eingelegt werden.

Gegen den Entscheid des Appellationshofs kann eine Kassationsbeschwerde eingereicht werden.

Art. 193 - Anwendbare Gesetzgebung

Formen, Fristen und Verfahren, die auf die in Artikel 192 erwähnten Beschwerden anwendbar sind, werden wie für die staatlichen Einkommenssteuern geregelt und gelten für alle betroffenen Parteien.

Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Titels sind die Bestimmungen des Titels VII Kapitel 1, 3, 4, 7 bis 10 sowie die Artikel 355, 356 und 357 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 und die Artikel 126 bis 175 des Durchführungserlasses zu diesem Gesetzbuch auf die Gemeindesteuern anwendbar, insofern sie nicht besonders die Einkommenssteuern betreffen.

TITEL 6 - Zivilrechtliche Haftung der Gemeinden und Gerichtsverfahren**Art. 194 - Haftung der Gemeinde**

Der Bürgermeister oder der Schöffe, gegen den eine Klage auf Schadenersatz vor einem Zivil- oder Strafgericht erhoben wird, kann die Deutschsprachige Gemeinschaft oder die Gemeinde in das Verfahren heranziehen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft oder die Gemeinde können dem Verfahren freiwillig beitreten.

Außer bei Rückfälligkeit haftet die Gemeinde zivilrechtlich für die Zahlung der Geldstrafen, zu denen der Bürgermeister und/oder ein Schöffe infolge eines Verstoßes, den sie bei normaler Ausübung ihres Amtes begangen haben, verurteilt werden.

Die Regressklage der Gemeinde gegen den verurteilten Bürgermeister und/oder einen verurteilten Schöffen ist beschränkt auf Fälle, in denen arglistige Täuschung, ein schwerwiegender Fehler oder ein leichter Fehler mit Gewohnheitscharakter vorliegt.

Art. 195 - Rechtsschutzversicherung

Die Gemeinde schließt eine Versicherung ab, die bei normaler Amtsausübung des Bürgermeisters und der Schöffen deren persönliche zivilrechtliche Verantwortlichkeit, Rechtsschutz einbegriffen, abdeckt.

Die Regierung legt die Modalitäten für die Ausführung der vorliegenden Bestimmung fest.

Art. 196 - Gerichtsverfahren

Das Kollegium vertritt die Gemeinde vor Gericht. Es beantragt den Erlass einstweiliger Verfügungen und macht Besitzklagen vor Gericht geltend. Es nimmt alle Handlungen zur Wahrung des Rechts oder zur Unterbrechung der Verjährung und des Verfalls vor.

Alle anderen Klagen, in denen die Gemeinde als Klägerin auftritt, dürfen nur nach Ermächtigung durch den Rat vom Kollegium angestrengt werden.

Art. 197 - Gerichtliche Schritte im Namen der Gemeinde

Wenn das Kollegium es unterlässt, gerichtlich vorzugehen, können ein oder mehrere Einwohner im Namen der Gemeinde handeln unter der Bedingung, dass sie garantieren, persönlich die Verfahrenskosten zu tragen und für eventuell ausgesprochene Verurteilungen einzustehen.

Dieses Recht steht ebenfalls juristischen Personen, deren Gesellschaftssitz sich in der Gemeinde befindet, zu.

Die Gemeinde kann bezüglich des Prozesses keinen Vergleich schließen, ohne den- oder diejenigen, der/die den Rechtsstreit im Namen der Gemeinde geführt hat/haben, einzubeziehen.

Unter Strafe der Unzulässigkeit der Klage dürfen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Personen nur im Namen der Gemeinde vorgehen, wenn sie das Kollegium wegen seiner Unterlassung in Verzug gesetzt haben und die Gemeinde binnen zehn Tagen nach Erhalt dieser Inverzugsetzung keine rechtlichen Schritte unternommen hat. Außerdem ist dem Kollegium eine Kopie des verfahrenseinleitenden Aktes zuzustellen. Bei Dringlichkeit ist keine Inverzugsetzung erforderlich.

TITEL 7 - Schlussbestimmungen**Art. 198 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *a*) des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten wird wie folgt ersetzt:

„a) auf die Verwaltungsbehörden:

- die der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen,
- die einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets unterstehen;“

Art. 199 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen „von der Regierung“ und „festzulegender Betrag“ die Wortfolge „bzw. dem Gemeinde- oder Stadtrat“ eingefügt.

Art. 200 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 4 § 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Die Regierung bzw. der Gemeinde- oder Stadtrat“ ersetzt.

Art. 201 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 5 § 3 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen „Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und „kann einen Antrag“ die Wortfolge „bzw. einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets“ eingefügt.

Art. 202 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge „Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und das Wort „betrifft“ die Wortfolge „bzw. einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets“ eingefügt.

Art. 203 - Abänderungsbestimmung

Artikel 8 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 204 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 Nummer 1 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Buchstabe b.1) wird eingefügt:

„b.1) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets,“

2. In Buchstabe *c*) Spiegelstrich 3 wird die Angabe „a) und b)“ durch die Angabe „a), b) oder b.1)“ ersetzt.

3. In Buchstabe *d*) wird die Angabe „a), b) oder c)“ durch die Angabe „a), b), b.1) oder c)“ ersetzt.

Art. 205 - Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. im ersten Teil des Kodex: die Bücher I, II und III mit Ausnahme der Artikel L1234-1 bis 1234-6;
2. im dritten Teil des Kodex: die Bücher II und III, insofern sie die Gemeinden betreffen.

Art. 206 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt anlässlich der erstfolgenden vollständigen Erneuerung der Gemeinde- oder Stadträte der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 23. April 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Fußnote

Sitzungsperiode 2017-2018

Nummerierte Dokumente: 223 (2017-2018) Nr. 1 Dekretentwurf

223 (2017-2018) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

223 (2017-2018) Nr. 5 Bericht + Erratum

223 (2017-2018) Nr. 6 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: 23. April 2018 - Nr. 50 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/202508]

23 AVRIL 2018. — Décret communal

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE 1^{er} - Dispositions générales**Article 1^{er}.** Champ d'application

Le présent décret règle l'organisation des communes de la région de langue allemande.

Art. 2. Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° Code : le Code de la démocratie locale et de la décentralisation dans sa version applicable à la région de langue allemande;

2° conseil : le conseil communal;

3° collège : le collège communal;

4° directeurs : le directeur général et le directeur financier;

5° groupe politique : les conseillers mentionnés à l'article 40, élus sur la même liste lors des élections et qui forment un groupe politique dont la dénomination est celle de la liste en question;

6° groupe politique qui ne respecterait pas les principes démocratiques : le groupe politique mentionné notamment dans la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, dans les protocoles additionnels à cette convention applicables en Belgique, dans la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme ou la xénophobie, ainsi que dans la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, ou le(s) groupe(s) politique(s) dont un membre ne respecterait pas les principes et législations susvisés, et le(s) groupe(s) politique(s) dont un membre était gestionnaire d'une association au moment des faits pour lesquels elle a été condamnée en raison d'une des infractions prévues dans la loi du 30 juillet 1981 ou dans celle du 23 mars 1995;

7° personnel de l'enseignement : le personnel mentionné à l'article 24 de la Constitution;

8° CPAS : centre public d'action sociale.

Art. 3. Délais

Sauf disposition contraire, tous les délais mentionnés dans ce décret sont exprimés en jours calendrier.

Le jour où expire un délai est compris dans ce délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent décret : le jour du Nouvel An, le « Rosenmontag » (lundi des roses), le lundi de Pâques, le 1^{er} mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1^{er}, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre, ainsi que les jours fixés par décret ou arrêté du Gouvernement.

Art. 4. Égalité des sexes

Les qualifications employées dans le présent décret valent pour tous les sexes.

Art. 5. Noms des communes

Le Gouvernement détermine l'orthographe des noms des communes et hameaux.

Art. 6. Compétences

Sans préjudice des missions confiées par loi ou décret aux communes, celles-ci sont notamment compétentes pour :

1° régir les biens et revenus de la commune;

2° régler et acquitter les dépenses locales qui doivent être payées avec les deniers communs;

3° diriger et faire exécuter les travaux publics qui sont à la charge de la commune;

4° administrer les établissements qui appartiennent à la commune, qui sont entretenus de ses deniers ou qui sont particulièrement destinés à l'usage de ses habitants.

Art. 7. Classification

La classification des communes prévue aux articles 10, 43, 52 et 91 est mise en rapport avec le chiffre de la population par le Gouvernement lors de chaque renouvellement intégral des conseils. Le nombre d'habitants à prendre en compte est le nombre de personnes inscrites au registre national des personnes physiques qui avaient leur résidence principale dans la commune concernée au 1^{er} janvier de l'année du renouvellement intégral des conseils.

Le Gouvernement publie le nombre d'habitants des communes au *Moniteur belge*, et ce, au plus tard pour le 1^{er} mai de l'année durant laquelle le renouvellement intégral des conseils communaux a lieu.

Art. 8. Corps communal

Il y a dans chaque commune un corps communal composé de conseillers communaux, du bourgmestre et des échevins.

Les membres sortants du conseil ou du collège lors d'un renouvellement intégral ou démissionnaires restent en fonction jusqu'à l'installation de leurs successeurs.

Sans préjudice de l'article 41, § 4, le conseil et le collège sortants expédient les affaires courantes jusqu'à l'installation de leurs successeurs.

TITRE 2 - Organisation de la commune**CHAPITRE 1^{er} - Le conseil communal****Section 1^{re} - Procédure de désignation et statut des conseillers****Art. 9. Élection**

Les conseils sont renouvelés intégralement tous les six ans.

Les conseillers sont élus directement par l'assemblée des électeurs de la commune.

Le conseil communal est installé le premier lundi du mois de décembre qui suit les élections. S'il s'agit d'un jour férié légal, le conseil est installé le premier jour ouvrable suivant.

Art. 10. Nombre de membres

Le conseil communal, y compris le bourgmestre et les échevins, est composé de :

- 11 membres dans les communes de 0 à 2 999 habitants;
- 13 membres dans les communes de 3 000 à 3 999 habitants;
- 15 membres dans les communes de 4 000 à 4 999 habitants;
- 17 membres dans les communes de 5 000 à 6 999 habitants;
- 19 membres dans les communes de 7 000 à 8 999 habitants;
- 21 membres dans les communes de 9 000 à 11 999 habitants;
- 23 membres dans les communes de 12 000 à 14 999 habitants;
- 25 membres dans les communes de 15 000 à 19 999 habitants;
- 27 membres dans les communes de 20 000 à 24 999 habitants;
- 29 membres dans les communes de 25 000 à 29 999 habitants;
- 31 membres dans les communes de 30 000 à 34 999 habitants;
- 33 membres dans les communes de 35 000 à 39 999 habitants;
- 35 membres dans les communes de plus de 40 000 habitants.

Lorsqu'un membre du collège communal n'est pas élu en son sein, le conseil n'en reste pas moins composé du nombre de membres déterminé ci-dessus.

Art. 11. Désistement

Tout candidat élu peut, après validation de son élection, renoncer, avant son installation, au mandat qui lui a été conféré. Ce désistement a force exécutoire dès que le conseil en a pris acte.

Art. 12. Incompatibilités

Ne peut être admis à prêter serment, aussi longtemps que subsiste la cause d'incompatibilité, le candidat membre du personnel de la commune élu conseiller communal qui exerce des fonctions incompatibles avec le mandat de conseiller, qui participe à une entreprise ou exerce une profession ou un métier à raison desquels il reçoit un traitement ou un subside de la commune.

Le candidat élu qui, dans le mois de l'invitation que lui adresse le collège, n'a pas résigné les fonctions incompatibles ou renoncé au traitement ou au subside alloué par la commune, est considéré comme n'acceptant pas le mandat qui lui a été conféré.

Art. 13. Perte du mandat

Le conseiller qui perd l'une ou l'autre des conditions d'éligibilité ne peut plus continuer l'exercice de ses fonctions.

Le collège en informe le conseil et l'intéressé. Celui-ci peut, dans un délai de quatorze jours, communiquer par écrit au collège ses moyens de défense. Si le collège maintient sa décision, le conseil prend acte de la perte de l'une ou l'autre des conditions d'éligibilité et constate la déchéance de plein droit. Il procède au remplacement du membre concerné.

Le directeur général notifie cette décision à l'intéressé. Un recours fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État peut être ouvert contre cette décision dans les huit jours de sa notification.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue l'exercice de ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal.

Art. 14. Démission

Le conseiller notifie par écrit au conseil la démission de ses fonctions. Ce dernier en prend connaissance lors de la première séance suivant cette notification.

La démission prend effet à la date où le conseil en prend connaissance. Le directeur général notifie la décision du conseil y relative à l'intéressé. Un recours, fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État, est ouvert contre cette décision. Il doit être introduit dans les huit jours de sa notification.

Art. 15. Congés

§ 1^{er} - À l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant, le conseiller peut prendre congé. Ce congé dure au plus vingt semaines et prend fin au plus tard vingt semaines après la naissance ou l'adoption de l'enfant.

Dans le cadre d'une absence pour cause de maladie de six mois minimum, le conseiller peut prendre congé pendant toute la durée couverte par un certificat médical.

Ces congés sont communiqués par écrit au collège avec mention des dates de début et de fin et, le cas échéant, avec le certificat médical.

§ 2 - À l'occasion des congés visés au paragraphe 1^{er}, le conseil procède au remplacement du conseiller communal pour la durée du congé si la majorité des membres du groupe auquel il appartient le demande.

Il est remplacé par le suppléant appartenant à sa liste et arrivant le premier dans l'ordre indiqué à l'article L4145-14 du Code, après vérification de ses pouvoirs par le conseil.

Art. 16. Indemnités

§ 1^{er} - Les conseillers ne reçoivent aucun traitement.

Dans les conditions et aux modalités arrêtées dans le règlement d'ordre intérieur, ils perçoivent un jeton de présence lorsqu'ils assistent aux séances du conseil communal et des commissions.

Lorsque le président d'assemblée n'est pas membre du collège, il perçoit un double jeton de présence par séance du conseil qu'il préside. Il ne reçoit aucun autre avantage ou rétribution.

Le montant des jetons de présence est fixé par le conseil.

Ces jetons de présence sont compris entre 37,18 et 125,00 euros. Ces montants sont liés à l'indice-pivot 138.01.

§ 2 - La somme du jeton de présence du conseiller et des rétributions et avantages en nature dont il bénéficie en raison de son mandat originaire, de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique tels que définis à l'article L5111-1 du Code, est égale ou inférieure à 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de cette limite, le montant du jeton et/ou des rétributions et avantages en nature perçus par le conseiller en raison de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique est réduit à due concurrence.

§ 3 - Le conseil peut, selon les modalités que le Gouvernement détermine, majorer les jetons de présence du conseiller qui bénéficie d'autres traitements, pensions, indemnités ou subsides légaux ou réglementaires, d'un montant compensant la perte de revenus subie par l'intéressé, pourvu que le mandataire en fasse lui-même la demande.

Le montant des jetons de présence, majoré du montant compensant la perte de revenus, ne peut jamais excéder le traitement d'un échevin d'une commune de 50 000 habitants.

Art. 17. Conseiller handicapé

Le conseiller qui, en raison d'un handicap, ne peut exercer seul son mandat peut se faire assister par une personne de confiance. Celle-ci est électeur de la commune, satisfait aux conditions d'éligibilité pour le mandat de conseiller et n'est pas membre du personnel communal, ni du personnel du centre public d'action sociale de la commune concernée.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement fixe les critères déterminant la qualité de conseiller handicapé.

Lorsqu'elle fournit cette assistance, la personne de confiance dispose des mêmes moyens et est soumise aux mêmes obligations que le conseiller. Le conseil peut, dans son règlement d'ordre intérieur, fixer des jetons de présence pour cette personne de confiance, conformément à l'article 16.

Section 2 - Séances, délibérations et décisions des conseils communaux

Art. 18. Règlement d'ordre intérieur

§ 1^{er} - Le conseil se dote d'un règlement d'ordre intérieur.

Celui-ci règle au moins :

- l'établissement du tableau de préséance des conseillers;
- l'organisation des séances communes avec le conseil de l'aide sociale;
- les indemnités prévues à l'article 16 pour les conseillers;
- l'application des droits prévus à l'article 19 pour les conseillers;
- la convocation du conseil, telle que prévue à l'article 21, ainsi que les modalités de consultation des documents relatifs aux séances du conseil;
- les interpellations prévues à l'article 33;
- la composition et le fonctionnement des commissions prévues à l'article 37;
- la composition et les missions des conseils consultatifs mentionnés à l'article 38;
- les conditions pour demander une dérogation à la prescription mentionnée à l'article 38, § 2, alinéa 1^{er};
- le jour ou les dates où le collège se réunit conformément à l'article 57.

Le règlement d'ordre intérieur peut contenir des mesures complémentaires, notamment :

- l'indemnisation prévue à l'article 17, alinéa 3, pour la personne de confiance du conseiller handicapé;
- des possibilités supplémentaires pour la publicité des séances du conseil conformément à l'article 22;
- des procédures supplémentaires quant au vote en conseil conformément à l'article 31;
- l'accès, tel que prévu à l'article 77, au bulletin d'information communal.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur contient des règles déontologiques et éthiques. Celles-ci garantissent notamment :

- le refus d'un mandat qui ne peut être exercé complètement;
- la participation régulière aux séances du conseil, du collège et des commissions;
- les relations entre les élus et l'administration;
- l'écoute des citoyens;
- l'information des citoyens.

Art. 19. Droits des conseillers

Aucun acte, aucune pièce concernant l'administration communale ne peut être soustrait à l'examen des conseillers.

Les conseillers peuvent obtenir une copie de ces actes et pièces. Ils ont accès aux établissements et services communaux.

La redevance éventuellement réclamée pour la copie ne peut en aucun cas excéder le prix de revient.

Les conseillers ont accès aux procès-verbaux des séances du collège via une plateforme en ligne sécurisée.

Les conseillers ont le droit de poser des questions orales d'actualité au collège et des questions écrites sur les décisions prises par le collège ou le conseil ou sur des avis émis par ces instances lorsque ceux-ci se rapportent à un objet qui concerne le territoire communal.

Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application du présent article.

Art. 20. Fréquence des séances

Le conseil s'assemble toutes les fois que l'exigent les affaires comprises dans ses attributions, et au moins dix fois par an.

Le conseil peut tenir des séances conjointes avec le conseil de l'aide sociale.

Art. 21. Convocation

§ 1^{er} - Le collège convoque le conseil de sa propre initiative ou à la demande d'un tiers des conseillers en fonction.

Lorsque le conseil s'est réuni moins de dix fois au cours d'une année calendrier, le collège doit, par dérogation au premier alinéa, convoquer le conseil l'année suivante à la demande d'un quart des conseillers en fonction.

§ 2 - Sauf en cas d'urgence, la convocation, qui se fait par écrit et contient l'ordre du jour, est adressée aux membres, à leur domicile, au moins sept jours avant la séance. Ce délai est toutefois ramené à deux jours pour l'application de l'article 25, alinéa 3.

Les points à l'ordre du jour sont indiqués clairement et sont accompagnés d'une note de synthèse explicative et d'un projet de décision.

À la demande écrite d'un conseiller, la convocation peut lui être adressée par voie électronique, accompagnée des documents correspondants.

Le collège met une adresse de courrier électronique personnelle à la disposition de chaque conseiller qui en fait la demande.

§ 3 - Pour chaque point de l'ordre du jour, toutes les pièces s'y rapportant sont mises à la disposition, sans déplacement, des conseillers.

Les directeurs ou les membres du personnel désignés par eux se tiennent à la disposition des conseillers afin de leur donner des explications techniques, et ce, pendant au moins deux périodes précédant la séance du conseil, dont l'une durant les heures normales d'ouverture des bureaux et l'autre en dehors.

§ 4 - Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application des § 2 et 3.

Art. 22. Publicité des séances

§ 1^{er} - Les lieu, jour, heure et l'ordre du jour de la séance publique sont portés à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale et sur le site internet de la commune, dans les mêmes délais que ceux prévus pour la convocation du conseil.

Le règlement d'ordre intérieur peut prévoir d'autres formes de publication.

La presse est invitée aux séances; l'ordre du jour est joint à l'invitation.

Art. 23. Présidence

Le bourgmestre ou son représentant préside le conseil.

Avant l'adoption du pacte de majorité mentionné à l'article 41, le conseil est présidé par le conseiller qui, à la fin de la législature précédente, exerçait la fonction de bourgmestre ou, à défaut, une fonction d'échevin, et dont le rang était le plus élevé ou, à défaut, une fonction de conseiller dans l'ordre d'ancienneté au conseil communal.

À défaut, le conseil est présidé par le candidat qui, aux dernières élections, a obtenu le plus de voix de préférence sur la liste ayant obtenu le plus grand chiffre électoral.

Art. 24. Déroulement des séances

§ 1^{er} - Le président ouvre et clôt la séance. Il est chargé de la police de la séance. Il peut, après en avoir donné l'avertissement, faire expulser à l'instant de la salle tout individu qui exprimera publiquement son opinion ou excitera au tumulte de quelque manière que ce soit.

Il peut, en outre, dresser procès-verbal à charge du contrevenant et le renvoyer devant le tribunal de police, qui pourra le condamner à une amende de 1 à 25 euros ou à un emprisonnement d'un à trois jours.

§ 2 - Le procès-verbal de la dernière séance du conseil est mis à la disposition des conseillers sept jours au moins avant la séance. Dans les cas d'urgence mentionnés à l'article 21, § 2, il est mis à la disposition en même temps que l'ordre du jour.

Tout conseiller a le droit, pendant la séance, de faire des observations sur la rédaction du procès-verbal. Si ces observations sont adoptées, le directeur général est chargé de présenter, séance tenante ou au plus tard à la séance suivante, un nouveau texte conforme à la décision du conseil.

Si la séance s'écoule sans observations, le procès-verbal est considéré comme adopté et signé par le bourgmestre et le directeur général.

Le conseil peut décider que le procès-verbal est rédigé séance tenante, en tout ou en partie, et signé par les membres présents.

Art. 25. Quorum de présence

Le conseil ne peut prendre de décision que si la majorité de ses membres en fonction est présente.

Cependant, si l'assemblée a été convoquée deux fois sans s'être trouvée en nombre compétent, elle pourra, après une nouvelle et dernière convocation, délibérer, quel que soit le nombre de conseillers présents, sur les objets mis pour la troisième fois à l'ordre du jour.

Les deuxième et troisième convocations se feront conformément aux règles prescrites par l'article 21 et mentionneront s'il s'agit de la deuxième ou de la troisième convocation. En outre, la troisième convocation rappellera textuellement les alinéas 1^{er} et 2 du présent article.

Art. 26. Conflits d'intérêts

§ 1^{er} - Il est interdit à tout membre du conseil et du collègue :

1° d'être présent à la délibération sur des objets auxquels il a un intérêt direct, soit personnellement, soit comme chargé d'affaires ou auxquels ses parents ou alliés jusqu'au quatrième degré inclusivement ont un intérêt personnel ou direct;

2° d'assister à l'examen des comptes des administrations publiques subordonnées à la commune et dont il serait membre.

La prohibition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, ne s'étend pas au-delà des parents ou alliés jusqu'au deuxième degré lorsqu'il s'agit de la présentation de candidats, de nomination aux emplois et de poursuites disciplinaires.

Tout membre du conseil ou du collègue concerné par l'une de ces interdictions se retire spontanément de la délibération.

§ 2 - Il est interdit à tout membre du conseil et du collègue ainsi qu'aux directeurs :

1° de participer directement ou indirectement à toute prestation, fourniture ou passation de marché pour la commune;

2° d'intervenir comme avocat, notaire ou homme d'affaires dans les procès dirigés contre la commune;

3° d'intervenir en qualité de conseil pour un membre du personnel dans des affaires disciplinaires;

4° d'intervenir comme délégué d'une organisation syndicale dans un comité de négociation ou de concertation de la commune.

Les membres du conseil et du collègue ne pourront plaider, aviser ou suivre aucune affaire litigieuse quelconque dans l'intérêt de la commune, si ce n'est gratuitement.

Art. 27. Publicité des séances

Les séances du conseil sont publiques, sauf lorsqu'il s'agit de questions de personnes. Dès qu'une question de ce genre est soulevée, le président prononce immédiatement le huis clos.

Ne sont en tout cas pas des questions de personnes pour l'application du présent article :

1° la désignation des représentants communaux dans des fonctions ou mandats publics;

2° les affaires immobilières;

3° les demandes relatives à l'aménagement du territoire, à l'urbanisme et à l'environnement.

Sous réserve de l'article 28, le conseil peut, dans l'intérêt de l'ordre public et sur la base de doutes sérieux, décider à la majorité des deux tiers des membres présents que la séance se déroulera à huis clos.

Sauf en matière disciplinaire, la séance à huis clos ne peut avoir lieu qu'après la séance publique.

S'il paraît nécessaire, pendant la séance publique, de continuer l'examen d'un point en séance à huis clos, la séance publique peut être interrompue à cette seule fin.

Art. 28. Délibération sur le budget et les comptes

§ 1^{er} - Au plus tard sept jours avant la séance au cours de laquelle le conseil est appelé à délibérer du budget, d'une modification budgétaire ou des comptes, le collègue remet à chaque conseiller communal un exemplaire du projet en question.

Le projet est communiqué tel qu'il sera soumis au conseil, accompagné des annexes requises pour son arrêt définitif, à l'exception, pour ce qui concerne les comptes, des pièces justificatives.

Le projet est accompagné d'un aperçu général.

Le rapport qui a trait au budget contient notamment une synthèse de la politique générale et financière ainsi que de la situation de l'administration et des affaires de la commune.

Le rapport qui a trait aux comptes synthétise la gestion des finances communales durant l'exercice auquel ces comptes se rapportent.

La séance du conseil communal est publique.

Avant que le conseil délibère, le collègue commente le contenu du rapport.

§ 2 - Dans les cinq jours de leur adoption, le collège communique aux organisations syndicales représentatives les documents suivants :

- 1° le budget et les modifications budgétaires;
- 2° les comptes.

Accompagnent le budget et le compte les informations sur la structure de l'emploi, son évolution et les prévisions d'emploi et le personnel occupé pendant tout ou partie de l'année de référence. Ces informations peuvent être communiquées par voie électronique.

À la demande des organisations syndicales représentatives, introduite dans les cinq jours de la communication des documents mentionnés au premier alinéa, le collège invite sans délai ces dernières à une séance d'information spécifique au cours de laquelle lesdits documents sont présentés et expliqués.

Art. 29. Points ajoutés à l'ordre du jour

Aucun point étranger à l'ordre du jour ne peut être mis en discussion, sauf si l'urgence est déclarée par les deux tiers au moins des membres présents.

Toute proposition étrangère à l'ordre du jour doit être adressée au collège au moins cinq jours avant l'assemblée. Elle doit être accompagnée d'une note de synthèse explicative et d'un projet de délibération. Il est interdit à un membre du collège de faire usage de cette faculté.

Le collège transmet sans délai les points complémentaires de l'ordre du jour aux conseillers.

Art. 30. Quorum de vote

§ 1^{er} - Les décisions sont prises à l'absolue majorité des voix. En cas de partage, la proposition est rejetée.

§ 2 - Le conseil vote l'ensemble du budget et des comptes annuels.

Chacun de ses membres peut toutefois exiger le vote séparé d'un ou de plusieurs articles ou postes ou d'un ou de plusieurs groupes d'articles qu'il désigne.

Dans ce cas, le vote d'ensemble ne peut intervenir qu'après le vote sur le ou les articles, groupes d'articles ou postes, et il porte sur les articles ou postes dont aucun des membres n'a demandé le vote séparé et sur les articles qui ont déjà été adoptés par vote séparé.

Art. 31. Modalités de vote

Les conseillers votent à haute voix.

Le règlement d'ordre intérieur peut prévoir un mode de scrutin équivalent au vote à haute voix, comme le vote nominatif exprimé mécaniquement et le vote à main levée. Le vote se fait toutefois à haute voix chaque fois qu'un tiers des membres présents le demande.

Par dérogation au premier alinéa, les présentations de candidats, les nominations aux emplois, les mises en disponibilité, les suspensions préventives dans l'intérêt du service et les sanctions disciplinaires font l'objet d'un scrutin secret.

Art. 32. Vote relatif à des personnes

En cas de nominations ou de propositions de candidats, si la majorité requise n'est pas atteinte au premier tour de scrutin, un scrutin de ballottage est effectué entre les candidats ayant obtenu le plus de voix.

À cet effet, le président dresse une liste contenant deux fois autant de noms qu'il y a de nominations ou de présentations à faire.

Les suffrages ne peuvent être donnés qu'aux candidats portés sur cette liste.

La nomination ou la présentation a lieu à la pluralité des voix. En cas de parité des voix, le plus âgé des candidats est préféré.

Art. 33. Interpellations

§ 1^{er} - Les habitants de la commune peuvent interpellier directement le collège en séance publique du conseil.

Sont des habitants au sens du présent article toute personne physique de dix-huit ans accomplis inscrite au registre de la population de la commune depuis six mois au moins, ainsi que toute personne morale dont le siège social ou d'exploitation est localisé sur le territoire de la commune et qui est représentée par une personne physique de dix-huit ans accomplis.

§ 2 - Le texte intégral de l'interpellation proposée est adressé par écrit au collège.

Pour être recevable, l'interpellation remplit les conditions suivantes :

- 1° être introduite par une seule personne;
- 2° être formulée sous forme de question et ne pas conduire à une intervention orale de plus de dix minutes;
- 3° porter sur un objet relevant de la compétence de décision des autorités communales ou relevant de leur compétence d'avis dans la mesure où le territoire communal est concerné;
- 4° être de portée générale.

Une interpellation ne peut pas :

- 1° être contraire aux libertés et aux droits fondamentaux;
- 2° porter sur une question de personne;
- 3° constituer des demandes d'ordre statistique ou de documentation;
- 4° avoir pour unique objet de recueillir des consultations d'ordre juridique.

Le collège décide de la recevabilité de l'interpellation. La décision d'irrecevabilité est spécialement motivée à l'occasion de la prochaine séance du conseil.

§ 3 - L'interpellant expose sa question en séance publique à l'invitation du président du conseil, dans le respect des règles organisant la prise de parole au sein de l'assemblée et en respectant un temps de parole de dix minutes maximum.

Le collège répond aux interpellations.

L'interpellant dispose de deux minutes pour répliquer à la réponse, avant la clôture définitive de ce point de l'ordre du jour.

Les interpellations sont transcrites dans le procès-verbal de la séance du conseil et publiées sur le site internet de la commune.

§ 4 - Le conseil peut mettre en place une commission communale des interpellations conformément à l'article 37.

§ 5 - Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application du présent article.

Art. 34. Droit de consultation

Aucun des habitants de la commune, ni aucune personne déléguée à cet effet par le Gouvernement ne peut se voir refuser la consultation, sans déplacement, des délibérations du conseil.

Le conseil pourra néanmoins décider que les décisions prises à huis clos seront tenues secrètes pendant un temps déterminé.

Section 3 - Compétences du conseil communal

Art. 35. Compétence générale

Le conseil règle tout ce qui est d'intérêt communal. Il délibère sur tout autre objet qui lui est soumis par les autorités supérieures.

Le conseil désigne les membres de toutes les commissions ainsi que les représentants du conseil auprès des personnes morales dont la commune est membre. Il peut à tout moment retirer ces mandats.

Art. 36. Administration intérieure

Le conseil fait les règlements communaux d'administration intérieure.

Des expéditions de ces règlements seront immédiatement transmises au greffe du tribunal de première instance et à celui du tribunal de police où elles seront inscrites sur un registre à ce destiné.

Art. 37. Commissions

Le conseil peut créer, en son sein, des commissions qui ont pour mission de préparer ses séances.

Les mandats de membre de chaque commission sont répartis proportionnellement entre les groupes qui composent le conseil. Le règlement d'ordre intérieur détermine les modalités de composition et de fonctionnement des commissions.

Les commissions peuvent entendre à tout moment des experts et des personnes intéressées.

Art. 38. Conseils consultatifs

§ 1^{er} - Le conseil peut instituer des conseils consultatifs chargés de rendre un avis sur des questions d'intérêt communal.

Il en fixe la composition et détermine les cas dans lesquels la consultation de ces conseils consultatifs est obligatoire.

§ 2 - Les deux tiers au maximum des membres d'un conseil consultatif sont du même sexe. Sinon, le conseil consultatif concerné ne peut émettre d'avis valable.

Le conseil communal peut, sur requête motivée du conseil consultatif, accorder des dérogations à la condition prévue au premier alinéa.

En cas de rejet, le conseil consultatif dispose, à partir de la décision y relative, d'un délai de trois mois pour satisfaire à la condition fixée au premier alinéa. Sinon, il ne peut plus émettre d'avis valable à partir de cette date.

§ 3 - Le conseil met à la disposition des conseils consultatifs les moyens nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

La dernière année de son mandat, le collègue soumet au conseil un rapport relatif à l'application du présent article.

Art. 39. Délégation pour les subsides

§ 1^{er} - Le conseil peut déléguer au collègue la compétence d'octroyer les subventions :

1° qui figurent nominativement au budget;

2° en nature;

3° motivées par l'urgence ou en raison de circonstances impérieuses et imprévues.

La décision du collègue adoptée sur la base de l'alinéa 1^{er}, 3°, est portée à la connaissance du conseil, lors de sa prochaine séance, pour prise d'acte.

§ 2 - Chaque année, le collègue fait rapport au conseil sur :

1° les subventions qu'il a octroyées au cours de l'exercice en vertu du présent article;

2° les subventions dont il a contrôlé l'utilisation au cours de l'exercice, en vertu de l'article 183.

§ 3 - Le conseil peut octroyer la délégation prévue dans le présent article au plus pour la durée de son mandat.

CHAPITRE 2 - Le bourgmestre et le collègue

Section 1^{re} - Groupes politiques et pacte de majorité

Art. 40. Groupes politiques

Le ou les conseillers élus sur une même liste lors des élections constituent un groupe politique dont la dénomination est celle de ladite liste.

Le conseiller qui, en cours de législature, démissionne de son groupe ou en est exclu est démissionnaire de plein droit de tous les mandats qu'il exerçait à titre dérivé tel que défini à l'article L5111-1 du Code.

L'acte de démission, signé par le conseiller concerné, ou l'acte d'exclusion, signé par la majorité des membres du groupe politique, est communiqué au collègue et porté à la connaissance du conseil lors de sa prochaine séance. La démission ou l'exclusion, selon le cas, produit ses effets à cette date. Un extrait du procès-verbal est signifié aux organismes dans lesquels le membre siégeait jusqu'alors en raison de sa qualité de conseiller.

Pour l'application du présent article et de l'article 51, ce conseiller est considéré comme appartenant toujours au groupe politique quitté.

Art. 41. Pacte de majorité

§ 1^{er} - Au plus tard le deuxième lundi du mois qui suit les élections, tout projet de pacte est notifié au directeur général.

Ces projets sont, sans délai, portés à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale.

Le projet de pacte comprend :

1° l'indication des groupes politiques qui y sont parties;

2° l'identité du bourgmestre proposé;

3° l'identité des échevins proposés.

Il présente des personnes de sexe différent.

Le projet de pacte est signé par l'ensemble des personnes y désignées et par la majorité des membres de chaque groupe politique dont au moins un membre est proposé pour participer au collège.

Lorsqu'un groupe n'est composé que de deux membres, le projet de pacte est signé par l'un d'eux au moins.

Est nulle la signature apposée par un conseiller sur un projet de pacte non signé par la majorité de son groupe politique.

§ 2 - Le pacte de majorité est adopté par le conseil dans les trois mois suivant la date de validation des élections.

Le pacte de majorité est voté en séance publique.

§ 3 - Le bourgmestre est le conseiller de nationalité belge issu d'un des groupes politiques qui sont parties au pacte de majorité et dont l'identité est reprise dans le pacte de majorité.

§ 4 - Si aucun pacte de majorité n'a été voté dans le délai fixé au § 2, un commissaire du Gouvernement peut être désigné. Il expédie les affaires courantes en lieu et place du collègue qui assumait cette mission en vertu de l'article 8.

Le point relatif à l'adoption du pacte de majorité est, jusqu'à son vote, porté à l'ordre du jour de chaque conseil.

§ 5 - Si, en cours de législature, tous les membres du collège démissionnent, le pacte de majorité est considéré comme rompu.

Un nouveau pacte de majorité doit être notifié au directeur général dans les trente jours de l'acceptation de la démission du dernier des membres du collège.

À défaut de pacte à l'issue de la période de trente jours, le Gouvernement désigne un conciliateur dont il fixe la mission. Si aucun pacte de majorité n'est voté au terme de cette mission, le Gouvernement fait procéder à de nouvelles élections. Dans ce cas, il charge le directeur général de dresser le registre des électeurs de la commune à la date de la notification au conseil de la décision du Gouvernement et de convoquer les électeurs pour procéder à de nouvelles élections dans les cinquante jours de cette notification. Le calendrier précis des opérations électorales est fixé par le Gouvernement. Les nouveaux conseillers achèvent le mandat de ceux qu'ils remplacent.

Art. 42. Avenant au pacte de majorité

Au cours de la législature, un avenant au pacte de majorité peut être adopté afin de pourvoir au remplacement définitif d'un membre du collège.

L'avenant est adopté à la majorité des conseillers présents.

Le nouveau membre du collège achève le mandat de celui qu'il remplace.

Section 2 - Le collège

Art. 43. Nombre d'échevins

Le collège compte :

- deux échevins dans les communes de moins de 1 000 habitants;

- trois échevins dans celles de 1 000 à 4 999 habitants;

- quatre échevins dans celles de 5 000 à 9 999 habitants;

- cinq échevins dans celles de 10 000 à 19 999 habitants;

- six échevins dans celles de 20 000 à 29 999 habitants;

- sept échevins dans celles de plus de 30 000 habitants.

Le conseil peut décider de réduire d'une unité le nombre d'échevins.

Art. 44. Composition

Le collège comprend le bourgmestre et les échevins.

Il comprend des membres de sexe différent.

Art. 45. Élection d'échevins

§ 1^{er} - Les échevins sont élus parmi les conseillers.

Si tous les conseillers des groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe, un échevin est désigné hors conseil. L'échevin ainsi désigné a, dans tous les cas, voix délibérative dans le collège. Il siège avec voix consultative au sein du conseil.

Lorsqu'un échevin n'est pas membre du conseil, il doit remplir et conserver les conditions d'éligibilité fixées à l'article L4125-1 du Code.

Le pacte de majorité indique le groupe politique auquel l'échevin élu hors conseil est rattaché.

§ 2 - Sont élus de plein droit échevins les conseillers dont l'identité figure sur la liste comprise dans le pacte de majorité.

Le rang des échevins est déterminé par leur place sur la liste figurant dans le pacte de majorité.

Art. 46. Empêchement

§ 1^{er} - Sont considérés comme empêchés, le bourgmestre ainsi que l'échevin qui exerce la fonction de Ministre, de Secrétaire d'État, de membre d'un Gouvernement, et ce, pendant la période d'exercice de cette fonction, ou qui prend un congé en application de l'article 47.

Lorsque le bourgmestre est absent ou empêché, ses fonctions sont exercées par l'échevin de nationalité belge qu'il a délégué. À défaut, il est remplacé par l'échevin de nationalité belge qui occupe le premier rang.

§ 2 - L'échevin qui remplace un bourgmestre considéré comme empêché est remplacé, conformément au § 3, à la demande du collègue pour la période pendant laquelle il remplace le bourgmestre.

§ 3 - L'échevin absent ou empêché peut être remplacé, pour la période correspondant à l'absence ou à l'empêchement, sur proposition du collègue, par un conseiller désigné par le conseil parmi les conseillers du groupe politique auquel il appartient. À défaut, il peut être remplacé par un conseiller issu d'un autre groupe politique lié par le pacte de majorité.

L'échevin absent ou empêché peut être remplacé, dans les conditions fixées par l'article 45, § 1^{er}, alinéa 2, par un échevin hors conseil et rattaché au même groupe politique si tous les membres du collègue et tous les conseillers appartenant aux groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe.

Art. 47. Congés

À l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant, le bourgmestre ou l'échevin peut prendre congé. Il notifie son congé au collègue par écrit en indiquant la date de début et de fin. La durée du congé est de vingt semaines au plus. Il prend fin au plus tard vingt semaines après la naissance ou l'adoption de l'enfant.

La demande de congé en qualité d'échevin ou de bourgmestre est introduite, par écrit, en indiquant la date de début et de fin, si l'intéressé veut rester conseiller durant cette période.

Art. 48. Démission

La démission des fonctions de bourgmestre ou d'échevin est notifiée par écrit au conseil. Celui-ci en prend connaissance lors de la première séance suivant cette notification.

La démission prend effet à la date où le conseil en prend connaissance.

Le bourgmestre ainsi que l'échevin membre du conseil au moment de son élection perd cette qualité s'il cesse de faire partie du conseil.

Art. 49. Mesures disciplinaires

Le Gouvernement peut, pour inconduite notoire ou négligence grave, suspendre ou révoquer le bourgmestre ou un échevin, qui sera préalablement entendu.

La suspension ne peut excéder trois mois.

Le bourgmestre ou l'échevin révoqué ne peut être réélu au cours de la même législature.

Art. 50. Président de CPAS

Le président du conseil de l'aide sociale siège avec voix délibérative au sein du collègue lorsqu'il s'agit d'exercer la tutelle sur les décisions du conseil de l'aide sociale.

S'il n'en est pas membre, il siège avec voix consultative au conseil.

Section 3 - Responsabilité du collègue**Art. 51. Motion de méfiance**

§ 1^{er} - Le collègue, de même que chacun de ses membres, est responsable devant le conseil.

Le conseil peut adopter une motion de méfiance collective à l'égard du collègue dans son ensemble ou individuelle à l'égard de l'un ou plusieurs de ses membres.

Cette motion n'est recevable que :

1° si elle présente un successeur au collègue, à l'un ou à plusieurs de ses membres, selon le cas;

2° si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique formant une majorité alternative, s'il s'agit d'une motion de méfiance collective;

3° si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique participant au pacte de majorité, s'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle.

Les débats et le vote sur la motion de méfiance sont inscrits à l'ordre du jour du plus prochain conseil qui suit son dépôt entre les mains du directeur général, pour autant que se soit écoulé au minimum un délai de sept jours à la suite de ce dépôt. Le directeur général adresse sans délai le texte de la motion de méfiance à chacun des membres du conseil et du collègue et le porte à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale.

Lorsqu'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle, les membres du collègue concernés peuvent faire valoir, en personne, leurs observations devant le conseil, et en tout cas, immédiatement avant que n'intervienne le vote.

La motion de méfiance est votée en séance publique.

L'adoption de la motion emporte la démission du collègue ou du ou des membres contestés, ainsi que l'élection du nouveau collègue ou du ou des nouveaux membres.

§ 2 - Une motion de méfiance collective ne peut être déposée avant l'expiration d'un délai d'un an et demi suivant l'installation du collègue communal, ni après le 30 juin de l'année qui précède les élections.

Lorsque le conseil a voté une motion de méfiance collective, une nouvelle motion de méfiance collective ne peut être déposée avant l'expiration d'un délai d'un an.

Pas plus de deux motions de méfiance collective ne peuvent être votées au cours d'une même législature communale.

Section 4 - Traitement et signe distinctif des bourgmestres et échevins

Art. 52. Traitements

§ 1^{er} - Le bourgmestre bénéficie du traitement suivant :

- 1^o Communes de 300 habitants et moins : 13 785,16 euros;
- 2^o Communes de 301 à 500 habitants : 15 242,03 euros;
- 3^o Communes de 501 à 750 habitants : 16 697,77 euros;
- 4^o Communes de 751 à 1 000 habitants : 18 639,00 euros;
- 5^o Communes de 1 001 à 1 250 habitants : 20 580,68 euros;
- 6^o Communes de 1 251 à 1 500 habitants : 21 186,92 euros;
- 7^o Communes de 1 501 à 2 000 habitants : 21 793,61 euros;
- 8^o Communes de 2 001 à 2 500 habitants : 22 582,33 euros;
- 9^o Communes de 2 501 à 3 000 habitants : 23 492,59 euros;
- 10^o Communes de 3 001 à 4 000 habitants : 24 523,74 euros;
- 11^o Communes de 4 001 à 5 000 habitants : 25 433,75 euros;
- 12^o Communes de 5 001 à 6 000 habitants : 28 100,01 euros;
- 13^o Communes de 6 001 à 8 000 habitants : 29 912,10 euros;
- 14^o Communes de 8 001 à 10 000 habitants : 31 983,61 euros;
- 15^o Communes de 10 001 à 15 000 habitants : 36 663,56 euros;
- 16^o Communes de 15 001 à 20 000 habitants : 39 276,32 euros;
- 17^o Communes de 20 001 à 25 000 habitants : 46 817,39 euros;
- 18^o Communes de 25 001 à 35 000 habitants : 49 891,02 euros;
- 19^o Communes de 35 001 à 50 000 habitants : 52 810,93 euros;
- 20^o Communes de 50 001 à 80 000 habitants : 61 937,53 euros;
- 21^o Communes de 80 001 à 150 000 habitants : 74 668,50 euros;
- 22^o Communes de plus de 150 000 habitants : 80 492,09 euros.

Ces traitements sont liés à l'indice-pivot 138.01.

Les traitements des échevins sont fixés à 60 % de ceux du bourgmestre de la commune correspondante.

Le Gouvernement fixe les modalités de paiement de ces traitements.

Lorsque la fixation des traitements, opérée conformément aux alinéas précédents, entraîne la réduction ou la suppression d'autres traitements, indemnités ou subsides légaux ou réglementaires, le Gouvernement peut, selon les modalités qu'il détermine, réduire le traitement du bourgmestre ou de l'échevin, pour autant que celui-ci en fasse la demande.

Selon les modalités que le Gouvernement détermine, le conseil peut majorer le traitement du bourgmestre qui bénéficie d'autres traitements, pensions, indemnités ou subsides légaux ou réglementaires, d'un montant compensant la perte de revenus subie par l'intéressé, pourvu que le mandataire en fasse lui-même la demande.

Le traitement du bourgmestre ou de l'échevin, majoré du montant compensant la perte de revenus, ne peut jamais excéder respectivement le traitement d'un bourgmestre ou d'un échevin d'une commune de 50 000 habitants.

§ 2 - Le pécule de vacances et la prime de fin d'année des bourgmestres et échevins sont fixés par le Gouvernement.

§ 3 - En dehors de ces traitements, les bourgmestres et échevins ne pourront jouir d'aucun émolument à charge de la commune.

Art. 53. Remplacement

Si un échevin remplace le bourgmestre pendant au moins un mois, le traitement attaché à ces fonctions lui sera alloué. L'échevin remplaçant ne pourra toucher en même temps le traitement de bourgmestre et celui d'échevin.

Il en sera de même si un membre du conseil remplit pendant au moins un mois les fonctions d'échevin. Dans ce cas, le traitement attaché à la fonction lui sera alloué pour tout le temps qu'il l'aura remplie.

Le bourgmestre ou l'échevin remplacé ne touche pas de traitement pour la période d'empêchement à moins qu'il ne soit remplacé pour cause de maladie.

Art. 54. Traitement maximal

La somme du traitement du bourgmestre ou de l'échevin et des rétributions et avantages en nature dont il bénéficie en raison de son mandat originaire, de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique tels que définis à l'article L5111-1 du Code, est égale ou inférieure à 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de la limite fixée à l'alinéa 1^{er}, le montant du traitement de bourgmestre ou d'échevin et/ou des rétributions et avantages en nature perçus par le bourgmestre ou l'échevin en raison de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique est réduit à due concurrence.

Art. 55. Signe distinctif des bourgmestres et échevins

Le Gouvernement détermine le signe distinctif des bourgmestres et échevins.

Section 5 - Séances, délibérations et décisions du collège

Art. 56. Présidence

Le bourgmestre est de plein droit président du collège.

Art. 57. Séances et quorum de présence

Le collège se réunit aux jours et heures fixés par le règlement d'ordre intérieur et aussi souvent que l'exige la prompte expédition des affaires.

Il ne peut délibérer que si plus de la moitié de ses membres est présente.

Les séances du collège ne sont pas publiques. Seules les décisions sont actées au procès-verbal et au registre des délibérations.

Art. 58. Séance extraordinaire

La convocation aux séances extraordinaires se fait par écrit et est adressée au domicile ou par voie électronique au moins deux jours à l'avance.

En cas d'urgence, le bourgmestre reste juge du jour et de l'heure de la séance.

Art. 59. Quorum de vote

Les décisions sont prises à la majorité des voix. En cas de partage, le collège remet l'affaire à une autre séance, à moins qu'il ne préfère appeler un conseiller d'après l'ordre d'inscription au tableau.

Si la majorité du collège a, préalablement à la discussion, reconnu l'urgence de l'objet, la voix du président est décisive. Il en est de même si, lors de trois séances, le partage des voix s'est produit sur la même affaire sans qu'une majorité se soit constituée au sein du collège pour appeler un conseiller.

Les articles 26, 31 et 32 sont applicables aux séances du collège.

Section 6 - Compétences du collège

Art. 60. Compétences

Le collège est chargé :

1° d'exécuter les prescriptions des autorités supérieures, lorsque cette mission lui est spécialement confiée;

2° de publier et d'exécuter les décisions du conseil;

3° d'administrer des établissements communaux;

4° de gérer les revenus, d'ordonner les dépenses de la commune et de surveiller la comptabilité;

5° de diriger les travaux communaux;

6° de représenter la commune devant tout tribunal;

7° d'administrer les propriétés de la commune, ainsi que de conserver ses droits;

8° de surveiller les membres du personnel rémunérés par la commune;

9° d'entretenir les chemins vicinaux et les cours d'eau;

10° de garder les archives et les titres.

Le collège dresse des inventaires en double expédition en ce qui concerne les documents mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 10^o, ainsi que les chartes et autres documents anciens de la commune, et empêche qu'aucune pièce ne soit vendue ou distraite du dépôt.

Art. 61. Délégations

Le bourgmestre et l'officier de l'état civil peuvent, chacun en ce qui le concerne, déléguer à des membres du personnel les compétences suivantes :

1° délivrance d'extraits ou copies d'actes autres que des actes de l'état civil;

2° légalisation de signatures;

3° certification conforme de copies de documents.

Cette faculté vaut pour les documents destinés à servir en Belgique ou à l'étranger, à l'exception de ceux qui doivent être légalisés par le Ministre fédéral des Relations extérieures ou par le fonctionnaire qu'il délègue à cette fin.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et la fonction du membre du personnel auquel la signature a été déléguée.

Art. 62. Programme de politique générale

Dans les trois mois après l'adoption du pacte de majorité, le collège soumet au conseil un programme de politique générale couvrant la durée de son mandat et comportant au moins les principaux projets politiques.

Après approbation par le conseil, ce programme de politique générale est publié conformément aux dispositions de l'article 74 et de la manière prescrite par le conseil.

Section 7 - Compétences du bourgmestre

Art. 63. Compétences générales

Le bourgmestre est chargé de l'exécution des prescriptions des autorités supérieures qui ne sont pas formellement attribuées au collège ou au conseil.

Art. 64. Droit de réquisition

Sur requête motivée du président du conseil de l'aide sociale, le bourgmestre dispose, à partir de la mise en demeure du propriétaire, d'un droit de réquisition de tout immeuble abandonné depuis plus de six mois, afin de le mettre à la disposition de personnes sans abri. Le droit de réquisition ne peut s'exercer que dans un délai de six mois prenant cours à dater de l'avertissement adressé par le bourgmestre au propriétaire et moyennant un juste dédommagement.

Le Gouvernement définit les limites, les conditions et les modalités dans lesquelles le droit de réquisition peut être exercé, la procédure, la durée d'occupation, les modalités d'avertissement du propriétaire et les possibilités d'opposition de ce dernier ainsi que les modes de calcul du dédommagement.

CHAPITRE 3 - Incompatibilités

Art. 65. Incompatibilités - Conseil et collègue

Ne peuvent faire partie ni du conseil ni du collègue :

1° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone;

2° les gouverneurs de province;

3° les membres du collège provincial;

4° les directeurs généraux de la province;

5° les commissaires d'arrondissement;

6° les membres du personnel de la commune et les personnes qui reçoivent un traitement ou un subside de la commune;

7° les membres de l'administration forestière, lorsque leur compétence s'étend à des propriétés boisées soumises au régime forestier et appartenant à la commune dans laquelle ils exercent leurs fonctions;

8° les membres des cours, tribunaux, parquets et les greffiers de l'Ordre judiciaire;

9° les conseillers du Conseil d'État;

10° les secrétaires et receveurs du centre public d'action sociale du ressort de la commune;

11° les parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclusivement, y compris les directeurs et le receveur régional de la commune, ou les personnes unies à eux par les liens du mariage ou de la cohabitation légale.

Les dispositions de l'alinéa 1^{er} sont également applicables aux ressortissants non belges de l'Union européenne résidant en Belgique pour l'exercice par ceux-ci dans un autre État membre de l'Union européenne de fonctions équivalentes à celles qui sont visées dans ces dispositions.

Art. 66. Incompatibilités - Collège

Sans préjudice des incompatibilités mentionnées à l'article 65, ne peuvent être membres du collège :

1° les ministres des cultes et délégués laïques;

2° les membres du personnel des administrations fiscales, dans les communes faisant partie de leur circonscription ou de leur ressort, sauf dérogation accordée par le Gouvernement;

3° les fonctionnaires généraux soumis au régime du mandat au sein des services du Gouvernement fédéral, du Gouvernement d'une Région ou d'une Communauté, et des organismes d'intérêt public qui en dépendent;

4° les titulaires d'une fonction au sein d'un organisme d'intérêt public et qui consiste à en assumer la direction générale.

Les dispositions de l'alinéa 1^{er} sont également applicables aux ressortissants non belges de l'Union européenne résidant en Belgique pour l'exercice par ceux-ci dans un autre État membre de l'Union européenne de fonctions équivalentes à celles qui sont visées dans ces dispositions.

Art. 67. Parents au sein du conseil

§ 1^{er} - Les membres du conseil ne peuvent être parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclus, ni être unis par les liens du mariage ou de la cohabitation légale.

Ne peuvent faire partie en même temps du conseil ceux dont les conjoints ou les cohabitants légaux sont parents entre eux jusqu'au deuxième degré inclus.

§ 2 - Si des parents ou alliés à ce degré, deux conjoints ou deux cohabitants légaux sont élus à la même élection, l'ordre de préférence est réglé par l'importance des quotients qui ont déterminé l'attribution à leur liste des sièges dévolus à ces candidats.

Si deux parents ou alliés au degré prohibé, deux conjoints ou deux cohabitants légaux ont été élus, l'un conseiller effectif, l'autre conseiller suppléant, l'interdiction de siéger n'est opposée qu'à ce dernier, à moins que la vacance qui l'appelle à siéger soit antérieure à l'élection de son parent, allié ou conjoint.

Entre suppléants que des vacances appellent à siéger, la priorité se détermine en ordre principal par l'antériorité de la vacance.

L'élu qui, dans les circonstances visées aux alinéas 1^{er} à 3, n'est pas installé conserve le droit d'être admis ultérieurement à prêter serment. Il est remplacé par le conseiller suppléant classé en ordre utile de la liste sur laquelle il a été élu.

Lorsque l'incompatibilité cesse, celui-ci est classé premier suppléant.

§ 3 - L'alliance survenue ultérieurement entre des conseillers n'emporte pas révocation du mandat concerné.

L'alliance est censée dissoute par le décès ou le divorce de la personne du chef de laquelle elle provient.

Art. 68. Exercice de mandats incompatibles

§ 1^{er} - Les conseillers qui acceptent une fonction incompatible avec leur mandat ou un traitement ou un subside régulier de la commune cessent de faire partie du conseil si, dans les quinze jours à dater de l'invitation que leur adresse le collège, ils ne renoncent pas soit à la fonction incompatible avec leur mandat, soit au traitement ou au subside alloué par la commune.

§ 2 - Le conseiller qui se trouve dans l'une des situations d'incompatibilité visées aux articles 65 et 67 ne peut plus continuer l'exercice de ses fonctions.

Le collège en informe le conseil et l'intéressé. Celui-ci peut communiquer au collège, dans un délai de quinze jours, ses moyens de défense. Le conseil prend acte des faits de nature à entraîner l'incompatibilité et constate la déchéance de plein droit. Il procède au remplacement du membre concerné.

Un recours, fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État, est ouvert contre cette décision. Il est introduit dans les huit jours de sa notification.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue l'exercice de ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal.

§ 3 - Sans préjudice de l'article L1531-2, § 6, du Code, un membre du collège d'une commune associée ne peut siéger en qualité de membre permanent au sein d'un organe de direction d'une intercommunale.

§ 4 - Conformément aux prescriptions du Gouvernement, le directeur général tient un registre des fonctions et mandats, mentionnés à l'article 16, § 2, et exercés par les conseillers.

Ce registre contient au moins :

- 1° le nom de l'organisme au sein duquel le conseiller exerce un mandat;
- 2° la fonction du conseiller dans chaque organisme;
- 3° la date de début de la désignation;
- 4° la nature et/ou le montant des indemnités et avantages octroyés.

Les conseillers communiquent au directeur général les informations nécessaires à l'établissement dudit registre ainsi que toutes les modifications s'y rapportant.

Ce registre, actualisé constamment, est publié au moins sur le site internet de la commune.

Tout conseiller qui omet, même après la demande expresse du directeur général, de communiquer les informations exigées ou qui fournit de fausses informations sera puni d'une amende administrative de 250 euros conformément à la législation relative aux sanctions administratives communales. En cas de récidive au cours de la même législature, ladite amende est doublée.

Art. 69. Nombre de mandats autorisés

Un conseiller ou un membre du collège ne peut détenir plus de trois mandats d'administrateur effectivement rémunérés dans des intercommunales.

Le nombre de mandats se calcule en additionnant les mandats rémunérés détenus au sein des intercommunales, majorés, le cas échéant, des mandats rémunérés dont l'élu disposerait en sa qualité de conseiller de l'aide sociale ou de conseiller provincial.

CHAPITRE 4 - Serment

Art. 70. Prestation de serment

Préalablement à leur entrée en fonction, les conseillers communaux, les personnes de confiance visées à l'article 17, les membres du collège et les bourgmestres prêtent le serment suivant : « Je jure fidélité au Roi, obéissance à la Constitution et aux lois du peuple belge. »

Les bourgmestres prêtent ce serment devant le Gouvernement.

Les membres du collège et du conseil le prêtent entre les mains du bourgmestre au cours d'une séance publique.

Les personnes visées à l'alinéa 1^{er} qui, après avoir reçu deux convocations consécutives à l'effet de prêter serment, s'abstiennent, sans motif légitime, de remplir cette formalité, sont considérés comme démissionnaires.

CHAPITRE 5 - Actes des autorités communales

Section 1^{re} - Rédaction des actes

Art. 71. Procès-verbaux

Le directeur général rédige les procès-verbaux du conseil et du collège communal et assure la transcription de ceux-ci.

Tout procès-verbal reprend toutes les décisions dans l'ordre chronologique. En outre, les points pour lesquels le conseil n'a pas pris de décision sont énumérés.

Art. 72. Compétence de signature

Les règlements et ordonnances du conseil et du collège, les publications, les actes et la correspondance de la commune sont signés par le bourgmestre et contresignés par le directeur général.

Art. 73. Délégation de signature

§ 1^{er} - Le bourgmestre peut déléguer par écrit la signature de certains documents à un ou plusieurs membres du collège communal. Il peut révoquer cette délégation à tout moment.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et le rang de l'échevin titulaire de la délégation.

§ 2 - Le collège peut autoriser le directeur général à déléguer le contresignant de certains documents à un ou plusieurs membres du personnel.

Cette délégation est faite par écrit en indiquant les documents pour lesquels elle vaut.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et la fonction du membre du personnel délégué.

Section 2 - Publication des actes

Art. 74. Publication

Les règlements et ordonnances du conseil, du collège et du bourgmestre sont publiés par ce dernier par voie d'affichage à la maison communale et sur le site internet de la commune. La publication indique l'objet du règlement ou de l'ordonnance, la date de l'adoption, et, le cas échéant, la décision de l'autorité de tutelle.

L'affiche mentionne également le ou les lieux où le texte du règlement ou de l'ordonnance peut être consulté.

Art. 75. Entrée en vigueur

Les règlements et ordonnances deviennent obligatoires le cinquième jour qui suit leur publication, sauf s'ils en disposent autrement.

Leur publication et la date de celle-ci sont constatées par une annotation dans un registre spécialement tenu à cet effet, dans la forme qui sera déterminée par le Gouvernement.

Section 3 - Information de la population

Art. 76. Généralités

Afin de fournir au public une information sur l'action des autorités administratives communales :

1° le conseil désigne un membre du personnel chargé de la conception et de la réalisation de la politique d'information pour toutes les autorités administratives dépendant de la commune, ainsi que de la coordination de la publication visée au 2°;

2° le collège publie un document décrivant les compétences et l'organisation interne de toutes les autorités administratives qui en dépendent. Ce document est tenu à la disposition de quiconque le demande.

La délivrance du document visé au 2° peut être soumise au paiement d'une rétribution dont le montant est fixé par le conseil et qui ne peut excéder le prix coûtant.

Art. 77. Bulletin d'information

Le conseil peut éditer un bulletin d'information destiné à diffuser des informations d'intérêt local. Il peut, avec l'accord du conseil de l'aide sociale, décider d'éditer un bulletin commun à la commune et au centre public d'action sociale.

Outre les communications des membres du conseil dans l'exercice de leurs fonctions, si un groupe politique a accès aux colonnes du bulletin d'information communal, chaque groupe politique démocratique y a également accès dans la même proportion, à l'exclusion de ceux qui ne respecteraient pas les principes démocratiques.

Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application de l'alinéa 2.

TITRE 3 - Consultation populaire**Art. 78.** Sujets

Le conseil peut, soit de sa propre initiative, soit à la demande des habitants de la commune, décider de consulter les habitants sur les matières qui relèvent de la compétence de décision du collège ou du conseil ou qui relèvent de la compétence d'avis du collège ou du conseil dans la mesure où cette compétence a un objet d'intérêt communal.

L'initiative émanant des habitants de la commune doit être soutenue par au moins :

- 20 % des habitants dans les communes de moins de 15 000 habitants;
- 3 000 habitants dans les communes de plus de 15 000 habitants.

Art. 79. Demande

Toute demande d'organisation d'une consultation à l'initiative des habitants doit être adressée par lettre recommandée au collège.

À la demande est jointe une note motivée de nature à informer le conseil.

La demande n'est recevable que pour autant qu'elle soit introduite au moyen d'un formulaire délivré par la commune et qu'elle comprenne, outre le nom de la commune et la reproduction de l'article 196 du Code pénal, les mentions suivantes :

- 1° la ou les questions qui font l'objet de la consultation proposée;
- 2° les nom, prénoms, date de naissance et domicile de chacun des signataires de la demande;
- 3° les nom, prénoms, date de naissance et domicile des personnes qui prennent l'initiative de demander la consultation populaire.

Le formulaire visé à l'alinéa 3 est délivré dans les quinze jours de la demande adressée au directeur général.

Art. 80. Examen de la demande

Dès réception de la demande, le collège examine si la demande est soutenue par un nombre suffisant de signatures valables.

Le collège raye à l'occasion de cet examen :

- 1° les signatures en double;
- 2° les signatures des personnes qui ne répondent pas aux conditions fixées à l'article 81;
- 3° les signatures des personnes dont les données fournies ne suffisent pas à permettre la vérification de leur identité.

Le contrôle est clos lorsque le nombre de signatures valables est atteint. Le collège clôture le contrôle au plus tard dans les trente jours de la réception de la demande. Il notifie par envoi recommandé aux personnes à l'initiative de la consultation populaire l'acceptation ou la non-acceptation de celle-ci. En cas d'acceptation, le conseil organise la consultation populaire.

Art. 81. Conditions

§ 1^{er} - Pour demander une consultation populaire ou y participer, il faut :

- 1° être inscrit ou mentionné au registre de la population de la commune;
- 2° être âgé de seize ans accomplis;
- 3° ne pas faire l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant l'exclusion ou la suspension des droits électoraux de ceux qui sont appelés à voter aux élections communales.

§ 2 - Pour pouvoir demander une consultation populaire, les conditions prévues au § 1^{er} doivent être réunies à la date à laquelle la demande a été introduite.

Pour pouvoir participer à la consultation populaire, les conditions prévues au § 1^{er}, 2^o et 3^o, doivent être réunies le jour de la consultation et celle visée au § 1^{er}, 1^o, doit l'être à la date à laquelle la liste de ceux qui participent à la consultation populaire est arrêtée.

Les participants qui, postérieurement à la date à laquelle la liste précitée est arrêtée, font l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant dans le chef de ceux qui sont appelés à voter aux élections communales, soit l'exclusion des droits électoraux, soit la suspension, à la date de la consultation, de ces mêmes droits, sont rayés de ladite liste.

§ 3 - L'article 13 du Code électoral est d'application à l'égard de toutes les catégories de personnes qui répondent aux conditions prescrites au § 1^{er}.

Pour les ressortissants non belges et pour les ressortissants belges âgés de moins de dix-huit ans, les notifications interviendront à l'initiative des parquets des cours et tribunaux dans l'hypothèse où la condamnation ou l'internement, qui ne sont plus susceptibles d'aucun recours ordinaire, auraient emporté exclusion de l'électorat ou suspension des droits électoraux s'ils avaient été prononcés à charge d'une personne appelée à voter aux élections communales.

Si la notification intervient après que la liste de ceux qui participent à la consultation populaire a été arrêtée, l'intéressé est rayé de cette liste.

§ 4 - Le trentième jour avant la consultation, le collège dresse une liste des participants à la consultation populaire.

Sur cette liste sont repris :

1^o les personnes qui, à la date mentionnée, satisfont aux conditions de participation prévues au § 1^{er};

2^o les participants qui atteindront l'âge de seize ans entre cette date et la date de la consultation;

3^o les personnes dont la suspension des droits électoraux prendra ou prendrait fin au plus tard le jour fixé pour la consultation.

Pour chaque personne satisfaisant aux conditions de participation, la liste des participants mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance et le domicile. La liste est établie selon une numérotation continue, soit dans l'ordre alphabétique des participants, soit dans l'ordre géographique en fonction des rues.

§ 5 - La participation à la consultation populaire n'est pas obligatoire.

Chaque participant a droit à une voix.

Le scrutin est secret.

La consultation populaire ne peut avoir lieu que le dimanche. Les participants sont admis au scrutin de 8 à 13 heures. Ceux qui se trouvent dans le local de vote avant 13 heures sont encore admis au scrutin.

§ 6 - Il est procédé au dépouillement si au moins 10 % des habitants ont participé à la consultation.

§ 7 - Les dispositions des articles L4132-1 et L4143-20, § 6, du Code sont applicables à la consultation populaire, étant entendu que le mot « électeur » est remplacé par le mot « participant », que les mots « l'électeur » et « les électeurs » sont chaque fois remplacés respectivement par les mots « le participant » et « les participants », que les mots « l'élection » sont remplacés par les mots « la consultation populaire » et que les mots « les élections pour lesquelles » sont remplacés par les mots « la consultation populaire pour laquelle ».

Art. 82. Restrictions

Les questions de personnes et les questions relatives aux comptes, aux budgets, aux taxes et rétributions communales ne peuvent faire l'objet d'une consultation.

Nulle consultation populaire ne peut être organisée au cours :

- des seize mois qui précèdent la réunion ordinaire des électeurs pour le renouvellement des conseils communaux;

- des quarante jours qui précèdent l'élection directe des membres du Parlement fédéral, des Parlements régionaux et communautaires et du Parlement européen.

Les habitants de la commune ne peuvent être consultés qu'une seule fois par semestre et six fois au plus par législature. Au cours de la période qui s'étend d'un renouvellement des conseils communaux à l'autre, il ne peut être organisé qu'une seule consultation sur le même sujet.

Art. 83. Ordre du jour

Une demande admissible d'organisation d'une consultation populaire est inscrite à l'ordre du jour de la plus prochaine séance du collège.

Le collège inscrit une demande à l'ordre du jour du conseil à moins que le conseil ne soit manifestement pas compétent, à aucun égard, pour décider de la demande. S'il y a des doutes à ce sujet, c'est le conseil communal qui décide.

Art. 84. Prise de connaissance des résultats

Le collège inscrit à l'ordre du jour de la prochaine séance du conseil les résultats de la consultation populaire et les conséquences pour l'acte qui faisait l'objet de cette consultation.

Art. 85. Information de la population

Au moins un mois avant le jour de la consultation, l'administration communale met à la disposition des habitants une brochure présentant le sujet de la consultation populaire de manière objective. Cette brochure comporte en outre la note motivée, visée à l'article 79, alinéa 2, ainsi que les questions sur lesquelles les habitants seront consultés.

Les questions doivent être formulées de manière à ce qu'il puisse y être répondu par « oui » ou « non ».

Art. 86. Autres dispositions procédurales

Le Gouvernement fixe les dispositions particulières relatives à la procédure d'organisation d'une consultation populaire communale par analogie avec la procédure pour l'élection des conseillers communaux.

Le Gouvernement fixe les modalités suivant lesquelles les résultats de la consultation sont portés à la connaissance du public.

TITRE 4 - Ressources de la communeCHAPITRE 1^{er} - Les personnesSection 1^{re} - Les directeursSous-section 1^{re} - Dispositions communes**Art. 87. Incompatibilités**

Chaque commune dispose d'un directeur général et d'un directeur financier.

Dans la même commune, il y a incompatibilité entre les fonctions de directeur général et de directeur financier.

Ne peuvent exercer les fonctions de direction les membres du personnel du gouvernement provincial et du commissariat d'arrondissement.

Art. 88. Généralités

§ 1^{er} - La fonction de directeur est accessible par recrutement, promotion et mobilité. Il doit en tout cas y avoir recrutement.

La fonction est accessible aux personnes qui sont citoyens d'un État membre de l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse.

Le conseil nomme les directeurs dans le respect des exigences minimales fixées par le Gouvernement. La nomination intervient dans les six mois de la vacance.

La nomination définitive a lieu à l'issue du stage.

§ 2 - Le statut administratif des directeurs est fixé par un règlement établi par le conseil dans le respect des exigences minimales établies par le Gouvernement.

Art. 89. Prestation de serment

Avant d'entrer en fonction, un directeur général prête le serment visé à l'article 70, alinéa 1^{er}, au cours d'une séance publique du conseil, entre les mains du président.

Il en est dressé procès-verbal.

Le directeur qui, sans motif légitime, ne prête pas serment après avoir été invité à le faire lors de la plus prochaine séance du conseil par une lettre recommandée à la poste, est réputé renoncer à sa nomination.

Art. 90. Activités accessoires

§ 1^{er} - Les directeurs ne peuvent pas cumuler plusieurs activités professionnelles. Par activité professionnelle, il faut entendre toute occupation dont le produit est un revenu professionnel au sens du Code des Impôts sur les revenus de 1992, à l'exception des jetons de présence perçus dans l'exercice d'un mandat et des revenus issus des mandats tels que visés à l'article L5111-1 du Code.

Le conseil peut autoriser le cumul sur demande écrite et préalable du directeur, et ce, pour une durée renouvelable de trois ans.

Le cumul n'est pas autorisé notamment :

1° s'il peut compromettre l'exercice de l'activité normale au sein du service;

2° s'il peut nuire à la dignité de la fonction;

3° s'il est de nature à compromettre l'indépendance du directeur ou à créer une confusion avec sa qualité de directeur.

L'autorisation est révoquée dès lors que l'une des conditions d'octroi susvisées n'est plus remplie.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, le cumul d'activités professionnelles inhérentes ou ayant trait à l'exercice de la fonction s'exerce de plein droit. Est inhérente à l'exercice de la fonction toute charge :

1° exercée en vertu d'une disposition légale ou réglementaire;

2° inhérente à une fonction à laquelle le directeur est désigné par le conseil.

Art. 91. Traitement

§ 1^{er} - Le conseil fixe l'échelle de traitement du directeur général dans les limites minimales et maximales déterminées ci-après :

1° dans les communes de 10 000 habitants et moins : 34 000 à 48 000 euros;

2° dans les communes de 10 001 à 20 000 habitants : 38 000 à 54 000 euros;

3° dans les communes de 20 001 à 35 000 habitants : 40 600 à 58 600 euros.

Les montants minima et maxima des échelles de traitement du directeur général sont liés à l'indice-pivot 138.01.

Le Gouvernement peut adapter ces échelles de traitement.

§ 2 - Le conseil fixe l'échelle de traitement du directeur financier. Celle-ci correspond à 97,5 % de l'échelle applicable au directeur général de la même commune.

Art. 92. Augmentations de traitement

Les directeurs ont droit à des augmentations biennales qui ne peuvent être inférieures à trois pour cent du minimum.

Elles prennent effet le premier du mois qui suit la date anniversaire de l'entrée en fonction.

Le traitement minimal des directeurs est majoré d'un complément correspondant à l'ancienneté acquise dans les emplois de l'État, des Régions, des Communautés, des communes, des provinces et dans d'autres services publics et privés que le Gouvernement détermine, et ce, conformément aux règles fixées par lui.

Art. 93. Congé annuel

Les communes font bénéficier leurs directeurs des dispositions applicables au personnel des services publics fédéraux en matière de congé annuel de vacances.

Art. 94. Liquidation du traitement

Le traitement des directeurs nommés à titre définitif est payé mensuellement et par anticipation. Il prend cours à la date de l'entrée en fonction. Si celle-ci a lieu au cours d'un mois, le directeur obtient, pour ce mois, autant de trentièmes du traitement qu'il reste de jours à courir à partir de celui de l'entrée en fonction inclusivement.

Art. 95. Remplacement en cas d'absence

§ 1^{er} - En cas d'absence d'un directeur ou de vacance de l'emploi, le collègue désigne un directeur faisant fonction pour une durée maximale de trois mois renouvelable.

Pour une période ininterrompue n'excédant pas trente jours, le collègue peut déléguer aux directeurs la désignation de leur remplaçant.

Le directeur faisant fonction bénéficie de l'échelle de traitement du titulaire.

§ 2 - Le directeur financier faisant fonction exerce toutes les attributions dévolues au directeur financier. Les dispositions des articles 89, 102 et 103 lui sont applicables.

Lors de son installation et de la cessation de ses fonctions, il est procédé à l'établissement d'un compte de fin de gestion et à la remise de l'encaisse et des pièces comptables, sous la surveillance du collègue.

Sous-section 2 - Le directeur général

Art. 96. Contrat d'objectifs

§ 1^{er} - Le contrat d'objectifs contient la description des missions du directeur général et qui ressortent du programme de politique générale, ainsi que tout autre objectif mesurable et réalisable relevant de ses missions.

Il décrit la stratégie de l'organisation de l'administration au cours de la législature pour réaliser les missions et atteindre les objectifs visés à l'alinéa 1^{er}, et les décline en initiatives et projets concrets. Il contient une synthèse des moyens humains et financiers disponibles et/ou nécessaires à sa mise en œuvre.

§ 2 - Dans les trois mois de l'approbation du programme de politique générale, donnée conformément à l'article 62, le directeur général rédige le contrat d'objectifs.

La description des missions mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, comprend au moins les informations suivantes :

1° la description de fonction et le profil de compétences de l'emploi de directeur général;

2° les objectifs à atteindre pour les diverses missions, notamment sur la base du programme de politique générale;

3° les moyens budgétaires et les ressources humaines attribués;

4° l'ensemble des missions qui lui sont conférées par le présent décret et notamment sa mission de conseil et de disponibilité à l'égard de l'ensemble des conseillers.

§ 3 - Une concertation a lieu entre le directeur général et le collègue sur les moyens nécessaires à la réalisation du contrat d'objectifs. Le directeur financier y est associé pour les matières dont il a la charge. En cas d'absence d'accord du directeur général sur les moyens, l'avis de ce dernier est annexé au contrat d'objectifs tel qu'approuvé par le collègue.

L'actualisation du contrat d'objectifs peut être annuelle. Sur demande du directeur général, le contrat d'objectifs peut être adapté par le collègue en cours d'année. Le contrat d'objectifs est communiqué au conseil, de même que ses actualisations et éventuelles adaptations.

La lettre de mission est annexée au contrat d'objectifs.

Art. 97. Hiérarchie

Le directeur général est tenu de se conformer aux instructions qui lui sont données, soit par le conseil, soit par le collègue, soit par le bourgmestre, selon leurs attributions respectives.

Art. 98. Missions

§ 1^{er} - Le directeur général est chargé de la préparation des dossiers qui sont soumis au conseil ou au collègue. Il assiste, sans voix délibérative, aux séances du conseil et du collègue.

Le directeur général est également chargé de la mise en œuvre des axes politiques fondamentaux du programme de politique générale, traduits dans le contrat d'objectifs visé à l'article 96.

Dans ce cadre, il met en œuvre et évalue la politique de gestion des ressources humaines.

§ 2 - Sous le contrôle du collègue, il dirige et coordonne les services communaux et, sauf les exceptions prévues par la loi ou le décret, il est le chef du personnel. Dans ce cadre, il arrête le projet d'évaluation de chaque membre du personnel et le transmet à l'intéressé et au collègue.

Le directeur général ou son délégué, de niveau supérieur à celui du membre du personnel recruté ou engagé, participe avec voix délibérative au jury d'examen constitué lors du recrutement ou de l'engagement des membres du personnel.

§ 3 - Le directeur général assure la présidence du conseil de direction prévu à l'article 110.

§ 4 - Le directeur général est chargé de la mise sur pied et du suivi d'un système de contrôle interne.

Il s'agit d'un ensemble de mesures et de procédures conçues pour assurer une sécurité raisonnable en ce qui concerne :

1° la réalisation des objectifs;

2° le respect de la législation en vigueur et des procédures;

3° la disponibilité d'informations fiables sur les finances et la gestion.

Le cadre général du système de contrôle interne est soumis à l'approbation du collègue.

§ 5 - Le directeur général rédige les procès-verbaux des séances du conseil et assure la transcription de ceux-ci. Dans le mois qui suit leur adoption, les procès-verbaux transcrits sont signés par le bourgmestre et le directeur général.

Le directeur général donne des conseils juridiques et administratifs au conseil. Il rappelle, le cas échéant, les règles de droit applicables, mentionne les éléments de fait dont il a connaissance et veille à ce que les mentions prescrites par la loi figurent dans les décisions.

Ses avis sont annexés aux décisions du conseil et du collègue et transmis au directeur financier.

- § 6 - Après concertation avec le conseil de direction, le directeur général est chargé de la rédaction des projets :
- 1° de l'organigramme;
 - 2° du cadre organique;
 - 3° des statuts du personnel.

Sous-section 3 - Le directeur financier

Art. 99. Généralités

§ 1^{er} - Les fonctions de directeur financier sont conférées et exercées conformément aux dispositions ci-après :

- 1° dans les communes comptant plus de 10 000 habitants, par un directeur financier;
- 2° dans les communes comptant 10 000 habitants et moins, par un receveur régional, sauf si le conseil crée l'emploi de directeur financier.

§ 2 - Le directeur financier d'une commune comptant moins de 20 000 habitants peut être nommé directeur financier du centre public d'action sociale local. Il ne peut toutefois être nommé directeur financier d'une autre commune, ni directeur financier du centre public d'action sociale d'une autre commune.

Les prestations totales ne pourront en aucun cas porter le volume global de toutes les activités cumulées à plus de cent-vingt-cinq pour cent du temps de travail d'un emploi à temps plein.

Le conseil communal et le conseil de l'aide sociale déterminent de commun accord la répartition du temps de travail du directeur financier au profit des deux institutions. La charge salariale incombant respectivement à la commune et au centre public d'action sociale est proportionnelle au temps de travail presté au profit de chacune des deux institutions.

Art. 100. Hiérarchie

Le directeur financier est placé sous l'autorité du collègue.

Art. 101. Création de l'emploi de directeur financier

Dans le cas visé à l'article 99, § 1^{er}, 2°, la délibération créant l'emploi de directeur financier est communiquée au gouverneur de province pour information.

Cette délibération entre en vigueur après que le gouverneur de province a notifié sa décision de mettre fin à la mission de tout receveur régional dans la commune.

La commune qui crée l'emploi de directeur financier peut toutefois nommer immédiatement à cet emploi un receveur régional. Cette décision produit directement ses effets, sans préjudice des pouvoirs de l'autorité de tutelle.

Art. 102. Missions

§ 1^{er} - Le directeur financier remplit la fonction de conseiller financier et budgétaire de la commune.

Dans le cadre du système de contrôle interne, il est chargé :

- 1° de l'utilisation efficace et économique des ressources;
- 2° de la protection des actifs;
- 3° de la transmission au directeur général d'informations financières fiables.

§ 2 - Le directeur financier est chargé :

- 1° d'effectuer les recettes de la commune;
- 2° d'acquitter sur mandats les dépenses ordonnancées jusqu'à concurrence, soit :
 - a) du montant spécial de chaque article du budget;
 - b) du crédit spécial ou du crédit provisoire;
 - c) du montant des allocations transférées en application de l'article 166;

3° de remettre dans les dix jours un avis de légalité écrit et motivé sur tout projet de décision du conseil ou du collègue ayant une incidence financière ou budgétaire supérieure à 30 000 euros.

Le délai de dix jours visé au 3° peut être prorogé d'une durée égale à ce délai par décision de l'auteur de l'acte concerné si le directeur financier en fait la demande motivée. En cas d'urgence dûment motivée, le délai peut être ramené à cinq jours.

À défaut d'avis rendu dans le délai imparti, il ne faut pas en tenir compte dans la décision. Cet avis fait, le cas échéant, partie intégrante du dossier soumis à la tutelle.

§ 3 - En vue du recouvrement des créances non fiscales certaines et exigibles, le directeur financier peut envoyer une contrainte visée et rendue exécutoire par le collègue. Une telle contrainte est signifiée par exploit d'huissier. Cet exploit interrompt le délai de prescription.

Une contrainte ne peut être visée et rendue exécutoire par le collègue que si la dette est établie, exigible et certaine. Le débiteur doit en outre être préalablement mis en demeure par courrier recommandé. La commune peut imputer des frais administratifs pour ce courrier recommandé. Ces frais sont à charge du débiteur et peuvent être recouverts par la contrainte. Les dettes de personnes de droit public ne peuvent jamais être recouvrées par contrainte. Un recours contre cet exploit peut être introduit auprès du Gouvernement dans le mois de la signification.

Dans le cas où le directeur financier retarde ou refuse la liquidation des dépenses visées au § 2, 2°, le paiement en sera poursuivi par le commissaire désigné par le Gouvernement, et ce, sur exécutoire du Gouvernement, qui convoque le directeur financier et l'entend s'il se présente.

§ 4 - Le directeur financier donne, sur demande du collègue ou du directeur général ou de sa propre initiative, un avis de légalité écrit sur toute question ayant une incidence financière au niveau communal.

§ 5 - Au moins une fois par an, le directeur financier fait rapport, à la commission désignée par le conseil, sur l'exécution de sa mission de remise d'avis. Le rapport contient aussi, et notamment :

- un état rétrospectif et prospectif de la trésorerie;
- une évaluation de l'évolution passée et future des budgets;

- une synthèse des différents avis qu'il a rendus.

Il peut émettre dans ce rapport toutes les suggestions qu'il estime utiles. Il adresse son rapport simultanément au collège et au directeur général.

§ 6 - Le directeur financier rédige en toute indépendance les avis et rapports prévus dans cet article.

Le collège peut entendre le directeur financier à propos de ses avis ou recommandations.

Art. 103. Vérification de caisse

§ 1^{er} - Le collège communal, ou celui de ses membres qu'il désigne à cette fin, vérifie l'encaisse du directeur financier au moins une fois par trimestre et établit un procès-verbal de la vérification, qui mentionne ses observations et celles formulées par le directeur financier. Ce procès-verbal est signé par le directeur financier et les membres du collège qui ont procédé à la vérification.

Le collège communique le procès-verbal au conseil pour qu'il en prenne connaissance en séance publique.

Lorsque le directeur financier a la charge de plusieurs encaisses publiques, celles-ci sont vérifiées simultanément aux jours et heures fixés par les autorités concernées.

§ 2 - Le directeur financier signale immédiatement au collège communal tout déficit résultant d'un vol ou d'une perte.

Il est aussitôt procédé à la vérification de l'encaisse, conformément au § 1^{er}, en vue de déterminer le montant du déficit.

Le procès-verbal de la vérification est complété par l'exposé des circonstances et des mesures de conservation prises par le directeur financier.

Le collège transmet ces documents au conseil.

§ 3 - Le conseil décide si et dans quelle mesure le directeur financier doit être tenu pour responsable du vol ou de la perte, et fixant le montant du déficit que le directeur financier doit solder.

Le cas échéant, le collège invite le directeur financier, par recommandé, à verser une somme équivalente dans la caisse communale. Il annexe une expédition de cette décision du conseil à l'invitation de payer.

§ 4 - Dans les soixante jours à dater de cette notification, le directeur financier peut introduire un recours auprès du Conseil d'État conformément à l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État.

Une fois le délai expiré ou, en l'absence de recours, à l'expiration du délai mentionné dans l'invitation à payer, la décision du conseil est exécutée sur les biens personnels du directeur financier s'il ne s'est pas exécuté volontairement.

Art. 104. Recouvrement de taxes dans une autre commune

À la demande du directeur financier ou du receveur régional, le recouvrement des impositions dues à une commune est poursuivi, contre les contribuables domiciliés dans une autre commune, par le directeur financier de celle-ci.

Les frais exposés par la commune poursuivante et non recouverts à charge du contribuable sont supportés par la commune demanderesse.

Art. 105. Agents spéciaux

§ 1^{er} - La responsabilité du directeur financier ne s'étend pas aux recettes pour lesquelles le conseil a désigné des agents spéciaux. Ces agents sont responsables des recettes dont le recouvrement leur est confié et sont, pour ce, soumis aux mêmes obligations que le directeur financier.

Les agents spéciaux sont soumis aux mêmes règles que les directeurs financiers pour ce qui concerne le serment, le remplacement, l'établissement du compte de fin de gestion et les recours ouverts auprès du Gouvernement. Les articles 89, 95, § 2, et 107 leur sont applicables *mutatis mutandis*.

Ils ne peuvent effectuer aucune opération de dépense sur les comptes qu'ils gèrent.

Les recettes réalisées sont versées au moins tous les quinze jours au directeur financier, le dernier versement de l'exercice étant effectué le dernier jour ouvrable du mois de décembre.

Lors de chaque versement, l'agent spécial transmet au directeur financier la liste détaillée des imputations budgétaires, des montants versés et des redevables correspondants.

§ 2 - Les comptes de l'agent spécial, accompagnés des pièces justificatives, sont soumis au visa du collège. Celui-ci les examine et les vise.

Ils sont ensuite transmis au directeur financier avec toutes les pièces justificatives pour être annexés au compte budgétaire.

L'article 103 est, *mutatis mutandis*, applicable à l'agent spécial lorsqu'un déficit découlant d'un vol ou d'une perte est constaté.

Art. 106. Caisses

Le collège peut charger certains membres du personnel communal, du paiement et de l'engagement de menues dépenses, et de la perception de recettes en espèces.

Ces membres du personnel ne sont pas soumis aux obligations mentionnées à l'article 105. Ils versent au directeur financier au moins trimestriellement le montant intégral de leurs perceptions, selon les directives qu'il leur donne.

Art. 107. Décompte final

§ 1^{er} - Lorsque le directeur financier ou l'agent spécial visé à l'article 105 cesse définitivement d'exercer ses fonctions et dans le cas mentionné à l'article 95, un compte de fin de gestion est établi.

§ 2 - Le compte de fin de gestion du directeur financier ou de l'agent spécial, accompagné, s'il y a lieu, de ses observations ou - en cas de décès - de celles de ses ayants cause, est soumis par le collège au conseil. Le conseil l'arrête et déclare le comptable quitte ou fixe un débet.

La décision par laquelle le compte de fin de gestion est définitivement arrêté est notifiée par recommandé au comptable ou à ses ayants cause par les soins du collège, accompagnée, s'il y a lieu, d'une invitation à solder le débet.

§ 3 - L'article 103, § 4, est applicable *mutatis mutandis* lorsque le comptable est invité à solder un débet.

Art. 108. Paiements directs

Par dérogation à l'article 102, § 2, 2^o, les montants suivants peuvent être versés directement aux comptes ouverts au nom des communes bénéficiaires auprès d'institutions financières qui satisfont, selon le cas, au prescrit des articles 7, 65 et 66, de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit :

1^o le montant de leur quote-part dans les fonds institués par la loi ou le décret au profit des communes, ainsi que dans le produit des impôts de l'État;

2^o le produit des impositions communales perçues par les services de l'État;

3^o les subventions, les interventions dans les dépenses communales et, en général, toutes les sommes attribuées à titre gratuit aux communes par l'État, les Communautés, les Régions et les Provinces.

Les institutions financières visées à l'alinéa 1^{er} sont autorisées à prélever d'office, sur l'avoir du ou des comptes qu'elles ont ouverts au nom de la commune, le montant des dettes exigibles que cette commune a contractées envers elles.

Section 2 - Le personnel communal

Art. 109. Organigramme

Le collège établit l'organigramme de tous les services communaux.

Art. 110. Conseil de direction

§ 1^{er} - Il est instauré un conseil de direction au sein de chaque commune. Ce conseil est composé des directeurs et des membres du personnel que le directeur général choisit.

§ 2 - Outre les attributions confiées par décision du collège, le conseil de direction connaît de toutes les questions d'intérêt général relatives à l'organisation et au fonctionnement des services.

Les avant-projets de budget, modifications budgétaires et notes explicatives y relatives, sont concertés en conseil de direction.

§ 3 - À l'exception de la réunion de concertation prévue au § 2, alinéa 2, la mise en place d'un conseil de direction est facultative pour les communes dont le nombre d'habitants est inférieur ou égal à 10 000.

Art. 111. Statuts administratif et pécuniaire

Sans préjudice des dispositions de la législation relative à l'enseignement et des dispositions du présent décret, le conseil fixe, pour le personnel communal :

1^o le cadre, les conditions de recrutement et de promotion, ainsi que les conditions et la procédure d'évaluation;

2^o le statut pécuniaire et les échelles de traitement.

Le personnel communal bénéficie, aux mêmes conditions que le personnel des services publics fédéraux, des allocations suivantes : allocations de foyer et de résidence, allocations familiales, pécules de vacances, pécules de vacances familial et primes de fin d'année.

Art. 112. Autorité compétente

Le conseil est compétent pour toutes les nominations de membres du personnel.

Le conseil est compétent pour la désignation de membres du personnel à durée indéterminée. Il peut déléguer ce pouvoir au collège pour toutes les catégories de personnel ou pour certaines seulement.

Le collège est compétent pour les désignations à titre temporaire.

Le collège soumet au conseil dans les trois mois, pour information, les décisions prises en application du présent article.

Art. 113. Interdictions

§ 1^{er} - Le conseil peut fixer des interdictions générales interdisant aux membres du personnel d'exercer, directement ou par personne interposée, tout commerce ou de remplir tout emploi dont l'exercice serait considéré comme incompatible avec leurs fonctions.

La demande introduite en vue d'exercer une activité accessoire est adressée par écrit au collège, lequel statue sur avis du directeur général.

L'autorisation peut être retirée.

§ 2 - Une des sanctions prévues à l'article 115, alinéa 2, 1^o et 2^o, peut être prononcée à l'encontre d'un membre du personnel contractuel qui enfreint les dispositions du présent article.

Section 3 - Règlement disciplinaire

Art. 114. Champ d'application

Sans préjudice de l'article 113, § 2, les dispositions de la présente section sont applicables à tous les membres du personnel communal, à l'exception du personnel engagé par contrat de travail et du personnel enseignant.

Art. 115. Sanctions disciplinaires

Une sanction disciplinaire peut être infligée pour les motifs suivants :

1^o manquement aux devoirs professionnels;

2^o agissements qui compromettent la dignité de la fonction;

3^o infraction à l'interdiction visée aux articles 90 et 113.

Les sanctions disciplinaires suivantes peuvent être prononcées :

1^o sanctions mineures :

a) l'avertissement;

b) la réprimande;

2^o sanctions majeures :

a) la retenue de traitement;

- b) la suspension disciplinaire;
- c) la rétrogradation;
- 3° sanctions maximales :
- a) la démission d'office;
- b) la révocation.

Art. 116. Retenue de traitement

La retenue de traitement ne peut excéder trois mois et s'élève au maximum à 20 % du traitement brut.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 117. Suspension disciplinaire

La suspension disciplinaire peut être prononcée pour trois mois au plus.

La suspension disciplinaire entraîne, pendant sa durée, la privation de traitement.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 118. Rétrogradation

La rétrogradation consiste en l'attribution d'un grade qui occupe, dans la hiérarchie, un rang inférieur ou doté d'une échelle de traitements inférieure.

Dans tous les cas, le grade dans lequel la rétrogradation est appliquée doit figurer dans le classement hiérarchique des grades du cadre dont l'intéressé relève.

La rétrogradation ne s'applique pas aux directeurs.

Art. 119. Compétences du conseil communal

Le conseil peut, sur rapport du directeur général, infliger les sanctions disciplinaires prévues à l'article 115.

Il n'y a pas lieu à rapport du directeur général pour les sanctions à infliger aux directeurs et au comptable spécial.

Art. 120. Compétences du collège

Sauf pour le directeur financier, le collège communal peut, sur rapport du directeur général, infliger un avertissement, une réprimande, une retenue de traitement et une suspension disciplinaire pour un terme qui ne pourra excéder un mois.

Le directeur général peut, sur rapport motivé du supérieur hiérarchique ou de sa propre initiative, infliger un avertissement et une réprimande.

Le directeur général notifie sa décision au collège.

Le collège notifie sans tarder, par recommandé, la décision au membre du personnel concerné.

Art. 121. Procédure

Aucune sanction disciplinaire ne peut être prononcée sans que le membre du personnel ait été entendu en ses moyens de défense sur tous les faits mis à sa charge par l'autorité qui la prononce.

Pendant le cours de la procédure, l'intéressé peut se faire assister par un défenseur de son choix.

Préalablement à l'audition, l'autorité disciplinaire constitue un dossier disciplinaire qui contient toutes les pièces relatives aux faits mis à charge.

Art. 122. Convocation à l'audition

Au moins quinze jours avant sa comparution, l'intéressé est convoqué pour l'audition, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise de la convocation contre accusé de réception.

La convocation doit mentionner :

- 1° tous les faits mis à charge;
- 2° le fait qu'une sanction disciplinaire est envisagée et qu'un dossier disciplinaire est constitué;
- 3° le lieu, le jour et l'heure de l'audition;
- 4° le droit de l'intéressé de se faire assister par un défenseur de son choix;
- 5° le lieu où et le délai dans lequel le dossier disciplinaire peut être consulté;
- 6° le droit de l'intéressé de demander la publicité de l'audition, s'il doit comparaître devant le conseil;
- 7° le droit de l'intéressé de demander l'audition de témoins ainsi que la publicité de cette audition.

À partir de la convocation à comparaître devant l'autorité disciplinaire jusqu'à la veille de la comparution, l'intéressé et son défenseur peuvent consulter le dossier disciplinaire et communiquer par écrit les moyens de défense à l'autorité disciplinaire.

Art. 123. Audition

Il est dressé procès-verbal de l'audition, qui reproduit fidèlement les déclarations de la personne entendue.

Si le procès-verbal est dressé à l'issue de l'audition, il en est donné lecture immédiatement et l'intéressé est invité à le signer.

Si le procès-verbal est dressé après l'audition, il est communiqué à l'intéressé dans les huit jours de l'audition avec invitation à le signer.

En tout cas, au moment de la signature, l'intéressé peut formuler des réserves. S'il refuse de signer, il en est fait mention.

Si l'intéressé a renoncé par écrit à être entendu ou ne s'est pas présenté à l'audition, l'autorité disciplinaire établit, selon le cas, un procès-verbal de renonciation ou de non-comparution.

Le procès-verbal de l'audition, de renonciation ou de non-comparution comprend l'énumération de tous les actes de procédure requis par le présent décret et mentionne si chacun d'eux a été accompli.

Art. 124. Audition de témoins

L'autorité disciplinaire peut décider d'office ou sur requête de l'intéressé ou de son défenseur d'entendre des témoins.

En ce cas, l'audition des témoins a lieu en présence de l'intéressé et, si ce dernier l'a demandé et si l'autorité disciplinaire y consent, publiquement.

Le témoin convoqué peut s'opposer à être entendu en public.

Art. 125. Décision

§ 1^{er} - L'autorité disciplinaire se prononce sur la sanction disciplinaire à infliger, dans les soixante jours de la clôture du procès-verbal de la dernière audition, de renonciation ou de non-comparution.

Si aucune décision n'est prise dans le délai susvisé, l'autorité disciplinaire est réputée renoncer aux poursuites pour les faits mis à charge de l'intéressé.

§ 2 - Les membres du conseil ou du collègue qui n'étaient pas présents durant l'ensemble des séances ne peuvent prendre part aux délibérations, ni participer aux votes sur la mesure disciplinaire à prononcer.

Si c'est le conseil qui inflige une sanction disciplinaire, l'audition a lieu en public lorsque l'intéressé le demande.

Art. 126. Décision

La décision motivée est notifiée sans tarder à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise contre accusé de réception.

À défaut de notification de la décision dans le délai de douze jours, elle est réputée rapportée. Des poursuites disciplinaires ne peuvent être engagées pour les mêmes faits.

La notification de la décision fait mention des recours prévus par la loi et des délais dans lesquels ceux-ci peuvent être exercés.

Art. 127. Radiation

Sans préjudice de leur exécution, les sanctions suivantes sont radiées d'office du dossier individuel des membres du personnel après une période dont la durée est fixée à :

- 1° un an pour l'avertissement;
- 2° dix-huit mois pour la réprimande;
- 3° trois ans pour la retenue sur traitement.

Sans préjudice de leur exécution, les sanctions disciplinaires suivantes peuvent, à la demande de l'intéressé, être radiées par l'autorité qui les a infligées après une période dont la durée est fixée à :

- 1° quatre ans pour la suspension disciplinaire;
- 2° cinq ans pour la rétrogradation.

L'autorité disciplinaire ne peut refuser la radiation visée à l'alinéa 2 que si de nouveaux éléments, susceptibles de justifier un tel refus, sont apparus.

Le délai visé aux alinéas 1^{er} et 2 prend cours à la date à laquelle la sanction disciplinaire a été prononcée.

Sous-section 4 - La suspension préventive

Art. 128. Suspension préventive

Lorsqu'un membre du personnel fait l'objet de poursuites pénales ou disciplinaires et que sa présence est incompatible avec l'intérêt du service, la personne concernée peut être suspendue préventivement.

Art. 129. Autorité compétente

L'autorité qui est compétente pour infliger une sanction disciplinaire l'est également pour prononcer une suspension préventive.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, tant le collègue que le conseil sont compétents pour prononcer une suspension préventive à l'égard des directeurs et agents spéciaux.

Toute suspension préventive prononcée par le collègue cesse immédiatement d'avoir effet si elle n'est pas confirmée par le conseil à sa plus prochaine séance.

Art. 130. Durée

§ 1^{er} - La suspension préventive est prononcée pour un terme de quatre mois au plus.

En cas de poursuites pénales, l'autorité peut proroger ce terme pour des périodes de quatre mois au plus pendant la durée de la procédure pénale, moyennant le respect de la procédure visée à l'article 132.

§ 2 - Si aucune sanction disciplinaire n'est infligée dans le délai susvisé au § 1^{er}, tous les effets de la suspension préventive sont supprimés.

Art. 131. Conséquences

Lorsque le membre du personnel fait l'objet de poursuites pénales ou disciplinaires, l'autorité qui prononce la suspension préventive peut décider que celle-ci comportera retenue de traitement et privation des titres à l'avancement.

La retenue du traitement ne peut excéder la moitié de celui-ci.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 132. Procédure

Avant de pouvoir prononcer une suspension préventive, il appartient à l'autorité d'entendre l'intéressé conformément à la procédure visée aux articles 121 à 126, le délai de quinze jours fixé à l'article 122 étant toutefois réduit à sept jours.

En cas d'extrême urgence, l'autorité peut prononcer immédiatement la suspension préventive, à charge d'entendre l'intéressé tout de suite après la décision, conformément à la procédure visée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 133. Décision

La décision prononçant la suspension préventive est notifiée sans tarder à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par remise contre accusé de réception.

À défaut de notification de la décision dans le délai de douze jours, elle est réputée rapportée. L'autorité ne peut prononcer une suspension préventive pour les mêmes faits.

Art. 134. Entrée en vigueur de la sanction disciplinaire

Si une suspension préventive avec maintien du traitement complet précède la sanction disciplinaire, celle-ci entre en vigueur le jour où elle est prononcée.

Si, à la suite d'une suspension préventive avec retenue de traitement et privation des titres à l'avancement, la sanction disciplinaire de l'avertissement ou de la réprimande est infligée, celle-ci entre en vigueur le jour où elle est prononcée. La suspension préventive est réputée rapportée et l'autorité rembourse le traitement retenu à l'intéressé.

Si, à la suite d'une suspension préventive avec retenue sur traitement et privation des titres à l'avancement, la sanction disciplinaire de la retenue sur traitement, de la suspension, de la rétrogradation, de la démission d'office ou de la révocation est infligée, la sanction disciplinaire produit ses effets au plus tôt le jour de l'entrée en vigueur de la suspension préventive. Le montant du traitement retenu pendant la suspension préventive est déduit du montant de la perte de traitement liée à la sanction disciplinaire. Si le montant du traitement retenu est plus important que le montant de la perte de traitement liée à la sanction disciplinaire, l'autorité rembourse la différence à l'intéressé.

Art. 135. Délai

L'autorité disciplinaire ne peut plus tenter de poursuites disciplinaires après l'expiration d'un délai de six mois après la date à laquelle elle a constaté les faits répréhensibles ou en a pris connaissance.

En cas de poursuites pénales pour les mêmes faits, ce délai prend cours le jour où l'autorité judiciaire informe l'autorité disciplinaire qu'une décision définitive est intervenue ou que la procédure pénale n'est pas poursuivie.

Si la décision de l'autorité disciplinaire est annulée par le Conseil d'État ou par l'autorité de tutelle, l'autorité disciplinaire peut reprendre les poursuites disciplinaires à partir de la notification de l'arrêt du Conseil d'État ou de la décision de l'autorité de tutelle, pendant la partie du délai visé à l'alinéa premier qui restait à courir lorsque les poursuites ont été intentées.

Section 5 - Inaptitude professionnelle

Art. 136. Directeurs

En cas de démission pour inaptitude professionnelle des directeurs, à l'exception des membres du personnel promu, la commune leur octroie une indemnité correspondant à minimum trois mois de traitement par tranche de cinq années de travail entamée.

Art. 137. Procédure

§ 1^{er} - La décision de démettre d'office un agent pour inaptitude professionnelle est prononcée, après audition de celui-ci, par le conseil, sur avis du collège.

Elle est notifiée sans délai à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise contre accusé de réception. À défaut de notification dans les douze jours, elle est réputée rapportée.

La notification de la décision fait mention des recours prévus et du délai dans lequel ceux-ci peuvent être exercés.

§ 2 - Le membre du personnel dispose d'un délai de trente jours, prenant cours le premier jour ouvrable qui suit la notification de la décision de le démettre d'office pour inaptitude professionnelle, pour saisir la chambre de recours visée à l'article 138.

La chambre de recours émet un avis à l'attention du Gouvernement sur la délibération du conseil portant démission d'office pour inaptitude professionnelle. Cet avis est « favorable » ou « défavorable ». Il est rendu et notifié, accompagné du dossier complet, dans un délai de soixante jours à dater de la réception de la décision.

La saisine de la chambre de recours est suspensive de la décision du conseil jusqu'à celle du Gouvernement ou jusqu'à l'expiration du délai imparti à celui-ci pour statuer.

§ 3 - En l'absence de saisine de la chambre de recours dans le délai imparti, le conseil adresse sa délibération au Gouvernement.

La décision de démission d'office pour inaptitude professionnelle est suspendue jusqu'à l'expiration du délai visé au § 2, alinéa 1^{er}.

Section 6 - Chambre de recours

Art. 138. Missions

Une chambre de recours est instituée. Elle connaît des recours à l'encontre des décisions :

- 1° de démission pour inaptitude professionnelle;
- 2° prises dans le cadre du stage des directeurs.

Art. 139. Composition

La chambre de recours se compose :

- 1° d'un président et d'un vice-président, désignés par le Gouvernement parmi les magistrats effectifs ou honoraires;

2° d'un délégué et d'un délégué suppléant pour chacune des organisations syndicales représentatives, désignés par le Gouvernement sur la proposition de ces organisations;

3° d'un directeur général et d'un directeur financier, en exercice ou à la retraite, avec un suppléant pour chacun d'eux, désignés par le Gouvernement sur la proposition des directeurs des communes de la région de langue allemande.

Le Gouvernement désigne un secrétaire et un secrétaire suppléant parmi les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 140. Règlement d'ordre intérieur

La chambre de recours établit son règlement d'ordre intérieur, qui est approuvé par le Gouvernement.

Art. 141. Assesseurs

Le requérant a le droit de demander la récusation de tout assesseur. Le président récuse l'assesseur dont l'impartialité pourrait être mise en cause.

Art. 142. Quorum de présence

La chambre de recours ne peut délibérer que si plus de la moitié de ses membres est présente.

Art. 143. Suivi des dossiers

Le secrétaire demande immédiatement le dossier complet de l'affaire à l'auteur de la décision, lequel le transmet à la chambre sans délai. Les pièces et informations complémentaires demandées sont également transmises sans délai.

Art. 144. Convocation

§ 1^{er} - Au moins quinze jours avant son audition devant la chambre de recours, le réclamant est convoqué par recommandé.

La convocation mentionne :

1° le lieu, le jour et l'heure d'audition;

2° le droit de l'agent de se faire assister par une personne de son choix, laquelle ne peut cependant faire partie de la chambre;

3° le lieu où et les jours et heures pendant lesquelles le dossier peut être consulté;

4° le droit de demander l'audition de témoins.

§ 2 - À partir de la réception de la convocation jusqu'à la veille de l'audition, l'agent peut consulter le dossier et communiquer par écrit ses moyens de défense à la chambre de recours.

Art. 145. Comparution

Sauf cas de force majeure ou accord de la chambre de recours, l'agent comparait en personne.

L'agent qui n'a pu comparaitre en personne est immédiatement reconvoqué.

Art. 146. Audition de témoins

La chambre de recours peut décider d'auditionner des témoins, d'office ou à la demande du réclamant.

L'audition des témoins a lieu en présence du réclamant.

Art. 147. Audition

Il est dressé procès-verbal de l'audition, qui reproduit fidèlement les déclarations de la personne entendue.

Si le procès-verbal est dressé à l'issue de l'audition, il est notifié à l'agent dans les huit jours de la comparution, avec invitation à le signer et à faire part de ses remarques éventuelles.

L'agent renvoie le procès-verbal avec ses remarques éventuelles dans les huit jours de la notification. À défaut, le procès-verbal est définitif.

Si l'intéressé ne s'est pas présenté à l'audition, la chambre de recours établit un procès-verbal de non-comparution.

Le procès-verbal de l'audition ou de non-comparution comprend l'énumération de tous les actes de procédure requis par le présent décret et mentionne si chacun d'eux a été accompli.

Art. 148. Tutelle

§ 1^{er} - Sur la base de l'avis visé à l'article 137, § 2, alinéa 2, ou à défaut d'avis émis et notifié par la chambre de recours dans le délai qui lui est imparti, le Gouvernement peut annuler la décision du conseil portant démission d'office pour inaptitude professionnelle lorsqu'elle viole la loi ou blesse l'intérêt général.

§ 2 - Le Gouvernement prend sa décision et la notifie au conseil, à l'agent et à la chambre de recours, dans les trente jours de la réception de l'avis et du dossier ou, à défaut, de la délibération du conseil accompagnée du dossier complet. Il peut proroger ce délai une seule fois pour une durée maximale de quinze jours.

Passé ce délai, le Gouvernement ne peut plus annuler la décision portant démission d'office. À défaut d'annulation par le Gouvernement dans le délai visé au premier alinéa, la décision portant démission d'office sort ses pleins et entiers effets.

CHAPITRE 2 - Les biens

Art. 149. Donations et legs

Les libéralités faites par actes entre vifs sont toujours acceptées provisoirement, conformément aux dispositions de la loi du 12 juillet 1931 portant extension à toutes les personnes civiles du bénéfice de l'acceptation provisoire des libéralités faites par actes entre vifs.

N'est pas considéré comme libéralité le prix d'une concession de sépulture.

Sont soumises à l'avis du conseil les décisions des établissements publics existants dans la commune et dotés de la personnalité juridique sur les actes de donation et les legs faits à ces établissements.

Art. 150. Baux de location et de fermage

Le conseil arrête les conditions de location ou de fermage et de tous autres usages des produits et revenus des propriétés et droits de la commune.

S'il y a lieu, le conseil accorde aux locataires ou fermiers de la commune les remises qu'ils demandent, soit qu'ils aient le droit de les réclamer aux termes de la loi ou en vertu de leur contrat, soit qu'ils les sollicitent pour motif d'équité.

Art. 151. Marchés publics

§ 1^{er} - Le conseil choisit le mode de passation des marchés publics et des concessions de travaux ou de services et en fixe les conditions.

En cas d'urgence impérieuse résultant d'événements imprévisibles, le collège peut, de sa propre initiative, exercer les compétences visées à l'alinéa 1^{er}. Sa décision est communiquée au conseil qui en prend acte lors de sa prochaine séance.

§ 2 - Le conseil peut déléguer au collège ses compétences visées au § 1^{er}.

Le conseil peut déléguer ses compétences visées au § 1^{er} au directeur général pour des dépenses à concurrence de 2 000 euros relevant du budget ordinaire.

Le conseil peut accorder ces compétences au plus pour la durée de son mandat.

§ 3 - Le collège engage la procédure, attribue le marché public ou la concession de travaux ou de services et en assure l'exécution.

Dans les cas où la négociation est permise avec les soumissionnaires, le collège peut modifier les conditions du marché ou de la concession avant l'attribution. Sauf en cas d'application du § 2, alinéa 1^{er}, il en informe le conseil lors de sa prochaine séance.

Sans préjudice d'une délégation étendue et conformément à la législation applicable, le collège peut apporter au marché public ou à la concession de travaux ou de services toute modification en cours d'exécution, et ce, dans une limite financière de 10 % de la valeur initiale du marché dans le cas de marchés de fournitures et de services et de 15 % dans le cas de marchés de travaux.

CHAPITRE 3 - Régies communales

Section 1^{re} - Régies communales ordinaires**Art. 152.** Généralités

Les établissements et services communaux peuvent être organisés en régies et gérés en dehors des services généraux de la commune.

La gestion des régies se fait suivant des méthodes industrielles et commerciales.

L'exercice comptable des régies correspond à l'année civile.

Le compte des régies comprend le bilan, le compte d'exploitation et le compte de profits et pertes, arrêtés le 31 décembre de chaque année.

Les bénéfices nets des régies sont versés annuellement à la caisse communale.

Les autres règles propres à la gestion financière des régies sont déterminées par le Gouvernement.

Art. 153. Comptable

Les recettes et dépenses des régies communales peuvent être effectuées par un comptable spécial. Ce comptable est soumis aux mêmes règles que les directeurs financiers en ce qui concerne la nomination, les sanctions disciplinaires ainsi que la responsabilité.

Art. 154. Grandes régies

Les régies communales ordinaires qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et qui bénéficient de mises à disposition de ressources publiques tiennent, outre la comptabilité que leur imposent les dispositions légales et réglementaires régissant cette matière, une comptabilité faisant ressortir :

- 1° les mises à disposition de ressources publiques effectuées en leur faveur directement par les pouvoirs publics;
- 2° les mises à disposition de ressources publiques par les pouvoirs publics par l'intermédiaire d'entreprises publiques ou d'institutions financières;
- 3° l'utilisation effective de ces ressources publiques.

Ces données font partie intégrante des livres pour l'année comptable concernée.

Section 2 - Régies communales autonomes

Art. 155. Objet social

Le Gouvernement détermine les activités à caractère industriel ou commercial pour lesquelles le conseil peut créer une régie communale autonome dotée de la personnalité juridique.

Art. 156. Gestion

§ 1^{er} - Les régies communales autonomes sont gérées par un conseil d'administration et un comité de direction.

Le conseil communal désigne les membres du conseil d'administration de la régie communale autonome. Le conseil d'administration est composé de la moitié au plus du nombre de conseillers communaux, sans que ce nombre puisse dépasser dix-huit. La majorité du conseil d'administration est composée de conseillers communaux.

Les administrateurs sont désignés à la proportionnelle du conseil conformément aux articles 167 et 168 du Code électoral.

Chaque groupe politique démocratique non représenté conformément au système de la représentation proportionnelle visée à l'alinéa précédent, a droit à un siège. En ce cas, la majorité dans son ensemble recevra un nombre de sièges équivalent au nombre de sièges surnuméraires accordé aux groupes politiques ne faisant pas partie du pacte de majorité. En ce cas, la limite d'un nombre maximal d'administrateurs tel que fixé à l'alinéa précédent n'est pas d'application.

Il n'est pas tenu compte pour le calcul de cette proportionnelle du ou desdits groupes politiques qui ne respecteraient pas les principes démocratiques.

Les administrateurs représentant la commune sont de sexe différent.

Le conseil d'administration choisit un président parmi ses membres.

§ 2 - Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes utiles ou nécessaires à la réalisation de l'objet de la régie communale autonome.

Le conseil d'administration contrôle la gestion assurée par le comité de direction. Celui-ci fait régulièrement rapport au conseil d'administration.

En cas de partage des voix au sein du conseil d'administration, celle du président est prépondérante.

§ 3 - Le comité de direction est chargé de la gestion journalière, de la représentation quant à cette gestion, ainsi que de l'exécution des décisions du conseil d'administration. Il est composé d'un administrateur délégué et de quatre administrateurs-directeurs désignés par le conseil d'administration.

Le comité de direction est présidé par l'administrateur délégué. En cas de partage, sa voix est prépondérante.

Art. 157. Commissaires

Le contrôle de la situation financière et des comptes annuels des régies communales autonomes est confié à un collège de trois commissaires désignés par le conseil en dehors du conseil d'administration de la régie et dont l'un au moins a la qualité de membre de l'Institut des réviseurs d'entreprises.

Ce dernier excepté, les membres du collège des commissaires sont tous conseillers communaux.

Art. 158. Mandats

Les conseillers dont le mandat prend fin sont réputés démissionnaires de plein droit de la régie communale autonome.

Tous les mandats dans les différents organes des régies communales autonomes prennent fin lors de la première réunion du conseil d'administration suivant l'installation du conseil.

Art. 159. Compétences

§ 1^{er} - Les régies communales autonomes décident librement, dans les limites de leur objet, de l'acquisition, de l'utilisation et de l'aliénation de leurs biens corporels et incorporels, de la constitution ou de la suppression de droits réels sur ces biens, ainsi que de l'exécution de telles décisions et de leur mode de financement.

§ 2 - Elles peuvent prendre des participations directes ou indirectes dans des sociétés, associations et institutions de droit public ou de droit privé, ci-après dénommées les filiales, dont l'objet social est compatible avec leur objet.

Quelle que soit l'importance des apports des diverses parties à la constitution du capital social, la régie communale autonome dispose de la majorité des voix et assume la présidence dans les organes des filiales.

Les conseillers siégeant comme administrateur ou commissaire dans les organes d'une régie communale autonome ne peuvent détenir aucun mandat rémunéré d'administrateur ou de commissaire, ni exercer aucune activité salariée dans une filiale de cette régie.

Art. 160. Contrat de gestion

§ 1^{er} - La commune conclut un contrat de gestion avec la régie communale autonome. Ce contrat précise au minimum la nature et l'étendue des tâches que la régie communale autonome devra assumer, ainsi que les indicateurs permettant d'évaluer la réalisation de ses missions. Le contrat de gestion est établi pour une durée de trois ans et est renouvelable.

Le conseil d'administration établit chaque année un plan d'entreprise fixant les objectifs et la stratégie à moyen terme de la régie communale autonome, ainsi qu'un rapport d'activité. Le plan d'entreprise et le rapport d'activité sont communiqués au conseil.

§ 2 - Le conseil communal peut, à tout moment, demander au conseil d'administration d'une régie communale autonome un rapport sur ses activités ou sur certaines d'entre elles.

Art. 161. Législation applicable

Les articles 63, 130 à 144, 165 à 167, 517 à 530, 538, 540 et 561 à 567 du Code des sociétés sont applicables aux régies communales autonomes, à moins qu'il n'y soit dérogé expressément par le présent décret.

Les régies autonomes recourent à la comptabilité des entreprises conformément au Livre III du Code de droit économique.

Art. 162. Grandes régies

Les régies communales autonomes qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et qui bénéficient de mises à disposition de ressources publiques tiennent, outre la comptabilité que leur imposent les dispositions légales et réglementaires régissant cette matière, une comptabilité faisant ressortir :

- 1° les mises à disposition de ressources publiques effectuées en leur faveur directement par les pouvoirs publics;
- 2° les mises à disposition de ressources publiques par les pouvoirs publics par l'intermédiaire d'entreprises publiques ou d'institutions financières;
- 3° l'utilisation effective de ces ressources publiques.

Les régies communales autonomes qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et auxquelles des droits spéciaux ou exclusifs ont été attribués par un pouvoir public, ou qui sont chargées de la gestion d'un service d'intérêt économique général au sens de l'article 106 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et qui reçoivent une compensation de service public sous quelque forme que ce soit pour ce service, et qui en même temps exercent d'autres activités, doivent tenir en outre des comptes séparés.

Les comptes séparés doivent refléter les différentes activités exercées par la même entreprise ainsi que sa structure financière et organisationnelle en faisant ressortir :

- 1° les charges et produits associés aux différentes activités;
- 2° le détail de la méthode d'imputation ou de répartition des charges et produits entre les différentes activités.

Il conviendra que ces comptes, tels que précisés ci-avant, soient transmis au Gouvernement dans les trois mois de leur approbation par les organes concernés de l'association.

CHAPITRE 4 - Les finances

Section 1^{re} - Budget et comptes

Art. 163. Dispositions générales

L'exercice comptable des communes correspond à l'année civile.

Sont seuls considérés comme appartenant à un exercice les droits acquis à la commune ou les engagements pris à l'égard de ses créanciers pendant cet exercice, quel que soit l'exercice au cours duquel ils sont soldés.

Art. 164. Dépenses facultatives

Toute allocation pour dépense facultative qui aura été réduite par l'autorité de tutelle ne pourra être dépensée par le collège sans une nouvelle délibération du conseil qui l'y autorise.

Art. 165. Paiements

Aucun paiement sur la caisse communale ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une allocation portée au budget, d'un crédit spécial ou d'un crédit provisoire alloué dans les conditions et limites fixées par le Gouvernement.

Les membres du collège sont personnellement responsables des dépenses engagées ou mandatées par eux contrairement à l'alinéa 1^{er}.

Art. 166. Dépassement des articles budgétaires et transfert de moyens

§ 1^{er} - Aucun article des dépenses du budget ne peut être dépassé, et aucun transfert ne peut avoir lieu.

§ 2 - Néanmoins, lorsque, à la clôture d'un exercice, certaines allocations sont grevées d'engagements régulièrement et effectivement contractés en faveur des créanciers de la commune, la partie d'allocation nécessaire pour solder la dépense est transférée à l'exercice suivant par décision du collège, qui sera annexée au compte de l'exercice clos.

Il peut être disposé des allocations ainsi transférées sans nouvelle intervention du conseil.

Art. 167. Dépenses urgentes

Le conseil peut toutefois pourvoir à des dépenses réclamées par des circonstances impérieuses et imprévues.

Dans le cas où le moindre retard occasionnerait un préjudice évident, le collège peut, sous sa responsabilité, pourvoir à la dépense, à charge d'en donner, sans délai, connaissance au conseil qui délibère s'il admet ou non la dépense.

Les membres du collège qui auraient mandaté des dépenses payées en exécution des alinéas 1^{er} et 2, mais rejetées des comptes définitifs, sont personnellement tenus d'en verser le montant à la caisse communale.

Art. 168. Mandats de paiement

Les mandats sur la caisse communale, ordonnancés par le collège, doivent être signés par le bourgmestre ou par celui qui le remplace et par un échevin; ils sont contresignés par le directeur général.

Art. 169. Adoption du budget et règlement des comptes

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, les comptes annuels de l'exercice précédent.

Ces comptes annuels comprennent le compte budgétaire, le compte de résultats et le bilan.

Le rapport visé à l'article 28, § 1^{er}, alinéa 3, est joint aux comptes ainsi que la liste des adjudicataires de marchés pour lesquels le conseil a choisi le mode de passation et a fixé les conditions.

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, le projet de budget pour l'exercice suivant.

Art. 170. Publicité du budget et des comptes

Les budgets et les comptes sont déposés à la maison communale, où quiconque peut en prendre connaissance sans déplacement.

Cette possibilité de consultation est rappelée par voie d'affiches apposées à la diligence du collège dans le mois qui suit l'adoption des budgets et des comptes. La durée de l'affichage ne peut être inférieure à dix jours.

Art. 171. Équilibre budgétaire

En aucun cas, le budget des dépenses et des recettes des communes ne peut présenter un solde à l'ordinaire ou à l'extraordinaire en déficit, ni faire apparaître un équilibre ou un boni fictifs.

Art. 172. Règlement général de comptabilité communale

Le Gouvernement arrête les règles budgétaires, financières et comptables des communes, ainsi que celles relatives aux modalités d'exercice des fonctions de leurs comptables.

Art. 173. Charges et dépenses

§ 1^{er} - Le conseil est tenu de porter annuellement au budget des dépenses toutes celles que les lois mettent à la charge de la commune et spécialement les suivantes :

1° les secours aux fabriques d'église et aux établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, conformément aux dispositions applicables en la matière, en cas d'insuffisance constatée des moyens de ces établissements;

2° l'indemnité de logement des ministres des cultes, lorsque le logement n'est pas fourni en nature;

3° les dotations et autres dépenses prévues dans les dispositions y relatives en vigueur pour les CPAS, les zones de police et les zones de secours.

§ 2 - Lorsqu'une des dépenses obligatoires intéresse plusieurs communes, elles y concourent toutes proportionnellement à l'intérêt qu'elles peuvent y avoir. En cas de refus ou de désaccord, c'est le Gouvernement qui statue.

Section 2 - Recettes

Art. 174. Dispositions générales

§ 1^{er} - Si les recettes portées au budget sont insuffisantes pour payer une dette de la commune qui soit reconnue et exigible, ou une dette qui résulte d'une décision en dernier ressort de la juridiction judiciaire, le conseil propose les moyens d'y suppléer.

Le conseil est tenu de porter annuellement au budget, en les spécifiant, toutes les recettes quelconques de la commune et les excédents des exercices antérieurs.

§ 2 - Pour l'établissement et le recouvrement des taxes communales, il est procédé conformément au titre 5 du présent décret.

Les centimes additionnels communaux aux impôts de l'État et de la Région sont recouverts conformément aux règles établies pour la perception de l'impôt auxquelles ils s'ajoutent.

Section 3 - Prescription

Art. 175. Dispositions générales

Sans préjudice des dispositions de l'article 177, les règles de prescription du droit commun sont applicables aux communes, aux régies communales autonomes et aux intercommunales constituées exclusivement par des communes de la région de langue allemande.

Art. 176. Remboursements

§ 1^{er} - Sont définitivement acquises à ceux qui les ont reçues les sommes payées indûment par les communes, les régies communales autonomes et les intercommunales exclusivement constituées de communes de la région de langue allemande en matière de traitements, d'avances sur ceux-ci ainsi que d'indemnités, d'allocations ou de prestations qui sont accessoires ou similaires aux traitements, lorsque le remboursement n'en a pas été réclamé dans un délai de cinq ans à partir du 1^{er} janvier de l'année du paiement.

§ 2 - Pour être valable, la réclamation doit être notifiée au débiteur par lettre recommandée à la poste et contenir :

1° le montant total des sommes réclamées avec, par année, le relevé des paiements indus;

2° la mention des dispositions en violation desquelles les paiements ont été faits.

À dater du dépôt de la lettre recommandée à la poste, la répétition de l'indu peut être poursuivie pendant le délai fixé par le droit commun en matière de prescription de plaintes personnelles.

§ 3 - Le délai fixé au § 1^{er} est porté à dix ans lorsque les sommes indues ont été obtenues par des manœuvres frauduleuses ou par des déclarations fausses ou sciemment incomplètes.

Section 4 - Octroi et contrôle des subventions accordées par les communes

Art. 177. Champ d'application

La présente section s'applique aux subventions accordées par :

1° les communes;

2° les régies communales autonomes;

3° les établissements locaux chargés de la gestion du temporel des cultes;

4° les associations communales sans but lucratif;

5° tout autre établissement d'intérêt communal doté de la personnalité juridique et créé par ou en vertu d'un décret;

6° les associations de communes.

Sans préjudice de l'application de l'article 183 et d'obligations éventuellement imposées par le dispensateur de la subvention, cette section ne s'applique pas aux subventions d'une valeur inférieure à 2 500 euros.

Sans préjudice de l'application de l'article 183, le dispensateur peut exonérer le bénéficiaire de tout ou partie des obligations prévues par la présente section pour les subventions d'une valeur comprise entre 2 500 et 25 000 euros.

Art. 178. Définition

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par subvention tout avantage, quelles qu'en soient la forme ou la dénomination, octroyé à des fins d'intérêt public à l'exclusion :

1° des subventions soumises aux dispositions de la loi du 22 mai 2003 portant organisation du budget et de la comptabilité de l'État fédéral ou aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation de la Cour des Comptes;

2° des aides qui découlent d'une obligation imposée par ou en vertu d'une loi ou d'un décret;

3° des cotisations versées par les dispensateurs aux organismes dont ils sont membres, en échange de prestations spécifiques exécutées par ces organismes au profit des dispensateurs;

4° des prix décernés en reconnaissance ou en récompense des mérites de leur bénéficiaire;

5° des subventions octroyées par la commune au CPAS qui la dessert.

Art. 179. Documents à introduire

Le dispensateur peut exiger de tout demandeur la présentation des documents suivants :

1° le budget de l'exercice auquel se rattache la subvention;

2° le budget de l'évènement ou de l'investissement particulier que la subvention est destinée à financer;

3° ses comptes annuels les plus récents.

§ 2 - Le demandeur qui sollicite une subvention destinée à couvrir des dépenses déjà engagées joint, à sa demande, les justifications de ces dépenses.

Art. 180. Prise de décision

Sauf si un règlement du dispensateur ou une convention y pourvoit, la délibération portant octroi de la subvention précise au moins :

- 1° la nature de la subvention et son étendue;
- 2° l'identité du bénéficiaire;
- 3° les fins en vue desquelles la subvention est octroyée;
- 4° les conditions d'utilisation particulières, le cas échéant;
- 5° les justifications exigées du bénéficiaire ainsi que, le cas échéant, les délais dans lesquels ces justifications doivent être produites;
- 6° les modalités de liquidation de la subvention.

Le dispensateur sursoit à l'adoption de la délibération aussi longtemps que le bénéficiaire doit restituer une subvention précédemment reçue.

Art. 181. Obligations

Le bénéficiaire doit :

- 1° utiliser la subvention aux fins desquelles elle a été octroyée;
- 2° attester son utilisation au moyen des justifications exigées;
- 3° respecter les conditions d'utilisation particulières, le cas échéant.

Art. 182. Contrôle

Le dispensateur contrôle l'utilisation de la subvention au moyen des justifications introduites.

Il a également le droit de faire procéder sur place au contrôle de l'utilisation de la subvention octroyée.

Le dispensateur établit un rapport reprenant les résultats du contrôle.

Art. 183. Restitution

§ 1^{er} - Sans préjudice des dispositions résolutoires auxquelles la subvention est soumise, le bénéficiaire restitue celle-ci dans les cas suivants :

- 1° elle n'est pas utilisée aux fins desquelles elle a été octroyée;
- 2° les conditions d'octroi particulières n'ont pas été respectées;
- 3° les justifications demandées n'ont pas été introduites dans les délais;
- 4° le bénéficiaire s'oppose à l'exercice du contrôle sur place ou l'empêche.

Toutefois, dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 1° et 3°, le bénéficiaire ne restitue que la partie de la subvention qui n'a pas été utilisée aux fins desquelles elle a été octroyée ou qui n'est pas justifiée.

Pour les subventions en nature, la restitution se fait par équivalent.

§ 2 - Les dispensateurs qui ont le pouvoir d'établir des impositions directes sont autorisés à recouvrer par voie de contrainte les subventions sujettes à restitution. La contrainte est décernée par le comptable chargé du recouvrement. Elle est rendue exécutoire par l'autorité administrative habilitée à rendre exécutoire le rôle des impositions directes respectives desdits dispensateurs.

TITRE 5 - Établissement et recouvrement des taxes communales**Art. 184.** Champ d'application

Le présent titre s'applique aux taxes établies par les communes.

Il ne s'applique pas aux taxes additionnelles aux impôts de l'autorité fédérale ou régionale.

Art. 185. Recouvrement

Les taxes sont soit recouvrées par voie de rôle, soit perçues au comptant contre remise d'une preuve de paiement.

La taxe recouvrée par voie de rôle est payable dans les deux mois de l'envoi de l'avertissement-extrait de rôle.

Lorsque la perception ne peut pas être effectuée au comptant, la taxe est enrôlée et est immédiatement exigible.

Art. 186. Rôles d'imposition

§ 1^{er} - Les rôles sont arrêtés et rendus exécutoires par le collège au plus tard le 30 juin de l'année qui suit l'exercice.

Le rôle est transmis contre accusé de réception au directeur financier chargé du recouvrement qui assure sans délai l'envoi des avertissements-extraits de rôle. Cet envoi s'opère sans frais pour le redevable.

§ 2 - Les droits établis dans les rôles sont comptabilisés aux recettes de l'exercice au cours duquel les rôles sont rendus exécutoires.

§ 3 - Les rôles mentionnent :

- 1° le nom de la commune qui a établi la taxe;
- 2° les nom, prénoms ou dénomination sociale et l'adresse du redevable;
- 3° la date du règlement en vertu duquel la taxe est due;
- 4° la dénomination, l'assiette, le taux, le calcul et le montant de la taxe ainsi que l'exercice auquel elle se rapporte;
- 5° le numéro d'article;

6° la date du visa exécutoire;

7° la date d'envoi;

8° la date ultime du paiement;

9° le délai dans lequel le redevable peut introduire une réclamation, ainsi que la dénomination et l'adresse de l'instance compétente pour la recevoir.

Art. 187. Avertissement-extrait de rôle

L'avertissement-extrait de rôle indique la date d'envoi et porte les mentions indiquées à l'article 186, § 3.

Une synthèse du règlement en vertu duquel la taxe est due sera jointe.

Art. 188. Obligation de déclaration

Lorsque le règlement de taxation prévoit une obligation de déclaration, la non-déclaration dans les délais prévus par ce même règlement ou la déclaration incorrecte, incomplète ou imprécise de la part du redevable entraîne l'enrôlement d'office de la taxe.

Avant de procéder à la taxation d'office, le collège notifie au redevable, par lettre recommandée à la poste, les motifs du recours à cette procédure, les éléments sur lesquels la taxation est basée, ainsi que le mode de détermination de ces éléments et le montant de la taxe.

Le redevable dispose d'un délai de trente jours à compter de la date d'envoi de la notification pour faire valoir ses observations par écrit.

La taxation d'office ne peut être enrôlée valablement que pendant une période de trois ans à compter du 1^{er} janvier de l'exercice d'imposition. Ce délai est prolongé de deux ans en cas d'infraction au règlement de taxation commise dans une intention frauduleuse ou à dessein de nuire.

Le règlement de taxation peut prévoir que les taxes enrôlées d'office sont majorées d'un montant qu'il fixe et qui ne peut dépasser le double de la taxe qui est due. Le montant de cette majoration est également enrôlé.

Art. 189. Procès-verbaux

Les infractions visées à l'article 188, alinéa 1^{er}, sont constatées par les fonctionnaires assermentés et spécialement désignés à cet effet par le collège.

Les procès-verbaux qu'ils rédigent font foi jusqu'à preuve du contraire.

Art. 190. Contrôle

Tout redevable est tenu, à la demande de l'administration et sans déplacement, de produire tous les livres et documents nécessaires à l'établissement de la taxe.

Les redevables sont également tenus d'accorder le libre accès aux immeubles, bâtis ou non, susceptibles de constituer ou de contenir un élément imposable ou dans lesquels s'exerce une activité imposable, aux fonctionnaires désignés conformément à l'article 189 et munis de leur lettre de désignation.

Ces fonctionnaires ne peuvent toutefois pénétrer dans les bâtiments ou les locaux habités que de cinq heures du matin à neuf heures du soir et uniquement avec l'autorisation du juge du tribunal de police.

Art. 191. Réclamations

Le redevable peut introduire auprès du collège une réclamation contre une taxe communale. Celui-ci agit en tant qu'autorité administrative.

Le Gouvernement détermine la procédure applicable à cette réclamation.

Art. 192. Recours

La décision prise par le collège peut faire l'objet d'un recours devant le tribunal de première instance dans le ressort duquel la taxe a été établie.

À défaut de décision, la réclamation est réputée fondée.

Le jugement du tribunal de première instance est susceptible d'opposition ou d'appel.

L'arrêt de la Cour d'appel peut faire l'objet d'un pourvoi en cassation.

Art. 193. Législation applicable

Les formes, délais ainsi que la procédure applicables aux recours visés à l'article 192 sont réglés comme en matière d'impôts d'État sur le revenu et sont valables pour toutes les parties en cause.

Sans préjudice des dispositions du présent titre, les dispositions du titre VII, chapitres 1^{er}, 3, 4, 7 à 10, ainsi que les articles 355, 356 et 357 du Code des impôts sur les revenus 1992 et les articles 126 à 175 de l'arrêté d'exécution de ce Code sont applicables aux taxes communales pour autant qu'elles ne concernent pas spécialement les impôts sur les revenus.

TITRE 6 - Responsabilité civile des communes et procédures judiciaires

Art. 194. Responsabilité de la commune

Le bourgmestre ou l'échevin qui fait l'objet d'une action en dommages et intérêts devant la juridiction civile ou répressive peut appeler à la cause la Communauté germanophone ou la commune.

La Communauté germanophone ou la commune peut intervenir volontairement.

La commune est civilement responsable du paiement des amendes auxquelles sont condamnés le bourgmestre et/ou un échevin à la suite d'une infraction commise dans l'exercice normal de leurs fonctions.

L'action récursoire de la commune à l'encontre du bourgmestre, d'un ou des échevins condamnés est limitée au dol, à la faute lourde ou à la faute légère présentant un caractère habituel.

Art. 195. Assurance en protection juridique

La commune est tenue de contracter une assurance visant à couvrir la responsabilité civile, en ce compris l'assistance en justice, qui incombe personnellement au bourgmestre et aux échevins dans l'exercice normal de leurs fonctions.

Le Gouvernement arrête les modalités d'exécution de la présente disposition.

Art. 196. Actions judiciaires

Le collège représente la commune en justice. Il intente les actions en référé et les actions possessoires. Il pose tout acte conservatoire ou interruptif de prescription ou de déchéance.

Toutes les autres actions où la commune est demanderesse ne peuvent être intentées par le collège que moyennant autorisation du conseil.

Art. 197. Démarches judiciaires au nom de la commune

À défaut du collège, un ou plusieurs habitants peuvent ester en justice au nom de la commune, en offrant, sous caution, de se charger personnellement des frais de procédure et de répondre des condamnations qui seraient prononcées.

Ce droit revient également aux personnes morales dont le siège social se trouve dans la commune.

La commune ne pourra transiger sur le procès sans l'intervention de celui ou de ceux qui auront poursuivi l'action en leur nom.

Sous peine d'irrecevabilité de la plainte, les personnes mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2 peuvent ester en justice au nom de la commune uniquement si elles ont mis le collège en demeure en raison de son manquement et si la commune n'a entrepris aucune action légale dans un délai de dix jours à compter de la réception de ladite mise en demeure. Par ailleurs, une copie de l'acte introductif d'instance doit être fournie au collège. En cas d'urgence, aucune mise en demeure n'est nécessaire.

TITRE 7 - Dispositions finales

Art. 198. Disposition modificative

À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs, le *a*) est remplacé par ce qui suit :

« a) aux autorités administratives :

- relevant de la Communauté germanophone;
- relevant d'une des communes de la région de langue allemande; ».

Art. 199. Disposition modificative

Dans l'article 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « ou le conseil communal, selon le cas, » sont insérés entre les mots « par le gouvernement » et les mots « et ne dépassera pas ».

Art. 200. Disposition modificative

Dans l'article 4, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « Le Gouvernement de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ou le conseil communal, selon le cas, ».

Art. 201. Disposition modificative

Dans l'article 5, § 3, du même décret, les mots « ou d'une commune de la région de langue allemande, selon le cas, » sont insérés entre les mots « Une autorité administrative de la Communauté germanophone » et les mots « peut rejeter une demande ».

Art. 202. Disposition modificative

Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « ou d'une commune de la région de langue allemande, selon le cas, » sont insérés entre les mots « de la Communauté germanophone » et les mots « incluant une œuvre protégée ».

Art. 203. Disposition modificative

L'article 8 du même décret est abrogé.

Art. 204. Disposition modificative

À l'article 2, 1^o, du décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public, les modifications suivantes sont apportées :

1^o il est inséré un b.1) rédigé comme suit :

« b.1) les communes, centres publics d'action sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande; »

2^o dans le *c*), troisième tiret, les mots « litteras *a*) et *b*) » sont remplacés par les mots « litteras *a*), *b*) ou *b.1*) »;

3^o dans le *d*), les mots « litteras *a*), *b*) et *c*) » sont remplacés par les mots « *a*), *b*), *b.1*) ou *c*) ».

Art. 205. Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1^o dans la première partie du Code : les Livres I^{er}, II et III, à l'exception des articles L1234-1 à 1234-6;

2^o dans la troisième partie du Code : les Livres II et III pour autant qu'ils concernent les communes.

Art. 206. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur lors du prochain renouvellement intégral des conseils communaux des communes de la région de langue allemande.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 23 avril 2018.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2017-2018

Documents parlementaires : 223 (2017-2018) n° 1 Projet de décret

223 (2017-2018) n°s 2 à 4 Propositions d'amendement

223 (2017-2018) n° 5 Rapport + Erratum

223 (2017-2018) n° 6 Propositions d'amendement au texte adopté par la commission

Compte rendu intégral : 23 avril 2018 - n° 50 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/202508]

23 APRIL 2018. — Gemeentedecreet

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

TITEL 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1. Toepassingsgebied

Dit decreet regelt de organisatie van de gemeenten van het Duitse taalgebied.

Art. 2. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° Wetboek: het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie zoals van toepassing op het Duitse taalgebied;

2° raad: de gemeenteraad of stadsraad;

3° college: het gemeentecollege of stadscollege;

4° directeurs: de directeur-generaal en de financieel directeur;

5° fractie: de in artikel 40 vermelde, op dezelfde lijst gedurende de verkiezingen gekozen raadsleden die een fractie vormen waarvan de benaming die van voornoemde lijst is;

6° fractie die de beginselen van de democratie niet in acht neemt: fractie die in het bijzonder bedoeld wordt in het Verdrag tot bescherming van de Rechten van de Mens en de Fundamentele Vrijheden, in de in België rechtsgeldige aanvullende protocollen bij dat verdrag, in de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en in de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd of de fractie(s) waarvan een lid de voormelde beginselen en wetgevingen niet naleeft en de fractie(s) waarvan een lid bestuurder van een vereniging was op het ogenblik van de feiten op grond waarvan ze veroordeeld werd wegens een strafbaar feit bepaald in de wet van 30 juli 1981 of in de wet van 23 maart 1995;

7° onderwijspersoneel: het personeel vermeld in artikel 24 van de Grondwet;

8° OCMW: openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn.

Art. 3. Termijnen

Alle, in dit decreet vermelde termijnen zijn uitgedrukt in kalenderdagen, behoudens andersluidende bepalingen.

De vervalddag wordt meegerekend in de termijn. Als die dag op een zaterdag, zondag of feestdag valt, wordt hij verschoven naar de volgende werkdag.

Als feestdagen in de zin van dit decreet gelden: 1 januari, carnavalsmaandag, paasmaandag, 1 mei, Hemelvaartdag, pinkstermaandag, 21 juli, 15 augustus, 1, 2, 11 en 15 november, 25 en 26 december, alsook de bij decreet of bij besluit van de Regering vastgestelde dagen.

Art. 4. Gelijkheid van de geslachten

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 5. Gemeentenamen

De Regering bepaalt de schrijfwijze van de namen van de gemeenten en de gehuchten.

Art. 6. Bevoegdheden

Tot de bevoegdheden van de gemeenten behoren inzonderheid, onverminderd de taken die bij wet of decreet aan hen worden toevertrouwd:

1° het beheer van de goederen en inkomsten van de gemeente;

2° de vaststelling en de verrichting van de uitgaven van de gemeente die met geld van de gemeente moeten worden betaald;

3° de leiding en uitvoering van de openbare werken die ten laste van de gemeente vallen;

4° het beheer van de inrichtingen die aan de gemeente toebehoren, die op haar kosten worden onderhouden of die in het bijzonder voor gebruik door haar inwoners bestemd zijn.

Art. 7. Classificatie

Bij elke algehele vernieuwing van de raden brengt de Regering de in de artikelen 10, 43, 52 en 91 bepaalde classificatie van de gemeenten in overeenstemming met het bevolkingscijfer. Het aantal inwoners dat in overweging wordt genomen, is het aantal personen ingeschreven in het Rijksregister der natuurlijke personen die op 1 januari van het jaar van de algehele vernieuwing zijn hoofdverblijfplaats heeft in de betrokken gemeente.

Uiterlijk op 1 mei van het jaar waarin de algehele vernieuwing van de raden plaatsvindt, maakt de Regering de bevolkingscijfers van de gemeenten bekend in het *Belgisch Staatsblad*.

Art. 8. Gemeentebestuur

Er is in iedere gemeente een gemeentebestuur, samengesteld uit de raadsleden, de burgemeester en de schepenen.

De raadsleden en collegeleden die aftreden bij een algehele vernieuwing en de ontslagnemende leden blijven in functie tot de installatie van hun opvolgers heeft plaatsgehad.

Onverminderd artikel 41, § 4, regelen de aftredende raad en het aftredende college de lopende zaken tot de installatie van hun opvolgers heeft plaatsgehad.

TITEL 2 - Organisatie van de gemeente**HOOFDSTUK 1 - Gemeenteraad of stadsraad****Afdeling 1 - Wijze van aanwijzing en statuut van de raadsleden****Art. 9. Verkiezing**

De raden worden om de zes jaar volledig vernieuwd.

De raadsleden worden rechtstreeks gekozen door de kiezers van de gemeente.

De raad wordt geïnstalleerd op de eerste maandag van de maand december na de verkiezingen. Als dat een feestdag is, wordt de raad geïnstalleerd op de eerstvolgende werkdag.

Art. 10. Aantal leden

De raad, met inbegrip van burgemeester en schepenen, bestaat uit:

- 11 leden in gemeenten met 0 tot 2.999 inwoners;
- 13 leden in gemeenten met 3.000 tot 3.999 inwoners;
- 15 leden in gemeenten met 4.000 tot 4.999 inwoners;
- 17 leden in gemeenten met 5.000 tot 6.999 inwoners;
- 19 leden in gemeenten met 7.000 tot 8.999 inwoners;
- 21 leden in gemeenten met 9.000 tot 11.999 inwoners;
- 23 leden in gemeenten met 12.000 tot 14.999 inwoners;
- 25 leden in gemeenten met 15.000 tot 19.999 inwoners;
- 27 leden in gemeenten met 20.000 tot 24.999 inwoners;
- 29 leden in gemeenten met 25.000 tot 29.999 inwoners;
- 31 leden in gemeenten met 30.000 tot 34.999 inwoners;
- 33 leden in gemeenten met 35.000 tot 39.999 inwoners;
- 35 leden in gemeenten met meer dan 40.000 inwoners.

De raad blijft uit het aantal leden bepaald in het eerste lid bestaan, zelfs wanneer een lid van het college niet uit zijn midden wordt gekozen.

Art. 11. Afstand

Elke gekozen kandidaat kan na de geldigverklaring van zijn verkiezing en vóór zijn installatie schriftelijk afstand doen van zijn mandaat. Die afstand wordt rechtsgeldig wanneer de raad ervan kennis heeft genomen.

Art. 12. Onverenigbaarheden

Een tot raadslid gekozen kandidaat die personeelslid van de gemeente is, die een met dat mandaat onverenigbaar ambt uitoefent, die deel heeft aan een onderneming of een beroep of ambacht uitoefent waarvoor hij van de gemeente een wedde of toelagen ontvangt, mag niet tot de eedaflegging worden toegelaten zolang de reden voor de onverenigbaarheid bestaat.

Wanneer een gekozen kandidaat binnen een maand nadat het college hem daartoe aangemaand heeft het met het mandaat onverenigbaar ambt niet heeft neergelegd of geen afstand heeft gedaan van de door de gemeente betaalde wedde of toelage, wordt ervan uitgegaan dat hij het mandaat niet aanneemt.

Art. 13. Verlies van het mandaat

Een raadslid mag zijn ambt niet verder uitoefenen, wanneer het niet meer voldoet aan één van de verkiesbaarheidsvereisten.

Het college stelt de raad en de betrokkene daarvan in kennis. Laatstgenoemde kan zijn verweermiddelen binnen een termijn van 14 dagen schriftelijk meedelen aan het college. Indien het college bij zijn standpunt blijft, neemt de raad het verlies van de verkiesbaarheidsvereiste(n) ter kennis en stelt de ontzetting uit het ambt van rechtswege vast. Hij leidt de procedure voor de vervanging van het betrokken lid in.

De directeur-generaal bezorgt dat besluit aan de betrokkene. Tegen dat besluit kan binnen acht dagen na kennisgeving ervan beroep worden ingesteld overeenkomstig artikel 16 van de gecoördineerde wetten op de Raad van State.

Indien de betrokkene zijn ambt blijft uitoefenen hoewel hij, zelfs bij ontstentenis van enige kennisgeving, kennis heeft van de oorzaak van de ontzetting uit het ambt, is hij strafbaar met de straffen bepaald in artikel 262 van het Strafwetboek.

Art. 14. Ontslag

Het raadslid deelt zijn ontslag uit het ambt schriftelijk mee aan de raad. Deze neemt op zijn eerstvolgende vergadering kennis van het ontslag.

Het ontslag wordt werkzaam de datum waarop de raad er kennis van genomen heeft. De directeur-generaal bezorgt dat besluit van de raad aan betrokkene. Tegen dat besluit kan binnen acht dagen na kennisgeving ervan beroep worden ingesteld op basis van artikel 16 van de gecoördineerde wetten van de Raad van State.

Art. 15. Verloven

§ 1 - Het raadslid kan verlof nemen naar aanleiding van de geboorte of adoptie van een kind. Dat verlof duurt hoogstens twintig weken en eindigt uiterlijk twintig weken na de geboorte of adoptie van het kind.

Bij een afwezigheid wegens ziekte van minstens zes maanden kan het raadslid verlof nemen tijdens de hele duur die door het medisch attest gedekt is.

Dat verlof moet schriftelijk worden meegedeeld aan het college, met vermelding van de begin- en einddatum en, in voorkomend geval, vergezeld van het medisch attest.

§ 2 - Indien gebruik wordt gemaakt van de verloven bedoeld in paragraaf 1 gaat de raad over tot de vervanging van het raadslid voor de duur van het verlof indien de meerderheid van de leden van de fractie waartoe hij behoort, erom verzoekt.

Het lid wordt vervangen door iemand van zijn lijst die als eerste gerangschikt is overeenkomstig artikel L4145-14 van het Wetboek, nadat de raad diens mandaat onderzocht heeft.

Art. 16. Vergoedingen

§ 1 - De raadsleden krijgen geen wedde.

Overeenkomstig de nadere regels vervat in het reglement van orde krijgen ze presentiegeld indien zij de vergaderingen van de raad en van de commissies bijwonen.

Indien de voorzitter van de vergadering geen lid is van het college, ontvangt hij een dubbel presentiegeld per raadsvergadering die hij voorziet. Hij ontvangt geen andere voordelen of vergoedingen.

De raad bepaalt het bedrag van het presentiegeld.

Het presentiegeld bedraagt tussen 37,18 euro en 125 euro. Dat minimumbedrag en dat maximumbedrag zijn gekoppeld aan de spilindex 138.01.

§ 2 - De som van het presentiegeld van het raadslid en van de bezoldigingen en voordelen in natura die hij wegens zijn oorspronkelijke mandaat, zijn afgeleide mandaten en zijn openbare mandaten, functies en ambten van politieke aard zoals omschreven in artikel L5111-1 van het Wetboek krijgt, is gelijk aan of lager dan anderhalve keer de parlementaire vergoeding van de leden van het federale parlement.

Indien dat maximumbedrag overschreden wordt, wordt het bedrag van het presentiegeld en/of de bezoldigingen en voordelen in natura die het raadslid wegens zijn afgeleide mandaten en zijn openbare mandaten, functies en ambten van politieke aard heeft gekregen, dienovereenkomstig verminderd.

§ 3 - De raad kan het presentiegeld van een raadslid dat andere wedden, pensioenen, vergoedingen of toelagen uit wetten of regelgevingen geniet, op de door de Regering bepaalde wijze verhogen met een bedrag dat het door betrokkene geleden inkomensverlies compenseert, voor zover de mandataris er zelf om verzoekt.

Het bedrag van het presentiegeld, vermeerderd met het bedrag ter compensatie van het inkomensverlies, mag nooit hoger zijn dan de wedde van een schepen van een gemeente met 50.000 inwoners.

Art. 17. Raadslid met een beperking

Een raadslid dat wegens een beperking zijn mandaat niet alleen kan uitoefenen, mag zich laten bijstaan door een vertrouwenspersoon. Die vertrouwenspersoon is een kiezer van de gemeente die voldoet aan de verkiesbaarheidsvereisten voor het mandaat van raadslid en maakt geen deel uit van het personeel van de gemeente of van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de betrokken gemeente.

Voor de toepassing van het eerste lid stelt de Regering de criteria tot bepaling van de hoedanigheid van 'raadslid met een beperking' vast.

Bij het verstrekken van die bijstand beschikt de vertrouwenspersoon over dezelfde middelen en is onderworpen aan dezelfde verplichtingen als het raadslid. De raad kan in zijn reglement van orde bepalen dat die vertrouwenspersoon overeenkomstig artikel 16 presentiegeld krijgt.

Afdeling 2 - Vergaderingen, beraadslagingen en besluiten van de gemeenteraden of stadsraden

Art. 18. Huishoudelijk reglement

§ 1 - De raad keurt een reglement van orde goed.

Dat regelt op zijn minst:

- de vaststelling van een voorrangstabel van de raadsleden;
- de organisatie van de gemeenschappelijke vergaderingen met de raad voor maatschappelijk welzijn;
- de in artikel 16 bepaalde vergoedingen van de raadsleden;
- de toepassing van de in artikel 19 bepaalde rechten van de raadsleden;

- de in artikel 21 bepaalde bijeenroeping van de raad, alsook de nadere regels voor de inzage in de stukken van de raadsvergadering;
- de interpellaties bepaald in artikel 33;
- de samenstelling en de werkwijze van de commissies bepaald in artikel 37;
- de samenstelling en de taken van de in artikel 38 vermelde adviesraden;
- de voorwaarden voor een aanvraag tot afwijking van artikel 38, § 2, eerste lid;
- de dag/dagen van de vergaderingen van het college overeenkomstig artikel 57.

Het reglement van orde kan aanvullende maatregelen bevatten, in het bijzonder:

- de vergoeding van de vertrouwenspersoon voor het raadslid met een beperking, bepaald in artikel 17, derde lid;
- aanvullende mogelijkheden om de raadsvergaderingen bekend te maken overeenkomstig artikel 22;
- aanvullende goedkeuringsprocedures in de raad, overeenkomstig artikel 31;
- de in artikel 77 bepaalde toegang tot het informatieblad van de gemeente.

§ 2 - Het reglement van orde bevat beroeps- en ethiekregels. Die waarborgen in het bijzonder:

- de weigering van een mandaat dat niet volledig uitgeoefend kan worden;
- de regelmatige deelname aan de vergaderingen van de raad, van het college en van de commissies;
- de verhoudingen tussen de gekozenen en het bestuur;
- de bereidheid om naar de burgers te luisteren;
- de informatieverstrekking aan de burgers.

Art. 19. Rechten van de raadsleden

Geen akte en geen stuk betreffende het bestuur van de gemeente mag aan het onderzoek van de raadsleden worden onttrokken.

De raadsleden kunnen een kopie van die akten en stukken ontvangen. Ze hebben toegang tot de gemeentelijke instellingen en gemeentediensten.

De eventueel voor de kopie gevraagde vergoeding mag niet hoger zijn dan de kostprijs.

De notulen van de vergaderingen van het college worden ter beschikking gesteld van de raadsleden via een beschermd internetplatform.

De raadsleden kunnen het college mondelinge vragen stellen over actuele aangelegenheden en kunnen het college schriftelijke vragen stellen over besluiten van het college of van de raad, respectievelijk over adviezen van het college of de raad, voor zover die betrekking hebben op een aangelegenheid die het grondgebied van de gemeente betreft.

Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van dit artikel.

Art. 20. Vergaderritme

De raad vergadert zo dikwijls als de zaken die tot zijn bevoegdheid behoren, het vereisen en minstens tien keer per jaar.

De raad kan gemeenschappelijke vergaderingen met de raad voor maatschappelijk welzijn houden.

Art. 21. Bijeenroeping

§ 1 - Het college roept de raad bijeen op eigen initiatief of op verzoek van één derde van de zitting hebbende raadsleden.

Als de raad in de loop van een kalenderjaar minder dan tien keer bijeengekomen is, moet het college, in afwijking van het eerste lid, de raad op verzoek van één vierde van de zitting hebbende raadsleden in het daaropvolgende jaar bijeenroepen.

§ 2 - Behalve in spoedeisende gevallen geschiedt de oproeping schriftelijk en aan huis, tenminste zeven dagen vóór de dag van de vergadering; in de oproeping wordt de agenda vermeld. Voor de toepassing van artikel 25, derde lid, wordt die termijn echter ingekort tot twee dagen.

De agendapunten worden duidelijk vermeld. Daarbij wordt een samenvattende toelichting of een ontwerp van besluit gevoegd.

Als het raadslid daarom schriftelijk verzoekt, kunnen de oproeping en de desbetreffende stukken per e-mail verzonden worden.

Het college stelt een persoonlijk e-mailadres ter beschikking van elk raadslid dat daarom verzoekt.

§ 3 - De raadsleden kunnen alle stukken die betrekking hebben op de agendapunten ter plaatse inzien.

De directeurs en de door hen aangewezen personeelsleden staan ter beschikking van de raadsleden voor technische uitleg en dit op minstens twee tijdstippen vóór de vergadering. Van die tijdstippen ligt één binnen de gewone kantooruren en één buiten de gewone kantooruren.

§ 4 - Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van de paragrafen 2 en 3.

Art. 22. Bekendmaking van de vergadering

Plaats, dag, uur en agenda van de openbare vergadering worden ter kennis gebracht via bekendmaking op het gemeentehuis en via bekendmaking op de website van de gemeente; voor die bekendmaking gelden dezelfde termijnen als voor de bijeenroeping van de raad.

In het reglement van orde kunnen andere bekendmakingsvormen bepaald worden.

De pers wordt uitgenodigd op de vergaderingen; de agenda wordt bij de uitnodiging gevoegd.

Art. 23. Voorzitterschap

De raad wordt voorgezeten door de burgemeester of door zijn vervanger.

Vóór de goedkeuring van het meerderheidspact vermeld in artikel 41 wordt de raad voorgezeten door het raadslid dat op het einde van de vorige zittingsperiode de functie van burgemeester heeft uitgeoefend of, bij ontstentenis, een functie heeft uitgeoefend van schepen met de hoogste rang of, bij ontstentenis, een functie van raadslid met de meeste anciënniteit in de gemeenteraad of stadsraad.

Bij ontstentenis wordt de raad voorgezeten door de kandidaat die bij de laatste verkiezingen de meeste voorkeurstemmen heeft verkregen op de lijst met het hoogste stemcijfer.

Art. 24. Verloop van de vergadering

§ 1 - De voorzitter opent en sluit de vergadering. Hij is belast met de ordehandhaving in de vergadering. Hij kan, na een voorafgaande waarschuwing, terstond iedere persoon uit de zaal doen verwijderen die openlijk tekens van goed- of afkeuring geeft of op enigerlei wijze tumult veroorzaakt.

Bovendien kan hij proces-verbaal opmaken tegen de overtreder en hem verwijzen naar de politierechtbank, die hem kan veroordelen tot een geldboete van 1 tot 25 euro of tot een gevangenisstraf van één tot drie dagen, onverminderd andere vervolgingen.

§ 2 - De notulen van de vorige vergadering worden minstens zeven dagen vóór de dag van de vergadering en in de spoedeisende gevallen bedoeld in artikel 21, § 2, samen met de agenda ter beschikking gesteld van de raadsleden.

Elk raadslid heeft het recht tijdens de vergadering opmerkingen te maken over de redactie van de notulen. Indien die opmerkingen worden aangenomen, legt de directeur-generaal nog tijdens de vergadering of ten laatste op de volgende vergadering een nieuwe tekst voor die in overeenstemming is met de beslissing van de raad.

Indien er geen opmerkingen worden gemaakt vóór het einde van de vergadering, worden de notulen als goedgekeurd beschouwd en worden zij ondertekend door de burgemeester en de directeur-generaal.

De raad kan beslissen dat de notulen geheel of gedeeltelijk tijdens de vergadering opgemaakt en door de aanwezige leden ondertekend worden.

Art. 25. Aanwezigheidsquorum

De raad kan alleen beraadslagen en besluiten wanneer de meerderheid van de zitting hebbende leden aanwezig is.

De raad kan evenwel, indien hij tweemaal bijeengeroepen is zonder dat het vereiste aantal leden is opgekomen, na een derde en laatste oproeping, ongeacht het aantal aanwezige leden, op geldige wijze beraadslagen en besluiten over de onderwerpen die voor de derde maal op de agenda voorkomen.

De tweede en de derde oproeping geschieden overeenkomstig artikel 21 en vermelden of de oproeping voor de tweede of de derde maal geschiedt. In de derde oproeping worden het eerste en het tweede lid van dit artikel bovendien woordelijk overgenomen.

Art. 26. Belangenconflicten

§ 1 - Het is de leden van de raad en van het college verboden:

1° aanwezig te zijn bij een beraadslaging over zaken waarbij ze persoonlijk of als gelastigde een rechtstreeks belang hebben of waarbij hun bloed- of aanverwanten tot en met de vierde graad een persoonlijk en rechtstreeks belang hebben;

2° aanwezig te zijn bij het onderzoek van de rekeningen der aan de gemeente ondergeschikte openbare besturen waarvan ze lid zijn.

Inzake voordrachten van kandidaten, benoemingen in betrekkingen en tuchtrechtelijke vervolgingen geldt het verbod vermeld in het eerste lid, 1°, enkel ten aanzien van bloed- of aanverwanten tot en met de tweede graad.

Elk lid van de raad of van het college dat onder één van die verboden valt, verlaat spontaan de beraadslaging.

§ 2 - Het is elk lid van de raad of van het college, alsook de directeurs verboden:

1° rechtstreeks of onrechtstreeks deel te nemen aan enige dienstverlening, levering of aanbesteding voor de gemeente;

2° als advocaat, notaris of zaakwaarnemer op te treden in rechtsgedingen ingesteld tegen de gemeente;

3° als raadsman van een personeelslid op te treden in tuchtaangelegenheden;

4° als afgevaardigde van een vakverbond op te treden in een onderhandelings- of overlegcomité van de gemeente.

Leden van de raad of van het college mogen in het belang van de gemeente pleiten, in geschillen advies geven of in geschillen optreden, maar alleen als ze dat kosteloos doen.

Art. 27. Openbaarheid van de vergaderingen

De vergaderingen van de raad zijn openbaar, behalve wanneer het om personen gaat. Zodra een dergelijk punt te berde wordt gebracht, beveelt de voorzitter de behandeling in besloten vergadering.

Voor de toepassing van dit artikel worden volgende kwesties in ieder geval niet als personenkwesies beschouwd:

1° de aanwijzing van de vertegenwoordigers van de gemeente in openbare ambten of mandaten;

2° onroerende goederen;

3° aanvragen inzake ruimtelijke ordening, stedenbouw en milieu.

Behoudens artikel 28 kan de raad, die uitspraak doet bij een meerderheid van twee derde van de aanwezige leden, in het belang van de openbare orde en op grond van ernstige bezwaren, besluiten om een besloten vergadering te houden.

De besloten vergadering wordt na de openbare vergadering gehouden, behalve in tuchtrechtelijke aangelegenheden.

Indien tijdens de openbare vergadering blijkt dat een punt verder behandeld moet worden in een besloten vergadering, kan de openbare vergadering om die enkele reden onderbroken worden.

Art. 28. Beraadslaging over de begroting en de rekeningen

§ 1 - Uiterlijk zeven dagen voor de vergadering waarop de raad beraadslaagt over de begroting, een begrotingswijziging of de rekeningen, bezorgt het college aan elk raadslid een exemplaar van het desbetreffende ontwerp.

Het ontwerp wordt meegedeeld zoals het voor beraadslaging en besluit wordt voorgelegd aan de raad, samen met de bijlagen die vereist voor zijn definitieve vaststelling, met uitzondering van, voor wat betreft de rekeningen, de verantwoordingsstukken.

Bij het ontwerp van de begroting en van de rekeningen wordt een verslag met een algemeen overzicht gevoegd.

Het begrotingsverslag bevat in het bijzonder een overzicht van het algemeen en het financieel beleid van de gemeente, alsook de toestand van het bestuur en van de zaken van de gemeente.

Het verslag dat verband houdt met de rekeningen bevat een overzicht van het beheer van de gemeentefinanciën tijdens het begrotingsjaar waarop die rekeningen betrekking hebben.

De vergadering van de raad is openbaar.

Voordat de raad beraadslaagt, licht het college de inhoud van het verslag toe.

§ 2 - Het college bezorgt de representatieve vakbondsorganisaties de volgende documenten binnen vijf dagen nadat ze zijn aangenomen:

1° de begroting en begrotingswijzigingen;

2° de rekeningen.

Bij de begroting en de rekeningen wordt informatie gevoegd over de structuur, de evolutie en de vooruitzichten inzake tewerkstelling, alsook over het personeel dat gedurende het hele referentiejaar of een deel van het referentiejaar wordt tewerkgesteld. Die informatie kan elektronisch worden meegedeeld.

Als de representatieve vakorganisaties binnen vijf dagen na overzending van de documenten bedoeld in het eerste lid hierom verzoeken, nodigt het college ze zo snel mogelijk uit op een specifieke informatiesessie waarop die documenten worden voorgesteld en uitgelegd.

Art. 29. Aanvullende agendapunten

De raad mag alleen beraadslagen over punten die niet op de agenda staan, als twee derde van de aanwezige leden die punten als dringend beschouwt.

Voorstellen die niet op de agenda staan, worden minstens vijf dagen voor de vergadering aan het college gericht. Daarbij wordt een samenvattende toelichting en een ontwerp van besluit gevoegd. De leden van het college kunnen geen gebruik maken van die mogelijkheid.

Het college deelt de aanvullende agendapunten onmiddellijk mee aan de raadsleden.

Art. 30. Besluitquorum

§ 1 - De besluiten worden bij volstreekte meerderheid van stemmen genomen. Bij staking van stemmen wordt het voorstel als verworpen beschouwd.

§ 2 - De raad stemt over de gehele begroting en over alle rekeningen.

Elk raadslid kan echter eisen dat over één of meer begrotingsartikelen of begrotingsposten of over één of meer groepen van begrotingsartikelen die door het raadslid worden bepaald, afzonderlijk gestemd wordt.

In dat geval geschiedt de stemming over het geheel enkel na de stemming over het artikel of de artikelen, de groepen van artikelen of posten die op die wijze zijn bepaald, en de stemming heeft betrekking op de artikelen of posten waarvoor geen enkel lid de afzonderlijke stemming heeft gevraagd, en op de artikelen die reeds bij afzonderlijke stemming zijn aangenomen.

Art. 31. Stemregels

De raadsleden stemmen mondeling.

Het reglement van orde kan in een stemprocedure voorzien die gelijkwaardig is met de mondelinge stemming. Als dusdanig worden beschouwd: de mechanisch uitgebrachte naamstem en de stemming bij handopsteking. Er wordt echter altijd mondeling gestemd als een derde van de aanwezige leden daarom verzoekt.

In afwijking van het eerste lid wordt over voordrachten van kandidaten, benoemingen in betrekkingen, indisponibiliteitsstellingen, preventieve schorsingen in het belang van de dienst en tuchtstraffen bij geheime stemming gestemd.

Art. 32. Stemming over personen

Wordt bij benoemingen of voordrachten van kandidaten de vereiste meerderheid van stemmen niet bereikt bij de eerste stembeurt, dan wordt er opnieuw gestemd op de kandidaten die de meeste stemmen hebben behaald.

Te dien einde maakt de voorzitter een lijst op met tweemaal zoveel namen als er benoemingen of voordrachten moeten geschieden.

De stemmen kunnen alleen uitgebracht worden op de kandidaten die op deze lijst voorkomen.

De benoeming of de voordracht geschiedt bij meerderheid van stemmen. Bij staking van stemmen heeft de oudste kandidaat de voorkeur.

Art. 33. Interpellaties

§ 1 - De inwoners van de gemeente kunnen het college tijdens de openbare vergadering van de raad rechtstreeks interpelleren.

In de zin van dit artikel is inwoner elke natuurlijke persoon die de volle leeftijd van achttien jaar heeft bereikt en die sinds minstens zes maanden ingeschreven is op het bevolkingsregister van de gemeente alsmede elke rechtspersoon waarvan de maatschappelijke zetel of de bedrijfszetel op het grondgebied van de gemeente is gelegen en die vertegenwoordigd is door een natuurlijke persoon die de volle leeftijd van achttien jaar heeft bereikt.

§ 2 - De volledige tekst van de voorgestelde interpellatie wordt schriftelijk bij het college ingediend.

Om ontvankelijk te zijn, moet een interpellatie aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ingediend worden door één enkele persoon;

2° geformuleerd zijn als een vraag die niet meer dan tien minuten spreektijd vereist;

3° betrekking hebben op een feit dat onder de beslissingsbevoegdheid of adviesbevoegdheid van het gemeentebestuur valt, voor zover het betrekking heeft op het grondgebied van de gemeente;

4° van algemeen belang zijn.

Een interpellatie mag niet:

1° strijdig zijn met de fundamentele vrijheden en rechten;

2° van persoonlijke aard zijn;

3° bedoeld zijn om statistische gegevens of informatiemateriaal te verkrijgen;

4° alleen bedoeld zijn om juridisch advies te krijgen.

Het college beslist over de ontvankelijkheid van de interpellatie. De beslissing tot niet-ontvankelijkheid wordt op de eerstvolgende vergadering van de raad met redenen omkleed.

§ 3 - Nadat de voorzitter hem hierom verzocht heeft, stelt de interpellant zijn vraag in de openbare vergadering van de raad; daarbij houdt hij zich aan de regels m.b.t. het nemen van het woord binnen de vergadering en beperkt hij zijn spreektijd tot hoogstens tien minuten.

Het college antwoordt op de interpellaties.

De interpellant heeft twee minuten de tijd om op het antwoord te reageren; daarna wordt de behandeling van dat agendapunt definitief gesloten.

De interpellaties worden opgenomen in de notulen van de vergadering van de raad en worden bekendgemaakt op de website van de gemeente.

§ 4 - De raad kan een interpellatiecommissie overeenkomstig artikel 37 oprichten.

§ 5 - Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van dit artikel.

Art. 34. Inzagerecht

De inwoners van de gemeente en de door de Regering daartoe gemachtigde personen moeten de besluiten van de raad ter plaatse kunnen inzien; die inzage mag hen niet geweigerd worden.

De raad kan evenwel beslissen dat besluiten die in besloten vergaderingen zijn genomen, gedurende een bepaalde tijd geheimgehouden worden.

Afdeling 3 - Bevoegdheden van de gemeenteraad of stadsraad

Art. 35. Algemene bevoegdheid

De raad regelt alles wat van gemeentelijk belang is. Hij beraadslaagt over elk ander onderwerp dat de hogere overheid hem voorlegt.

De raad wijst de leden van alle commissies aan, alsook de vertegenwoordigers van de raad in de rechtspersonen waarin de gemeente vertegenwoordigd is. De raad kan die mandaten altijd intrekken.

Art. 36. Inwendig bestuur

De raad maakt de gemeentelijke reglementen van inwendig bestuur.

Afschriften van die reglementen worden onmiddellijk toegezonden aan de griffie van de rechtbank van eerste aanleg en aan de griffie van de politierechtbank, waar ze in een daartoe bestemd register worden ingeschreven.

Art. 37. Commissies

De raad kan in eigen kring commissies oprichten die belast zijn met de voorbereiding van zijn vergaderingen.

De mandaten van commissielid worden voor elke commissie evenredig verdeeld onder de fracties waaruit de raad bestaat. Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de samenstelling en de werkwijze van de commissies.

De commissies kunnen steeds deskundigen en belanghebbenden horen.

Art. 38. Adviesraden

§ 1 - De raad kan adviesraden oprichten die tot taak hebben advies te verlenen over aangelegenheden van gemeentelijk belang.

Hij regelt de samenstelling van die adviesraden en bepaalt in welke gevallen die adviesraden verplicht geraadpleegd moeten worden.

§ 2 - Maximum twee derde van de leden van een adviesraad is van hetzelfde geslacht. Als die voorwaarde niet vervuld is, kan de betrokken adviesraad geen geldige adviezen uitbrengen.

De raad kan, na een met redenen omkleed verzoek van de adviesraad, afwijkingen van het eerste lid toestaan.

Indien op grond van het vorige lid geen enkele afwijking wordt toegestaan, beschikt de adviesraad over een termijn van drie maanden om te voldoen aan de voorwaarde gesteld in het eerste lid. Indien de adviesraad bij verstrijken van die termijn niet aan die voorwaarde voldoet, kan hij te rekenen vanaf die datum geen enkel geldig advies meer uitbrengen.

§ 3 - De raad stelt de adviesraden de middelen ter beschikking die voor de vervulling van hun opdracht nodig zijn.

In het jaar waarin de raad vernieuwd wordt, legt het college de raad een verslag over de toepassing van dit artikel voor.

Art. 39. Delegatie van de bevoegdheid om toelagen toe te kennen

§ 1 - De raad kan de bevoegdheid om de volgende toelagen toe te kennen, overdragen aan het college:

1° toelagen die nominatief in de begroting zijn opgenomen;

2° verstrekkingen in natura;

3° toelagen die gemotiveerd zijn wegens dringende noodzakelijkheid of wegens dwingende en onvoorziene redenen.

Het besluit van het college dat op basis van het eerste lid, 3°, is aangenomen, wordt ter kennis gebracht van de raad op de volgende vergadering van de raad.

§ 2 - Het college brengt jaarlijks verslag uit aan de raad over:

1° de toelagen die tijdens het boekjaar krachtens dit artikel werden toegekend;

2° de toelagen waarvan het gebruik tijdens het boekjaar krachtens artikel 182 werd gecontroleerd.

§ 3 - De raad kan die bevoegdheid hoogstens delegeren voor de duur van zijn zittingsperiode.

HOOFDSTUK 2 - De burgemeester en het college

Afdeling 1 - Fracties en meerderheidspact

Art. 40. Fracties

Het raadslid of de raadsleden gekozen op dezelfde lijst gedurende de verkiezingen vormen een fractie waarvan de benaming die van voornoemde lijst is.

Het raadslid dat tijdens de zittingsperiode zijn fractie verlaat of uit zijn fractie uitgesloten wordt, verliest van rechtswege alle afgeleide mandaten zoals bepaald in artikel L5111-1 van het Wetboek.

De door het betrokken raadslid ondertekende akte van ontslag of, naargelang van het geval, de door de meerderheid van de fractieleden ondertekende akte van uitsluiting wordt aan het college overgezonden en wordt ter kennis gebracht van de raad op zijn eerstvolgende vergadering. Het ontslag of, naargelang van het geval, de uitsluiting treedt op die datum in werking. Een uittreksel van de notulen wordt overgezonden aan de instellingen waarin het lid wegens zijn hoedanigheid van raadslid tot dusver zitting had.

Voor de toepassing van dit artikel en voor de toepassing van artikel 51 blijft het raadslid als lid van de verlaten fractie beschouwd worden.

Art. 41. Meerderheidspact

§ 1 - Uiterlijk op de tweede maandag van de maand na de verkiezingen wordt elk ontwerp van een meerderheidspact aan de directeur-generaal bezorgd.

Deze pactontwerpen worden onmiddellijk ter kennis gebracht van het publiek bij wijze van aanplakking aan het gemeentehuis.

Het pactontwerp omvat:

1° de vermelding van de fracties die erbij betrokken zijn;

2° de identiteit van de voorgedragen burgemeester;

3° de identiteit van de voorgedragen schepenen.

In het pactontwerp worden personen van beide geslachten voorgedragen.

Het pactontwerp wordt ondertekend door alle daarin aangewezen personen en door de meerderheid van de leden van elke fractie onder wie minstens één persoon wordt voorgedragen om deel uit te maken van het college.

Wanneer een fractie uit slechts twee leden bestaat, wordt het pactontwerp door minstens één van beide ondertekend.

De handtekening van een raadslid op een pactontwerp dat niet door de meerderheid van zijn fractie is ondertekend, is nietig.

§ 2 - De raad neemt het meerderheidspact aan binnen drie maanden na de datum waarop de verkiezingen geldig zijn verklaard.

Over het meerderheidspact wordt in openbare vergadering gestemd.

§ 3 - De burgemeester is het raadslid van Belgische nationaliteit uit één van de fracties die deelachtig zijn aan het meerderheidspact en wiens identiteit vermeld is in het meerderheidspact.

§ 4 - Indien geen meerderheidspact goedgekeurd is binnen de termijn vermeld in paragraaf 2, kan de Regering een commissaris aanwijzen die de lopende zaken afhandelt in de plaats van het college, dat deze opdracht krachtens artikel 8 vervulde.

Het agendapunt 'goedkeuring van het meerderheidspact' komt op de agenda van elke vergadering van de raad tot die goedkeuring een feit is.

§ 5 - Als alle leden van het college tijdens de zittingsperiode ontslagnemend zijn, wordt het meerderheidspact als verbroken beschouwd.

Binnen dertig dagen na aanvaarding van het ontslag van alle leden van het college, moet bij de directeur-generaal een nieuw meerderheidspact worden ingediend.

Indien na dertig dagen geen nieuw meerderheidspact is ingediend, stelt de Regering een bemiddelaar aan en bepaalt ze zijn opdracht. Indien ook die opdracht niet tot de goedkeuring van een meerderheidspact leidt, laat de Regering nieuwe verkiezingen plaatsvinden. In dat geval belast de Regering de directeur-generaal ermee het register van de gemeenteraadskiezers op te maken op de dag van de kennisgeving van die regeringsbeslissing aan de raad en de kiezers op te roepen voor nieuwe verkiezingen die binnen vijftig dagen na die kennisgeving worden gehouden. De precieze kalender van de kiesverrichtingen wordt door de Regering bepaald. De nieuwe raadsleden voleindigen het mandaat van de raadsleden die ze vervangen.

Art. 42. Aanhangsel bij het meerderheidspact

Tijdens de zittingsperiode kan een aanhangsel bij het meerderheidspact aangenomen worden om te voorzien in de definitieve vervanging van een lid van het college.

Het aanhangsel wordt met meerderheid van de stemmen van de aanwezige raadsleden aangenomen.

Het nieuwe lid van het college voltooit het mandaat van het lid dat het vervangt.

Afdeling 2 - Het college

Art. 43. Aantal schepenen

Er zijn:

- twee schepenen in gemeenten met minder dan 1.000 inwoners;
- drie schepenen in gemeenten met 1.000 tot 4.999 inwoners;
- vier schepenen in gemeenten met 5.000 tot 9.999 inwoners;
- vijf schepenen in gemeenten met 10.000 tot 19.999 inwoners;
- zes schepenen in gemeenten met 20.000 tot 29.999 inwoners;
- zeven schepenen in gemeenten met meer dan 30.000 inwoners.

De raad kan beslissen om het aantal schepenen met één eenheid te verminderen.

Art. 44. Samenstelling

Het college bestaat uit de burgemeester en de schepenen.

Het bestaat uit personen van beide geslachten.

Art. 45. Verkiezing van de schepenen

§ 1 - De schepenen worden gekozen uit de raadsleden.

Indien alle leden van de fracties die aan het meerderheidspact gebonden zijn van hetzelfde geslacht zijn, wordt één schepen buiten de raad aangewezen. De zo aangewezen schepen is in elk geval stemgerechtigd in het college. Hij neemt met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van de raad.

Als een schepen geen lid van de raad is, moet hij de verkiesbaarheidsvoorwaarden vermeld in artikel L4125-1 van het Wetboek vervullen en blijven vervullen.

In het meerderheidspact wordt vermeld bij welke fractie de buiten de raad aangewezen schepen wordt ingedeeld.

§ 2 - De raadsleden van wie de identiteit in het aangenomen meerderheidspact vermeld wordt, worden van rechtswege tot schepenen gekozen.

De rang van de schepenen wordt bepaald door hun plaats op de lijst die in het meerderheidspact is opgenomen.

Art. 46. Verhindering

§ 1 - Als verhinderd tijdens de uitoefening van het ambt van burgemeester of schepenen wordt de burgemeester of schepenen beschouwd die het ambt van minister, staatssecretaris of regeringslid uitoefent of die met toepassing van artikel 47 verlof neemt.

Als de burgemeester afwezig of verhinderd is, wordt zijn ambt waargenomen door de schepenen met Belgische nationaliteit die de burgemeester daartoe heeft aangewezen. Als de burgemeester geen vervanger heeft aangewezen, wordt hij vervangen door de eerst gekozen schepenen met de Belgische nationaliteit.

§ 2 - Een schepenen die een als verhinderd beschouwde burgemeester vervangt, wordt overeenkomstig paragraaf 3 op verzoek van het college vervangen tijdens de periode waarin hij de burgemeester vervangt.

§ 3 - De afwezige of verhinderde schepenen kan voor de periode van zijn afwezigheid of verhindering, op voordracht van het college, vervangen worden door een raadslid dat door de raad wordt aangewezen onder de raadsleden van de fractie waartoe hij behoort. Bij ontstentenis kan hij vervangen worden door een raadslid van een andere fractie die aan het meerderheidspact gebonden is.

Onder de voorwaarden bepaald bij artikel 45, § 1, tweede lid, kan de afwezige of verhinderde schepenen vervangen worden door een buiten de raad gekozen schepenen van dezelfde fractie, als alle leden van het college en alle raadsleden die behoren tot de fracties die door het meerderheidspact gebonden zijn, van hetzelfde geslacht zijn.

Art. 47. Verloven

De burgemeester of de schepenen kan verlof nemen naar aanleiding van de geboorte of de adoptie van een kind. Hij deelt zijn verlof schriftelijk mee aan het college, met vermelding van de aanvangs- en einddatum. Het verlof duurt ten hoogstens twintig weken. Het eindigt uiterlijk twintig weken na de geboorte of adoptie van het kind.

De verlofaanvraag als schepenen of burgemeester wordt schriftelijk en met vermelding van de aanvangs- en einddatum ingediend, indien de betrokkene tijdens die periode raadslid wil blijven.

Art. 48. Ontslag

Het ontslag uit het ambt van burgemeester of schepenen wordt schriftelijk meegedeeld aan de raad. De raad neemt kennis van het ontslag op de eerste vergadering na die kennisgeving.

Het ontslag wordt werkzaam de datum waarop de raad er kennis van neemt.

De burgemeester of schepenen die op het tijdstip van zijn verkiezing raadslid is, verliest die hoedanigheid wanneer hij geen deel meer uitmaakt van de raad.

Art. 49. Tuchtmaatregelen

De Regering kan de burgemeester of schepenen wegens kennelijk wangedrag of grove nalatigheid schorsen of afzetten; betrokkene wordt vooraf gehoord.

De schorsing mag niet meer dan drie maanden bedragen.

De afgezette burgemeester of schepenen kan tijdens dezelfde zittingsperiode niet herkozen worden.

Art. 50. OCMW-voorzitter

De voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn neemt met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van het college als het gaat om de uitoefening van het toezicht op de beslissingen van de raad voor maatschappelijk welzijn.

Als hij geen lid van de raad is, neemt hij met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van de raad.

Afdeling 3 - Verantwoordelijkheid van het college

Art. 51. Motie van wantrouwen

§ 1 - Het college en elk collegelid is verantwoordelijk voor de raad.

De raad kan een collectieve motie van wantrouwen aannemen tegen het hele college of kan een individuele motie van wantrouwen aannemen tegen één of meer leden van het college.

Die motie van wantrouwen is alleen ontvankelijk:

1° indien daarin een opvolger voor het college of voor één of meer van zijn leden wordt voorgedragen;

2° bij een collectieve motie van wantrouwen: indien ze ingediend wordt door minstens de helft van de raadsleden van elke fractie die een alternatieve meerderheid vormt;

3° bij een individuele motie van wantrouwen: indien ze ingediend wordt door minstens de helft van de raadsleden van elke fractie die meewerken aan het meerderheidspact.

Na overhandiging van de motie van wantrouwen aan de directeur-generaal worden het debat en de stemming over de motie van wantrouwen op de agenda van de eerstvolgende vergadering van de raad geplaatst, op voorwaarde dat er minstens zeven dagen na die overhandiging verstreken zijn. De directeur-generaal bezorgt alle leden van het college en van de raad onmiddellijk een kopie van de motie van wantrouwen en brengt de indiening van de motie van wantrouwen ter kennis van het publiek door bekendmaking aan het gemeentehuis.

Bij een individuele motie van wantrouwen kunnen de betrokken leden van het college hun opmerkingen persoonlijk ten overstaan van de raad doen gelden en in ieder geval voordat gestemd wordt.

De motie van wantrouwen wordt in openbare vergadering aangenomen.

De aanneming van de motie van wantrouwen leidt tot het ontslag van het college of zijn betrokken lid/leden, alsook tot de verkiezing van het nieuwe college of zijn nieuwe lid/leden.

§ 2 - Er mag geen collectieve motie van wantrouwen worden ingediend voor het verstrijken van een termijn van anderhalf jaar na de installatie van het college of na 30 juni van het jaar vóór de verkiezingen.

Indien de raad een collectieve motie van wantrouwen heeft aangenomen, mag geen nieuwe collectieve motie van wantrouwen worden ingediend voor het verstrijken van een termijn van één jaar.

In de loop van eenzelfde zittingsperiode mogen hoogstens twee collectieve moties van wantrouwen aangenomen worden.

Afdeling 4 - Wedde en onderscheidingsteken van de burgemeesters en schepenen

Art. 52. Wedden

§ 1 - De burgemeester ontvangt de volgende wedde:

1° gemeenten met 300 inwoners en minder: 13.785,16 euro;

2° gemeenten met 301 tot 500 inwoners: 15.242,03 euro;

3° gemeenten met 501 tot 750 inwoners: 16.697,77 euro;

4° gemeenten met 751 tot 1.000 inwoners: 18.639,00 euro;

5° gemeenten met 1.001 tot 1.250 inwoners: 20.580,68 euro;

6° gemeenten met 1.251 tot 1.500 inwoners: 21.186,92 euro;

7° gemeenten met 1.501 tot 2.000 inwoners: 21.793,61 euro;

8° gemeenten met 2.001 tot 2.500 inwoners: 22.582,33 euro;

9° gemeenten met 2.501 tot 3.000 inwoners: 23.492,59 euro;

10° gemeenten met 3.001 tot 4.000 inwoners: 24.523,74 euro;

11° gemeenten met 4.001 tot 5.000 inwoners: 25.433,75 euro;

12° gemeenten met 5.001 tot 6.000 inwoners: 28.100,01 euro;

13° gemeenten met 6.001 tot 8.000 inwoners: 29.912,10 euro;

14° gemeenten met 8.001 tot 10.000 inwoners: 31.983,61 euro;

15° gemeenten met 10.001 tot 15.000 inwoners: 36.663,56 euro;

16° gemeenten met 15.001 tot 20.000 inwoners: 39.276,32 euro;

17° gemeenten met 20.001 tot 25.000 inwoners: 46.817,39 euro;

18° gemeenten met 25.001 tot 35.000 inwoners: 49.891,02 euro;

19° gemeenten met 35.001 tot 50.000 inwoners: 52.810,93 euro;

20° gemeenten met 50.001 tot 80.000 inwoners: 61.937,53 euro;

21° gemeenten met 80.001 tot 150.000 inwoners: 74.668,50 euro;

22° gemeenten met meer dan 150.000 inwoners: 80.492,09 euro.

Die wedden zijn gekoppeld aan de spilindex 138.01.

De wedden van de schepenen bedragen 60 % van de wedde van de burgemeester van dezelfde gemeente.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de betaling van die wedden.

Indien de vaststelling van de wedden de vermindering of de afschaffing van andere wedden, vergoedingen of toelagen uit wet of regelgeving teweegbrengen, kan de Regering op de door haar bepaalde wijze de wedde van de burgemeester of schepenen verminderen indien laatstgenoemden daarom verzocht hebben.

De raad kan de wedde van de burgemeester of schepenen die andere wedden, pensioenen, vergoedingen of toelagen uit wet of regelgeving geniet, op de door de Regering bepaalde wijze verhogen met een bedrag dat het door betrokkene geleden inkomensverlies compenseert, voor zover de mandataris er zelf om verzoekt.

De burgemeesters- of schepenenwedde verhoogd met het bedrag ter compensatie van het inkomensverlies mag de wedde van een burgemeester of schepenen van een gemeente van 50.000 inwoners nooit te boven gaan.

§ 2 - De Regering bepaalt het vakantiegeld en de eindejaarspremie van de burgemeesters en de schepenen.

§ 3 - Buiten die wedden mogen de burgemeesters en schepenen geen emolumenten van de gemeente krijgen.

Art. 53. Vervanging

Wanneer een schepenen de burgemeester gedurende één maand of langer vervangt, wordt hem de aan het burgemeestersambt verbonden wedde toegekend. De schepenen die het ambt van burgemeester waarneemt mag niet tegelijk de wedde van burgemeester en die van schepenen ontvangen.

Hetzelfde geldt wanneer een lid van de raad gedurende één maand of langer het ambt van schepenen waarneemt. In dat geval ontvangt hij de wedde die aan het ambt van schepenen verbonden is voor de periode waarin hij dat ambt waarneemt.

De verhinderde burgemeester of schepenen krijgt geen wedde voor de periode waarin hij verhinderd is, tenzij hij vervangen wordt wegens ziekte.

Art. 54. Maximumwedde

De som van de wedde van de burgemeester of schepenen en van de bezoldigingen en voordelen in natura die hij wegens zijn oorspronkelijke mandaten, zijn afgeleide mandaten en zijn openbare mandaten, functies en ambten van politieke aard zoals omschreven in artikel L5111-1 van het Wetboek krijgt, is gelijk aan of lager dan anderhalve keer de parlementaire vergoeding verkregen door de leden van het federale parlement.

Indien het maximumbedrag vastgesteld in het eerste lid overschreden wordt, wordt het bedrag van de wedde van de burgemeester of schepenen en/of van de bezoldigingen en voordelen in natura verkregen door de burgemeester of schepenen wegens zijn afgeleide mandaten en zijn openbare mandaten, functies en ambten van politieke aard dienovereenkomstig verminderd.

Art. 55. Onderscheidingsteken van de burgemeesters en schepenen

De Regering bepaalt het onderscheidingsteken van de burgemeesters en de schepenen.

Afdeling 5 - Vergaderingen, beraadslagingen en besluiten van het college

Art. 56. Voorzitterschap

De burgemeester zit het college van rechtswege voor.

Art. 57. Vergaderingen en aanwezigheidsquorum

Het college vergadert op de dagen en uren die door het reglement van orde zijn bepaald, en zo dikwijls als de spoedige afhandeling van de zaken het vereist.

Het kan alleen beraadslagen en besluiten wanneer meer dan de helft van zijn leden aanwezig is.

De vergaderingen van het college zijn niet openbaar. Alleen de beslissingen worden opgenomen in de notulen en in het register van de beraadslagingen.

Art. 58. Buitengewone vergadering

De oproeping voor de buitengewone vergaderingen geschiedt minstens twee dagen op voorhand schriftelijk op het woonadres of via e-mail.

In spoedeisende gevallen stelt de burgemeester de dag en het uur van de vergadering vast.

Art. 59. Stemregels

De besluiten worden bij meerderheid van stemmen genomen. Bij staking van stemmen verdaagt het college de zaak tot een volgende vergadering, tenzij het college een lid van de raad oproept in de volgorde van inschrijving op de ranglijst.

Indien de meerderheid van het college de zaak evenwel vóór de behandeling spoedeisend heeft verklaard, is de stem van de voorzitter beslissend. Hetzelfde geldt wanneer op drie vergaderingen de stemmen staken over éénzelfde zaak, zonder dat in het college een meerderheid van stemmen is verkregen om een raadslid op te roepen.

De artikelen 26, 31 en 32 zijn van toepassing op de vergaderingen van het college.

Afdeling 6 - Bevoegdheden van het college

Art. 60. Bevoegdheden

Het college is belast met:

1° de uitvoering van de voorschriften van de hogere besturen, voor zover die opdracht uitdrukkelijk aan het college is opgedragen;

2° de bekendmaking en uitvoering van de raadsbesluiten;

3° het beheer van de gemeentelijke instellingen;

4° het beheer van de inkomsten, de afgifte van bevelschriften tot betaling van de uitgaven van de gemeente en het toezicht op de boekhouding;

5° de leiding van de gemeentewerken;

6° in rechte optreden voor de gemeente;

7° het beheer van de eigendommen van de gemeente, alsmede de vrijwaring van haar rechten;

8° het toezicht op de door de gemeente bezoldigde personeelsleden;

9° het onderhoud van de wegen en waterlopen;

10° de bewaring van het archief en de titels.

Het college maakt van de in het eerste lid, 10°, vermelde documenten, alsook van de charters en andere oude bescheiden van de gemeente, inventarissen in tweevoud op en belet dat enig stuk verkocht of uit de bewaarplaats weggenomen wordt.

Art. 61. Machtigingen

De burgemeester en de ambtenaar van de burgerlijke stand kunnen, ieder wat hem betreft, personeelsleden machtigen tot:

- 1° het afgeven van uittreksels uit of afschriften van andere akten dan die van de burgerlijke stand;
- 2° het legaliseren van handtekeningen;
- 3° het voor eensluidend verklaren van afschriften van stukken.

Die machtiging geldt voor de stukken bestemd om in België of in het buitenland te dienen, met uitzondering van de stukken die gelegaliseerd moeten worden door de federale minister van Buitenlandse Zaken of door de ambtenaar die hij daartoe machtigt.

Boven de handtekening, naam en functie van het personeelslid aan wie de machtiging werd verleend, moet van die machtiging melding worden gemaakt.

Art. 62. Beleidsprogramma

Binnen drie maanden na goedkeuring van het meerderheidspact legt het college de raad een algemeen beleidsprogramma voor dat de duur van diens mandaat dekt en dat minstens de voornaamste beleidsprojecten bevat.

Na goedkeuring door de raad wordt dat algemeen beleidsprogramma bekendgemaakt overeenkomstig de bepalingen van artikel 74 en op de door de raad bepaalde wijze.

Afdeling 7 - Bevoegdheden van de burgemeester**Art. 63. Algemene bevoegdheid**

De burgemeester is belast met de uitvoering van de voorschriften van de hogere besturen die niet uitdrukkelijk aan het college of aan de raad zijn opgedragen.

Art. 64. Opvorderingsrecht

Op met redenen omkleed verzoek van de voorzitter van de raad voor maatschappelijk welzijn beschikt de burgemeester vanaf de ingebrekestelling van de eigenaar over een recht tot opvordering van elk pand dat sinds meer dan zes maanden verlaten is om het ter beschikking te stellen van daklozen. Dat opvorderingsrecht kan enkel uitgeoefend worden binnen een termijn van zes maanden, te rekenen vanaf de dag waarop de burgemeester de eigenaar op de hoogte heeft gebracht, en op voorwaarde dat de eigenaar een billijke vergoeding krijgt.

De Regering bepaalt de perken, voorwaarden en nadere regels voor de uitoefening van dat opvorderingsrecht; de Regering bepaalt ook de procedure, de duur van de bezetting, de manier waarop de eigenaar op de hoogte wordt gebracht en de mogelijkheden tot verweer tegen de opvordering, evenals de berekeningswijze van de vergoeding.

HOOFDSTUK 3 - Onverenigbaarheden**Art. 65. Onverenigbaarheden: raad en college**

De volgende personen mogen geen deel uitmaken van de raad, noch van het college:

- 1° leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° provinciegouverneurs;
- 3° leden van het provinciecollege;
- 4° directeurs-generaal van de provincie;
- 5° arrondissementscommissarissen;
- 6° personeelsleden van de gemeente en personen die een wedde of toelage ontvangen van de gemeente;
- 7° ambtenaren van het bosbeheer, wanneer hun bevoegdheid zich uitstrekt tot beboste eigendommen die aan het bosbeheer onderworpen zijn en die toebehoren aan de gemeente waarin zij hun ambt uitoefenen;
- 8° leden van de hoven, rechtbanken, parketten en de griffiers van de rechterlijke orde;
- 9° staatsraden;
- 10° secretarissen en ontvangers van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn waarvoor de gemeente bevoegd is;
- 11° bloed- of aanverwanten - tot en met de tweede graad - van de directeurs en de gewestelijke ontvanger van de gemeente en de personen die met hen gehuwd zijn of wettelijk samenwonen.

De bepalingen van het eerste lid gelden ook voor de niet-Belgische onderdanen van de Europese Unie die in België verblijven en in een andere lidstaat van de Europese Unie ambten uitoefenen die gelijkwaardig zijn aan de ambten die in die bepalingen zijn bedoeld.

Art. 66. Onverenigbaarheden: college

Onverminderd de onverenigbaarheden vermeld in artikel 65 kunnen de volgende personen geen lid zijn van het college:

- 1° bedienaren van de erediensten en vertegenwoordigers van de vrijzinnige organisaties;
- 2° personeelsleden van de fiscale besturen, in de gemeenten die tot hun werk- of ambtsgebied horen, behoudens door de Regering toegestane afwijkingen;
- 3° ambtenaren-generaal onderworpen aan de mandaatregeling binnen de diensten van de federale Regering, de Regering van een gewest of een gemeenschap en de instellingen van openbaar nut die ervan afhangen;
- 4° titularissen van een ambt binnen een instelling van openbaar nut dat erin bestaat de algemene leiding van die instelling te waarborgen.

De bepalingen van het eerste lid gelden ook voor de niet-Belgische onderdanen van de Europese Unie die in België verblijven en in een andere lidstaat van de Europese Unie ambten uitoefenen die gelijkwaardig zijn aan de ambten die in die bepalingen zijn bedoeld.

Art. 67. Verwanten in de raad

§ 1 - De leden van de raad mogen geen bloed- of aanverwanten zijn tot en met de tweede graad, noch door de echt verbonden zijn of wettelijk samenwonen.

Personen wier echtgenoten of wettelijk samenwonenden elkaars bloedverwanten zijn in de eerste of de tweede graad, kunnen niet tegelijk deel uitmaken van de raad.

§ 2 - Worden bloed- of aanverwanten in één van die graden, echtgenoten of wettelijk samenwonenden gekozen bij eenzelfde verkiezing, dan wordt de voorkeur bepaald door de grootte van de quotiënten op grond waarvan de door die kandidaten verkregen zetels aan hun lijst zijn toegekend.

Worden twee bloed- of aanverwanten in een verboden graad of twee echtgenoten of twee wettelijk samenwonenden gekozen, de een tot raadslid, de ander tot opvolger, dan geldt het verbod om zitting te nemen alleen voor de opvolger, tenzij de plaats waarvoor hij in aanmerking komt, opengevallen is vóór de verkiezing van zijn bloedverwant, aanverwant of echtgenoot.

Tussen opvolgers die voor opengevallen mandaten in aanmerking komen, wordt de voorrang allereerst bepaald naar tijdsorde van het openvallen van de mandaten.

De verkozene die onder de in de eerste tot derde lid bedoelde omstandigheden niet geïnstalleerd is, behoudt het recht om later de eed te mogen afleggen. Hij wordt vervangen door de opvolger die als eerste in aanmerking komt op de lijst waarop hij verkozen werd.

Wanneer de onverenigbaarheid ophoudt, wordt laatstgenoemde als eerste opvolger gerangschikt.

§ 3 - Aanverwantschap die later tot stand komt onder de leden van de raad, heeft geen verval van hun mandaat als gevolg.

De aanverwantschap wordt geacht op te houden bij overlijden of echtscheiding van de persoon door wie zij tot stand is gekomen.

Art. 68. Onverenigbare ambten

§ 1 - Raadsleden die een met hun mandaat onverenigbaar ambt of een wedde of toelage van de gemeente aanvaarden, houden op deel uit te maken van de raad, indien ze binnen vijftien dagen na de aan hen gerichte aanmaning van het college niet afzien van het onverenigbaar ambt of van de door de gemeente verleende wedde of toelage.

§ 2 - Het raadslid dat in één van de situaties van onverenigbaarheid bedoeld in de artikelen 65 en 67 verkeert, mag zijn ambt niet meer uitoefenen.

Het college stelt de raad en de betrokkene daarvan in kennis. Laatstgenoemde kan zijn verweermiddelen binnen een termijn van vijftien dagen meedelen aan het college. De raad neemt akte van de feiten die van dien aard zijn dat ze de onverenigbaarheid als gevolg hebben, en stelt de ontzetting uit het ambt van rechtswege vast. Hij leidt de procedure voor de vervanging van het betrokken lid in.

Tegen dat besluit kan beroep worden ingesteld overeenkomstig artikel 16 van de gecoördineerde wetten op de Raad van State. Dat beroep moet worden ingesteld binnen acht dagen na kennisgeving van het besluit.

Indien de betrokkene zijn ambt blijft uitoefenen hoewel hij, zelfs bij ontstentenis van enige kennisgeving, kennis heeft van de oorzaak van de ontzetting uit het ambt, is hij strafbaar met de straffen bepaald in artikel 262 van het Strafwetboek.

§ 3 - Onverminderd artikel L1531-2, § 6, van het Wetboek mag een lid van het college van een aangesloten gemeente geen zitting hebben als vast lid binnen een bestuursorgaan van een intercommunale.

§ 4 - De directeur-generaal houdt volgens de aanwijzingen van de Regering een lijst bij van de in artikel 16, § 2, vermelde ambten en mandaten die de raadsleden waarnemen.

Die lijst bevat op zijn minst:

1° de naam van de instelling waarin het raadslid een mandaat bekleedt;

2° de functie van het raadslid in elke instelling;

3° de datum waarop de aanwijzing is ingegaan;

4° de aard en/of het bedrag van de toegekende vergoedingen en voordelen.

De raadsleden delen de gegevens die noodzakelijk zijn om de lijst op te stellen en alle desbetreffende wijzigingen mee aan de directeur-generaal.

Die voortdurend bijgewerkte lijst wordt op zijn minst bekendgemaakt op de website van de gemeente.

Elk raadslid dat, zelfs op uitdrukkelijk verzoek van de directeur-generaal, nalaat om de aangevraagde gegevens mee te delen of valse gegevens meedeelt, wordt overeenkomstig de wetgeving op de gemeentelijke administratieve sancties gestraft met een administratieve geldboete van 250 euro. In geval van herhaling tijdens dezelfde zittingsperiode wordt die straf verdubbeld.

Art. 69. Aantal toegestane mandaten

Een raadslid of een lid van het college mag niet meer dan drie bezoldigde mandaten in intercommunales hebben.

Het aantal mandaten wordt berekend door optelling van de bezoldigde mandaten die de verkozene binnen de intercommunales bekleedt, in voorkomend geval vermeerderd met de bezoldigde mandaten die de verkozene bekleedt als lid van de raad voor maatschappelijk welzijn of als provincieraadslid.

HOOFDSTUK 4 - Eedaflegging

Art. 70. Eedaflegging

De raadsleden, de vertrouwenspersonen vermeld in artikel 17, de leden van het college en de burgemeester leggen vóór hun ambtsaanvaarding de volgende eed af: "Ik zweer getrouwheid aan de Koning, gehoorzaamheid aan de Grondwet en aan de wetten van het Belgische volk."

De burgemeesters leggen die eed af voor de Regering.

De leden van de raad en van het college leggen die eed af in handen van de burgemeester tijdens een openbare vergadering.

De personen genoemd in het eerste lid die, na twee achtereenvolgende oproepingen tot het afleggen van de eed te hebben ontvangen, zich zonder wettige reden daarvan onthouden, worden geacht ontslag te hebben genomen.

HOOFDSTUK 5 - Akten van de gemeentebesturen

Afdeling 1 - Opmaak van de akten

Art. 71. Notulen

De directeur-generaal notuleert de zittingen van de raad en van het college en zorgt voor het overschrijven ervan.

In de notulen worden alle besluiten in chronologische volgorde opgenomen. Voorts worden alle punten opgenomen waarover de raad geen beslissing heeft genomen.

Art. 72. Ondertekeningsbevoegdheid

De reglementen en verordeningen van de raad en van het college, de bekendmakingen, de akten en de briefwisseling van de gemeente worden door de burgemeester ondertekend en door de directeur-generaal medeondertekend.

Art. 73. Delegatie van ondertekeningsbevoegdheid

§ 1 - De burgemeester kan de bevoegdheid om bepaalde stukken te ondertekenen, schriftelijk opdragen aan één of meer leden van het college. Hij kan die delegatie van ondertekeningsbevoegdheid altijd herroepen.

De schepen aan wie de ondertekeningsbevoegdheid werd opgedragen, moet boven zijn handtekening, naam en rang melding maken van die delegatie van ondertekeningsbevoegdheid.

§ 2 - Het college kan de directeur-generaal machtigen om de medeondertekening van stukken op te dragen aan één of meer personeelsleden.

Die opdracht geschiedt schriftelijk, met vermelding van de stukken waarvoor hij geldt.

Het personeelslid aan wie de bevoegdheid om mede te ondertekenen werd opgedragen, moet op alle door hem ondertekende stukken boven zijn handtekening, naam en hoedanigheid melding maken van die delegatie van ondertekeningsbevoegdheid.

Afdeling 2 - Bekendmaking van de akten

Art. 74. Bekendmaking

De reglementen en verordeningen van de raad, van het college en van de burgemeester worden bekendgemaakt bij aanplakking aan het gemeentehuis en op de website van de gemeente. De bekendmaking bevat het onderwerp van het reglement of de verordening, de datum waarop het reglement of de verordening werd goedgekeurd en, in voorkomend geval, de beslissing van de toezichthoudende overheid.

In de bekendmaking staat ook waar de tekst van het reglement of de verordening kan worden ingezien.

Art. 75. Inwerkingtreding

Reglementen of verordeningen treden vijf dagen na bekendmaking ervan in werking, tenzij in die reglementen of verordeningen een andere termijn wordt bepaald.

De bekendmaking en de datum van bekendmaking worden op de door de Regering bepaalde wijze vastgelegd door aantekening in een speciaal daartoe gehouden register.

Afdeling 3 - Informatie van de bevolking

Art. 76. Algemeen

Om de bevolking te informeren over de activiteiten van de gemeentelijke administratieve overheden:

1° wijst de raad een personeelslid aan dat belast wordt met het ontwerpen en uitvoeren van het informatiebeleid voor alle administratieve overheden die ressorteren onder de gemeente, alsmede met de coördinatie van de publicatie bedoeld in de bepaling onder 2°;

2° publiceert het college een document met de beschrijving van de bevoegdheden en de interne organisatie van alle administratieve overheden die onder het college ressorteren en stelt dit document ter beschikking van eenieder die erom vraagt.

Voor de terbeschikkingstelling van het document vermeld in 2° kan een vergoeding gevraagd worden; de raad bepaalt het bedrag van die vergoeding; dat bedrag mag niet hoger zijn dan de kostprijs.

Art. 77. Informatieblad

De raad kan een informatieblad uitgeven om informatie van plaatselijk belang te verspreiden. De raad kan met instemming van de raad voor maatschappelijk welzijn beslissen een gemeenschappelijk informatieblad van zowel gemeente als OCMW uit te geven.

Als een fractie, naast de mededelingen die de leden van de raad in de uitoefening van hun ambt doen, spreekruimte in het informatieblad van de gemeente krijgt, dan krijgt elke democratische fractie, met uitzondering van fracties die de beginselen van de democratie niet in acht nemen, naar evenredigheid dezelfde spreekruimte.

Het reglement van orde bepaalt de nadere regels voor de toepassing van het tweede lid.

TITEL 3 - Volksraadpleging

Art. 78. Onderwerpen

De raad kan op eigen initiatief of op verzoek van de inwoners van de gemeente beslissen om de inwoners te raadplegen over de aangelegenheden die tot de beslissingsbevoegdheid of adviesbevoegdheid van het college of de raad behoren, voor zover die bevoegdheid van gemeentelijk belang is.

Het initiatief dat uitgaat van de inwoners van de gemeente moet worden gesteund door minstens:

- 20 % van de inwoners in gemeenten met minder dan 15.000 inwoners;
- 3.000 inwoners in gemeenten met meer dan 15.000 inwoners.

Art. 79. Verzoek

Elk verzoek tot het houden van een volksraadpleging op initiatief van de inwoners van de gemeente dient bij aangetekend schrijven aan het college te worden gericht.

Bij het verzoek wordt een met redenen omklede nota gevoegd om de raad in te lichten.

Het verzoek is alleen ontvankelijk als het ingediend wordt door middel van een formulier dat door de gemeente wordt afgegeven en als het naast de naam van de gemeente en de tekst van artikel 196 van het Strafwetboek volgende gegevens bevat:

- 1° de vraag of de vragen die bij de volksraadpleging gesteld zal of zullen worden;
- 2° de naam, voornamen, geboortedatum en woonplaats van iedereen die het verzoek heeft ondertekend;
- 3° de naam, voornamen, geboortedatum en woonplaats van de personen die het initiatief hebben genomen om om een volksraadpleging te verzoeken.

Het formulier vermeld in het derde lid wordt aan de directeur-generaal afgegeven binnen vijftien dagen na de indiening van het verzoek om een volksraadpleging te houden.

Art. 80. Onderzoek van het verzoek

Zodra het verzoek ontvangen is, onderzoekt het college of het verzoek ondersteund wordt door een voldoende aantal geldige handtekeningen.

Bij dat onderzoek schrapt het college:

- 1° de twee keer voorkomende handtekeningen;
- 2° de handtekening van de personen die niet voldoen aan de voorwaarden vastgesteld in artikel 81;
- 3° de handtekening van de personen van wie de gegevens niet volstaan om hun identiteit te kunnen controleren.

De controle wordt beëindigd wanneer het vereiste aantal geldige handtekeningen is bereikt. Uiterlijk dertig dagen na ontvangst van het verzoek sluit het college de controle af. Het college brengt de aanvaarding of de weigering van de volksraadpleging aangetekend ter kennis van de personen die het initiatief hebben genomen om om een volksraadpleging te verzoeken. Als het verzoek wordt aanvaard, organiseert de raad de volksraadpleging.

Art. 81. Voorwaarden

§ 1 - Wie om een volksraadpleging wil verzoeken of aan een volksraadpleging wil deelnemen, moet aan de volgende voorwaarden voldoen:

- 1° in het bevolkingsregister van de gemeente ingeschreven of vermeld zijn;
- 2° de volle leeftijd van zestien jaar bereikt hebben;
- 3° niet het voorwerp uitmaken van een veroordeling of beslissing die voor een kiezer van de gemeenteraad of stadsraad de uitsluiting of schorsing van het kiesrecht meebrengt.

§ 2 - Wie om een volksraadpleging verzoekt, moet op de datum van indiening van het verzoek aan de voorwaarden bepaald in paragraaf 1 voldoen.

De deelnemers aan een volksraadpleging moeten de voorwaarden bedoeld in paragraaf 1, 2° en 3°, vervullen op de dag van de volksraadpleging en moeten de voorwaarde bedoeld in paragraaf 1, 1°, vervullen op de datum waarop de lijst van de deelnemers aan de volksraadpleging afgesloten is.

De deelnemers die na de datum waarop de lijst van de deelnemers aan de volksraadpleging wordt afgesloten, het voorwerp zijn van een veroordeling of een beslissing die voor een kiezer van de gemeenteraad of stadsraad ofwel de uitsluiting van het kiesrecht, ofwel de schorsing van dat recht op de dag van de raadpleging meebrengt, worden van de lijst van deelnemers aan de volksraadpleging geschrapt.

§ 3 - Artikel 13 van het Kieswetboek is van toepassing op alle categorieën van personen die voldoen aan de in paragraaf 1 bepaalde voorwaarden.

Voor niet-Belgische onderdanen en voor Belgische onderdanen jonger dan 18 jaar worden de kennisgevingen door de parketten van de hoven en rechtbanken gedaan wanneer de veroordeling of de internering, waartegen met geen gewoon rechtsmiddel meer kan worden opgekomen, zou geleid hebben tot uitsluiting van het kiesrecht of schorsing van dat recht als ze ten laste van een kiezer van de gemeenteraad of stadsraad was uitgesproken.

In geval van kennisgeving nadat de lijst van deelnemers aan de volksraadpleging is afgesloten, wordt de betrokkene van die lijst geschrapt.

§ 4 - Op de dertigste dag voor de raadpleging maakt het college een lijst op van de deelnemers aan de volksraadpleging.

Op die lijst worden vermeld:

- 1° de personen die op vermelde datum de deelnemingsvoorwaarden bepaald in paragraaf 1 vervullen;
- 2° de deelnemers die tussen die datum en de datum van de raadpleging de leeftijd van 16 jaar bereiken;
- 3° de personen voor wie de schorsing van het kiesrecht uiterlijk op de voor de raadpleging vastgestelde dag eindigt of zou eindigen.

Voor elke persoon die aan de deelnamevoorwaarden voldoet worden op de deelnemerslijst naam, voornamen, geboortedatum en woonplaats vermeld. De lijst wordt vastgesteld met doorlopende nummering, ofwel in alfabetische volgorde van de deelnemers, ofwel in geografische volgorde van de straten.

§ 5 - Deelnemen aan de volksraadpleging is niet verplicht.

Elke deelnemer heeft recht op één stem.

De stemming is geheim.

De volksraadpleging kan enkel op zondag plaatsvinden. De deelnemers worden van acht tot dertien uur tot de stemming toegelaten. Wie zich vóór dertien uur in het stemlokaal bevindt, wordt nog tot de stemming toegelaten.

§ 6 - Tot stemopneming wordt pas overgegaan als ten minste 10 % van de inwoners aan de volksraadpleging heeft deelgenomen.

§ 7 - De bepalingen van de artikelen L4132-1 en L4143-20, § 6, van het Wetboek gelden voor de volksraadpleging, met dien verstande dat het woord "kiezer" vervangen wordt door het woord "deelnemer", dat de woorden "de kiezer" en "de kiezers" telkens en respectievelijk vervangen worden door de woorden "de deelnemer" en "de deelnemers", dat de woorden "de verkiezing" vervangen worden door de woorden "de volksraadpleging" en dat de woorden "de verkiezingen waarvoor" vervangen worden door de woorden "de volksraadpleging waarvoor".

Art. 82. Beperkingen

Er mag geen volksraadpleging gehouden worden over vragen over personen en vragen over de rekeningen, de begrotingen, de gemeentebelastingen en gemeentereducties.

Er mag geen volksraadpleging worden gehouden in de loop van:

- 16 maanden voorafgaand aan de gewone vergadering van de kiezers voor de vernieuwing van de gemeenteraden of stadsraden;

- 40 dagen voorafgaand aan de rechtstreekse verkiezing van het federaal parlement, de parlementen van de gemeenschappen en gewesten en het Europees Parlement.

De inwoners van de gemeente mogen slechts eenmaal om de zes maanden worden geraadpleegd, met een maximum van zes raadplegingen per zittingsperiode. Gedurende de periode tussen twee vernieuwingen van de gemeenteraden of stadsraden mag slechts één volksraadpleging over hetzelfde onderwerp worden gehouden.

Art. 83. Agenda

Een ontvankelijk verzoek tot het houden van een volksraadpleging wordt op de agenda van de eerstvolgende vergadering van het college geplaatst.

Het college plaatst het verzoek op de agenda van de raad, tenzij de raad kennelijk onbevoegd is om over het verzoek te beslissen. Als hieromtrent twijfel bestaat, beslist de raad.

Art. 84. Kennisneming van de uitslag

Het college plaats de uitslag van de volksraadpleging en het gevolg dat daaraan wordt gegeven op de agenda van de eerstvolgende vergadering van de raad.

Art. 85. Informatie van de bevolking

Minstens één maand vóór de dag van de volksraadpleging stelt het gemeentebestuur een brochure ter beschikking van de inwoners waarin het onderwerp van de volksraadpleging objectief wordt uiteengezet. Voorts bevat die brochure de met redenen omklede nota bedoeld in artikel 79, tweede lid, en de vragen waarover de inwoners geraadpleegd zullen worden.

De vragen worden zo geformuleerd dat ze met ja of nee kunnen worden beantwoord.

Art. 86. Verdere procedurebepalingen

De Regering bepaalt de nadere procedureregels voor het houden van een gemeentelijke volksraadpleging, naar analogie van de procedure voor de verkiezing van de leden van de gemeenteraden of stadsraden.

De Regering bepaalt hoe de uitslag van de raadpleging aan de bevolking wordt bekendgemaakt.

TITEL 4 - Rесources van de gemeente

HOOFDSTUK 1 - De personen

Afdeling 1 - De directeurs

Onderafdeling 1 - Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 87. Onverenigbaarheden

Er is in elke gemeente een directeur-generaal en een financieel directeur.

Niemand kan in éénzelfde gemeente tegelijk directeur-generaal en financieel directeur zijn.

Die ambten van directeur mogen niet worden uitgeoefend door personeelsleden van het provinciebestuur of van het arrondissementscommisariaat.

Art. 88. Algemeen

§ 1 - Het ambt van directeur kan worden toegekend door werving, bevordering en mobiliteit. Er moet in elk geval een werving geschieden.

Het ambt kan worden bekleed door burgers van een staat van de Europese Economische Ruimte of van de Zwitserse Bondsstaat.

De raad benoemt de directeurs met inachtneming van de door de Regering vastgelegde minimumeisen. Die benoeming vindt plaats binnen zes maanden na de vacantverklaring van het ambt.

De definitieve benoeming geschiedt na afloop van de proeftijd.

§ 2 - De raad legt het administratief statuut van de directeurs vast met inachtneming van de door de Regering vastgelegde minimumeisen.

Art. 89. Eedaflegging

Vóór zijn ambtsaanvaarding legt een directeur in de loop van een openbare vergadering van de raad de eed vermeld in artikel 70, eerste lid, af in handen van de voorzitter.

Van die eedaflegging wordt een proces-verbaal opgemaakt.

Wanneer de directeur zonder wettige reden de eed niet aflegt, nadat hij aangetekend verzocht werd op de eerstvolgende raadsvergadering de eed af te leggen, wordt ervan uitgegaan dat hij van zijn benoeming afziet.

Art. 90. Nevenactiviteiten

§ 1 - De directeurs mogen geen beroepsactiviteiten cumuleren. Als beroepsactiviteit geldt elke activiteit die recht geeft op een beroepsinkomen in de zin van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992, met uitzondering van het presentiegeld ontvangen bij het uitoefenen van een mandaat en van de inkomens uit de mandaten in de zin van artikel L5111-1 van het Wetboek.

Op voorafgaand schriftelijk verzoek van de directeur kan de raad cumulatie toestaan voor een hernieuwbare termijn van drie jaar.

Een aanvullende beroepsactiviteit is in het bijzonder niet-ontvankelijk:

- 1° wanneer ze afbreuk kan doen aan het vervullen van de normale dienst;
- 2° wanneer ze de waardigheid van de functie in het gedrang kan brengen;
- 3° wanneer ze de onafhankelijkheid van de directeur in het gedrang kan brengen of verwarring met zijn hoedanigheid van directeur kan veroorzaken.

De toestemming is herroepbaar indien niet meer wordt voldaan aan één van de bovenbedoelde toekenningsvoorwaarden.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 wordt de cumulatie van beroepsactiviteiten die inherent zijn aan of betrekking hebben op de uitoefening van de functie van rechtswege uitgeoefend. Inherent aan de uitoefening van de functie is elke taak:

- 1° die krachtens een wettelijke of reglementaire bepaling uitgeoefend wordt;
- 2° waarvoor de directeur ambtshalve aangewezen wordt door de raad.

Art. 91. Wedde

§ 1 - De raad legt de weddeschaal van de directeur-generaal vast binnen de volgende minimum- en maximumgrenzen:

- 1° in gemeenten met 10.000 inwoners en minder: 34.000 - 48.000 euro;
- 2° in gemeenten met 10.001 tot 20.000 inwoners: 38.000 - 54.000 euro;
- 3° in gemeenten met 20.001 tot 35.000 inwoners: 40.600 - 58.600 euro.

De minimum- en maximumbedragen van de weddeschalen zijn gebonden aan de spilindex 138,01.

De Regering kan die weddeschalen aanpassen.

§ 2 - De raad legt de weddeschaal van de financieel directeur vast. Die bedraagt 97,5 % van de tabel die geldt voor de directeur-generaal van dezelfde gemeente.

Art. 92. Weddeverhogingen

De directeurs hebben recht op tweejaarlijkse weddeverhogingen van minstens 3 % van de minimum.

Die weddeverhogingen treden in werking op de eerste dag van de maand volgend op de verjaardag van de indiensttreding.

Bij de minimumwedde van de directeur komt een verhoging wegens de anciënniteit die hij verkregen heeft in betrekkingen bij de Staat, de gewesten, de gemeenschappen, de gemeenten, de provincies en bij andere door de Regering bepaalde overheidsdiensten of in de private sector; die verhoging wordt berekend volgens de door de Regering vastgestelde regels.

Art. 93. Jaarlijks vakantieverlof

De gemeenten passen de bepalingen inzake jaarlijks vakantieverlof die gelden voor het personeel van de federale overheidsdiensten toe op de directeurs.

Art. 94. Betaling van de wedde

De wedde van de vastbenoemde directeurs wordt maandelijks vooruitbetaald. Zij gaat in op de dag van de indiensttreding. Treedt een directeur in de loop van een maand in dienst, dan ontvangt hij voor die maand evenveel dertigsten van de wedde als er nog dagen overblijven vanaf de dag der indiensttreding, deze dag inbegrepen.

Art. 95. Vervanging bij afwezigheid

§ 1 - Als een directeur afwezig is of zijn betrekking vacant is, wijst het college een waarnemend directeur aan voor een verlengbare termijn van maximum drie maanden.

Het college kan de directeur machtigen om zelf een vervanger aan te wijzen voor een doorlopende periode van hoogstens dertig dagen.

De waarnemend directeur geniet de weddeschaal van de titularis.

§ 2 - De waarnemend financieel directeur oefent alle bevoegdheden van financieel directeur uit. De bepalingen van de artikelen 89, 102 en 103 zijn op hem van toepassing.

Bij zijn ambtsaanvaarding en zijn ambtsneerlegging wordt een eindrekening opgemaakt en worden de kas en de boeken overgedragen, onder toezicht van het college.

Onderafdeling 2 - De directeur-generaal

Art. 96. Doelstellingenovereenkomst

§ 1 - De doelstellingenovereenkomst bevat de omschrijving van de taken van de directeur-generaal waarin voorzien wordt in het algemeen beleidsprogramma, alsook elke andere kwantificeerbare en haalbare doelstelling die deel uitmaakt van zijn taken.

Ze omschrijft de strategie van de organisatie van de administratie in de loop van de zittingsperiode met het oog op het vervullen van de taken en het halen van de doelstellingen bedoeld in het eerste lid en drukt ze uit in initiatieven en concrete projecten. Ze bevat een overzicht van de menselijke en financiële middelen die beschikbaar en/of noodzakelijk zijn voor de uitvoering ervan.

§ 2 - De directeur-generaal maakt de doelstellingenovereenkomst op binnen drie maanden nadat het algemene beleidsprogramma overeenkomstig artikel 62 is goedgekeurd.

De omschrijving van de taken vermeld in § 1, eerste lid, bevat ten minste de volgende gegevens:

- 1° de functiebeschrijving en het competentieprofiel voor het ambt van directeur-generaal;
- 2° de doelstellingen die voor de verschillende taken moeten worden bereikt, met name op basis van het algemeen beleidsprogramma;

3° de toegekende begrotingsmiddelen en de beschikbare menselijke middelen;

4° alle taken die hem bij dit decreet toegewezen worden, in het bijzonder zijn adviserende taak ten aanzien van alle raadsleden en zijn taak om beschikbaar te zijn voor alle raadsleden.

§ 3 - Tussen de directeur-generaal en het college wordt overleg gepleegd over de middelen die noodzakelijk zijn voor de uitvoering van de doelstellingenovereenkomst. De financieel directeur wordt bij het overleg betrokken voor de aangelegenheden waarvoor hij bevoegd is. Als de directeur-generaal het niet eens is over de middelen wordt zijn advies gevoegd bij de doelstellingenovereenkomst zoals die door het college is goedgekeurd.

De doelstellingenovereenkomst kan jaarlijks geüpdatet worden. Op verzoek van de directeur-generaal kan de doelstellingenovereenkomst in de loop van het jaar aangepast worden. De doelstellingenovereenkomst wordt samen met de updates en eventuele aanpassingen aan de raad meegedeeld.

De taakomschrijving wordt bij de doelstellingenovereenkomst gevoegd.

Art. 97. Hiërarchie

De directeur-generaal is verplicht om zich te schikken naar de onderrichtingen die hem verstrekt worden door de raad, door het college of door de burgemeester, naargelang van hun respectieve bevoegdheden.

Art. 98. Taken

§ 1 - De directeur-generaal is belast met de voorbereiding van de dossiers die aan de raad of aan het college worden voorgelegd. Hij woont de zittingen van de raad en van het college zonder stemrecht bij.

De directeur-generaal is ook belast met de uitvoering van de hoofdlijnen van het algemeen beleidsprogramma uitgedrukt in de doelstellingenovereenkomst bedoeld in artikel 96.

In dit kader is hij verantwoordelijk voor de uitvoering en evaluatie van het humanresourcesmanagement.

§ 2 - Onder het gezag van het college leidt en coördineert hij de gemeentediensten en, behalve in bij wet of decreet bepaalde uitzonderingen, staat hij aan het hoofd van het personeel. In dat kader maakt hij het ontwerp van de evaluatie van elk personeelslid op en bezorgt het aan de betrokkene en aan het college.

De directeur-generaal of diens plaatsvervanger, die een hogere rang heeft dan het geworven of in dienst genomen personeelslid, neemt met stemrecht deel aan de beraadslagingen van de examencommissie die bij de werving of indienstneming van personeelsleden wordt samengesteld.

§ 3 - De directeur-generaal zit het directiecomité bepaald in artikel 110 voor.

§ 4 - De directeur-generaal is belast met de invoering en de monitoring van een intern controlesysteem.

Het interne controlesysteem is een geheel van maatregelen en procedures die redelijke zekerheid waarborgen wat betreft:

1° het halen van de doelstellingen;

2° de naleving van de geldende wetgeving en van de procedures;

3° de beschikbaarheid van betrouwbare informatie over de financiën en het beheer.

Het algemene kader van het interne controlesysteem moet worden goedgekeurd door het college.

§ 5 - De directeur-generaal notuleert de zittingen van de raad en zorgt voor het overschrijven ervan. De overgeschreven notulen worden door de burgemeester en de directeur-generaal ondertekend binnen een maand na aanneming van de notulen.

De directeur-generaal geeft de raad advies over juridische en administratieve aspecten, voor zover daar behoefte aan is. In voorkomend geval wijst hij op de toepasselijke rechtsregels, maakt hij gewag van de feitelijke elementen waarvan hij kennis heeft en zorgt hij ervoor dat de aanmerkingen waarin de wet voorziet in de beslissingen opgenomen worden.

Zijn adviezen en raadgevingen worden bij de beslissingen van de raad of het college gevoegd en aan de financieel directeur bezorgd.

§ 6 - Na overleg met het directiecomité werkt de directeur-generaal de volgende ontwerpen uit:

1° het organigram;

2° de personeelsformatie;

3° de personeelsstatuten.

Onderafdeling 3 - De financieel directeur

Art. 99. Algemeen

§ 1 - Het ambt van financieel directeur wordt toegewezen en uitgeoefend overeenkomstig de volgende bepalingen:

1° in gemeenten met meer dan 10.000 inwoners: door een financieel directeur;

2° in gemeenten met 10.000 inwoners of minder: door een gewestelijke ontvanger, behalve indien de raad in een betrekking van financieel directeur voorziet.

§ 2 - De financieel directeur van een gemeente met minder dan 20.000 inwoners kan tot financieel directeur van het lokale openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn benoemd worden. Hij kan echter niet tot financieel directeur van een andere gemeente, noch tot financieel directeur van een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van een andere gemeente benoemd worden.

Het totaal van de dienstverstrekingen mag er niet toe leiden dat het totale volume van alle gecumuleerde activiteiten meer dan 125 % van de werktijd van een voltijdse betrekking bedraagt.

De gemeenteraad of stadsraad en de raad voor maatschappelijk welzijn bepalen in onderlinge overeenstemming de verdeling van de werktijd van de financieel directeur ten gunste van beide instellingen. De loonkosten die respectievelijk voor de gemeente of voor het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn ontstaan, zijn evenredig aan de werktijd die ten gunste van elk van de beide instellingen werd gepresteerd.

Art. 100. Hiërarchie

De financieel directeur staat onder het gezag van het college.

Art. 101. Oprichting van de betrekking van financieel directeur

Het besluit tot oprichting van een betrekking van financieel directeur, genomen met toepassing van artikel 99, § 1, 2°, wordt ter informatie meegedeeld aan de provinciegouverneur.

Dat besluit treedt in werking nadat de provinciegouverneur kennis gegeven heeft van zijn beslissing om de opdracht van elke gewestelijke ontvanger in de gemeente te beëindigen.

De gemeente waar de betrekking van financieel directeur opgericht wordt, kan evenwel onmiddellijk een gewestelijke ontvanger in die betrekking benoemen. Dat besluit heeft onmiddellijk gevolg, onverminderd de bevoegdheden van de toezichhoudende overheid.

Art. 102. Taken

§ 1 - De financieel directeur vervult de functie van financieel en budgettair adviseur van de gemeente.

In het kader van het interne controlesysteem is hij belast met:

1° het efficiënt en zuinig gebruik van de hulpbronnen;

2° de bescherming van de activa;

3° het verstrekken van betrouwbare financiële informatie aan de directeur-generaal.

§ 2 - De financieel directeur vervult de volgende taken:

1° de ontvangsten van de gemeente innen;

2° op basis van betalingsopdrachten de betaalbaar gestelde uitgaven vereffenen ten belope van:

a) het bijzondere bedrag van elk begrotingsartikel of

b) het bijzonder krediet of het voorlopig krediet of

c) het bedrag van de overeenkomstig artikel 166 overgedragen kredieten;

3° binnen tien dagen na ontvangst van een ontwerpbesluit van de raad of het college met een financiële weerslag of begrotingsweerslag van meer dan 30.000 euro een gemotiveerd schriftelijk advies uitbrengen over de wettigheid van dat ontwerp.

De termijn van tien dagen vermeld in 3° kan bij beslissing van de auteur van de betrokken akte met dezelfde duur verlengd worden als de financieel directeur daartoe een gemotiveerd verzoek indient. In geval van behoorlijk gemotiveerde dringende noodzakelijkheid kan die termijn tot vijf dagen ingekort worden.

Indien het advies niet binnen de gestelde termijn wordt verstrekt, hoeft er geen rekening mee te worden gehouden. Dat advies maakt, in voorkomend geval, noodzakelijk deel uit van het dossier dat aan toezicht onderworpen wordt.

§ 3 - Met het oog op de invordering van zekere en opeisbare niet-fiscale schuldvorderingen kan de financieel directeur een door het college getekend en voor uitvoerbaar verklaard dwangbevel toesturen. Een dergelijk dwangbevel wordt bij deurwaardersexploot betekend. Dat exploot stuit de verjaring.

Een dwangbevel mag door het college slechts ondertekend en voor uitvoerbaar verklaard worden als de schuld vaststaat, opeisbaar en bewezen is. De schuldenaar moet bovendien vooraf bij aangetekend schrijven in gebreke gesteld worden. De gemeente kan administratiekosten aanrekenen voor dat aangetekend schrijven. Die kosten zijn voor rekening van de schuldenaar en kunnen via een dwangbevel ingevorderd worden. De schulden van publiekrechtelijke rechtspersonen kunnen niet via een dwangbevel ingevorderd worden. Binnen een maand na bezorging van het dwangbevel kan beroep tegen dat dwangbevel worden ingesteld bij de Regering.

Indien de financieel directeur de uitgaven bedoeld in paragraaf 2, 2°, weigert te betalen of de betaling ervan uitstelt, wordt de betaling vervolgd door de door de Regering aangewezen commissaris nadat de Regering het bevelschrift uitvoerbaar heeft verklaard; de financieel directeur wordt door de Regering opgeroepen en, als hij verschijnt, vooraf gehoord.

§ 4 - Op verzoek van het college of de directeur-generaal of op eigen initiatief brengt de financieel directeur een schriftelijk advies uit over de wettigheid van elke aangelegenheid met een financiële weerslag die de gemeente betreft.

§ 5 - De financieel directeur brengt bij de door de raad aangewezen commissie minstens éénmaal per jaar verslag uit over de uitvoering van zijn adviesverleningsopdracht. Het verslag bevat ook en in het bijzonder:

- een retrospectief en prospectief overzicht van de financiële situatie;

- een raming van de vroegere en toekomstige ontwikkeling van de begrotingen;

- een synthese van zijn adviezen.

In dat verslag kan hij alle aanbevelingen doen die hij nuttig acht. Hij richt tegelijkertijd een afschrift van zijn verslag aan het college en aan de directeur-generaal.

§ 6 - De financieel directeur maakt de in dit artikel bepaalde adviezen en verslagen in alle onafhankelijkheid op.

De financieel directeur kan i.v.m. zijn adviezen of aanbevelingen gehoord worden door het college.

Art. 103. Kascontrole

§ 1 - Het college of een daartoe door het college aangewezen lid controleert de kas van de financieel directeur minstens één keer per kwartaal en stelt er proces-verbaal van op, waarin zijn opmerkingen en die van de financieel directeur opgenomen worden. Het proces-verbaal wordt ondertekend door de financieel directeur en de leden van het college die de controle hebben uitgevoerd.

Het college bezorgt dat proces-verbaal aan de raad, zodat hij er in openbare vergadering kennis van kan nemen.

Als de financieel directeur verantwoordelijk is voor verschillende openbare kasgelden, worden die tegelijkertijd gecontroleerd op de dag en het uur dat door de betrokken overheden wordt bepaald.

§ 2 - De financieel directeur geeft het college onmiddellijk kennis van elk tekort te wijten aan diefstal of verlies.

Overeenkomstig paragraaf 1 wordt onmiddellijk een kasinspectie uitgevoerd om het bedrag van het tekort vast te stellen.

Het proces-verbaal van de kasinspectie wordt aangevuld met een feitenrelaas en een verslag over de bewaarde maatregelen die de financieel directeur heeft genomen.

Het college bezorgt die documenten aan de raad.

§ 3 - De raad beslist of en in welke mate de financieel directeur aansprakelijk gesteld moet worden voor de diefstal of het verlies en legt het door de financieel directeur bij te passen bedrag vast.

Het college verzoekt de financieel directeur bij aangetekend schrijven erom dat bedrag in de gemeentekas te storten. Bij de vordering tot betaling wordt een afschrift van de beslissing van de raad gevoegd.

§ 4 - Binnen zestig dagen na kennisgeving van die beslissing kan de financieel directeur beroep instellen bij de Raad van State overeenkomstig artikel 16 van de gecoördineerde wetten op de Raad van State.

Na afloop van die termijn of - als geen beroep werd ingesteld - na afloop van de termijn vermeld in de vordering tot betaling, wordt de beslissing van de raad uitgevoerd op het persoonlijke vermogen van de financieel directeur indien hij de vordering tot betaling dan nog niet vrijwillig is nagekomen.

Art. 104. Inning van belastingen in een andere gemeente

Op verzoek van de financieel directeur of de gewestelijke ontvanger vervolgt de financieel directeur van de gemeente waar belastingplichtigen die aan een andere gemeente belastingen verschuldigd zijn hun woonplaats hebben, de inning van die belastingen.

De kosten gemaakt door de vervolgende gemeente die niet geïnd zijn ten laste van de belastingplichtige, worden door de verzoekende gemeente overgenomen.

Art. 105. Bijzondere personeelsleden

§ 1 - De financieel directeur is niet aansprakelijk voor de ontvangsten die de raad doet invorderen door bijzondere personeelsleden. Die personeelsleden zijn aansprakelijk voor de ontvangsten die ze moeten innen en hebben daarbij dezelfde verplichtingen als de financieel directeur.

Wat betreft de eed, de vervanging, het opmaken van de eindrekening en de bij de Regering ingestelde beroepen zijn de bijzondere personeelsleden aan dezelfde regels onderworpen als de financieel directeurs. De artikelen 89, 95, § 2, en 107 zijn mutatis mutandis op hen van toepassing.

Ze mogen geen enkele uitgave boeken op de rekeningen die ze beheren.

De geïnde ontvangsten worden minstens om de vijftien dagen aan de financieel directeur gestort, waarbij de laatste storting van het boekjaar op de laatste werkdag van de maand december moet plaatsvinden.

Bij elke storting bezorgt het bijzondere personeelslid de financieel directeur een gedetailleerde lijst van de budgettaire aanrekeningen, de gestorte bedragen en de desbetreffende belastingplichtigen.

§ 2 - De rekeningen van het bijzondere personeelslid worden, samen met de bewijsstukken, aan het college voorgelegd. Het college verifieert de rekeningen en viseert ze.

Daarna worden ze, samen met alle bewijsstukken, overgezonden aan de financieel directeur om bij de begrotingsrekening te worden gevoegd.

Artikel 103 is mutatis mutandis van toepassing op de bijzondere personeelsleden wanneer een tekort wordt vastgesteld dat aan diefstal of verlies te wijten is.

Art. 106. Betalende instanties

Het college kan personeelsleden van de gemeente belasten met de vastlegging en de betaling van kleine bedragen, alsook met de invordering van ontvangsten in contanten.

Die personeelsleden vallen niet onder de verplichtingen vermeld in artikel 105. Ze storten de geïnde bedragen minstens alle drie maanden integraal aan de financieel directeur, overeenkomstig zijn richtlijnen.

Art. 107. Eindrekening

§ 1 - Er wordt een eindrekening opgemaakt wanneer de financieel directeur of het in artikel 105 bedoelde bijzondere personeelslid zijn ambt definitief neerlegt en in het geval bedoeld in artikel 95.

§ 2 - Het college legt de eindrekening van de financieel directeur of het bijzondere personeelslid, eventueel samen met zijn opmerkingen of - als hij overleden is - die van zijn rechtverkrijgenden, voor aan de raad. De raad sluit de eindrekening af en verklaart dat de rekenplichtige niets meer verschuldigd is of stelt het nog verschuldigde bedrag vast.

Het college brengt de beslissing waarbij de eindrekening wordt afgesloten, aangetekend ter kennis van de rekenplichtige of - indien hij overleden is - van zijn rechtverkrijgenden, in voorkomend geval met het verzoek om het tekort te vereffenen.

§ 3 - Artikel 103, § 4, is mutatis mutandis van toepassing wanneer de rekenplichtige verzocht wordt om een tekort te vereffenen.

Art. 108. Rechtstreekse betalingen

In afwijking van artikel 102, § 2, 2^o, kunnen rechtstreeks gestort worden op de rekeningen die op naam van de begunstigde gemeenten geopend zijn bij financiële instellingen die al naar gelang het geval voldoen aan de artikelen 7, 65 en 66 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen:

1^o het bedrag van hun aandeel in de fondsen opgericht bij wet of decreet ten bate van de gemeenten, evenals de opbrengst van de rijksbelastingen;

2^o de opbrengst van de gemeentebelastingen die door de rijksdiensten worden geïnd;

3^o de toelagen, de bijdragen in de uitgaven van de gemeenten en in het algemeen alle sommen die de Staat, de gemeenschappen, de gewesten en de provincies om niet aan de gemeenten verlenen.

De financiële instellingen bedoeld in het eerste lid zijn gemachtigd het bedrag van de opeisbare schulden die een gemeente tegenover hen aangeaan heeft, ambtshalve in mindering te brengen van het tegoed van de rekening(en) die zij ten behoeve van die gemeente hebben geopend.

Afdeling 2 - Het gemeentepersoneel

Art. 109. Organigram

Het college maakt het organigram van alle gemeentelijke diensten.

Art. 110. Directiecomité

§ 1 - Binnen elke gemeente wordt een directiecomité opgericht. Dat directiecomité is samengesteld uit de directeurs en de door de directeur-generaal gekozen personeelsleden.

§ 2 - Naast de bevoegdheden die bij beslissing van het college aan het directiecomité worden toegewezen, onderzoekt het directiecomité alle vragen van algemeen belang die betrekking hebben op de organisatie en de werkwijze van de diensten.

De voorontwerpen van begroting, begrotingswijzigingen en desbetreffende verklarende nota's zijn het voorwerp van overleg binnen het directiecomité.

§ 3 - Met uitzondering van de overlegvergadering bedoeld in paragraaf 2, tweede lid, is het instellen van een directiecomité facultatief voor de gemeenten met 10.000 inwoners of minder.

Art. 111. Administratief statuut en bezoldigingsregeling

Onverminderd de onderwijswetgeving en de bepalingen van dit decreet bepaalt de raad het volgende voor het gemeentepersoneel:

1° de personeelsformatie, de voorwaarden inzake werving en bevordering en de voorwaarden en de procedure inzake de beoordeling;

2° de bezoldigingsregeling en de weddeschalen.

Het gemeentepersoneel heeft, onder dezelfde voorwaarden als de personeelsleden van de federale overheidsdiensten, recht op de volgende toelagen: haard- en standplaatstoelage, gezinsbijslag, vakantiegeld, gezinsvakantiegeld en eindejaarspremies.

Art. 112. Bevoegde overheid

De raad is bevoegd voor de benoeming van de personeelsleden.

De raad is bevoegd voor de aanstelling van de personeelsleden voor onbepaalde duur. Hij kan die bevoegdheid voor alle of bepaalde personeelscategorieën overdragen aan het college.

Het college is bevoegd voor tijdelijke aanstellingen.

Het college legt de besluiten die met toepassing van dit artikel zijn genomen binnen een termijn van drie maanden ter kennisneming voor aan de raad.

Art. 113. Verbodsbepalingen

§ 1 - De raad kan de personeelsleden algemeen verbieden om rechtstreeks of via een tussenpersoon handel te drijven of een activiteit te verrichten waarvan de uitoefening onverenigbaar zou zijn met hun ambt.

De aanvraag om een nevenactiviteit te mogen uitoefenen moet schriftelijk worden ingediend bij het college; het college beslist over de aanvraag na advies van de directeur-generaal.

De toestemming kan worden ingetrokken.

§ 2 - Aan een personeelslid dat in het kader van een arbeidsovereenkomst in dienst is genomen en dat de bepalingen van dit artikel overtreedt, kan één van de straffen vermeld in artikel 115, tweede lid, 1°, en 2°, a), worden opgelegd.

Afdeling 3 - Tuchtregeling

Art. 114. Toepassingsgebied

Onverminderd artikel 113, § 2, gelden de bepalingen van deze afdeling voor alle leden van het gemeentepersoneel, met uitzondering van het personeel dat in het kader van een arbeidsovereenkomst in dienst is genomen en het onderwijspersoneel.

Art. 115. Tuchtstraffen

Een tuchtstraf kan worden opgelegd om de volgende redenen:

- 1° tekortkoming aan de beroepsplicht;
- 2° handelingen die de waardigheid van het ambt in het gedrang brengen;
- 3° overtreding van de verbodsbepalingen bedoeld in de artikelen 90 en 113.

De volgende tuchtstraffen kunnen worden opgelegd:

1° lichte straffen:

- a) de waarschuwing;
- b) de blaam;

2° zware straffen:

- a) de inhouding van wedde;
- b) de schorsing;
- c) de terugzetting in graad;

3° maximumstraffen:

- a) het ontslag van ambtswege;
- b) de afzetting.

Art. 116. Inhouding van wedde

De inhouding van wedde kan ten hoogste voor drie maanden worden opgelegd en bedraagt hoogstens 20 % van de brutowedde.

De gemeente waarborgt de betrokkene een nettowedde die gelijk is aan het bedrag van het leefloon zoals vastgesteld krachtens de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie.

In geval van deeltijdse prestaties wordt dat bedrag berekend evenredig met de omvang van de prestaties.

Art. 117. Tuchtchorsing

De tuchtchorsing kan ten hoogste voor drie maanden worden opgelegd.

Er wordt geen wedde uitbetaald voor de duur van de tuchtchorsing.

De gemeente waarborgt de betrokkene een nettowedde die gelijk is aan het bedrag van het leefloon zoals vastgesteld krachtens de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie.

In geval van deeltijdse prestaties wordt dat bedrag berekend evenredig met de omvang van de prestaties.

Art. 118. Terugzetting in graad

De terugzetting in graad bestaat uit de toewijzing van een graad waaraan een lagere weddeschaal verbonden is of die in de hiërarchie een lagere rang bekleedt.

In ieder geval moet de graad waarin de terugzetting geschiedt, opgenomen zijn in de hiërarchische rangschikking der graden van de personeelsformatie waaronder betrokkene valt.

De terugzetting in graad wordt niet toegepast op de directeurs.

Art. 119. Bevoegdheden van de gemeenteraad of stadsraad

De raad kan op verslag van de directeur-generaal de tuchtstraffen vermeld in artikel 115 opleggen.

Er is geen verslag van de directeur-generaal vereist voor straffen die aan de directeurs en aan de bijzondere rekenplichtige worden opgelegd.

Art. 120. Bevoegdheden van het college

Behalve voor de financieel directeur kan het college op verslag van de directeur-generaal de volgende tuchtstraffen opleggen: een waarschuwing, een berisping, een inhouding van wedde en een tuchtchorsing voor ten hoogste één maand.

De directeur-generaal kan, op basis van een rapport van de hiërarchische meerdere of op eigen initiatief, een waarschuwing of een berisping opleggen.

De directeur-generaal bezorgt zijn beslissing aan het college.

Het college brengt de beslissing zo snel mogelijk aangetekend ter kennis van de betrokkene.

Art. 121. Procedure

Er kan geen enkele tuchtstraf worden opgelegd zonder dat het personeelslid over alle feiten die hem ten laste worden gelegd gehoord is door de overheid die de tuchtstraf uitspreekt.

Tijdens de procedure kan de betrokkene zich laten bijstaan door een raadsman van zijn keuze.

Voordat de tuchtoverheid de betrokkene hoort, legt ze een tuchtdossier aan dat alle stukken over de ten laste gelegde feiten bevat.

Art. 122. Oproeping om te worden gehoord

Minstens vijftien dagen voor diens verschijning voor de tuchtoverheid wordt betrokkene voor verhoor opgeroepen, ofwel aangetekend, ofwel tegen ontvangstbewijs.

In de oproeping moet het volgende worden vermeld:

1° alle feiten die het personeelslid ten laste worden gelegd;

2° het feit dat een tuchtstraf overwogen wordt en een tuchtdossier is aangelegd;

3° plaats, dag en uur van het verhoor;

4° het feit dat betrokkene het recht heeft om zich te laten bijstaan door een raadsman van zijn keuze;

5° de plaats waar en de termijn waarbinnen het tuchtdossier kan worden ingezien;

6° het recht van betrokkene om te eisen dat hij in het openbaar wordt gehoord, wanneer hij voor de raad moet verschijnen;

7° het recht van betrokkene om te eisen dat getuigen worden gehoord en om te eisen dat de getuigen in het openbaar worden gehoord.

Vanaf de oproeping om te verschijnen voor de tuchtoverheid tot en met de dag vóór de verschijning kunnen betrokkene en diens raadsman inzage nemen in het tuchtdossier en de tuchtoverheid de verweermiddelen schriftelijk mededelen.

Art. 123. Verhoor

Van het verhoor wordt een proces-verbaal opgesteld dat getrouw de verklaringen van de verhoorde persoon weergeeft.

Indien het proces-verbaal meteen na het verhoor wordt opgesteld, wordt het onmiddellijk voorgelezen en wordt betrokkene verzocht het te ondertekenen.

Indien het proces-verbaal na het verhoor wordt opgesteld, wordt het binnen acht dagen na het verhoor ter kennis gebracht van de betrokkene met het verzoek om het te ondertekenen.

In ieder geval kan betrokkene bij de ondertekening voorbehoud maken. Indien hij weigert te ondertekenen, wordt daarvan melding gemaakt.

Indien betrokkene schriftelijk afgezien heeft van het verhoor of niet op het verhoor is verschenen, maakt de tuchtoverheid een proces-verbaal van afstand of van niet-verschijnen op.

Het proces-verbaal van verhoor, van afstand of van niet-verschijnen bevat de opsomming van alle procedurehandelingen die bij dit decreet vereist zijn en geeft aan of elke handeling is vervuld.

Art. 124. Getuigenverhoor

De tuchtoverheid kan van ambtswege of op verzoek van betrokkene of diens raadsman beslissen om getuigen te horen.

In dat geval worden de getuigen gehoord in aanwezigheid van betrokkene en, indien laatstgenoemde erom verzocht heeft en indien de tuchtoverheid ermee instemt, in het openbaar.

De opgeroepen getuige kan zich tegen een openbaar verhoor verzetten.

Art. 125. Beslissing

§ 1 - Binnen zestig dagen na afsluiting van het proces-verbaal van het laatste verhoor, van afstand of van niet-verschijnen beslist de tuchtoverheid over de op te leggen tuchtstraf.

Indien binnen die termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de tuchtoverheid geacht af te zien van de vervolgingen voor de feiten die betrokkene ten laste worden gelegd.

§ 2 - De leden van de raad en van het college die niet op alle verhoren aanwezig waren, mogen noch aan de beraadslagingen, noch aan de stemmingen over de op te leggen tuchtmaatregel deelnemen.

Indien de raad een tuchtstraf oplegt, vindt het verhoor op verzoek van betrokkene in het openbaar plaats.

Art. 126. Beslissing

Van de met redenen omklede beslissing wordt onmiddellijk kennis gegeven aan de betrokkene, ofwel aangetekend, ofwel tegen ontvangstbewijs.

Indien de beslissing niet binnen een termijn van twaalf dagen ter kennis wordt gebracht, wordt de beslissing geacht ingetrokken te zijn. Er kunnen voor dezelfde feiten geen tuchtrechtelijke vervolgingen worden ingesteld.

In de kennisgeving van de beslissing worden de wettelijke beroepsmogelijkheden en de beroepstermijnen vermeld.

Art. 127. Schraping

Onverminderd hun tenuitvoerlegging worden de volgende tuchtstraffen, na afloop van de volgende termijnen, van ambtswege uit het individueel dossier van de personeelsleden geschrapt:

1° één jaar voor de waarschuwing;

2° achttien maanden voor de berisping;

3° drie jaar voor de inhouding van wedde.

Onverminderd hun tenuitvoerlegging kunnen de volgende tuchtstraffen, op verzoek van de betrokkene, door de overheid die ze uitgesproken heeft, geschrapt worden na afloop van de volgende termijnen:

1° vier jaar voor de tuchtschorsing;

2° vijf jaar voor de terugzetting in graad.

De tuchtoverheid kan de schraping bedoeld in het tweede lid alleen weigeren, indien nieuwe elementen dat kunnen verantwoorden.

De termijn bedoeld in het eerste en het tweede lid gaat in op de datum waarop de tuchtstraf is uitgesproken.

Afdeling 4 - Preventieve schorsing

Art. 128. Preventieve schorsing

Indien een personeelslid het voorwerp uitmaakt van strafrechtelijke of tuchtrechtelijke vervolgingen en diens aanwezigheid onverenigbaar is met het belang van de dienst, kan de betrokken persoon preventief geschorst worden.

Art. 129. Bevoegde overheid

De overheid die bevoegd is om een tuchtstraf op te leggen, is eveneens bevoegd om een preventieve schorsing uit te spreken.

In afwijking van het eerste lid zijn zowel het college als de raad bevoegd om een preventieve schorsing uit te spreken ten opzicht van de directeurs en de bijzondere personeelsleden.

Elke door het college uitgesproken preventieve schorsing houdt onmiddellijk op gevolg te hebben indien zij niet is bevestigd op de eerstvolgende vergadering van de raad.

Art. 130. Duur

§ 1 - De preventieve schorsing wordt voor hoogstens vier maanden uitgesproken.

In geval van strafrechtelijke vervolging kan de overheid tijdens de duur van de strafprocedure die termijn verlengen met periodes van hoogstens vier maanden, met inachtneming van de procedure vermeld in artikel 132.

§ 2 - Indien er geen enkele tuchtstraf wordt opgelegd binnen de termijn vermeld in paragraaf 1 worden alle gevolgen van de preventieve schorsing opgeheven.

Art. 131. Gevolgen

Indien het personeelslid strafrechtelijk of tuchtrechtelijk vervolgd wordt, kan de overheid die de preventieve schorsing uitspreekt beslissen dat die schorsing een inhouding van wedde en verlies van aanspraak op bevordering inhoudt.

De inhouding van wedde mag niet meer dan de helft van de wedde bedragen.

De gemeente waarborgt de betrokkene een nettowedde die gelijk is aan het bedrag van het leefloon zoals vastgesteld krachtens de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie.

In geval van deeltijdse prestaties wordt dat bedrag berekend evenredig met de omvang van de prestaties.

Art. 132. Procedure

Vóór de overheid een preventieve schorsing kan uitspreken, moet ze betrokkene horen overeenkomstig de procedure vermeld in de artikelen 121 tot 126, waarbij de termijn van vijftien dagen vastgesteld in artikel 122 teruggebracht wordt tot zeven dagen.

In uiterst spoedeisende gevallen kan de overheid beslissen om betrokkene onmiddellijk preventief te schorsen; ze is dan wel verplicht betrokkene onmiddellijk na de beslissing te horen, overeenkomstig de procedure vermeld in het eerste lid.

Art. 133. Beslissing

Van de beslissing waarbij de preventieve schorsing uitgesproken wordt, wordt onmiddellijk kennis gegeven aan de betrokkene, ofwel aangetekend, ofwel tegen ontvangstbewijs.

Indien de beslissing niet binnen een termijn van twaalf dagen ter kennis wordt gebracht, wordt de beslissing geacht ingetrokken te zijn. De overheid kan geen preventieve schorsing uitspreken voor dezelfde feiten.

Art. 134. Inwerkingtreding van de tuchtstraf

Indien de tuchtstraf voorafgegaan wordt door een preventieve schorsing met behoud van de volledige wedde, treedt de tuchtstraf in werking de dag waarop ze wordt uitgesproken.

Indien na een preventieve schorsing met inhouding van wedde en verlies van aanspraak op bevordering een tuchtstraf wordt opgelegd in de vorm van een waarschuwing of een berisping, treedt de tuchtstraf in werking de dag waarop zij wordt uitgesproken. De preventieve schorsing wordt geacht ingetrokken te zijn en de overheid betaalt de ingehouden wedde terug aan de betrokkene.

Indien na een preventieve schorsing met inhouding van wedde en verlies van aanspraak op bevordering de inhouding van wedde, de schorsing, de terugzetting in graad, het ontslag van ambtswege of de afzetting als tuchtstraf wordt opgelegd, wordt de tuchtstraf ten vroegste werkzaam op de dag van inwerkingtreding van de preventieve schorsing. Het bedrag van de tijdens de preventieve schorsing ingehouden wedde wordt afgetrokken van het bedrag van het weddeverlies dat aan de tuchtstraf gekoppeld is. Indien het bedrag van de ingehouden wedde hoger is dan het bedrag van het aan de tuchtstraf gekoppelde weddeverlies, betaalt de overheid het verschil terug aan de betrokkene.

Art. 135. Termijn

De tuchtoverheid kan geen tuchtrechtelijke vervolgingen meer instellen na verstrijken van een termijn van zes maanden na de datum waarop zij de strafbare feiten heeft vastgesteld of er kennis van genomen heeft.

In geval van een strafrechtelijke vervolging voor dezelfde feiten gaat die termijn in de dag waarop de gerechtelijke overheid de tuchtrechtelijke overheid erover inlicht dat er een in kracht van gewijsde getreden beslissing tot stand gekomen is of dat de strafrechtelijke procedure niet voortgezet wordt.

Indien de beslissing van de tuchtrechtelijke overheid door de Raad van State of door de toezichthoudende overheid nietig verklaard wordt, kan de tuchtrechtelijke overheid de tuchtrechtelijke vervolging weer instellen vanaf de kennisgeving van het arrest van de Raad van State of van de beslissing van de toezichthoudende overheid, tijdens het deel van de termijn vermeld in het eerste lid dat nog moest verstrijken toen de vervolging werd ingesteld.

Afdeling 5 - Beroepsonbekwaamheid

Art. 136. Directeurs

Bij ontslag van de directeurs, met uitzondering van de bevorderde personeelsleden, wegens beroepsonbekwaamheid kent de gemeente hen een vergoeding toe die minstens drie maandwedden per aangevatte periode van vijf werkdagen bedraagt.

Art. 137. Procedure

§ 1 - De beslissing om een personeelslid van ambtswege wegens beroepsonbekwaamheid te ontslaan, wordt uitgesproken door de raad op basis van een advies van het college en na betrokkene te hebben gehoord.

Die beslissing wordt onmiddellijk ter kennis gebracht van de betrokkene, ofwel aangetekend, ofwel tegen ontvangstbewijs. Indien de beslissing niet binnen twaalf dagen ter kennis wordt gebracht, wordt de beslissing geacht ingetrokken te zijn.

In de kennisgeving van de beslissing worden de beroepsmogelijkheden en de beroepstermijnen vermeld.

§ 2 - Het personeelslid beschikt over een termijn van dertig dagen om zijn zaak aanhangig te maken bij de raad van beroep vermeld in artikel 138; die termijn gaat in op de eerste werkdag na de kennisgeving van de beslissing waarbij hij van ambtswege wegens beroepsonbekwaamheid wordt ontslagen.

De raad van beroep bezorgt de Regering een advies over de beslissing van de gemeenteraad of stadsraad waarbij tot het ontslag van ambtswege wegens beroepsonbekwaamheid beslist wordt. Dat advies is 'gunstig' of 'ongunstig'. Het wordt uitgebracht en meegedeeld binnen een termijn van zestig dagen te rekenen vanaf de ontvangst van de beslissing, samen met het volledige dossier.

De aanhangigmaking bij de raad van beroep schort de beslissing van de gemeenteraad of stadsraad op tot de Regering een beslissing heeft genomen of tot de termijn waarbinnen de Regering een beslissing moet nemen, verstreken is.

§ 3 - Indien de aangelegenheid niet aanhangig gemaakt wordt bij de raad van beroep binnen de voorgeschreven termijn, richt de gemeenteraad of stadsraad zijn beslissing aan de Regering.

De beslissing tot ontslag van ambtswege wegens beroepsonbekwaamheid wordt geschorst tot de termijn vermeld in paragraaf 2, eerste lid, verstreken is.

Afdeling 6 - Raad van beroep

Art. 138. Taken

Er wordt een raad van beroep ingesteld. Hij is bevoegd om kennis te nemen van beroepen tegen beslissingen:

1° inzake ontslag wegens beroepsonbekwaamheid;

2° in het kader van de proeftijd van de directeurs.

Art. 139. Samenstelling

De raad van beroep bestaat uit:

1° een voorzitter en een plaatsvervangende voorzitter die de Regering aanwijst onder de werkende magistraten of eremagistraten;

2° een vertegenwoordiger en een plaatsvervanger per representatieve vakbondsorganisatie die de Regering op voordracht van die organisaties aanwijst;

3° een fungerende of gepensioneerde directeur-generaal en een fungerende of gepensioneerde financieel directeur en voor elk van hen een plaatsvervanger, die de Regering aanwijst op de voordracht van de directeurs van de gemeenten van het Duitse taalgebied.

De Regering wijst een secretaris en een plaatsvervangende secretaris aan onder de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 140. Huishoudelijk reglement

De raad van beroep maakt zijn huishoudelijk reglement op; dat huishoudelijk reglement moet worden goedgekeurd door de Regering.

Art. 141. Assessoren

De eiser heeft het recht om te verzoeken om de wraking van een assessor. De voorzitter wraakt de assessor aan wiens onpartijdigheid getwijfeld zou kunnen worden.

Art. 142. Aanwezigheidsquorum

De raad van beroep kan alleen beraadslagen en besluiten wanneer meer dan de helft van zijn leden aanwezig is.

Art. 143. Verloop van het dossier

De secretaris vraagt het volledige dossier meteen aan bij de beslissingnemer; de beslissingnemer bezorgt het dossier onmiddellijk aan de raad van beroep. De aanvullende opgevraagde stukken en gegevens worden ook onmiddellijk bezorgd.

Art. 144. Oproeping

§ 1 - De betrokkene wordt minstens vijftien dagen op voorhand aangetekend opgeroepen om voor de raad van beroep te verschijnen.

De oproeping bevat de volgende gegevens:

1° de plaats, de dag en het uur van de hoorzitting;

2° het recht van de betrokkene om zich te laten bijstaan door een persoon van zijn keuze, die evenwel geen deel mag uitmaken van de raad van beroep;

3° de plaats waar en de dagen en uren waarop inzage in het dossier verleend wordt;

4° het recht om te vragen dat getuigen gehoord worden.

§ 2 - Vanaf de ontvangst van de oproeping tot de dag die aan de hoorzitting voorafgaat, kan de betrokkene het dossier inzien en zijn verweermiddelen schriftelijk verzenden aan de raad van beroep.

Art. 145. Verschijnen

Behoudens geval van overmacht of instemming door de raad van beroep verschijnt betrokkene in persoon.

Indien hij niet in persoon kon verschijnen, wordt hij onmiddellijk weer opgeroepen.

Art. 146. Het horen van getuigen

De raad van beroep kan beslissen om, van ambtswege of op verzoek van de betrokkene, getuigen te horen.

De hoorzitting van de getuigen vindt in het bijzijn van betrokkene plaats.

Art. 147. Hoorzitting

Van de hoorzitting wordt een proces-verbaal opgemaakt waarbij de verklaringen van de gehoorde persoon getrouw worden weergegeven.

Het proces-verbaal van de hoorzitting wordt ter kennis gebracht van betrokkene binnen acht dagen nadat hij is verschenen, met het verzoek om het proces-verbaal te ondertekenen en zijn eventuele opmerkingen mee te delen.

Betrokkene zendt het proces-verbaal met zijn eventuele opmerkingen binnen acht dagen na kennisgeving ervan terug. Bij ontstentenis wordt het proces-verbaal definitief.

Als betrokkene niet op de hoorzitting verschenen is, stelt de raad van beroep een proces-verbaal van niet-verschijning op.

Het proces-verbaal van verschijning of van niet-verschijning bevat de opsomming van alle procedurehandelingen die bij dit decreet vereist worden en vermeldt of elke vereiste procedurehandeling vervuld is.

Art. 148. Toezicht

§ 1 - Op grond van het advies vermeld in artikel 137, § 2, tweede lid, of bij ontstentenis van een binnen de gestelde termijn meegedeeld advies van de raad van beroep, kan de Regering de beslissing van de raad tot ontslag van ambtswege wegens beroepsoneerbekwaamheid vernietigen indien die beslissing de wet schendt of het algemeen belang schaadt.

§ 2 - De Regering neemt een beslissing en bezorgt ze aan de raad, aan betrokkene en aan de raad van beroep binnen dertig dagen na ontvangst van het advies en van het dossier of, bij gebrek daaraan, van de beraadslaging van de raad, samen met het volledige dossier. Ze kan die termijn één enkele keer verlengen met een maximumduur van vijftien dagen.

Als die termijn verstreken is, kan de Regering de beslissing tot ontslag van ambtswege niet meer vernietigen. Als de Regering de beslissing tot ontslag van ambtswege niet vernietigd binnen de termijn vermeld in het eerste lid, heeft die beslissing volkomen gevolg.

HOOFDSTUK 2 - De goederen

Art. 149. Schenkingen en legaten

De bij akte gedane schenkingen onder de levenden worden altijd voorlopig aanvaard overeenkomstig de bepalingen van de wet van 12 juli 1931 betreffende de uitbreiding tot alle rechtspersonen van het voordeel van de voorlopige aanvaarding van bij akten gedane schenkingen onder de levenden.

De prijs van een grafconcessie wordt niet als een schenking beschouwd.

De besluiten van de in de gemeente bestaande openbare instellingen met rechtspersoonlijkheid over schenkingen en legaten aan die instellingen moeten worden goedgekeurd door de raad.

Art. 150. Huur- en pachtvereenkomsten

De raad bepaalt de voorwaarden van de huur of de pacht en van elk ander gebruik van de opbrengsten en inkomsten van de eigendommen en rechten van de gemeente.

De raad verleent de huurders of pachters van de gemeente in voorkomend geval de door hen aangevraagde kwijtscheldingen waarop zij krachtens de wet of krachtens hun contract aanspraak kunnen maken of die ze om redenen van billijkheid aanvragen.

Art. 151. Overheidsopdrachten

§ 1 - De raad kiest de wijze waarop overheidsopdrachten en concessies voor werken of diensten worden gegund en stelt de voorwaarden vast.

In gevallen van dringende spoed die voortvloeien uit niet te voorziene omstandigheden kan het college, op eigen initiatief, de in het eerste lid vermelde bevoegdheden uitoefenen. Zijn besluit wordt de raad op diens eerstvolgende vergadering ter kennisneming meegedeeld.

§ 2 - De raad kan de bevoegdheden vermeld in paragraaf 1 aan het college overdragen.

De raad kan de bevoegdheden vermeld in paragraaf 1 voor uitgaven tot 2.000 euro in het kader van de gewone begroting aan de directeur-generaal overdragen.

De raad kan die bevoegdheden hoogstens overdragen voor de duur van zijn zittingsperiode.

§ 3 - Het college stelt de procedure in, gunt de overheidsopdracht of de concessie voor werken of diensten en volgt de uitvoering ervan op.

In de gevallen waarin de onderhandeling met de inschrijvers toegelaten is, kan het college de voorwaarden van de overheidsopdracht of van de concessie, vóór de gunning, wijzigen. Behalve in geval van toepassing van § 2, eerste lid, licht het college de raad op diens eerstvolgende vergadering daarover in.

Onverminderd een verdere delegatie van bevoegdheid kan het college de overheidsopdracht of de concessie voor werken of diensten tijdens de uitvoering overeenkomstig de toepasselijke wetgeving wijzigen binnen een kostenkader van 10 % van de oorspronkelijke waarde van de opdracht bij opdrachten voor leveringen en diensten, resp. 15 % van de oorspronkelijke waarde van de opdracht bij opdrachten voor werken.

HOOFDSTUK 3 - Gemeentebedrijven

Afdeling 1 - Gewone gemeentebedrijven

Art. 152. Algemeen

De gemeentelijke instellingen en diensten kunnen als gemeentebedrijven georganiseerd en beheerd worden buiten de algemene diensten van de gemeente om.

Het beheer van die gemeentebedrijven geschiedt volgens bedrijfs- en handelsmethodes.

Het boekjaar van de gemeentebedrijven valt samen met het kalenderjaar.

De rekening van de gemeentebedrijven omvat de balans, de exploitatierekening en de winst- en verliesrekening jaarlijks vastgesteld op 31 december.

De nettowinsten van de gemeentebedrijven worden jaarlijks in de gemeentekas gestort.

De andere regels die het financiële beheer van de gemeentebedrijven eigen zijn, worden door de Regering bepaald.

Art. 153. Rekenplichtige

De ontvangsten en uitgaven van de gemeentebedrijven kunnen door een bijzondere rekenplichtige verricht worden. Voor die rekenplichtige gelden dezelfde regels als voor de financieel directeur wat betreft benoeming, tuchtstraffen en aansprakelijkheid.

Art. 154. Grote gemeentebedrijven

De gewone gemeentebedrijven met een jaarlijkse netto-omzet van meer dan veertig miljoen euro waaraan openbare middelen ter beschikking worden gesteld, voeren, naast de boekhouding die hen opgelegd wordt bij de relevante wets- en regelgevende bepalingen, een boekhouding waaruit volgende zaken duidelijk blijken:

1° de beschikbaarstellingen van openbare middelen die ze rechtstreeks krijgen van de overheden;

2° de beschikbaarstellingen van openbare middelen die ze krijgen van de overheden via openbare bedrijven of financiële instellingen;

3° de daadwerkelijke besteding van die openbare middelen.

Die gegevens maken volledig deel uit van de boekhouding voor het betrokken boekjaar.

Afdeling 2 - Autonome gemeentebedrijven

Art. 155. Maatschappelijk doel

De Regering bepaalt voor welke activiteiten van industriële of commerciële aard de raad een autonoom gemeentebedrijf met eigen rechtspersoonlijkheid kan oprichten.

Art. 156. Beheer

§ 1 - De autonome gemeentebedrijven worden beheerd door een raad van bestuur en een directiecomité.

De gemeenteraad of stadsraad wijst de leden van de raad van bestuur van het autonome gemeentebedrijf aan. De raad van bestuur bestaat uit maximum de helft van het aantal raadsleden, zonder dat dat aantal achttien te boven mag gaan. De meerderheid van de raad van bestuur bestaat uit leden van de gemeenteraad of stadsraad.

De leden van de raad van bestuur worden aangewezen in evenredige verhouding tot de gemeenteraad of stadsraad, overeenkomstig de artikelen 167 en 168 van het Kieswetboek.

Elke democratische fractie die niet vertegenwoordigd is overeenkomstig het kiessysteem van evenredige vertegenwoordiging bedoeld in het vorige lid heeft recht op een zetel. In dit geval krijgt de meerderheid in haar geheel een aantal zetels dat overeenstemt met het aantal overblijvende zetels toegekend aan de fracties die geen deel uitmaken van het meerderheidspact. In dit geval is het maximumaantal leden van de raad van bestuur zoals bepaald in het vorige lid niet van toepassing.

Bij de berekening van die evenredigheid wordt geen rekening gehouden met een fractie of fracties die niet zou(den) voldoen aan de beginselen van de democratie.

De leden van de raad van bestuur die de gemeente vertegenwoordigen, bestaan uit mannen en vrouwen.

De raad van bestuur kiest een voorzitter uit zijn leden.

§ 2 - De raad van bestuur kan alle handelingen stellen die nuttig of noodzakelijk zijn voor de verwezenlijking van het doel van het autonome gemeentebedrijf.

De raad van bestuur ziet toe op het beheer door het directiecomité. Het directiecomité brengt regelmatig verslag uit aan de raad van bestuur.

Bij staking van stemmen in de raad van bestuur is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

§ 3 - Het directiecomité is belast met het dagelijks bestuur, de vertegenwoordiging wat dat bestuur betreft, evenals met de uitvoering van de beslissingen van de raad van bestuur. Het bestaat uit een afgevaardigd bestuurder en vier bestuurders-directeurs die door de raad van bestuur worden aangewezen.

Het directiecomité wordt voorgezeten door de afgevaardigd bestuurder. Bij staking van stemmen is zijn stem doorslaggevend.

Art. 157. Commissarissen

Het toezicht op de financiële toestand en op de jaarrekeningen van de autonome gemeentebedrijven wordt toevertrouwd aan een college van drie commissarissen die door de gemeenteraad of stadsraad worden aangewezen buiten de raad van bestuur van het gemeentebedrijf en waarvan ten minste één lid is van het instituut der bedrijfsrevisoren.

Met uitzondering van laatstgenoemde zijn de leden van het college van commissarissen allen lid van de gemeenteraad of stadsraad.

Art. 158. Mandaten

De raadsleden van wie het mandaat beëindigd is, nemen van rechtswege ontslag uit het autonome gemeentebedrijf.

Alle mandaten in de verschillende organen van de autonome gemeentebedrijven eindigen op de eerste vergadering van de raad van bestuur die volgt op de installatie van de raad.

Art. 159. Bevoegdheden

§ 1 - De autonome gemeentebedrijven beslissen vrij, binnen de grenzen van hun doel, over de verwerving, de aanwending en de vervreemding van hun lichamelijke en onlichamelijke goederen, over de vestiging of opheffing van de zakelijke rechten op die goederen, alsook over de uitvoering van dergelijke beslissingen en over de wijze waarop ze gefinancierd worden.

§ 2 - Zij kunnen rechtstreekse of onrechtstreekse participaties nemen in publiek- of privaatrechtelijke vennootschappen, verenigingen en instellingen, hierna de dochterondernemingen genoemd, waarvan het maatschappelijk doel verenigbaar is met hun doelstelling.

Ongeacht het belang van de inbreng van de verschillende partijen in de samenstelling van het maatschappelijk kapitaal beschikt het autonome gemeentebedrijf over de meerderheid der stemmen en neemt in de organen van de dochterondernemingen het voorzitterschap waar.

De raadsleden die als bestuurder of commissaris in de organen van een autonoom gemeentebedrijf zetelen mogen geen enkel bezoldigd mandaat als bestuurder of commissaris bekleden noch een activiteit in loonverband uitoefenen in een dochteronderneming van dat bedrijf.

Art. 160. Beheerscontract

§ 1 - De gemeente sluit een beheerscontract met het autonome gemeentebedrijf. Dit beheerscontract bepaalt minstens de aard en de omvang van de opdrachten die het autonome gemeentebedrijf zal moeten uitoefenen, alsmede de indicatoren voor de evaluatie van de uitvoering van de opdrachten van het autonome gemeentebedrijf. Het beheerscontract geldt voor drie jaar en kan verlengd worden.

De raad van bestuur stelt jaarlijks een ondernemingsplan op waarin de doelstellingen en de strategie van het autonoom gemeentebedrijf op middellange termijn worden vastgesteld, alsook een activiteitenverslag. Het ondernemingsplan en het activiteitenverslag worden aan de raad meegedeeld.

§ 2 - De gemeenteraad of stadsraad kan de raad van bestuur van het autonome gemeentebedrijf te allen tijde om een verslag over alle of verscheidene activiteiten van het autonome gemeentebedrijf verzoeken.

Art. 161. Toepasselijke wetgeving

De artikelen 63, 130 tot 144, 165 tot 167, 517 tot 530, 538, 540 en 561 tot 567 van het Wetboek van Vennootschappen gelden voor de autonome gemeentebedrijven, tenzij dit decreet uitdrukkelijk daarvan afwijkt.

De autonome gemeentebedrijven passen de boekhouding van de ondernemingen toe overeenkomstig Boek III van het Wetboek van economisch recht.

Art. 162. Grote gemeentebedrijven

De autonome gemeentebedrijven met een jaarlijkse netto-omzet van meer dan veertig miljoen euro waaraan openbare middelen ter beschikking worden gesteld, voeren, naast de boekhouding die hen opgelegd wordt bij de relevante wets- en regelgevende bepalingen, een boekhouding waaruit volgende zaken duidelijk blijken:

1° de beschikbaarstellingen van openbare middelen die ze rechtstreeks krijgen van de overheden;

2° de beschikbaarstellingen van openbare middelen die ze krijgen van de overheden via openbare bedrijven of financiële instellingen;

3° de daadwerkelijke besteding van die openbare middelen.

De autonome gemeentebedrijven met een jaarlijkse netto-omzet van meer dan veertig miljoen euro waaraan bijzondere of uitsluitende rechten zijn toegekend door een overheid of die belast zijn met het beheer van een dienst van algemeen economisch belang in de zin van artikel 106 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie en die een vergoeding of een andere vorm van compensatie krijgen voor die dienst en die tegelijk andere activiteiten uitoefenen, moeten daarnaast een gescheiden boekhouding voeren.

De gescheiden boekhouding moet de verschillende activiteiten van hetzelfde bedrijf en de financiële en organisatorische structuur weergeven zodat daaruit duidelijk blijkt:

1° welke kosten en opbrengsten met de verschillende activiteiten verband houden;

2° volgens welke methoden, tot in bijzonderheden, de kosten en opbrengsten aan de verschillende activiteiten worden toegerekend.

Die voornoemde boekhouding moet aan de Regering worden overgezonden binnen drie maanden na goedkeuring ervan door de betrokken organen van de vereniging.

HOOFDSTUK 4 - De financiën

Afdeling 1 - Begroting en rekeningen

Art. 163. Algemene bepalingen

Het boekjaar van de gemeenten valt samen met het kalenderjaar.

Als tot een boekjaar behorend worden alleen aangemerkt de rechten verkregen door de gemeente of de verbintenissen die zij ten aanzien van haar schuldeisers tijdens dat boekjaar heeft aangegaan, ongeacht het boekjaar waarin de betaling geschiedt.

Art. 164. Facultatieve uitgaven

Wanneer een post voor facultatieve uitgaven door de toezichthoudende overheid verminderd is, mag het college die uitgaven alleen doen als de raad bij een nieuwe beslissing daartoe machtiging heeft verleend.

Art. 165. Betalingen

Een betaling uit de gemeentekas mag alleen geschieden op grond van een op de begroting voorkomende post, een bijzonder krediet of een voorlopig krediet uitgetrokken volgens de voorwaarden en binnen de perken vastgesteld door de Regering.

De leden van het college zijn persoonlijk aansprakelijk voor de uitgaven waartoe zij zich verbonden hebben of waartoe zij bevolen hebben tegen het eerste lid in.

Art. 166. Overschrijden van uitgavenartikelen en overdracht van middelen

§ 1 - Geen enkel uitgavenartikel van de begroting mag worden overschreden en er mag geen overdracht geschieden.

§ 2 - Wanneer echter bij het afsluiten van een boekjaar sommige posten bezwaard zijn met regelmatig en werkelijk aangegane verbintenissen tegenover schuldeisers van de gemeente, wordt het kredietgedeelte dat nodig is om de schuldvordering af te betalen, bij beslissing van het college, dat bij de rekening van het afgesloten boekjaar wordt gevoegd, naar het volgende boekjaar overgedragen.

Over de aldus overgedragen kredieten mag beschikt worden zonder een nieuwe beslissing van de raad.

Art. 167. Dringende uitgaven

De raad kan voorzien in uitgaven die door dwingende en onvoorziene omstandigheden worden vereist.

Wanneer het geringste uitstel onbetwistbaar schade zou veroorzaken, kan het college onder eigen verantwoordelijkheid in de uitgave voorzien, op voorwaarde dat de raad, die besluit of hij al dan niet met die uitgave instemt, onmiddellijk daarvan in kennis wordt gesteld.

De leden van het college die bevolen zouden hebben tot de uitgaven die ter uitvoering van het eerste en het tweede lid zijn betaald, maar die van de eindrekeningen verworpen zijn, zijn persoonlijk verplicht het desbetreffende bedrag in de gemeentekas te storten.

Art. 168. Betalingsopdrachten

De door het college gegeven opdrachten tot betaling uit de gemeentekas, worden ondertekend door de burgemeester of diens plaatsvervanger, en door een schepen en worden medeondertekend door de directeur-generaal.

Art. 169. Het goedkeuren van de begroting en het afsluiten van de rekeningen

De raad sluit de jaarrekeningen van het vorige boekjaar jaarlijks af op de door de Regering bepaalde datum.

Die jaarrekeningen omvatten de begrotingsrekening, de resultatenrekening en de balans.

Bij de rekeningen worden de volgende stukken gevoegd: het verslag vermeld in artikel 28, § 1, derde lid, alsook de lijst van de aannemers van overheidsopdrachten waarvoor de raad de gunningswijze heeft gekozen en de voorwaarden heeft bepaald.

De raad keurt de begroting voor het volgende jaar uiterlijk goed op de door de Regering bepaalde datum.

Art. 170. Bekendmaking van de begroting en van de rekeningen

De begrotingen en de rekeningen worden op het gemeentehuis neergelegd en kunnen door iedereen ter plaatse worden ingezien.

Op die inzagemogelijkheid wordt op zijn minst attent gemaakt door aanplakking - op benaastiging van het college - aan het gemeentehuis, binnen een maand na de goedkeuring van de begrotingen en rekeningen. De bekendmaking blijft gedurende minstens tien dagen aangeplakt.

Art. 171. Begrotingsevenwicht

De begroting van de uitgaven en de ontvangsten van de gemeenten mag in geen enkel geval een deficitair saldo op de gewone of de buitengewone dienst, noch een fictief evenwicht of een fictief batig saldo vertonen.

Art. 172. Algemeen reglement op de gemeentecomptabiliteit

De Regering bepaalt de begrotings-, financiële en boekhoudkundige regels van de gemeenten, evenals de regels betreffende de wijze van uitoefening van de functies van hun rekenplichtigen.

Art. 173. Lasten en uitgaven

§ 1 - De raad boekt alle bij wet en decreet voorgeschreven uitgaven van de gemeente jaarlijks op de uitgavenzijde van de begroting. Daartoe behoren in het bijzonder:

1° de hulpelden die overeenkomstig de desbetreffende geldende bepalingen verleend worden aan de kerkfabrieken en aan de instellingen die belast zijn met het beheer van de wereldlijke goederen van de erkende erediensten wanneer die instellingen over onvoldoende middelen beschikken;

2° de vergoeding voor de huisvesting van de bedienaren van de erediensten, wanneer hen geen huisvesting ter beschikking wordt gesteld;

3° de dotaties en overige uitgaven voor de OCMW's, de politiezones en hulpverleningszones waarin de desbetreffende geldende bepalingen voorzien.

§ 2 - Wanneer verscheidene gemeenten bij een verplichte uitgave betrokken zijn, dragen zij alle daarin bij naar evenredigheid van het belang dat zij erbij hebben. In geval van weigering of onenigheid beslist de Regering.

Afdeling 2 - Ontvangsten

Art. 174. Algemene bepalingen

§ 1 - Indien de op de begroting ingeschreven ontvangsten niet toereikend zijn tot betaling van een gemeenteschuld die erkend of opeisbaar is of van een schuld die voortvloeit uit een rechterlijke beslissing in laatste aanleg, dan plant de raad de nodige middelen in om die schuld te betalen.

De raad schrijft jaarlijks alle ontvangsten van de gemeente en de overschotten van de vorige boekjaren afzonderlijk op de begroting in.

§ 2 - De vestiging en de inning van de gemeentebelastingen geschieden overeenkomstig titel 5 van dit decreet.

De gemeentelijke opcentiemen op de rijks- en gewestbelastingen worden ingevorderd overeenkomstig de regels bepaald voor de heffing van de belastingen waar ze bijkomen.

Afdeling 3 - Verjaring

Art. 175. Algemene bepalingen

Onverminderd de bepalingen van artikel 176 zijn de verjaringsregels van het algemene recht van toepassing op de gemeenten, de autonome gemeentebedrijven en de intercommunales die uitsluitend samengesteld zijn uit gemeenten van het Duitse taalgebied.

Art. 176. Terugbetalingen

§ 1 - Inzake wedden, voorschotten daarop en vergoedingen, toelagen of uitkeringen, die een toebehoren van de wedden vormen of ermee gelijkstaan, zijn de door de gemeenten, autonome gemeentebedrijven en de uitsluitend uit gemeenten van het Duitse taalgebied bestaande intercommunales ten onrechte uitbetaalde sommen voorgoed vervallen aan hen die ze hebben ontvangen, als de terugbetaling daarvan niet is gevraagd binnen een termijn van vijf jaar te rekenen vanaf de eerste januari van het jaar van de betaling.

§ 2 - Om geldig te zijn, moet de vordering tot terugbetaling aangetekend ter kennis gebracht worden van de schuldenaar en de volgende gegevens bevatten:

1° het totale bedrag van de teruggevorderde sommen met, per jaar, de opgave van de ten onrechte uitgevoerde betalingen;

2° de bepalingen in strijd waarmee de betalingen zijn gedaan.

Te rekenen vanaf de afgifte van de aangetekende kennisgeving kan het onverschuldigde bedrag teruggevorderd worden binnen de in het algemeen recht gestelde termijn voor de verjaring van persoonlijke rechtsvorderingen.

§ 3 - De in paragraaf 1 vastgestelde termijn wordt verlengd tot tien jaar wanneer de onverschuldigde sommen zijn verkregen door bedrieglijke handelingen of door valse of bewust onvolledige verklaringen.

Afdeling 4 - Toekenning van subsidies door de gemeenten en controle op die subsidies

Art. 177. Toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op subsidies die toegekend worden door:

- 1° de gemeenten;
- 2° de autonome gemeentebedrijven;
- 3° de gemeentelijke instellingen belast met het beheer van de temporaliën van de eredienst;
- 4° de gemeentelijke verenigingen zonder winstoogmerk;
- 5° elke andere instelling van gemeentelijk belang met rechtspersoonlijkheid die bij of krachtens een decreet is opgericht;
- 6° de verenigingen van gemeenten.

Onverminderd de toepassing van artikel 183 en eventuele verplichtingen door de subsidiegever is deze afdeling niet van toepassing op subsidies van minder dan 2.500 euro.

Onverminderd de toepassing van artikel 183 kan de subsidiegever de ontvanger van subsidies tussen 2.500 en 25.000 euro geheel of gedeeltelijk vrijstellen van de verplichtingen die in deze afdeling worden opgelegd.

Art. 178. Definitie

Voor de toepassing van deze afdeling wordt onder 'subsidie' verstaan: elk voordeel, ongeacht de vorm of de benaming ervan, toegekend voor doeleinden van openbaar belang met uitzondering van:

- 1° de subsidies onderworpen aan de bepalingen van de wet van 22 mei 2003 houdende organisatie van de begroting en van de comptabiliteit van de federale Staat of aan de bepalingen van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof;
- 2° de steun die voortvloeit uit een verplichting opgelegd bij of krachtens een wet of een decreet;
- 3° de bijdragen die de bijdrageverstrekkers betaald hebben aan de instellingen waarvan ze lid zijn in ruil voor bepaalde diensten die deze instellingen hun hebben verleend;
- 4° de prijzen die toegekend worden uit erkentelijkheid of als beloning voor de verdiensten van de ontvanger;
- 5° de subsidies die een gemeente toekent aan het OCMW dat voor haar bevoegd is.

Art. 179. In te dienen stukken

De subsidiegever kan aan elke aanvrager de volgende documenten vragen:

- 1° de begroting van het boekjaar waarop de subsidie betrekking heeft;
- 2° de begroting van de gebeurtenis of van de bijzondere investering die de subsidie moet financieren;
- 3° de meest recente jaarrekeningen.

De aanvrager die een subsidie aanvraagt om reeds gedane uitgaven te dekken, voegt de bewijzen van die uitgaven bij zijn aanvraag.

Art. 180. Het nemen van een beslissing

De beslissing waarbij de subsidie wordt toegekend, bevat op zijn minst de volgende gegevens, tenzij die gegevens schriftelijk vastgelegd zijn in een reglement van de subsidiegever of in een overeenkomst:

- 1° de aard en de omvang van de subsidie;
- 2° de identiteit van de subsidieontvanger;
- 3° de doeleinden waarvoor de subsidie wordt toegekend;
- 4° in voorkomend geval, de bijzondere aanwendingsvoorwaarden;
- 5° de bewijsstukken die van de subsidieontvanger worden geëist alsook, in voorkomend geval, de termijnen waarbinnen die bewijsstukken moeten worden overgelegd;
- 6° de nadere regels voor de uitbetaling van de subsidie.

Als de subsidieontvanger een reeds ontvangen subsidie moet terugbetalen, wordt de beslissing zolang opgeschort.

Art. 181. Verplichtingen

De subsidieontvanger moet:

- 1° de subsidie gebruiken voor de doeleinden waarvoor ze is toegekend;
- 2° het gebruik ervan verantwoorden aan de hand van de geëiste bewijsstukken;
- 3° in voorkomend geval, de bijzondere aanwendingsvoorwaarden naleven.

Art. 182. Controle

De subsidiegever controleert de aanwending van de subsidie aan de hand van de ingediende bewijsstukken.

Hij heeft het recht om de aanwending van de toegekende subsidie ter plaatse te controleren.

De subsidiegever maakt een verslag op over de resultaten van de controle.

Art. 183. Terugbetaling

§ 1 - Onverminderd de ontbindende bepalingen waaraan de subsidie is onderworpen, betaalt de subsidieontvanger de subsidie terug in de volgende gevallen:

- 1° als hij de subsidie niet gebruikt voor de doeleinden waarvoor ze is toegekend;
- 2° als hij de bijzondere aanwendingsvoorwaarden die aan de toekenning van de subsidie ten grondslag liggen, niet heeft nageleefd;
- 3° als hij de geëiste bewijsstukken niet tijdig heeft ingediend;
- 4° als hij zich tegen de controle ter plaatse verzet of die controle belemmert.

In de gevallen bepaald in het eerste lid, 1° en 3°, moet de subsidieontvanger echter slechts dat deel van de subsidie terugbetalen dat hij niet heeft aangewend voor de doeleinden waarvoor ze was toegekend of waarvoor hij geen bewijsstukken heeft ingediend.

Voor subsidies in de vorm van voordelen in natura gebeurt de terugbetaling via een gelijkwaardige compensatie.

§ 2 - De subsidiegevers die bevoegd zijn om directe belastingen te heffen, kunnen de terug te betalen subsidies bij dwangbevel invorderen. Het dwangbevel wordt uitgevaardigd door de rekenplichtige die met de invordering belast is. Het dwangbevel wordt uitvoerbaar verklaard door de administratieve overheid die bevoegd is om het kohier van de respectieve directe belastingen van die subsidiegevers uitvoerbaar te verklaren.

TITEL 5 - Vaststelling en invordering van de gemeentebelastingen**Art. 184.** Toepassingsgebied

Deze titel is van toepassing op de gemeentebelastingen.

Hij is niet van toepassing op de opcentiemen op de belastingen van de federale of gewestelijke overheid.

Art. 185. Invordering

De belastingen worden ingevorderd via kohieren of worden contant geïnd tegen afgifte van een betalingsbewijs.

De kohierbelasting moet worden betaald binnen twee maanden na de verzending van het aanslagbiljet.

Wanneer de contante inning niet kan worden uitgevoerd, wordt de belasting ingekohierd en is ze onmiddellijk eisbaar.

Art. 186. Kohieren

§ 1 - Ten laatste op 30 juni van het jaar dat volgt op het boekjaar worden de kohieren door het college vastgesteld en uitvoerbaar verklaard.

Het kohier wordt tegen ontvangstbewijs overgezonden aan de financieel directeur; de financieel directeur is belast met de invordering en zorgt voor de verzending van de aanslagbiljetten. Deze verzending gebeurt zonder kosten voor de belastingplichtige.

§ 2 - De rechten vastgesteld in de kohieren worden geboekt bij de ontvangsten van het boekjaar waarin de kohieren uitvoerbaar worden verklaard.

§ 3 - De kohieren bevatten:

- 1° de naam van de gemeente die de belasting heeft gevestigd;
- 2° de naam, voornamen of firma en het adres van de belastingplichtige;
- 3° de datum van de verordening krachtens welke de belasting verschuldigd is;
- 4° de benaming, de grondslag, het tarief, de berekening en het bedrag van de belasting, evenals het boekjaar waarop zij betrekking heeft;
- 5° het nummer van het artikel;
- 6° de datum van uitvoerbaarverklaring;
- 7° de verzendingsdatum;
- 8° de uiterste betalingsdatum;
- 9° de termijn waarbinnen de belastingplichtige bezwaar kan indienen, de benaming en het adres van de instantie die bevoegd is om deze te ontvangen.

Art. 187. Aanslagbiljet

Het aanslagbiljet bevat de verzendingsdatum en de gegevens vermeld in artikel 186, § 3.

Bij het aanslagbiljet wordt een samenvatting gevoegd van de verordening krachtens welke de belasting verschuldigd is.

Art. 188. Aangifteplicht

Indien de belastingverordening in een aangifteplicht voorziet, wordt de belasting ambtshalve ingekohierd als de belastingplichtige geen aangifte doet binnen de in de verordening gestelde termijn of als hij een onjuiste, onvolledige of onnauwkeurige aangifte doet.

Voordat de belastingaanslag ambtshalve wordt vastgesteld, deelt het college de belastingplichtige aangetekend mee waarom die procedure wordt toegepast, op welke gegevens de belastingaanslag is gebaseerd, hoe die gegevens zijn bepaald en welk belastingbedrag moet worden betaald.

De belastingplichtige heeft dertig dagen de tijd, te rekenen vanaf de datum van de kennisgeving, om schriftelijke opmerkingen te maken.

De ambtshalve vaststelling van de belastingaanslag kan slechts geldig worden ingekohierd gedurende een periode van drie jaar volgend op 1 januari van het belastingjaar. Deze termijn wordt met twee jaar verlengd bij overtreding van de belastingverordening met het oogmerk te bedriegen of met de bedoeling schade te berokkenen.

De belastingverordening kan bepalen dat de ambtshalve ingekohierde belastingen worden verhoogd met het bedrag dat zij vastlegt en dat het dubbel van de verschuldigde belasting niet mag overschrijden. Het bedrag van deze verhoging wordt ook ingekohierd.

Art. 189. Processen-verbaal

De overtredingen vermeld in artikel 188, eerste lid, worden vastgesteld door beëdigde ambtenaren die het college daartoe aangewezen heeft.

De door hen opgestelde processen-verbaal hebben bewijskracht tot bewijs van het tegendeel.

Art. 190. Controle

Iedere belastingplichtige moet, op verzoek van het bestuur, alle boeken en bescheiden die noodzakelijk zijn voor de vestiging van de belasting ter plaatse voorleggen.

De belastingplichtigen moeten de ambtenaren die overeenkomstig artikel 189 zijn aangesteld en in het bezit zijn van hun aanstellingsbrief eveneens vrije toegang verlenen tot de al dan niet bebouwde onroerende goederen die een belastbaar element kunnen vormen of bevatten of waar een belastbare activiteit wordt uitgeoefend.

Tot bewoonde gebouwen of ruimten hebben deze ambtenaren evenwel alleen toegang tussen vijf uur 's morgens en negen uur 's avonds, en alleen met machtiging van de rechter van de politierechtbank.

Art. 191. Bezwaar

De belastingplichtige kan bij het college een bezwaar indienen tegen een gemeentebelasting. Het college handelt als administratieve overheid.

De Regering bepaalt de op dit bezwaar toepasselijke procedure.

Art. 192. Beroep

Tegen de beslissing van het college kan beroep ingesteld worden bij de rechtbank van eerste aanleg van het rechtsgebied waarin de belasting gevestigd werd.

Bij ontstentenis van beslissing wordt het bezwaar geacht gegrond te zijn.

Tegen het vonnis van de rechtbank van eerste aanleg kan verzet of beroep ingesteld worden.

Tegen het arrest van het hof van beroep kan voorziening in cassatie ingesteld worden.

Art. 193. Toepasselijke wetgeving

De vormen, termijnen en rechtspleging die van toepassing zijn op de bezwaren bedoeld in artikel 192 worden geregeld zoals voor de rijksinkomstenbelastingen en gelden voor alle betrokken partijen.

Zonder afbreuk te doen aan de bepalingen van deze titel, zijn de bepalingen van titel VII, hoofdstukken 1, 3, 4, 7 tot 10, alsmede de artikelen 355, 356 en 357 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992 en de artikelen 126 tot 175 van het uitvoeringsbesluit van dat Wetboek van toepassing op de gemeentebelastingen, voor zover zij met name niet de belastingen op de inkomsten betreffen.

TITEL 6 - Aansprakelijkheid van de gemeenten en rechtsgedingen**Art. 194.** Aansprakelijkheid van de gemeente

De burgemeester of de schepen tegen wie een vordering tot schadevergoeding is ingesteld voor een burgerlijke rechtbank of een strafrechtbank, kan de Duitstalige Gemeenschap of de gemeente in het geding betrekken.

De Duitstalige Gemeenschap of de gemeente kunnen vrijwillig tussenkomen in het geding.

Behalve in geval van herhaling is de gemeente burgerrechtelijk aansprakelijk voor het betalen van de geldboeten waartoe de burgemeester en/of een schepen veroordeeld zijn wegens een misdrijf dat ze hebben begaan bij de normale uitoefening van hun ambt.

De regresvordering van de gemeente ten aanzien van de veroordeelde burgemeester en/of een veroordeelde schepen is beperkt tot de gevallen van bedrog, zware schuld of lichte schuld die bij hen gewoonlijk voorkomen.

Art. 195. Rechtsbijstandsverzekering

De gemeente sluit een verzekering af die de persoonlijke burgerlijke aansprakelijkheid van de burgemeester en de schepenen, met inbegrip van de rechtsbijstand, dekt bij de normale uitoefening van hun ambt.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van deze bepaling.

Art. 196. Rechtsgedingen

Het college vertegenwoordigt de gemeente in rechte. Het stelt de vorderingen in kort geding en de bezitsvorderingen in. Het verricht alle handelingen tot bewaring van recht of tot stuiting van verjaring en van verval.

Alle andere rechtsvorderingen waarbij de gemeente als eiser optreedt, mogen pas door het college worden ingesteld nadat de raad erin heeft toegestemd.

Art. 197. Gerechtelijke stappen namens de gemeente

Wanneer het college geen gerechtelijke stappen zet, kunnen één of meer inwoners namens de gemeente in rechte optreden, mits zij onder zekerheidsstelling aanbieden om de kosten van het geding persoonlijk te dragen en persoonlijk in te staan voor de veroordelingen die mochten worden uitgesproken.

Ook rechtspersonen met maatschappelijke zetel in de gemeente hebben dat recht.

De gemeente kan ten aanzien van het geding geen dading treffen zonder medewerking van de inwoner/inwoners die het geding in haar naam heeft /hebben gevoerd.

Op straffe van niet-ontvankelijkheid van de klacht, mogen de personen vermeld in het eerste en het tweede lid alleen namens de gemeente in rechte optreden, als ze het college in gebreke hebben gesteld en als de gemeente binnen tien dagen na ontvangst van de ingebrekestelling geen gerechtelijke stappen heeft ondernomen. Bovendien moet een afschrift van de gedinginleidende akte aan het college worden toegezonden. In uiterst dringende gevallen is geen ingebrekestelling noodzakelijk.

TITEL 7 - Slotbepalingen

Art. 198. Wijzigingsbepaling

Artikel 1, eerste lid, *a)*, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten wordt vervangen als volgt:

“a) op de administratieve overheden:

- die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;
- die onder een gemeente van het Duitse taalgebied ressorteren;”

Art. 199. Wijzigingsbepaling

In artikel 3, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “waarvan het bedrag door de Regering wordt vastgesteld en” vervangen door de woorden “die door de Regering resp. door de gemeenteraad of stadsraad wordt vastgesteld en die”.

Art. 200. Wijzigingsbepaling

In artikel 4, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “De Regering van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “De Regering resp. de gemeenteraad of stadsraad”.

Art. 201. Wijzigingsbepaling

In artikel 5, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden “Een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap kan” vervangen door de woorden “Een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap resp. van een gemeente van het Duitse taalgebied kan”.

Art. 202. Wijzigingsbepaling

In artikel 7, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “van een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap resp. van een gemeente van het Duitse taalgebied”.

Art. 203. Wijzigingsbepaling

Artikel 8 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 204. Wijzigingsbepaling

In artikel 2, 1°, van het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° er wordt een bepaling onder b.1) ingevoegd, luidende:

“b.1) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied;”

2° in de bepaling onder *c)*, derde streepje, worden de woorden “vermeld onder *a)* en *b)*” vervangen door de woorden “vermeld onder *a)*, *b)* of *b.1)*”;

3° in de bepaling onder *d)* worden de woorden “onder *a)*, *b)* of *c)* vermelde” vervangen door de woorden “onder *a)*, *b)*, *b.1)* of *c)* vermelde”.

Art. 205. Opheffingsbepaling

Opgeheven worden:

1° in “Deel Een” van het Wetboek: de boeken I, II en III, met uitzondering van de artikelen L1234-1 tot 1234-6;

2° in “Deel III” van het Wetboek: de boeken II en III, voor zover ze betrekking hebben op de gemeenten.

Art. 206. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op de eerstvolgende algehele vernieuwing van de gemeenteraden of stadsraden van de gemeenten van het Duitse taalgebied.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 23 april 2018.

O. PAASCH,
De Minister-President

I. WEYKMANS,
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS,
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS,
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2017-2018

Parlementaire stukken: 223 (2017-2018) Nr. 1 Ontwerp van decreet

223 (2017-2018) Nr. 2-4 Voorstellen tot wijziging

223 (2017-2018) Nr. 5 Verslag + erratum

223 (2017-2018) Nr. 6 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

Uitvoerig verslag: 23 april 2018 - Nr. 50 Bespreking en aanneming